

Wortprotokoll

14. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags

9. März 2023

Inhalt:

Eröffnung und Begrüßung

Mitteilungen des Vorsitzenden

Trauerkundgebung für LAbg. a.D. Bgm. a.D. Peter Bahn und LAbg. a.D. Helmut Zuschrader

Fragestunde:

Beilage 9088/2023: Anfrage der Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A. an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9089/2023: Anfrage des Abg. Schaller an Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner

Beilage 9090/2023: Anfrage der Abg. Heitz an Landesrätin Langer-Weninger, PMM

Beilage 9091/2023: Anfrage der Abg. Mag. Engl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberland

Beilage 9092/2023: Anfrage der Abg. Bauer an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9093/2023: Anfrage des Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger an Landeshauptmann Mag. Stelzer

Beilage 9094/2023: Anfrage des Abg. KO Mag. Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberland

Behandlung des Eingangs und Festlegung der Tagesordnung

Geschäftsanträge:

Beilage 445/2023: Initiativantrag betreffend Änderung des Klimabonusgesetzes

Redner/innen: Abg. KO KommR Ing. Mahr
Abg. Haas
Abg. Aigner
Abg. KO Mayr
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Bgm. Froschauer

Beilage 446/2023: Initiativantrag betreffend freien Seezugang in Schörfling ermöglichen

Redner/innen: Abg. Bgm. Mader
Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger
Abg. Dim
Abg. Margreiter

Beilage 447/2023: Initiativantrag betreffend die Verbesserung der Methoden zur Altersfeststellung von Asylwerbern

Redner/innen: Abg. Gruber
Abg. Ing. Wahl, MBA
Abg. Stanek
Abg. Aigner
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Vukajlović, MSc BA

Beilage 448/2023: Initiativantrag betreffend Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen

Redner/innen: Abg. Heitz
Abg. Mag. Dr. Manhal
Abg. Mag. Engl
Abg. Präsidentin Sabine Binder
Abg. Häusler, BSc

Beilage 449/2023: Initiativantrag betreffend notwendige Reparaturen für die gerechte Wertsicherung der Pensionen

Redner/innen: Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.
Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger
Abg. Bgm. Froschauer
Abg. Schwarz

Beilage 450/2023: Initiativantrag betreffend Überprüfung der Strompreiserhöhung durch die Energie AG und allfällige automatische Rückzahlungen an Stromkund:innen

Redner/innen: Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.
Abg. Schießl
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel
Abg. Schwarz

Beilage 451/2023: Initiativantrag betreffend Vollzeitbonus-Vollzeit muss sich wieder lohnen

Redner/innen: Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Schaller
Abg. Nell, MBA
Abg. Kroiß
Abg. Schwarz
Abg. Aigner

Beilage 452/2023: Initiativantrag betreffend Maßnahmenpaket gegen den Fachkräftemangel in der Energiebranche

Redner/innen: Abg. Bgm. Angerlehner
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. Schaller
Abg. Aigner
Abg. Kroiß
Abg. Mag. Engl

Aktuelle Stunde über das Thema:

"Proporz abschaffen, Kontrolle ausbauen, Demokratie stärken" - Beilage 8007/2023

Redner/innen: Abg. KO Mayr
Abg. Präsident Hiegelsberger
Abg. KO KommR Ing. Mahr
Abg. Präsident Peter Binder
Abg. Aigner
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Landeshauptmann Mag. Stelzer
Landesrat Mag. Lindner
Landesrat Kaineder
Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner
Abg. Mag. Höglinger
Abg. Stanek
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Verhandlungsgegenstände:

Beilage 439/2023: Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend das Landesgesetz über die Leistung von Zweckzuschüssen (Oö. Zweckzuschüssegesetz)

Berichterstatter/in: Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel

Redner/innen: Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger
Abg. Mag. Engl
Abg. Mag. Höglinger
Abg. Präsident Hiegelsberger

Beilage 440/2023: Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Oö. Klima- und Energiestrategie

Berichterstatter/in: Abg. Mühlbacher

Redner/innen: Abg. Mühlbacher
Abg. Schießl
Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.
Abg. Bauer
Abg. KO Mag. Eypeltauer
Landesrat Kaineder

Beilage 441/2023: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2021 der Oö. Pflegevertretung

Berichtersteller/in: Abg. Gneißl

Redner/innen: Abg. Gneißl
Abg. Knauseder, MSc
Abg. Präsidentin Sabine Binder
Abg. Schwarz

Beilage 442/2023: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Bericht über die Förderungen der Projekte „Errichtung, Zu- und Umbau von Alten- und Pflegeheimen in Oberösterreich“ aus Mitteln der Sozialhilfe des Landes Oberösterreich

Berichtersteller/in: Abg. Mag. Zehetmair

Redner/innen: Abg. Mag. Zehetmair
Abg. Präsidentin Sabine Binder
Abg. Knauseder, MSc
Abg. Schwarz

Beilage 445/2023: Initiativantrag betreffend Änderung des Klimabonusgesetzes

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. KommR Ing. Klinger

Beilage 446/2023: Initiativantrag betreffend freien Seezugang in Schörfling ermöglichen

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Mader

Beilage 447/2023: Initiativantrag betreffend die Verbesserung der Methoden zur Altersfeststellung von Asylwerbern

Berichtersteller/in: Abg. Handlos

Beilage 448/2023: Initiativantrag betreffend Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen

Berichtersteller/in: Abg. Heitz

Beilage 449/2023: Initiativantrag betreffend notwendige Reparaturen für die gerechte Wertsicherung der Pensionen

Berichtersteller/in: Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.

Beilage 452/2023: Initiativantrag betreffend Maßnahmenpaket gegen den Fachkräftemangel in der Energiebranche

Berichtersteller/in: Abg. Bgm. Angerlehner

Vorsitz: Präsident Hiegelsberger
Zweite Präsidentin Sabine Binder
Dritter Präsident Peter Binder

Schriftführer: Erste Schriftführerin Abg. Mag. Dr. Manhal

Anwesend:

Von der Landesregierung:

Landeshauptmann Mag. Stelzer, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Haberlander und Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner, die Landesräte Kaineder, Langer-Weninger, PMM, Mag. Lindner und Mag. Steinkellner, entschuldigt die Landesräte Markus Achleitner (ganztägig) und Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer (bis 12:00 Uhr)

Die Mitglieder des Landtags, entschuldigt Abg. Mag. Dr. Bammer

Landesamtsdirektor Ing. Dr. Watzl

Landtagsdirektor Dr. Steiner

Amtsschriftführerin Mag. Dr. Weilguni

(Beginn der Sitzung: 10.02 Uhr)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 14. Sitzung des Oberösterreichischen Landtags und begrüße Sie dazu sehr herzlich. Im Besonderen begrüße ich die Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags und der Oberösterreichischen Landesregierung, die anwesenden Bundesräte, die Damen und Herren auf der Zuschauergalerie, die Bediensteten des Hauses, die Vertreterinnen und die Vertreter der Medien sowie die Zuseherinnen und Zuseher, die unsere Sitzung im Internet mitverfolgen.

Von der heutigen Sitzung sind entschuldigt Landesrat Markus Achleitner ganztägig, Landesrat Dr. Wolfgang Hattmannsdorfer bis 12:00 Uhr sowie Abgeordnete Julia Bammer. Die amtliche Niederschrift über die 13. Sitzung des Oö. Landtags liegt in der Zeit vom 10. März bis 24. März 2023 in der Landtagsdirektion zur Einsichtnahme auf. Ich teile mit, dass seit der letzten Sitzung wiederum schriftliche Anfragen eingelangt sind. Wir haben Ihnen diese Anfragen und die schriftlich erteilten Antworten bereits im Wortlaut übermittelt, sodass ich von näheren Angaben dazu an dieser Stelle Abstand nehme.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte Sie, sich für zwei Trauerkundgebungen von den Sitzen zu erheben. Wir trauern um Herrn Landtagsabgeordneten außer Dienst und Altbürgermeister der Gemeinde Mehrnbach Peter Bahn, welcher am 29. Jänner 2023 im 67. Lebensjahr verstorben ist. Peter Bahn wurde am 12. Jänner 1957 geboren und war von 2015 bis 2021 Abgeordneter im Oberösterreichischen Landtag. Er war Mitglied im Ausschuss für Kommunales und Land- und Forstwirtschaft sowie im Sicherheitsausschuss. 33 Jahre lang prägte Peter Bahn die Arbeit der FPÖ als Bezirksparteiobmann in seinem Heimatbezirk Ried und darüber hinaus als Mitglied der Landesparteileitung. Von 1991 bis 2015 war er Bürgermeister der Gemeinde Mehrnbach und wurde für seine Verdienste und sein politisches Engagement mit dem Silbernen Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich ausgezeichnet. Der Oberösterreichische Landtag und das Land Oberösterreich werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ebenso trauern wir heute um Landtagsabgeordneten außer Dienst Helmut Zuschrader, welcher am 12. Februar 2023 im 90. Lebensjahr verstorben ist. Er war von 3. Juli 1987 bis 29. Oktober 1991, sowie von 12. Juni 1997 bis 30. Oktober 1997 Mitglied des Oberösterreichischen Landtags. Helmut Zuschrader, geboren am 15. März 1933, war Mitglied im Ausschuss für EU-Angelegenheiten, im Kontrollausschuss, Umweltausschuss, Bauausschuss, Ausschuss für Verfassung und Verwaltung, Ausschuss für Volkswirtschaftliche Angelegenheiten und im Verkehrsausschuss. Von Beruf Chemielaborant in der Chemie-Linz AG übte er als SPÖ-Sektionsvorsitzender, Mitglied des Landesparteivorstandes und stellvertretender Vorsitzender des Angestelltenbetriebsrates auch weitere politische Ämter aus. Der Oberösterreichische Landtag und das Land Oberösterreich werden ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen, wir kommen nun zur Fragestunde, eine Zusammenstellung der Anfragen haben wir Ihnen auf elektronischem Weg zur Verfügung gestellt. Ich beginne mit der Anfrage von Klubobfrau Engleitner-Neu an Herrn Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. KO **Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher, auch von mir einen guten Morgen! Egal ob Gender-Pay-Gap oder Kinderbetreuungsangebot, vor allem in für Frauen wesentlichen Bereichen liegt Oberösterreich unter dem Bundesländerdurchschnitt. Die Frauenstrategie für Oberösterreich 2030 wurde am 5. März 2018 einstimmig in der

Oberösterreichischen Landesregierung beschlossen, sie soll die Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen oberösterreichweit weiterentwickeln, bis 2030 sind noch sieben Jahre Zeit. Welche Maßnahmen setzen Sie, Herr Landeshauptmann, in Ihrem Verantwortungsbereich, um die Ziele der Frauenstrategie für Oberösterreich 2030 im Sinne der tatsächlichen Chancengleichheit für Frauen und Männer in Oberösterreich zu verwirklichen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrte Damen und Herren, geschätzte Frau Klubobfrau! Wie du richtig sagst, wurde auf Vorschlag unserer jetzigen Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberland die Frauenstrategie des Landes einstimmig von der Oberösterreichischen Landesregierung beschlossen. Sie ist damit nicht nur ein Ausdruck, sondern auch ein guter Fahrplan für vielfältige Maßnahmen, um Frauen entsprechend zu fördern und ihre Positionen auch zu forcieren, was im Übrigen auch meinem politischen Grundzugang persönlich, aber auch der in meiner Funktion als Landeshauptmann entspricht. Ich darf versuchen, im Folgenden einen Überblick, so wie es in der Frage gefordert ist, in den Bereichen, die ich als Regierungsmitglied zu gestalten und zu verantworten habe, zu geben. In der Direktion Präsidium, in der Abteilung Trends und Innovation gibt es zunächst einmal die Statistik Oberösterreich, die in Abstimmung mit unserem Frauenreferat maßgeblich an der Erstellung der jährlichen statistischen Grundlagen für die Berichte zur Umsetzung der Frauenstrategie mitarbeitet. Es wurde erst unlängst der 58seitige Zwischenbericht zur Frauenstrategie des Landes erstellt, dieser Zwischenbericht ist auch Basis dafür, Trends ableiten zu können und zu analysieren, um dann auch spezifische weitere oder neuere Lösungen erarbeiten zu können. In der Oberösterreichischen Zukunftsakademie werden frauenrelevante Aspekte als grundlegende Querschnittsthematik laufend mitberücksichtigt, beispielsweise in Publikationen zu neuen Arbeits- und Lebensformen.

Im großen Bereich des Personals der Direktion Personal gibt es ebenso vielfältige, erfolgreiche Maßnahmen, schon aufgrund des demografischen Wandels sind wir ständig auf der Suche nach neuen Mitarbeiterinnen und beschäftigen uns auch damit, wie wir Mitarbeiterinnen langfristig im Dienst des Landes halten können. Dazu zählen innerhalb des Landesdienstes und unserer Unternehmen des Landes vielfältige Maßnahmen, wie Kinderbetreuungsangebote, Angebote sehr flexibler Arbeitszeiten, Homeoffice und vieles andere mehr, in dem wir versuchen wollen, vor allem den Bedürfnissen der weiblichen Mitarbeiterinnen entsprechend entgegen zu kommen. Es werden diese unterschiedlichen Prozesse und Arbeitsmodelle selbstverständlich auch immer wieder evaluiert, um auch im Vergleich zu anderen Dienstgebern hier wettbewerbsfähig zu sein. Ich darf in dem Zusammenhang auch der Personalvertretung in all unseren Bereichen danken, dass sie hier auch immer mit dabei sind, das entsprechend auf der Höhe der Zeit zu entwickeln. Wir versuchen auch durch gezielte Förderungen von Mitarbeiterinnen, aber natürlich auch von Mitarbeitern ein möglichst ausgewogenes Zahlenverhältnis der Geschlechter auf allen dienstlichen Ebenen zu erreichen, da geht es um Fachkarrieren, um Laufbahnmodelle, damit wir auch berufliche Perspektiven anbieten können. Was Leitungsfunktionen anlangt, da haben Frauen vor allem in den letzten Jahren einen großen Schritt in die von uns allen gewünschte Richtung gemacht. Von den zehn Direktorinnen und Direktoren des Amtes der Oberösterreichischen Landesregierung sind fünf weiblich und fünf männlich, von den 28 Abteilungsleiterinnen und Abteilungsleitern sind zurzeit acht Frauen, von den 14 Bezirkshauptleuten sind schon sechs Frauen. Was die Abteilungsleiterenebene bei den Bezirkshauptmannschaften angeht, da sind dort von 33 Positionen derzeit 14 von Frauen besetzt.

Wie auch dem Bericht der Oberösterreichischen Gleichbehandlungsbeauftragten zu entnehmen ist, da geht dieser Trend in die richtige Richtung, es steigt der Anteil von Frauen in Managementpositionen in der Landesverwaltung. Im so genannten Topmanagement der Funktionsgruppe 1, das sind die LDs 1 bis 5, da ist in den Jahren 2018 auf 2020 der Anteil von Frauen von 24,6 Prozent auf 27,4 Prozent gestiegen, im so genannten gehobenen Management, das ist die Funktionsgruppe 2, ist der Anteil im selben Zeitraum von 31,4 Prozent auf 33,1 Prozent gestiegen, im so genannten mittleren Management, Funktionsgruppe 3, ist in diesem Zeitraum der Anteil von Frauen von 47,9 Prozent bereits auf 51,5 Prozent gestiegen. Was das Einkommen anlangt, das wissen Sie alle, da haben wir im Landesdienst eine verwendungsorientierte Bezahlung, unabhängig davon wer und auch welches Geschlecht die jeweilige Position innehat und verantwortet, es gibt keine unterschiedliche Bezahlung für ein und die gleiche Stelle oder Aufgabe. Jeder oder Jede hat bei uns im Land, was auch gerne angenommen wird, alle Karrieremöglichkeiten.

Die durchschnittliche LD-Einstufung von Frauen und Männern in den unterschiedlichen Funktionsgruppen stellt sich zurzeit folgendermaßen dar, da wollen wir natürlich auch entsprechend weiter gehen: In der Funktionsgruppe 1 sind Frauen durchschnittlich in der LD 4,1, Männer in der LD 4,4, in der Funktionsgruppe 2 Frauen durchschnittlich 8,9, Männer durchschnittlich 8,8, Funktionsgruppe 3, Frauen LD 13, wiederum im Durchschnitt Männer 12,6, Funktionsgruppe 4, Frauen im Durchschnitt 17,8, Männer 18,3, Funktionsgruppe 5, Frauen durchschnittlich 23,2 LD, Männer 22,3. Wie bekannt, haben wir seit 1995 das Gleichbehandlungsgesetz und im Zusammenhang damit das Frauenförder- bzw. Gleichstellungsprogramm, wodurch die Förderung der Frauen auch entsprechend konsequent umgesetzt wird, das ist ein wichtiger Bestandteil unseres Personalmanagements. Das Gleichstellungsprogramm ist Ausdruck und Bekenntnis zu einer aktiven Gleichstellungspolitik, das neue Gleichstellungsprogramm stellt Themen wie Führen in Teilzeit, eine ganz wichtige Thematik und die Gleichstellung durch eine geschlechtergerechte Sprache in den zentralen Mittelpunkt. Das neue Programm setzt damit den Fokus auf die aktuellen Entwicklungen der Arbeitswelt, gerade das Thema Leitungsfunktionen auch in Teilzeitbeschäftigungen ausüben zu können, das ist ein immer größer werdender Wunsch, weil viele sich gleichermaßen in der Berufslaufbahn, aber eben auch privat verwirklichen und entwickeln möchten.

Es gibt auch andere Lebensentwürfe oder Lebensherausforderungen und Umstände, auf die wir dementsprechend auch eingehen möchten, wie Pflegeverantwortung, überhaupt das Thema Gesundheit und Familie oder anderes mehr. Das verlangt eben oft differenzierte Möglichkeiten im beruflichen Alltag, wir gehen darauf ein, weiters wird im neuen Programm auch die Sprache, das geschlechterinklusive Schreiben und Sprechen untersucht und vorangetrieben.

Was das Thema Anwerbung von neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern oder Recruiting anlangt, hier gibt es eine enge Zusammenarbeit mit der Gleichbehandlungsbeauftragten, der ich übrigens sehr herzlich für ihr umsichtiges und sehr engagiertes Wirken danken möchte, weil sie bereits bei der Ausschreibung von Positionen selbst, also bei der Gestaltung der Ausschreibung eingebunden wird. Ferner schreiben wir, sobald es auch ein Profil ermöglicht, entweder Vollzeit- oder Teilzeitfunktionen aus, wir haben auch immer Vertreter/innen der Gleichbehandlungsaufgaben an den diversen Auswahlverfahren beteiligt.

Ich habe es schon angesprochen, wir bieten unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Amt, aber auch in unseren Unternehmungen vielfältige Kinderbetreuungsmöglichkeiten an, sei es unser Landeskindergarten oder die Kinderbetreuungsmöglichkeiten der Standorte und Kliniken des KUK oder überhaupt der OÖG, wo die anvertrauten Kinder durch

bestqualifiziertes Personal betreut werden. Ferner haben wir auch Schwerpunkte für Sonderkindergärten in unseren Unternehmen, im heurigen Jahr auch zum ersten Mal einen Sommerkindergarten für die Landesverwaltung.

Auch was die Gesundheitsangebote, die wir als Dienstgeber den Mitarbeiterinnen zur Verfügung stellen und anbieten können, anlangt, da gibt es sehr, sehr spezielle Angebote vor allem auch auf die Bedürfnisse unserer weiblichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, da bitte ich einen Blick in das Gesundheitsprogramm oder auch die Angebote der KFL zu werfen.

Was mein Ressort der Kultur anlangt, da ist es so, dass wir uns bemühen, dass es gelingt, Gott sei Dank, auch Frauen in Schlüsselpositionen zu bekommen, die vier großen Kulturprojekte des Landes, die „communale, die Kultur-EXPO, der Oberösterreichische Kultursommer und das Schächpir-Jugendtheater-Festival sind in der Leitung weiblich besetzt. Im Rahmen der verschiedenen Kulturprojekte und auch der Kuratierung achten wir sehr darauf, dass hier auch die Besetzung mit Damen, mit Künstlerinnen, mit Expertinnen passiert. Was die Geschlechterparität in Zahlen und Beispielen anlangt, um das zu belegen, in der Jury für die Landespreise für Kultur, da haben wir von 17 Jurymitgliedern zehn Frauen. Im Oberösterreichischen Landesmusikschulwerk beträgt der Frauenanteil an unseren 157 Landesmusikschulen mit Stand November des letzten Jahres 54,29 Prozent, das heißt, wir haben 766 weibliche Lehrpersonen von 1.411 insgesamt. In unserer Oberösterreichischen Landeskultur GmbH haben wir an der Spitze eine paritätische Führung, eine Frau und einen Mann, dort übernehmen auch in den verschiedensten Bereichen, Gott sei Dank, Frauen sehr verantwortungsvolle und führende Aufgaben. Auch die Anzahl von Ausstellungen mit Künstlerinnen wird stetig erhöht, ferner wird ein „diversity report“ jährlich in Zusammenarbeit mit einem Wirtschaftsprüfer erstellt, dieser Report ist ja bekanntermaßen auch auf der Homepage veröffentlicht. Bei den Fördermaßnahmen im Bereich der Kultur erfolgt die Abwicklung mit einer Fördererklärung, die die Verpflichtung zur Beachtung von Gender-Mainstreaming und Gleichstellung von Frauen und Männern beinhaltet. Ferner arbeitet die Abteilung Kultur an der konkreten Umsetzung des Fair-Pay-Prozesses gemeinsam mit dem Bundesministerium für Kunst, Kultur und öffentlicher Dienst, das notwendige Datenmaterial soll dazu mittels einer Umfrage im ersten Halbjahr 2023 erhoben werden.

Bei speziellen Fördermaßnahmen, wie zum Beispiel dem Programm „Extra 2023“ wird bereits eine Berücksichtigung der fairen Honorare und Arbeitsbedingungen nach Fair-Pay umgesetzt. Aktuell wird an unserer Anton Bruckner Privatuniversität ein Gender Equality Plan mit sechs Maßnahmen erstellt, der darauf abzielt, geschlechterspezifische Ungleichgewichte und Ungleichheiten zu verringern, der Prozess wird heuer mit einer eigenen Gender-Beauftragten gestartet. Mit dem Symposium „LandesgeschichteLEBT“ unseres Oberösterreichischen Landesarchivs, das gehört auch zu meinem Kulturressort, da wird insbesondere auch jungen Wissenschaftlerinnen die Möglichkeit geboten, sich und ihre historischen Forschungen in einem größeren Forum zu präsentieren. Unsere Oberösterreichische Landesbibliothek bietet ein neues Vermittlungsformat für Frauen ab 50 zur Benützung des Online-Services der Oberösterreichischen Landesbibliothek an, damit auch die IT-Fähigkeiten oder die Schulung, sofern das gewünscht wird, der IT-Fähigkeiten hier unterstützt wird.

Ich darf noch einmal zu unserer Oberösterreichischen Landeskultur GmbH kommen, die als Beitrag zur gesellschaftlichen Verantwortung der Gleichstellung von Frauen auch ein Kooperationspartner des Österreichischen Integrationsfonds ist, mit dem ein umfangreiches Förderprogramm für Frauen mit Migrationshintergrund ausgearbeitet wurde. Was auch seit zwei Jahren konsequent umgesetzt wird, im Zuge dessen gibt es auch Angebote von Führungen speziell für Frauen, um ihnen unser kulturelles Verständnis zu vermitteln und auch

entsprechend näher zu bringen. Das Programm wird im Übrigen hervorragend angenommen, und es ist erfreulicher Weise für Oberösterreich, nicht für die anderen Bundesländer, im Museumsbereich einzigartig.

Unsere Oberösterreichische Landeskultur GmbH ist ferner auch ein Standortpartner der Kinder-Uni Oberösterreich, das ist deswegen wichtig, weil auch den Kindern unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dadurch eine kostenlose Teilnahme am Programm ermöglicht wird und damit ein Beitrag zur Betreuung in den Sommerferien geleistet wird.

Was die Kulturprojekte anlangt, ist bei der Auswahl dieser künstlerischen Projekte es so, dass wir ein besonderes Augenmerk auf eine Ausgewogenheit bei der Geschlechterbesetzung legen, soweit dies zur Gesamtkonzeption und Thematik der Projekte passt. Eines davon ist das große Projekt, das auch auf Beschlüsse dieses Hauses zurückgeht, Frauen im Widerstand gegen das NS-Regime, wo eine große Publikation, vielbeachtet auch international, erstellt und veröffentlicht wurde und wo es jetzt auch zur Umsetzung des bereits jurierten Denkmals kommen wird.

Ich darf noch einmal auf die Communale in Eferding im vorigen Jahr hinweisen. Dort gab es vielfältige künstlerische Projekte von Frauen, die präsentiert und umgesetzt wurden. Neben dem von Antonia Riederer und Marie Ruprecht gemeinsam mit Birgit Koblinger gestalteten Kunstsalon gab es das beeindruckende, und ich hoffe es haben sich viele angeschaut, begehbare „Mural 800 II Menschen“ von Evelyn Kreinecker. Oder aber auch den „Alors, Aloys!“-Pavillon von Evalie Wagner am Eferdinger Stadtplatz. Dazu kam die Performance „Heimat in einfacher Sprache“ von Barbara Ungepflegt, und bei vier Abenden des Kepler-Salons wurden in diesem Jahr drei Abende davon von Frauen am Podium gestaltet.

Im Ausstellungsprogramm unserer Kunstsammlung des Landes war die Einzelausstellung Ingrid Wurzinger-Leitner gewidmet. Zudem wurde von Oktober bis Dezember 2022 mit „DE|RE Constructing female Bodies“ eine Ausstellung gezeigt, die sich mit dem weiblichen Körper im künstlerischen Kontext befasste.

Im Ausstellungsprogramm unsere Stifterhauses und des Adalbert Stifter Instituts des Landes ist man bei der monografischen Annäherung um ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis bemüht. Dabei darf insbesondere auf die beachtlichen Arbeiten, und auch was wir an inhaltlichem Angebot zu liefern haben, von Handel-Mazzetti, von Käthe Recheis, von Eugenie Kain oder auch von Ilse Aichinger hingewiesen werden. Insbesondere gilt das auch bei der Kuratierung von thematischen Ausstellungen des Hauses.

Im Bereich der Finanzdirektion, der Finanzen, das wissen Sie auch aufgrund unserer vielfältigen Landeshaushaltsdebatten bestens, haben wir seit dem 31. März 2008 ja grundsätzlich das Gender-Budgeting als Bestandteil unserer wirkungsorientierten Verwaltungsführung, das auch konsequent genutzt und angewandt wird.

Die Frauenstrategie mit ihren vielfältigen Themenbereichen wirkt natürlich sich auch besonders in den Finanzen des Landes aus, wo man auch deutliche Fortschritte entsprechend zeigen kann, vor allem durch erhebliche Budgetsteigerungen. Zum Beispiel im Bereich der Kinderbetreuung, wo wir seit dem Voranschlag 2018 eine Steigerung von 17,8 Prozent hatten. Im Bereich des Familienressorts eine Steigerung von knapp 40 Prozent. Im Bereich Arbeit und Beschäftigung in diesem Zeitraum eine Steigerung um 47,15 Prozent. Das ist deswegen herauszuheben, weil im Pakt für Arbeit und Qualifikation ein eigener Schwerpunkt auf dem Thema Frauen auch entsprechend liegt. Und die Forcierung von Beratungs- und

Unterstützungsangeboten für Frauen, Mädchen, kommt auch zum Ausdruck, da der Budgetanteil des Frauenreferats um 2,36 Prozent gewachsen ist.

Ich hoffe, dass ich Ihnen jetzt keine Neuigkeiten erzählt habe, sondern Sie das als Mitgestalterinnen und Mitgestalter des Landes ohnehin auch wissen, weil vieles davon ja auch durch Sie mitbeschlossen wurde. Ich möchte die Anfragebeantwortung aber auch nutzen, um unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sehr, sehr herzlich für ihren Einsatz zu danken, insbesondere auch den Mitarbeiterinnen, die bereit sind, Führungsaufgaben in verschiedenen Positionen zu übernehmen und damit Verantwortung zu tragen. Und ich danke Ihnen auch, dass sie vielfältige Ideen und Projekte einbringen, die uns gerade auch in diesem Bereich helfen, uns auch als moderner Dienstgeber entsprechend weiterzuentwickeln. Sie alle wirken dabei mit, dass wir unserem Namen entsprechend auch ein Vorzeigeland und ein echtes Oberösterreich sind. (Beifall)

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte.

Abg. KO **Engleitner-Neu, M.A., M.A.:** Vielen Dank für die Ausführung. Es gibt eine Zusatzfrage. Die eine war ja, der Anteil des Budgets, das hast du schon beantwortet, aber die zweite Frage ist, bis wann denn die in deinem oder in Ihrem Verantwortungsbereich liegende und im Rahmen der Frauenstrategie einstimmig beschlossene Maßnahme des Gender Budgeting tatsächlich umgesetzt wird? Du hast gesagt, es wird umgesetzt, aber bis wann? Kann man eine Zeitschiene sagen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Nachdem das Budget jährlich beschlossen wird, ist dieser Grundsatz des Gender Budgeting jährlich anzuwenden.

Präsident: Es liegt eine weitere Zusatzfrage vor. Abgeordnete Margreiter bitte.

Abg. **Margreiter:** Ja, einen wunderschönen guten Morgen Herr Landeshauptmann! Wie gering ist der Frauenanteil in der Gruppe jener landesnahen Spitzenbediensteten, die mehr als Ihr Landeshauptmanngehalt erhalten, das von Ihnen am 5. 11. 2018 in der Oö. Landesregierung durch eine Aufhebung der bis dahin 18 Jahre lang gültigen Gehaltsobergrenze durchgesetzt wurde?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Kollegin, zum einen habe ich diese Zahl nicht präsent, zum anderen gilt für alle Personen, egal wieviel sie verdienen, der Datenschutz. Zum dritten bin ich niemandem, der Leistung erbringt, egal ob Frau oder Mann, das Einkommen neidisch. Und ich glaube, dass wir insgesamt als Politikerinnen und Politiker, Sie als Abgeordnete, aber auch wir als Landesregierungsmitglieder, gut entlohnt sind. (Beifall)

Abg. **Margreiter:** Danke.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage. Abgeordnete Engl.

Abg. **Mag. Engl:** Danke, guten Morgen sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich habe eine ganz kurze Ergänzungsfrage. Sie haben zuerst gesprochen vom Frauenanteil vom Budget, das ist erhöht worden um 2,36 Prozentpunkte. Aufgrund der aktuellen Situation, sei es in der Gewaltprävention als auch bei der generellen Situation von Frauen, gibt es aus deiner Sicht Bemühungen oder die Motivation vielleicht, dem Frauenbudget in Zukunft eine größere Priorität einzuräumen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Nachdem du weißt, wer die Frauenreferentin ist und wie konsequent sie vorgeht, kannst du und können wir alle davon ausgehen, dass es hier Forderungen gibt und dass diese Forderungen auch sehr konsequent umgesetzt werden.

Abg. **Mag. Engl**: Dankeschön.

Präsident: Es gibt keine weitere Zusatzfrage. Wir kommen zur nächsten Anfrage von Abgeordnetem Schaller an Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner.

Abg. **Schaller**: Guten Morgen sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner! Dieselbe Frage, egal ob Gender Pay Gap, Gender Pension Gap oder Kinderbetreuungsangebot, laut Statistik Austria liegt Oberösterreich in diesen, insbesondere für Frauen wichtigen Bereichen unter dem Bundesländerdurchschnitt. Die Frauenstrategie für Oberösterreich 2030 wurde am 5. März 2018 einstimmig in der Oberösterreichischen Landesregierung beschlossen. Sie soll die Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen in Oberösterreich weiterentwickeln. Bis 2030 sind noch sieben Jahre Zeit. Welche Maßnahmen setzt du in Deinem Verantwortungsbereich, um die Ziele der Frauenstrategie für Oberösterreich 2030 im Sinne der tatsächlichen Chancengleichheit für Frauen und Männer in Oberösterreich zu verwirklichen?

Präsident: Bitte.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner**: Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung, hohes Haus, Herr Abgeordneter, einen schönen guten Morgen! Auch wenn ich kompetenzmäßig weder für die Frauen, noch für die Männer, noch für die Kinderbetreuung zuständig bin, nehme ich als verantwortungsvolles Mitglied der Oberösterreichischen Landesregierung gerne Stellung zu deiner Anfrage und werde sie nach bestem Wissen und Gewissen über meine Ressorts, alle meine Ressorts hin, beantworten.

Alle Ressorts in der Oberösterreichischen Landesregierung haben sich nämlich dazu bekannt, in ihrem jeweiligen Wirkungsbereich Maßnahmen zur Umsetzung der Frauenstrategie zu setzen. Die Aufgabe der Politik ist es hier jedenfalls, in allen Lebensbereichen dafür notwendige Rahmenbedingungen zu schaffen. Die Frauenstrategie zeigt die Themen auf, welche für die Frauen heute und in Zukunft von Bedeutung sind. Gesundheit, Einkommen, Beruf, Karriere, Gleichberechtigung am Arbeitsplatz und eine bestmögliche Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Und das bringt mich auch schon zum ersten Punkt, nämlich zum Vereinbarkeitsthema. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines der wichtigsten Ziele einer zukunftsorientierten Familien- und Frauenpolitik. Fakt ist, wenn es die Situation verlangt, stellen Frauen ihren Beruf zurück, um sich um die Familie zu kümmern. Das hat man insbesondere auch bei Corona gesehen. Die coronabedingte Arbeitslosigkeit hat zu 85 Prozent Frauen betroffen. Für eine gute Vereinbarkeit braucht man daher einen Zusammenhalt, und zwar von vielen unterschiedlichen Mosaiksteinen. Politik, Wirtschaft, Unternehmer, Arbeitgeber, Führungskräfte, Organisationen und die Gesellschaft insgesamt.

Fakt ist auch, dass Männer immer mehr Verantwortung in der Familie übernehmen. Und ich halte das für gut. Die Zahl der berufstätigen Mütter steigt, und somit natürlich auch der Wunsch nach einer bedarfsgerechten Kinderbetreuung. Und dafür sorgt Oberösterreich mit einem bedarfsgerechten Ausbau institutioneller Kinderbetreuungseinrichtungen. Und dafür danke ich

ganz herzlich meiner Kollegin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Mag. Christine Haberland. Dass es hier viel Arbeit noch gibt, das wissen wir alle, aber wir sind auf einem sehr guten Weg.

Ergänzend dazu brauchen wir auch flexible Betreuungsangebote für unsere Familien. Und das ist mir ganz besonders wichtig. Flexible Betreuungsangebote als Ergänzung zur institutionellen Kinderbetreuung. Vom Familienreferat wird der Omadienst des Katholischen Familienverbandes gefördert, eine ebenso äußerst wichtige Einrichtung für Familien mit Betreuungsbedarf. 2022 waren 326 aktive Betreuungspersonen im Einsatz und betreuten 685 Kinder in 447 Familien. Die Betreuung ist flexibel, verlässlich, familiennahe, und vor allem das Wohl des Kindes steht im Vordergrund. Das sollte überall so sein.

Gefördert werden auch die flexiblen Betreuungsformen vom Verein Tagesmütter und vom Verein Drehscheibe Kind in Steyr. Ich habe mich selbst vor einigen Jahren davon überzeugt, welch hervorragende Arbeit von diesen Betreuungseinrichtungen geleistet wird.

Diese flexiblen Kinderbetreuungsformen wurden früher seitens des AMS gefördert. Das AMS hat jedoch 2014, unter der damaligen AMS-Leitung und ehemaligen Landesrätin Gerstorfer, den stufenweisen Rückzug aus dieser Förderung beschlossen. Bis 2020 wurde diese zur Gänze eingestellt. Ich habe diese finanziellen Mittel aufgebracht, damit diese wichtige ergänzende Betreuungsform weiter angeboten werden kann und nicht geschlossen werden muss.

Das Familienreferat des Landes fördert Einrichtungen in Oberösterreich, wie beispielsweise den Verein ZOE für Beratung rund um Schwangerschaft und Geburt, den Verein Rainbows, ein Angebot vor allem für Familien mit Kindern nach einer Scheidung der Eltern oder in einer Verlust- bzw. schweren Krisensituation, den Verein PIA, ein gemeinnütziger Verein, der Beratung und Therapie bei sexueller Gewalt anbietet, und sich für Prävention und sexuelle Bildung stark macht. Vom Familienreferat werden jedenfalls auch die Frauenberatungsstelle Babsy, das Frauennetzwerk Rohrbach und der Verein Spektrum gefördert. Diese finanziellen Mittel werde ich seitens des Familienreferates jedenfalls sicherstellen, solange ich Familienreferent bin, damit die Familien diese Einrichtungen und die Angebote auch in Anspruch nehmen können.

Mit dem Landesfamilienpreis Felix Familia haben wir eine äußerst wichtige und wertvolle Maßnahme zum Vereinbarkeitsthema ins Leben gerufen. Mit dem Landesfamilienpreis holen wir unter anderem Unternehmen vor den Vorhang, die ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern besonders familienfreundliche Maßnahmen zur Verfügung stellen, damit sie Familie und Beruf besser vereinbaren können.

Durch die Teilnahme am Landesfamilienpreis können Unternehmen auch am Staatspreis Familie und Beruf teilnehmen. Und da hat es viele Unternehmen aus Oberösterreich gegeben, die hier auch schon einen Staatspreis erlangt haben. Immer mehr Unternehmen ergreifen die Initiative und bieten ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern betriebliche Kinderbetreuungseinrichtungen an und stellen sich der Herausforderung im Personalmanagement. So konnten namhafte oberösterreichische Unternehmen wie beispielsweise die Firmen Rosenbauer, TGW Logistics Group, die Hotels Guglwald und Binzer, Granitlab Coworking-Space, Firma Fill, das Landeskrankenhaus Freistadt, das Klinikum Wels Grieskirchen, die JKU auf Landesebene bzw. auf Bundesebene ausgezeichnet werden. Auch Combination wurde ausgezeichnet.

Es erfordert aber auch bewusstseinsbildende Maßnahmen und Informationen für Mütter und Väter über ihre Rechte wie Väterkarenz, Elternkarenz, Elternteilzeit und vieles mehr. Hier unterstützen wir im Familienreferat gezielt durch Bewusstseinsbildung im Hinblick auf die Rechte für Mütter und Väter, indem wir Familien informieren, was Väterkarenz, was Elternkarenz, Elternteilzeit betrifft, mit diversen Informationsmaterialien wie Förderbroschüren, aber auch die Familienpaket-Mappe. Diese Familienpaket-Mappe erhalten alle Eltern bei der Geburt des Kindes. Wir informieren aktuell über Neuerungen in diesem Bereich, im Familienjournal, auf der Homepage, im Newsletter und in den sozialen Medien.

Neben dem Familienressort erstreckt sich mein Verantwortungsbereich auch auf die Wohnbauförderung, den Naturschutz, das Baurecht und die Bautechnik, das Staatsbürgerschaftswesen und die Gemeindeaufsicht. Und allen Ausgabenbereichen ist eines gemeinsam, es wird beim Personenkreis der rechtsunterworfenen Förderwerber und Antragsteller nicht nach dem Geschlecht unterschieden.

In der Wohnbauförderung und in der Wohnbeihilfe sind die Fördersätze selbstverständlich unabhängig vom Geschlecht gleich hoch. Übrigens bei dieser Gelegenheit einmal, fünf der acht Führungskräfte in der Abteilung Wohnbauförderung, Abteilungsleiter, Gruppen- und Referatsleiter, sind weiblich. Übrigens in meiner Zeit bestellt worden. (Beifall)

Auch der Naturschutz kennt keine geschlechterspezifische Ungleichbehandlung. Der Vertragsnaturschutz orientiert sich bei der Höhe der Ausgleichszahlung nicht am Geschlecht der Grundstückseigentümer, sondern an der Beschaffenheit der Liegenschaft. Artikel und Bezeichnungen von Gattungen spielen im Artenschutz übrigens auch keine Rolle. Der Biber ist uns gleich wichtig wie die Birkenmaus. Einzig im Nationalpark Kalkalpen mussten wir geschlechterspezifisch regulierend eingreifen, weil das dominante Männchen zeugungsunfähig war.

In meinen weiteren Verantwortungsbereichen: In der Staatsbürgerschaft. Die Staatsbürgerschaft erhält, wer im Bundesgesetz die festgelegten Kriterien erfüllt, unabhängig vom Geschlecht. Die Gemeindeaufsicht unterscheidet nicht zwischen männlichen und weiblichen Bürgermeistern. Auch das Baurecht und die Bautechnik kennt keine Ungleichbehandlung, Baugenehmigungen und Abrissbescheide orientieren sich nicht am Geschlecht in Oberösterreich.

Was die politische Arbeit im Allgemeinen angeht, hat die FPÖ nach der letzten Landtagswahl den männlichen Landtagspräsidenten durch eine Präsidentin Binder ersetzt, bei der SPÖ war es umgekehrt, der Präsident heißt aber auch Binder. In den politischen Büros der beiden Regierungsmitglieder und des Landtagsklubs liegt die durchschnittliche Frauenquote bei knapp 47 Prozent. In der FPÖ-Landesgeschäftsstelle sind mehr Frauen als Männer beschäftigt. (Zwischenrufe von links: „Das ist unter deiner Würde! Das ist peinlich!“)

Und eine persönliche Anmerkung an dich, lieber Abgeordneter Schaller, vom Betriebsrat der voest sind vier Mitglieder in den Aufsichtsrat entsandt, drei davon sind männlich.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Schaller:** Ich habe keine Zusatzfrage mehr und das andere, das mit dem Aufsichtsrat der voest-alpine, das reden wir dann draußen.

Präsident: Es gibt eine weitere Zusatzfrage. Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann-Stellvertreter. Sie haben ja schon einmal die Familien mit beeinträchtigten Kindern angesprochen. Was Familien mit beeinträchtigten Kindern neben Beratung unter Unterstützung oft fehlt, sind barrierefreie Wohnungen, die sehr schwer zu bekommen sind, gerade auch in ländlichen Gegenden. Meine Frage daher, wie viele barrierefreie Wohnungen wollen Sie im sozialen Wohnbau noch stärker bauen, wie viele sind jetzt gebaut und wie viele können Sie bauen?

Präsident: Bitte.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Frau Abgeordnete, einen schönen guten Morgen! Ich bin sehr dankbar für diese sehr wichtige Frage und vor allem auch ist es mir ein persönliches Anliegen, Familien zu unterstützen mit Kindern mit Beeinträchtigung. Ich hatte hier auch einen Schwerpunkt in meiner zivilberuflichen Tätigkeit, insbesondere was Geburtsfehler betrifft und die schwerwiegenden Folgen. Und das ist ein sehr ernstes und ein sehr belastendes Thema.

Es ist grundsätzlich so, dass alle neuen Wohnungen barrierefrei oder anpassbar errichtet werden. Das wissen Sie. Es ist uns kein einziger Fall im Büro bekannt, wo eine Familie mit beeinträchtigten Kindern eine barrierefreie Wohnung nicht erhalten hätte. Sollte das der Fall sein, sollte das irgendjemandem hier im hohen Haus bekannt sein, dann bitte sofort auch mein Büro zu kontaktieren. Das wird umgehend geregelt.

Und ich möchte auch darauf verweisen, dass sehr oft ja auch eine Beeinträchtigung ja nicht von Geburt vorhanden ist, sondern auch passiert, zum Beispiel durch eine schwere Erkrankung oder durch einen Unfall. Und auch hier haben wir Wohnungen, die nicht barrierefrei einmal errichtet wurden, unterstützen wir einen Umbau seitens der Wohnbauförderung entsprechend. Ob das jetzt im privaten Bereich ist, im Eigentumsbereich, oder im gemeinnützigen mehrgeschoßigen, in der sozialen Wohnbauförderung, in diesem Bereich, also hier gibt es immer eine Unterstützung seitens der Abteilung für Wohnbauförderung.

Und der Bauträger selbst, da gibt es viele Beispiele, wo wir unterstützend entsprechend uns eingebracht haben. Und es geht nicht nur um die Barrierefreiheit im Sinne der Rollstuhlgerechtigkeit, es gibt auch andere Themen im Bereich der Barrierefreiheit, die oft nicht erfasst sind, das muss man auch dazu sagen, wo wir auch immer entsprechende Unterstützung geben. Das ist eine Selbstverständlichkeit, und niemand muss seine Wohnung verlassen aufgrund eines Unfalls oder wenn Kinder eine schwere Beeinträchtigung haben, wenn es in irgendeiner Art und Weise möglich ist, diese Wohnungen entsprechend baulich zu adaptieren.

Abg. **Schwarz:** Danke. Ich schicke Ihnen gleich die Adressen weiter.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Bitte gerne.

Präsident: Dankeschön. Mir liegt keine weitere Frage mehr vor. Wir kommen zur nächsten Anfrage von Abgeordneter Heitz an Landesrätin Langer-Weninger.

Abg. **Heitz:** Sehr geehrte Frau Landesrätin, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch von meiner Seite einen schönen guten Morgen! Egal ob Gender Pay Gap, Gender Pension Gap oder Kinderbetreuungsangebot, laut Statistik Austria liegt Oberösterreich in diesen, insbesondere für Frauen wichtigen Bereichen unter dem Bundesländerdurchschnitt. Die Frauenstrategie für

Oberösterreich 2030 wurde am 5. März 2018 einstimmig in der Oberösterreichischen Landesregierung beschlossen. Sie soll die Chancengleichheit von Frauen und Männern in allen Lebensbereichen in Oberösterreich weiterentwickeln, bis 2030 sind noch sieben Jahre Zeit. Welche Maßnahmen setzen Sie in Ihrem Verantwortungsbereich, um die Ziele der Frauenstrategie für Oberösterreich 2030 im Sinne der tatsächlichen Chancengleichheit für Frauen und Männer in Oberösterreich zu verwirklichen?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Vielen Dank für die Anfrage, weil es um ein wichtiges Thema geht, die Chancengleichheit zwischen Männern und Frauen. Ich darf einen kurzen Abriss darüber geben, in welchen Bereichen in meinem Ressort es entsprechende Themen gibt beziehungsweise welche Maßnahmen wir bereits gesetzt haben, um hier entsprechende Chancengleichheit auf den Weg zu bringen.

Ich darf beginnen mit dem Teil der Landwirtschaft. Wir wissen, dass gerade im Bereich der Landwirtschaft es sehr oft ein Stereotyp gibt, das den Eindruck erweckt, dass Landwirtschaft sehr männlich besetzt ist. Wenn man genauer hinsieht, dann weiß man und man bemerkt eigentlich, dass das nicht der Fall ist, sondern dass Frauen hier einen ganz wesentlichen Anteil haben und Beitrag dazu leisten. Ein Drittel der Bauernhöfe in Österreich werden von Frauen bewirtschaftet, in Oberösterreich ist das sogar noch mehr, wir sind hier bei 40 Prozent Betriebsführerinnen in der Land- und Forstwirtschaft. Das sind nicht Frauen, die nur am Papier Betriebsführerinnen sind, sondern sich wirklich ganz intensiv mit dem Betrieb auseinandersetzen, dort auch betriebswirtschaftliche Entscheidungen treffen und inhaltlich in die Betriebsführung auch wirklich involviert sind. Parallel dazu haben wir auch in Oberösterreich einen übermäßigen höheren Anteil gerade bei jenen Frauen und jenen Bäuerinnen, die nach außen auftreten, die Landwirtschaft auch nach außen in der Bewusstseinsbildung darstellen. Wenn man nur an das Thema der Seminarbäuerinnen denkt, so besetzen wir hier ein Fünftel der Seminarbäuerinnen aus Oberösterreich, weil es uns wichtig ist, die Frauen auch in den Mittelpunkt, ins Rampenlicht, zu stellen, aber auch Einkommensmöglichkeiten für die Frauen am bäuerlichen Betrieb zusätzlich zu schaffen.

Wir wollen natürlich auch die Frauen, die Bäuerinnen, in der Weiterbildung gut mitbegleiten und unterstützen. Es gibt dazu auch unterschiedlichste Weiterbildungsangebote über das ländliche Fortbildungsinstitut im Bereich der Landwirtschaftskammer, wo es darum geht, Persönlichkeit auch in den Mittelpunkt zu stellen. Ich darf nur einige Beispiele dazu nennen, die ganz speziell für die Bäuerinnen am Hof entwickelt wurden. Ein Thema zum Beispiel ist „Bäuerin/Landwirtin/ Unternehmerin - mein Rollenverständnis als Betriebsführerin“. Ein Beispiel wäre der Bildungstag für die Bäuerinnen, Online-Seminare für Jungbäuerinnen, um zusammen zu kommen und sich zu unterhalten, aber natürlich auch das Thema der Überforderung gut zu begleiten, auch das ist ein Thema, das sie am landwirtschaftlichen Betrieb natürlich kennen, hängt denn alles von mir ab. Das sind solche Bildungsangebote, wo solche Unterstützungen angeboten werden. Wir haben dazu auch im letzten Jahr gemeinsam mit der Landwirtschaftskammer ein Beratungstool „Lebensqualität Bauernhof“ auf den Weg gebracht, um gerade auch vor allem Frauen zu unterstützen, denn sie sind ja der Mittelpunkt am Hof, wo sehr viele maßgebliche Dinge auch davon abhängen, ob der Betrieb auch erfolgreich ist und wie es der Frau auch geht letztendlich dabei.

Aber es geht auch um die wesentliche Chancengleichheit in der Interessensvertretung in der Landwirtschaft. Es gibt ja seitens der Bäuerinnen die Bäuerinnen-Charta seit dem Jahr 2017, die wir sehr intensiv unterstützen. Was heißt die Bäuerinnen-Charta? Es geht darum, in agrarischen Organisationen Bewusstsein zu schaffen, dass beide Geschlechter einen wertvollen Beitrag dazu leisten können und dass auch Gremien zumindest gleichwertig besetzt

werden, aber zumindest in einem Anteil von 30 Prozent. Dazu haben sich freiwillig schon sehr viele Organisationen im landwirtschaftlichen Bereich auf den Weg gemacht, das umzusetzen, alle neun Landwirtschaftskammern in Österreich, das heißt bei jeder Wahl muss dann diese Charta umgesetzt werden im Funktionärsbereich, aber auch der Maschinenring, der Waldverband, der Weinverband, die Arbeitsgemeinschaft der Meister, BIO AUSTRIA, Green Care Österreich, der Verband Österreichischer Schweinebauern, der Österreichische Bundesverband für Schafe und Ziegen, die Zentrale Arbeitsgemeinschaft der österreichischen Rinderzüchter, der Geflügelwirtschaftler, der Pferdezüchter und auch der Österreichische Raiffeisenverband. Alle diese Gremien wollen Männer und Frauen in den Gremien haben, zumindest mit einem Anteil von 30 Prozent. Ich halte das für einen guten Weg, der hier freiwillig begangen wird, wo aber vor allem auch im Hintergrund steht, Frauen in dieser Tätigkeit zu unterstützen, zu motivieren und ihren Beitrag auch in diesen Gremien zu leisten.

Wir wollen das aber auch in unserem Bereich in unseren landwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen zum Beispiel in Oberösterreich umsetzen. Wenn wir hier genauer hinschauen, haben wir 40 Prozent Schulleiterinnen. Wir setzen das auch intern in den Schulen, nämlich nicht nur in der Führungsebene, um, sondern wir wollen auch die jungen Mädchen in den Schulen motivieren, sich etwas zuzutrauen. Wir haben dazu auch entsprechende Workshops initiiert, zum Beispiel um das Selbstbewusstsein der Mädchen auch zu stärken, das heißt selbstbewusst erleben, wo auch das Lehrpersonal entsprechend aufgerufen ist, hier zu sensibilisieren, die Interessen, die Neigungen zu stützen, zu unterstützen, zu motivieren, sich etwas zuzutrauen und vielleicht auch keine stereotypen Dinge zu tun, auch als Mädchen sich hinzuwagen in neue Felder und das auch entsprechend zu unterstützen. Die Landjugend Oberösterreich ist ja ein großes Beispiel dafür, wie partnerschaftliche Gestaltung und auch Führung funktioniert. Alle Gremien in der Landjugend sind partnerschaftlich besetzt, und wir konnten sogar auch hier im Mitgliederbereich in den letzten fünf Jahren den Mitgliederanteil bei den Mädchen auch steigern von 45 Prozent auf 48 Prozent, weil die Angebote, die gesetzt werden, für beide gleich wertvoll und für beide gleich wichtig sind und auch hier gerne angenommen werden.

Wir haben aber natürlich auch das Thema der Jagd in Oberösterreich. Wir wissen, dass die Jagd über viele Jahrzehnte ausschließlich männerdominiert war. Wir erleben hier eine sehr gute Trendwende. Wir haben bereits über zehn Prozent der Jägerinnen und Jäger in Oberösterreich, die weiblich sind. Wenn man in den letzten fünf Jahren genauer hinschaut bei jenen, die die Jagdprüfung gemacht haben, da ist bei den Jungjägern in den letzten fünf Jahren ein Anteil von 40 Prozent Frauen. Also hier ist wirklich etwas in Bewegung, was gut ist, und was uns insgesamt gut tut, und was wir auch weiter unterstützen wollen.

Ein wesentlicher Bereich, gerade in einem großen Bundesland wie Oberösterreich, in einem Flächenbundesland, wo wir sehr viel auch im ländlichen Raum für die Frauen leisten müssen, ist hier das Programm LEADER, wo es darum geht, in den LEADER-Regionen vor Ort auch entsprechende Projekte zu initiieren. In den 20 LEADER-Regionen, die wir in Oberösterreich haben, sind 17 Frauen entweder LEADER-Managerin oder als Obfrau tätig. Wir haben auch in dem Projekt verpflichtende Auswahlkriterien, dass mindestens ein Drittel der Stimmberechtigten dort Frauen sein müssen. Das tut uns bei der Auswahl der Projekte gut, das tut uns auch dort entsprechend gut, welche Projekte überhaupt initiiert werden und dann vor Ort auch umgesetzt werden. Es schafft auch eine nachhaltige Veränderung in der Zusammensetzung der Gremien, wenn man hier wirklich auch Bewusstseinsbildung und langfristige Änderungen auch in den Köpfen bewirken will.

Die lokale Entwicklung vor Ort im Bereich LEADER stellt ja vor allem in wichtigen Bereichen den Zusammenhang mit der Gleichstellung zwischen Mann und Frau auch wirklich dar. Es werden dadurch Projekte entwickelt und auf den Weg gebracht, die auch zur Arbeitsplatzsicherung und auch zu neuen Arbeitsplätzen führt, weil über diese lokalen Aktionsgruppen, die vor Ort nachdenken, welche Projekte wichtig sind, dort auch die Frauen mit dabei sind. Wir sehen, dass hier einiges auch gemeinsam auf den Weg gebracht worden ist, das natürlich auch im Bereich Kinderbetreuung, Gesundheit und all diese Dinge ihren Niederschlag findet. Ich darf einige Projekte dazu nennen, die umgesetzt worden sind im Bereich der lokalen Aktionsgruppen mit LEADER. Es sind der Waldkindergarten im Sterngartl, das Pilotprojekt Zeit zum Gesund werden, die Ferienbetreuung Steinerne Mühl oder das Kinderbetreuungsnetzwerk Hansbergländ, auch der Aufbau Frauenhaus im Salzkammergut und das Quartier 16, Haus für Frauen in schwierigen Situationen, um nur einiges dazu zu nennen.

Aber es gibt auch eine Studie zur Gleichstellung von Männern und Frauen im Österreichischen Programm für ländliche Entwicklung, das ja von der Bundesanstalt für Agrarwirtschaft und Bergbauernfragen entsprechend auf dem Weg gebracht worden ist, zur Förderung der lokalen Entwicklung in den ländlichen Gebieten. Auch das zeigt ganz klar wieder im Hinblick auf die Landwirtschaft und die Bäuerinnen am Hof, dass die Vielfalt hier ein wesentlicher Motor ist, um auch Weiterentwicklung vor Ort in der Landwirtschaft, aber auch in den ländlichen Regionen, auf den Weg zu bringen. Die Frauen sind hier mit ihrem Blickwinkel und mit ihrer Innovationskraft die wesentlichen Treiber für Diversifikation auf den landwirtschaftlichen Betrieben, aber natürlich auch dahingehend, außerlandwirtschaftliches Einkommen zu erwirtschaften und sich damit auch eine zusätzliche Erwerbsmöglichkeit und Unabhängigkeit zu verschaffen.

Es geht auch darum, insgesamt die Absicherung der Frauen mitzudenken. Aus Frauensicht sind wichtige Themen, wie schon angesprochen, Projekte im Bereich Kinderbetreuung, im Bereich Vereinbarkeit Familie und Beruf. Das macht auch vor den landwirtschaftlichen Betrieben natürlich nicht Halt. Die Bäuerinnen bringen sich auch hier im Bereich von LEADER sehr gerne ein. Wir wissen, wir brauchen entsprechende Maßnahmen auch im ländlichen Raum, denn gehen die Frauen, stirbt das Land. Daher ist auch LEADER ein wesentlicher Faktor, um dort die Frauen vor Ort entsprechend zu unterstützen, Arbeitsplätze zu schaffen, aber auch die Lebensqualität zu erhöhen.

Ich darf einen weiteren Punkt ansprechen, gerade auch im ländlichen Raum, aber natürlich auch im urbanen Bereich, wenn es um die Feuerwehren geht. Das ist ein Bereich, der über viele Jahrzehnte ausschließlich männlich dominiert war, wo es seit den letzten Jahren eine Öffnung gibt, die gut ist, die auch den Feuerwehren vor Ort gut tut. Es gibt einen Arbeitsausschuss, auch im Landesfeuerwehrverband, der sich zum Thema Freiwilligkeit und Ehrenamt sehr intensiv mit dem Thema Frauen in der Feuerwehr in den letzten Jahren befasst hat, wo Umfragen und Interviews geführt worden sind, die ganz klar zeigen, dass Um und Auf auch in der Beteiligung in den Feuerwehren ist die Jugendarbeit. Es wird darauf aufbauend zwei Kampagnen geben, die sehr viel im Bereich der Überzeugungsarbeit ihren Niederschlag finden werden. Ein Bereich wird sein, den Frauen aufzuzeigen, dass sie einen wertvollen Platz in der Feuerwehr haben und sich auch einbringen sollen und einbringen können, und der zweite Part wird sein, kritische Männer zu überzeugen, dass Frauen einen guten Beitrag in der Feuerwehr und eine wesentliche Unterstützung auch sein können.

Wir sind ja mitten drinnen, und die Gemeindeverantwortlichen hier im hohen Haus wissen, dass wir gerade mitten drinnen in den Kommandowahlen sind hier in Oberösterreich, ungefähr

50 Prozent sind da schon abgewickelt worden. Wir sehen auch hier ein Mehrwerden von Frauen in den Feuerwehren in Führungspositionen. Das ist auch gut und wichtig so. Wir haben ungefähr 50 zusätzliche weibliche Kommandomitglieder in der echten Führung, bei den Kommandantinnen und Kommandanten darf es noch werden. Aber wir sind hier auf einen guten Weg in allen Bereichen, ob es Kommandantinnen, Stellvertreterinnen, Lotsen oder Nachrichtendienst, Zugskommandantinnen, Schriftführerinnen, Kassaführerinnen, Kommandomitglieder insgesamt, Gruppenkommandantinnen, Abschnittsfunktionärinnen und Bezirksfunktionärinnen sind. Wir haben überall ein großes Plus dahinter stehen. Das ist ein schöner und wichtiger Weg, den wir auch natürlich in dieser Art und Weise weiter unterstützen und fördern werden.

Im politischen Bereich wissen sie, wir sind mit den Bürgermeisterinnen in Oberösterreich mit elf Prozent an zweiter Stelle im Bundesländervergleich. Wir haben in meiner Fraktion bei der letzten Wahl plus 59 Prozent an weiblichen Bürgermeisterinnen gehabt, und wir werden auch hier natürlich unsere Fühler ausstrecken und auch immer wieder motivieren, auch Funktionen in den Gemeinden und in den Gemeindestuben zu übernehmen.

Zusammenfassend kann man sagen, in allen acht Handlungsfeldern haben wir in den unterschiedlichsten Bereichen in meinem Ressort auch entsprechende Maßnahmen gesetzt und werden sie auch in Zukunft setzen, weil es wichtig ist, diese Chancengleichheit auf den Weg zu bringen und entsprechend zu unterstützen, um vor allem auch im ländlichen Raum ihnen Chancen zu geben.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage? Bitte!

Abg. **Heitz:** Vielen Dank! Frau Landesrätin, sie haben jetzt gerade zum Schluss die Situation in den Gemeinden angesprochen. Auf Landesebene gibt es ja eine erhöhte Klubförderung für Landtagsklubs, die 40 Prozent oder mehr Frauenquote erfüllen. Das erreichen im Oberösterreichischen Landtag aktuell die SPÖ, die Grünen und die NEOS, auf die erhöhte Klubförderung verzichten ÖVP, FPÖ und MFG. Welche Anreize wollen Sie setzen, um auf Gemeindeebene den Frauenanteil in den Gemeinderäten zu erhöhen?

Landesrätin **Langer-Weninger, PMM:** Wesentlich ist, dass wir insgesamt in unseren Fraktionen einen großen Beitrag dazu leisten, Frauen zu motivieren, es sich zuzutrauen. Ich habe gerade gesagt, wir haben in meiner Fraktion 59 Prozent plus bei Bürgermeisterinnen gehabt. Das ist ein großer, wichtiger Schritt, aber wir haben Luft nach oben. Wir werden alle dazu aufgefordert sein, hier auch Mutmacherinnen und Beispielgeberinnen zu sein. (Beifall)

Präsident: Es gibt keine weitere Zusatzfrage. Ich darf jetzt auf der Galerie ganz herzlich begrüßen die Schülerinnen und Schüler der Mittelschule Neuhofen an der Krems in Begleitung von Andreas Holzmann, die als Wahlpflichtfach die Demokratiewerkstatt gewählt haben.

Wir kommen zur nächsten Anfrage von Abgeordneter Engl an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

Abg. **Mag. Engl:** Einen schönen guten Morgen, Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Neben den oft immer noch ungleichen Löhnen ist auch die hohe Teilzeitquote bei Frauen einer der Hauptgründe für den Gender Pay Gap. Oberösterreich hat im Bundesländervergleich bei der Teilzeitfrauenquote laut Statistik Austria mit 56,8 Prozent den höchsten Wert und ist bei den elementaren Kinderbildungs- und Betreuungsangeboten, die den Vereinbarkeitsindikator Familie VIF entsprechen, an letzter Stelle. Was wirst du als Bildungslandesrätin angesichts

der Situation, dass Oberösterreich bei der Teilzeitfrauenquote Spitzenreiter und bei den Kinderbildungs- und Betreuungsangeboten Schlusslicht ist, beitragen, um den Gender Pay Gap zu reduzieren?

Präsident: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberland:** Hohes Haus, sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich darf in der Funktion als Bildungs- und Frauenlandesrätin antworten und möchte unterschiedliche Studien auch dazu zitieren. Beginnen möchte ich mit Daten der Statistik Oberösterreich, vom Land Oberösterreich, wo wir auf die Voll- und Teilzeitbeschäftigung von Männern und Frauen blicken. Wenn wir uns die Frauen anschauen, dann sind im Jahr 2021, und das sind die aktuell letztgültigen Daten, 56,8 Prozent in Teilzeit und 43,2 Prozent der Frauen in Vollzeit. Der Wechsel, dass es mehr Teilzeit gibt als Frau, vollzog sich bereits im Jahr 2014. Damit wir die Ausgangsbasis auch diesbezüglich haben.

Wenn wir andere Studien uns anschauen, dann ist es aktuell auch eine Datenunterlage der Agenda Austria, die sagt, dass zum Beispiel nahezu die Hälfte der kinderlosen Frauen zwischen 45 und 54 Jahren nur Teilzeit arbeitet. Ich möchte dann später darauf zurückkommen, was es denn an unterschiedlichen Anreizen und Aktivitäten braucht, um Frauen ein Angebot zu geben, um mehr zu arbeiten. Wenn wir auf eine Studie von StepStone schauen, im Job-Report 2023 mit mehr als 2.000 befragten Personen, wo die Gründe für die Arbeit in Teilzeit abgefragt wurden, da ist Nummer Eins, und zwar mit 55 Prozent, warum man Teilzeit arbeitet, die Antwort, das Leben ist zu kurz, ich will mehr Zeit für mich und mein Umfeld haben. Die Antwort Vier mit 35 Prozent ist, da komme ich später auch noch darauf zurück, Teilzeit rentiert sich steuerlich finanziell nicht.

Sehr geehrte Frau Abgeordnete, ich sehe daher ganz viele unterschiedliche Maßnahmen und Ansatzpunkte, die es braucht, möchte drei explizit hier im hohen Haus heute erwähnen. Das Erste ist die Angebotsausweitung im Bereich Kinderbildung und Kinderbetreuung, das Kinderland Nummer Eins. Das Zweite ist das große Empowerment und Finanzbildung für Frauen und junge Mädchen. Das Dritte ist ein klarer steuerlicher Anreiz für die Mehrarbeit.

Kommen wir zu Punkt Eins, das Thema Kinderbildung und -betreuung. Hier ist es ja kein Geheimnis, und wir haben das ja schon oft in diesem Haus diskutiert, dass wir Entwicklungsschritte vor uns haben. Das Angebot wird kontinuierlich in Oberösterreich ausgebaut. Wir haben alleine im letzten Jahr 100 neue Gruppen geschaffen, wir haben in diesem Jahr 100 neue Gruppen geplant. Wir haben im Dezember gemeinsam mit Städtebund, Gemeindebund, den Gewerkschaften, dem Land Oberösterreich ein zirka 40 Millionen Euro großes Paket verabschiedet, wo wir ganz klar Anreize setzen, dass es mehr Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen gibt. Dazu bekennen wir uns zu verpflichtenden Öffnungszeiten von 47 Wochen im Jahr. Das ist etwas, was die Eltern nicht mehr einfordern müssen, sondern was fix vorgegeben ist. Das ist mir auch wichtig, dass es hier wirklich eine Sicherheit für die Eltern gibt. Wir setzen natürlich auch damit Anreize für die Pädagoginnen, für die Assistentinnen, in diesem Bereich zu arbeiten. Wir können hier die schönsten Bekenntnisse abgeben, wir brauchen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesem Bereich, damit sie die Gruppen auch füllen und die Kinder gut begleiten und fördern können. Da ist uns auch mit der Gehaltserhöhung in beiden Bereichen, insbesondere bei den Pädagoginnen, mit 250 Euro auch ein großer gelobter Coup gelungen.

Wir wollen Kinderland werden, und wir wollen hier auch den Ausbau ganz klar vorantreiben. Es freut mich, dass wir hier auch eine gute Resonanz haben. Ich bin davon überzeugt, dass

es dieses Angebot auch wesentlich braucht, auch wenn wir wissen, die Agenda Austria schreibt das auch, wo ganz klar festgelegt ist, dass es nicht alleine die Kinderbetreuung ist, die Frauen in die Teilzeit bringt. Wir haben hier das gute Beispiel von Wien, das angeführt wird in der aktuellen Publikation, wo sich ganz klar zeigt, dass flächendeckende, ganztägige Kinderbetreuung am Trend nichts ändern kann, dass die Vollbeschäftigung in Wien eben deutlich zurückgegangen ist, obwohl es dort ein gutes Kinderbetreuungsangebot gibt. Nichtsdestotrotz bekenne ich mich dazu, dass wir ein gutes funktionierendes Kinderbetreuungsangebot brauchen. Es braucht das Angebot, um die Wahlfreiheit für die Frauen auch sicherzustellen. (Beifall)

Das führt mich zu Punkt Zwei, das Empowerment von Frauen und den bewussten Umgang mit Geld. Das heißt zum einen, dass wir in den Unternehmen, und das nicht nur das Amt der Oberösterreichischen Landesregierung, nicht nur die Gesundheitsholding gefordert werden, sondern alle Unternehmen in Oberösterreich können hier einen Beitrag dazu leisten, dass man darüber spricht, was man denn tun kann, um das Stundenausmaß zu erhöhen beziehungsweise darauf hinzuweisen, dass ein Verharren in der Teilzeit zur Armutsfalle werden kann.

In der Gesundheitsholding machen wir das in unseren Mitarbeiterinnen- und Mitarbeitergesprächen ganz bewusst, wo wir das Thema ansprechen, um es bewusst zu machen, dass die Mitarbeiterinnen erfahren, wenn sie länger in der Teilzeit bleiben, was das denn bedeutet schlussendlich in der Pension. Ich weiß, dass sich eine Zwanzig- bis Fünfundzwanzigjährige jetzt nicht mit der Pension auseinandersetzt, aber wenn ich 45, 50, 55 bin, dann ist es notwendig, das wirklich klar am Schirm zu haben, und eben wirklich die Stunden auch aufzustocken, wenn die Kinder eben auch aus dem Haus sind.

Da ist es auch wichtig, dass wir Finanzbildung machen. Wir machen das über das Frauenreferat auch mit unseren Broschüren und mit unserer Serie „Frauen und Geld – zwei die zusammen gehören“ Ganz wichtig ist, dass man sich nicht in Partnerschaften begibt, wo man abhängig ist vom Mann. Man soll in einer Beziehung sein, weil man es will und nicht weil man es muss. Das ist daher wichtig, dass wir hier auch aufklären. Wir haben Frauen, die in die Beratung kommen mit 50 oder 55, die kein eigenes Konto haben. Da ist es notwendig, dass wir hier sensibilisieren, die Älteren, aber auch in den Bildungseinrichtungen die Jüngeren, dass sie sich auf das gar nicht einlassen, sondern dass sie ganz bewusst und selbstbewusst das für sich auch einfordern.

Zum Dritten ist es eben auch notwendig, dass man ganz klar steuerliche Anreize setzt, dass Mehrarbeit sich lohnt, auch das hat die Agenda Austria mit den unterschiedlichen Handlungsempfehlungen klar publiziert, dass es einen Mehrwert haben muss, einen finanziellen Mehrwert haben muss, und dass man es spüren muss am Konto, im Geldbörserl, wenn man auch mehr arbeitet. Das ist das essentielle Kriterium, und hier braucht es sicherlich noch einige Maßnahmen, die zu tun sind.

Zum Thema Kinderbetreuung möchte ich noch sagen, wir denken in der Betreuung, die vielfach Frauen übernehmen, oft an die Kleinsten. Wir haben aber auch die Älteren, die vielfach von den Töchtern und Schwiegertöchtern betreut werden. Auch hier müssen wir ein Bewusstsein schaffen, wenn wir über das Thema Betreuung sprechen und warum oft Frauen zuhause bleiben, dass es hier ein Mehr an Angebot, an Betreuungsmöglichkeiten, an Pflegemöglichkeiten gibt, damit die Frauen auch später mehr arbeiten können. Danke.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Mag. Engl:** Es gibt noch eine Zusatzfrage, danke. Du hast jetzt drei Aspekte angesprochen, die einerseits die notwendige Angebotserweiterung betrifft, aber du bist auch völlig zurecht, wie ich finde, auf den finanziellen Aspekt, also die Leistbarkeit und die finanzielle Unabhängigkeit von Frauen eingegangen. Die tatsächliche Wahlfreiheit bei Frauen ist aber schon auch nur dann gegeben, wenn die finanzielle Voraussetzung passt. Wir haben in Oberösterreich bei der Betreuung jetzt am Nachmittag eine Nachmittagsbetreuungsgebühr und wir wissen, dass sich diese Gebühr auf die Öffnungszeiten auch wiederum im Negativen ausgewirkt hat, weil dann bestimmte Gruppengrößen aufgrund der Leistbarkeit nicht mehr zustande gekommen, sind und dann ist das Angebot verringert worden.

Darum möchte ich dir die Frage stellen für die reale Chance auf Vollzeit bei Frauen. Wirst du dich für die Abschaffung dieser Gebühren einsetzen oder weiter daran festhalten?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben in Oberösterreich ein Fördermodell für die Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen, wo Familien den Anspruch haben auf 30 Stunden Gratisbetreuung, denn so viel ist die Förderung für die Gemeinden vom Land Oberösterreich. 30 Stunden der Kinderbetreuung sind beitragsfrei für die Eltern. Weitere Stunden, ja am Nachmittag, wenn man 30, 35, 40 Stunden Betreuung in Anspruch nimmt, dann gibt es einen Beitrag zu entrichten. Auf diesen Beitrag können die Gemeinden verzichten. Dieser Beitrag ist auch gestaffelt. Es gibt die eine Staffelung der Inanspruchnahme, zwei, drei und fünf Tage und es gibt auch die Staffelung, was das Einkommen der Eltern betrifft, das zu berücksichtigen ist. Das heißt, hier gibt es durchaus einen Spielraum, aber 30 Stunden sind in Oberösterreich beitragsfrei.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage, bitte.

Abg. **Mag. Engl:** 30 Stunden sind beitragsfrei, sind aber in Österreich bei den jetzigen Arbeitsbedingungen eine mittlere Teilzeitbeschäftigung, und wenn man sich die Realität der Arbeitsbedingungen anschaut und der Arbeitszeiten, ist das vermutlich nicht vereinbar. Du hast die Gemeinden angesprochen, die auf diese Gebühr verzichten können. Die Gemeinden stehen in vielerlei Hinsicht jetzt vor sehr großen Herausforderungen in den aktuellen Zeiten.

Wie wirst du Gemeinden sowohl in organisatorischer Hinsicht auf dem Weg zum Kinderland Nummer eins und auch in finanzieller Hinsicht weiterhin unterstützen, damit diese Kinderbetreuungsoffensive auch wirklich gelingen kann?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Das Kinderlandpaket, das wir im Dezember paktiert haben, das zahlt zur Gänze das Land Oberösterreich, und in diesem Ausmaß unterstützen wir sehr großzügig die oberösterreichischen Gemeinden. (Beifall)

Abg. **Mag. Engl:** Danke.

Präsident: Es gibt eine Zusatzfrage, Frau Abgeordnete Schwarz.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Ich möchte auch den Fokus wieder auf beeinträchtigte Kinder und Jugendliche legen. Wie können wir die Situation, vor allem die Wahlfreiheit auch für Mütter und Väter mit beeinträchtigten Kindern verbessern, damit sie auch in die Bildungseinrichtungen gehen können und die Unterstützung bekommen, die sie brauchen?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Wir haben gerade im Herbst um 1 Million Euro das Budget aufgestockt und 70 Dienstposten zur Verfügung gestellt, was das Thema Integration betrifft. Die Abwicklung erfolgt hier über die Caritas. Natürlich stehen wir vor der Herausforderung, wie alle Unternehmen, Organisationen, die zuständigen, die kompetenten fachkundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu gewinnen. Hier gibt es große Bemühungen.

Zum Zweiten ist es sicherlich die Notwendigkeit oder auch das klare Bekenntnis, dass wir in unseren Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen auch ein Angebot legen wollen, brauchen, haben müssen für Familien mit Kindern mit Beeinträchtigung beziehungsweise für die Kinder mit Beeinträchtigung. Da brauchen wir auch eine Bewusstseinsbildung, dass das eine gute Bereicherung für die Gruppen ist. Zum aktuellen Zeitpunkt erlebe ich oft Sorge von den Trägern, wenn man weiß, dadurch wird die Gruppe geteilt. Die Gruppe wird verkleinert, man braucht mehr Räumlichkeiten, man braucht noch mehr PädagogInnen, aber das ist der richtige Weg, der ist auch notwendig, damit wir hier das Angebot auch haben, auch die kleineren Gruppen. Natürlich ist die Challenge, dass wir mehr PädagogInnen brauchen und diese insbesondere für den Beruf begeistern, gewinnen.

Da komme ich wieder zurück und schlage die Brücke zum Kinderland, zu den Gehaltserhöhungen, zu den kleineren Gruppen, zu den mehr Vorbereitungszeiten und der Aliquotierung. Wir versuchen die Rahmenbedingungen zu attraktiveren, damit wir mehr PädagogInnen und AssistentInnen erhalten, damit wir eben mehr Angebote, mehr Gruppen auch schaffen können.

Abg. **Schwarz**: Danke.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage, Herr Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Danke Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau! Du hast vorher gesagt, Frauen und Geld - weil die zusammen gehören, ist eine Devise des Frauenreferates. Jetzt ist hier meine Frage, um die Folgen des bestehenden Gender Pay Gaps abzufedern, das ist ja vor allem Altersarmut bei Frauen oder das Risiko. Gibt es bundesgesetzlich die Möglichkeit des Pensionssplittings? Wird das Pensionssplitting, also die Möglichkeit seitens des Landes beworben, wird das in Informationen besonders bekannt gegeben?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ein Lieblingsthema von mir, weil ich überzeugt bin, dass es das unbedingt braucht. Ich schließe mich auch allen Forderungen an und halte das Regierungsübereinkommen der Bundesregierung diesbezüglich auch für sehr klug und weitsichtig. Man müsste es nur umsetzen, das Pensionssplitting zu automatisieren beziehungsweise eben verpflichtend vorzugeben.

Wir haben als Land Oberösterreich Informationsvorgaben. Wir hatten auch vor Corona eine Informationskampagne, wo wir versucht haben, insbesondere junge Menschen zu erreichen, wir haben damals versucht, Pädagoginnen an der Pädagogischen Hochschule zu erreichen, zu sensibilisieren, weil sie selbst einmal in der Situation vielleicht sein werden beziehungsweise weil sie natürlich Multiplikatorinnen sind, die in der Klasse den jungen Frauen das Thema auch vermitteln sollen. Ja, es gibt Information. Ja, es gibt unterschiedliche Werbemaßnahmen. Eine andere Maßnahme wäre noch umfassender und zielführender.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Dankeschön.

Präsident: Danke. Meine sehr geehrten Damen und Herren, da seit Beginn der Fragestunde nun mehr als eine Stunde vorbei ist und noch einige Fragen offen sind, habe ich nach Paragraph 30 Absatz 5 der Landtagsgeschäftsordnung aus 2009 ohne Wechselrede darüber abstimmen zu lassen, ob diese Fragestunde fortgesetzt wird.

Ich bitte daher jene Mitglieder des Landtags, die eine Fortsetzung der Fragestunde zustimmen, ein Zeichen mit der Hand. (Alle Abgeordneten heben die Hand.)
Es ist einstimmig angenommen.

Wir kommen daher zur nächsten Anfrage von Frau Abgeordnete Anne-Sophie Bauer an Herrn Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Sie haben Anfang Jänner dieses Jahres die von Ihnen beauftragte Klima- und Energiestrategie für Oberösterreich der Öffentlichkeit präsentiert. Mit dieser Strategie werden die Themenbereiche Klimaschutz, Klimawandelanpassung und Energie integriert in der Landesverwaltung bearbeitet.

Wie werden Sie die oberösterreichische Klima- und Energiestrategie dahingehend weiter entwickeln, damit sie zur Zusammenfassung bestehender Maßnahmen auch neue Maßnahmen integrieren?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrte Frau Abgeordnete, geschätzte Damen und Herren! Unser Bundesland ist in vielen Bereichen, was erneuerbare Energiequellen anlangt, seit Jahren, Gott sei Dank, eine Vorzeigeregion, und das gilt daher auch für das übergeordnete Ziel, Klimaschutz voranzutreiben.

Wenn man auf die Zahlen der Statistik Austria zurückgreift, dann werden bei uns bereits etwa 70 Prozent des Stroms, aber auch 61 Prozent der Raumwärme aus erneuerbaren Energien gewonnen, wobei es so ist, dass wir bei Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie an der Spitze aller Bundesländer liegen. Als Photovoltaikmusterland produzieren wir bereits jetzt schon fast ein Viertel des gesamten österreichischen Sonnenstroms bei uns im Bundesland.

Was das Schöne ist, aus diesen Entwicklungen haben sich auch zahlreiche wirtschaftliche Erfolge und damit viele, viele tausende Arbeitsplätze im Bundesland ergeben. Das sage ich deswegen, weil es eine Grundlage ist, die zeigt, wir können das in Oberösterreich, aber wir wollen und müssen natürlich auch weiterkommen. Darum gibt es auch die Klima- und Energiestrategie, die als Prozess angelegt ist, weil ja das große Ziel in Österreich und Oberösterreich ist, dass wir 2040 das große Ziel der Klimaneutralität erreichen. 2040 heißt, dass wir dort noch einen Weg hinhaben. Also 17 Jahre und 17 Jahre, in denen ich auch dafür stehe und alles tun werde, dass trotzdem in diesem 17 Jahren weder die Räder stillstehen noch das Licht oder die Heizungen ausgehen, sondern dass wir den Übergang gut gestalten.

Wir wollen weiterkommen bei der Photovoltaik, das ist auch Teil der Klima- und Energiestrategie sowohl im Privatbereich mit dem 200.000 Dächer Programm, und es wird sicher auch in nächster Zeit dazu einige weitere Großprojekte geben, wo wir sehr deutlich machen können und auch vom Ergebnis herzeigen können, dass wir in der Photovoltaik vorankommen.

Insbesondere möchte ich hier und euer Augenmerk auf die Ladestationenförderung legen, die wir in Oberösterreich im heurigen Jahr erweitert haben mit Mitteln aus dem Zukunftsfonds von 3 Millionen Euro, damit wir auch die E-Mobilität, was die Infrastruktur anlangt, weiterbringen.

Es soll und wird auch im Wind weitere Nutzungsschritte geben. Bei der Biomasse sind wir Weltmarktführer, das ist aber deswegen anzumerken, da bitte ich alle, auch in euren und Ihren Parteien um das Mitkämpfen. Da muss auch die Grundlage dafür geschaffen werden, dass das Nutzen des nachwachsenden Rohstoffs Holz weiterhin auch von der EU als erneuerbare Energiequelle anerkannt wird. Es ist eine eklatante Fehlentscheidung des europäischen Parlaments, dass man die Atomkraft als nachhaltige Energiequelle anerkennt, aber die Nutzung der Biomasse nicht. Das muss dringend repariert werden, das würde nicht nur uns zurückwerfen, das würde dem Klima schaden, und es würde zigtausende Arbeitsplätze in Oberösterreich vernichten. (Beifall)

Wir sind, sehr geehrte Damen und Herren, auch in der Kreislaufwirtschaft, die in der Erreichung der Klimaziele eine wichtige Rolle spielt, sehr, sehr weit vorne, vor allem auch aufgrund unserer erfolgreichen, modernen Kunststoffindustrie, die dann das Recycling auch wieder vorantreibt. Es wurde erst in der Vorwoche die größte Sammel- und dann auch Teilungsanlage in Oberösterreich mittels eines Spatenstiches in das Leben gerufen, die von der Menge her rund 50 Prozent alles dessen, was in Österreich gesammelt wird, aufnehmen und dann auch weiterverwerten kann. Ein weiterer Schritt Richtung Zielerreichung.

Darum freut es mich sehr, dass uns bei diesem Anlass Herr Vizekanzler Kogler auch gelobt hat und in seiner offiziellen Ansprache dort auch Oberösterreich als Musterland in diesen Angelegenheiten hervorgehoben hat. Herr Landesrat Kaineder, der in dieser Thematik zumindest mitzuständig ist, und leider nicht da ist, hat dieses Lob auch gehört.

Sehr geehrte Damen und Herren, es ist aber auch der Wasserstoff ein ganz wichtiges Thema. Es muss gelingen, dass Oberösterreich auch Wasserstoffreich wird, denn wenn wir ein Industrie- und Produktionsstandort bleiben wollen, dann brauchen wir den Wasserstoff als Quelle der Energie. Wir brauchen ein Speichermedium, vielleicht auch als Antriebsmedium. Wir sind hier bei der Forschung sehr weit, und es gibt zumindest Ankündigungen, das Klimaministerium setzt das Upscaling, das in die Breite bringen in der Anwendbarkeit auch zu unterstützen. Wir hoffen, so wie die vielen Unternehmen des Landes, sehr, dass den Worten nun endlich auch Taten folgen.

Aufgrund all dessen, weil wir hier weiterkommen wollen, haben wir im März als Landesregierung mit einstimmigem Beschluss die integrierte Klima- und Energiestrategie beauftragt, und mit dieser Strategie wollen wir eben auf Basis unserer Kompetenzen all dessen, was wir vorweisen können aufgrund unserer Stärken, auch diese großen Herausforderungen, die ich schon angesprochen habe, umsetzen und erreichen.

Gemeinsam mit den Plänen, die es aus der EU-Ebene, die es auf der Bundesebene gibt, denn das muss ja ein Gesamtwerk werden, weil wir nicht als abgeschotteter Bereich diese Ziele alleine erreichen können. Wie du weißt, ist die Klima- und Energiestrategie von der Regierung beauftragt worden und wurde dann von Expertinnen und Experten aller Ressorts, die in irgendeiner Weise hier mitarbeiten konnten und auch die inhaltliche Expertise haben unseres Landes, entwickelt und vorangetrieben.

Ich danke denen sehr, unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Es war unter der Führung unserer Direktorin Frau Jäger-Urban und auch das Präsidium so, dass unsere Fachleute, die international anerkannt sind, hier gearbeitet haben, und weil ja natürlich diese Fachleute zu den verschiedensten Ressorts unseres Landes gehören, sind selbstverständlich auch die jeweils zuständigen Regierungsmitglieder, die die Strategie auf den Weg gebracht haben, immer auch im Prozess mitinformiert gewesen.

Der Regierungsbeschluss beinhaltet eine zentrale Steuerung der Maßnahmenplanung, die von der Abteilung Präsidium eben mit der fachlichen Unterstützung der Abteilung Umweltschutz wahrgenommen wird, und das glaube ich wirklich Neue ist, auf der einen Seite, dass wir jetzt zum ersten Mal komplett integriert vorgehen als gesamtes Land Oberösterreich mit all unseren Teilen, und dass wir es auch jährlich kontrollieren, überarbeiten, ändern und erweitern dort, wo diese Strategie auch entsprechend nötig sein wird. Die verschiedenen Schritte, die uns bis zur Klima- und Energiestrategie, die ja heute dem Oberösterreichischen Landtag vorliegt, der Weg, der uns dort hingeführt hat, war nach dem Beschluss die Einsetzung einer Landesarbeitsgruppe. Es wurde im oberösterreichischen Klimarat vorgestellt und besprochen. Es gab einen Workshop mit NGOs, genau um diese Energiestrategie auch zu erarbeiten, Kontakte mit vielfältigen Experten, und sie wurde dann, wie du ja weißt, auch im Ausschuss und im Umweltbeirat entsprechend vorgestellt und beraten.

Ich freue mich schon sehr auf die Umsetzung. Ende dieses Jahres wird es den ersten Bericht geben und dann vielleicht auch schon die erste Erweiterung für die Maßnahmen, die wir dann im nächsten Jahr setzen wollen.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. **Bauer:** Ja, dankeschön. Die Klimaziele, die Klimaneutralität 2040 wurden ja schon erwähnt. Es gibt natürlich auch den Fit For 55 Vorschlag der EU, der für Österreich das Ziel, die Treibhausgasemission um 48 Prozent zu verringern bis 2030, vorschlägt. Somit wäre meine Frage, wann werden Sie in die oberösterreichische Klima- und Energiestrategie einen klaren oberösterreichischen Reduktionspfad für Treibhausgasemissionen verankern, zur Erreichung der genannten Ziele?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Liebe Frau Kollegin, dazu möchte ich zum einen sagen, ich sage das auch ganz offen und selbstbewusst, dass ich es für eine Fehlentwicklung halte, wenn Europa glaubt, dass wir durch noch strengere und durch noch rigidere Maßnahmen das Weltklima retten, während in dem Zeitraum, wo wir darüber diskutieren, in China in der Woche zwei neue Kohlekraftwerke genehmigt werden. Das ist ein weltweites Anliegen. Europa kann dazu beitragen, aber wir werden es nicht alleine schultern können, und wir können es auch nicht unseren Landsleuten aufbrummen. Ich bin dagegen, dass wir ein Land der Verbote werden. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren, aber was die Verringerung der Treibhausgase anlangt, da ist es eben wichtig, dass wir so eine integrierte Strategie haben, denn wie widersinnig und vor allem wie kleingeistig wäre es, wenn Oberösterreich sagen würde, wir machen unseren Plan, egal was rund um uns los ist, weil an der Enns oder oben im Böhmerwald, dort endet unsere Zuständigkeit, und es wird überhaupt nicht beeinflusst, was rund um uns passiert. Die Grundlage der Klima- und Energiestrategie ist eben, dass wir das gemeinsam machen, wie vielleicht bekannt ist, wird gerade zwischen den Bundesländern und dem Bund jetzt auch wieder der bundesweite Plan erarbeitet, insbesondere was die CO₂-Reduktion und den Pfad dorthin anlangt, und das Miteinander halte ich auch für äußerst sinnvoll und zielführend.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage, bitte.

Abg. **Bauer:** Ja, vielleicht noch einmal konkreter. Was unternehmen Sie in Ihrer Funktion als Landeshauptmann, damit auf Bundesebene ein klarer Zielpfad in der Treibhausgasreduktion und so wie auch das Klimaschutzgesetz schnellstmöglich auf dem Weg gebracht werden kann?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Ich bringe mich gerne ein, auch mit meiner Meinung, auch mit dem, was das Land Oberösterreich einzubringen hat. Es gibt aber eine zuständige Klimaministerin, und ich glaube, dass gerade in diesem Ministerium noch viel Luft nach oben ist (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Das ist korrekt!“) in dem Gap, das sich zwischen Worte und Taten auftut. (Beifall)

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? Abgeordnete Schwarz!

Abg. **Schwarz**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Jetzt muss ich schlucken. Ja, die Ministerin hat ein klares Klimaschutzgesetz vorgelegt. Das ist auch in Diskussion. Und wir wissen auch, wie herausfordernd es ist, hier Ziele zu formulieren. Und daher nochmals meine konkrete Frage. Was machst du als Landeshauptmann bzw. auch in deiner Funktion in der Landeshauptleutekonferenz, damit eben auf Bundesebene in Abstimmung mit den Ländern diese Ziele auf Bundesebene endlich vereinbart werden, die schon vorliegen von Seiten des Ministeriums?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Sehr geehrte Frau Abgeordnete! Und daher auch noch einmal, wir leisten gerne Schützenhilfe und Unterstützung, wenn sich Einzelne in ihren Funktionen nicht ganz so durchsetzungsfähig fühlen, aber ich sage noch einmal grundsätzlich dazu, wir sind ein Land, das in Sachen Klimaschutz extrem viel vorzuweisen hat, und wir sind gleichzeitig ein Land, das daraus wirtschaftlichen Erfolg und Arbeitsplätze generiert, weil es international wettbewerbsfähig ist. Und mein Beitrag wird sein, dass ich dafür bin, dass wir die Klimaziele erreichen und dass wir aber gleichzeitig ein Land sind, das den Leuten nicht täglich vorschreibt, was sie tun und lassen dürfen oder nicht, noch einmal, wir zumindest sind keine Partei des erhobenen Zeigefingers und der Verbote. Und ich werde alles dafür tun, dass auch besonders Oberösterreich ein wettbewerbsfähiges Land bleibt und Arbeitsplätze erreicht, weil jeder Arbeitsplatz der Industrie, der bei uns gehalten werden kann und nicht nach China oder nicht nach Asien geht, nützt nicht nur unserer Bevölkerung hier, wofür wir zuständig sind, sondern nützt auch dem Weltklima, und das werde ich gern inhaltlich beitragen. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Wir kommen zur nächsten Anfrage von Abgeordneten Hemetsberger an Landeshauptmann Thomas Stelzer.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger**: Sehr geehrter Herr Landeshauptmann, nochmal schönen guten Vormittag! Jetzt hast du mir ein gutes Stichwort gegeben nämlich zum Thema, was wir alleine in der Hand haben und ohne Vorschriften machen zu müssen. Die Oberösterreichischen Nachrichten haben am 1. März 2023 berichtet unter dem Titel: Windpark droht an schwarz-blauer Regierungskoalition zu scheitern, über das Anliegen von 15 Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern der Klima- und Energiemodellregion Attersee-Attergau einen Windpark auf dem sogenannten Saurüssel, das ist ein Berg bei uns in der Region, zu verwirklichen, und jetzt frage ich dich als zuständiger Koordinator für den Klimaschutz in Oberösterreich, was du dazu beiträgst, die Windkraft in Oberösterreich am Beispiel des Saurüssel-Projekts zu unterstützen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Lieber Herr Kollege, nachdem du ja einer dieser 15 Bürgermeister bist, hast du wahrscheinlich nicht die Zeitungslektüre nötig, dass du über dieses Thema Bescheid weißt. Aber ich möchte darauf hinweisen, dass die Koordinationsfunktion, von der man glauben könnte, dass die der Landeshauptmann als Regierungschef ohnehin hat, in dieser Legislaturperiode noch einmal in der Landesregierung geschärft wurde, weil sich herausgestellt hat, dass bei Querschnittsthemen, die verschiedene Ressorts der Landesregierung betreffen, es nötig ist, dass die verschiedenen Bereiche zusammenwirken

und zusammenarbeiten und dass diese Koordinationsfunktionen, egal mit welchem Schwerpunkt und eben auch beim Klimaschutz sinnvollerweise beim Regierungschef angesiedelt sind.

Die einzelnen Zuständigkeiten für die konkreten Fachthemen bleiben aber bei den zuständigen Regierungsmitgliedern, was zum Beispiel den Naturschutz oder die UVP-Verfahren betrifft. Das ist deswegen wichtig, weil ich auch in meiner Rolle als Landeshauptmann und als Chef des inneren Dienstes und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter selbstverständlich alles tun werde, dass immer bei uns der Rechtsstaat an oberster Stelle steht. Ich interpretiere jetzt einmal nicht hinein, dass die Frage intendiert, dass ich meine Stellung nutzen sollte, um die Beamten, die Behördenvertreterinnen und Behördenvertreter, die hochqualitativ und gut gebildet und konsequent das Recht vollziehen, durch mich da in irgendeiner Weise gegängelt oder beeinflusst werden sollten. Ich glaube, dass wir in keiner Phase und bei keinem Anliegen, das uns noch so wichtig ist, den Rechtsstaat infrage stellen sollten.

Allerdings darf ich mitteilen, obwohl ich hier nicht zuständig bin, UVP-Verfahren, das weißt du, wer die führt, dass es mit dem Namen kein vorliegendes Projekt gibt, dass wir in irgendeiner Form im Rahmen der Behörden beurteilen oder auch rechtlich bearbeiten könnten.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Ja, natürlich! Also in den vergangenen sechs Jahren wurde in Oberösterreich ein einziges Großwindrad in Betrieb genommen, in Munderfing, und viele geplante große Vorhaben liegen seit Jahren auf Eis, weil Windkraftbetreiber und auch die Bürgermeister/innen die Signale der ÖVP-FPÖ-Landespolitik als Ablehnung gedeutet haben. Nur ein Beispiel, auf diesen Brief der 15 Bürgermeister/innen gab es eine Antwort des Landeshauptmann-Stellvertreters Haimbuchner, der relativ klar gesagt hat, dass das nicht realisierbar ist.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Da müsstest du aber die Anfrage an ihn stellen. Vielleicht kannst du die Fragen an mich richten in meinem Zuständigkeitsbereich.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Sage ich ja, die Frage kommt gleich, ja aber ich wollte nur sagen, dass es keine Antwort gegeben hat, auch nicht vom zuständigen Herrn Landesrat Achleitner, der leider heute auch nicht da ist, wie wir schon gehört haben.

Präsident: Bitte um die Frage!

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Jetzt frage ich, wirst du dich in deiner Rolle als Landeshauptmann für eine Überarbeitung der landesgesetzlichen Regelungen und des Oberösterreichischen Windkraftmasterplans einsetzen, damit beispielsweise auch am Saurüssel wieder Windkraftanlagen errichtet werden können?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter, ich freue mich, dass du den Energieländerat Achleitner angesprochen hast, der ist nämlich heute bei einem Spatenstich einer ganz wichtigen Infrastruktureinrichtung, die wir zur Erreichung der Klimaziele brauchen werden, und die wir vor allem auch für die Nutzung erneuerbarer Energien brauchen werden, nämlich der großen 380 kV- Stromleitung, die unser Bundesland mit dem benachbarten Bayern verbinden wird, ein super Vorhaben. Und ich hätte mich schon in den vergangenen Jahren gefreut, dass bei der Errichtung wichtiger Stromverbindungen auch deine

Partei eher auf der Pro- als auf der Contra-Seite gewesen wäre, dann wären wir hier vielleicht auch schon weiter. (Beifall)

Zum Thema Energiequellen, erneuerbare Energiequellen nützen und Windkraft. Ich sage es noch einmal, und ich sage das auch sehr selbstbewusst, in vielen Bereichen der erneuerbaren Energiequellen ist Oberösterreich Spitzenreiter, weil das bei uns sinnvoll ist, weil es Arbeitsplätze bringt, und weil es unsere geografische Lage auch hergibt. Das ist die Wasserkraft, das ist die Sonnenkraft, das ist die Biomasse, das ist auch in manchen Bereichen die Geothermie und zum Teil auch der Wind, aber Oberösterreich wird nie aufgrund unserer geografischen Lage und der Struktur unserer Natur und Landschaft ein Windkraftland im österreichischen Vergleich werden wie vielleicht das Burgenland oder Niederösterreich in manchen Bereichen, und schon gar nicht eines wie die norddeutschen Bundesländer mit ihren Offshore-Anlagen.

Aber wenn es Projekte gibt, die eingereicht werden, die im Rahmen der rechtlichen Verfahren, Zuständigkeit, um es jetzt auch einmal zu benennen, für das UVP-Verfahren, Landesrat Kaineder, Naturschutz der von dir angesprochene Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner, wenn es diesen Rechtsgrundlagen entspricht, dann werden diese Projekte auch genehmigt werden. Der Windkraftmasterplan, und das bitte ich da jetzt nicht sinnentleerend zu vermenschlichen, der Windkraftmasterplan ist kein Gesetz, er ist eine Handreichung, aber keine Grundlage für rechtliche Entscheidungen.

Präsident: Gibt es eine weitere Zusatzfrage?

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Ja, die Klimaschutzziele auf globaler, EU- und Bundesebene wurden in den letzten Jahren im Sinne eines ambitionierten Handelns für die Menschheit laufend konkretisiert, und die Energieversorgungssicherheit in Oberösterreich hat sich seit dem Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine deutlich verschlechtert. Und jetzt frage ich, siehst du angesichts dieser Veränderung der Rahmenbedingungen einen Anpassungsbedarf bei der Interessensabwägung für die Genehmigung von erneuerbaren Energieanlagen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Eine Interessensabwägung hat immer die konkrete Behörde, die zu entscheiden hat, auch vorzunehmen. Da gibt es die fachlichen Gutachten, die eingebracht werden, und dann ist die Interessensabwägung vorzunehmen, wie gesagt im entsprechenden Bereich bei UVP-Verfahren im Rahmen der Zuständigkeiten im Wesentlichen beim Herrn Landesrat Kaineder. Daher müsste man ihn fragen, wie er diese Interessensabwägung gestaltet. Das ist immer eine individuelle Entscheidung, wo gerade er, glaube ich, von mir keine Handreichung braucht.

Präsident: Eine weitere Zusatzfrage? Abgeordnete Schwarz!

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Ich möchte ein paar Begriffe, die du bei der vorhergehenden Frage oder auch jetzt wieder erwähnt hast, dass du in deiner Rolle als Koordinator, als Regierungschef, der ja Ziele erreichen will, weiterhin vorne mit dabei sein willst bei den erneuerbaren Energien, die man erzeugen muss, damit man sie wo transportieren kann, auch um Rechtssicherheit für die Betriebe, die solche Anlagen planen und ja Planungen in die Umsetzung gehen wollen. Daher meine Frage, wird es auch so in dem Bereich Vorrangflächen für Agri-PV zum Beispiel oder eben für Geothermie, die du schon erwähnt hast, auch weitergeben, damit von Haus aus klar ist, okay, ich kann in die Planung gehen, da gibt es Vorrangflächen?

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Das von Haus etwas klar ist, in die Planung gehen zu wollen, sehr geehrte Frau Abgeordnete, das kann ich nicht ganz nachvollziehen, was du da meinst, weil ich kann, und ich sage das noch einmal als Vertreter des Rechtsstaates, einer Behörde nicht, bevor ein Projekt überhaupt erdacht oder vorgelegt wurde, dann schon sagen, und wenn das kommt, dann ist das sowieso klar, dass das zu genehmigen ist oder eben auch nicht. Also welches Rechtsverständnis da dahinter steht, das möchte ich nicht hinterfragen.

Abg. **Schwarz**: Entschuldigung, das ist aber eine Unterstellung. Jede Vorrangfläche gibt einfach mehr Sicherheit als wie wenn es eine Ausschlussfläche ist. Ja, ich habe das schon ein paar Mal gemacht, aber ich lasse mir nichts unterstellen bitte.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Liebe Frau Abgeordnete, ich beantworte gerne deine Fragen, darum habe ich auch aufmerksam zugehört, was du gefragt hast.

Abg. **Schwarz**: Aber ich lasse mir nichts unterstellen bitte. Ich lass mir aber nicht unterstellen, dass ich ein anderes Rechtsverständnis habe. Eine Vorrangfläche zeigt uns klar, da ist es möglich, etwas zu planen.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer**: Gibt es Interesse an der Antwort? Wenn das das nicht der Fall ist, dann danke ich herzlich. (Beifall)

Präsident: Dankeschön! Wir kommen zur letzten Anfrage von Klubobmann Eypeltauer an Landeshauptmann-Stellvertreterin Haberlander.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Frau Landeshauptfrau, es geht um den Bildungsstandort Gmunden. Dem Vernehmen nach soll die Volksschule mit dem Hort des Schulvereins der Kreuzschwestern am Standort Gmunden geschlossen werden. Das würde den Bildungsstandort in Gmunden hart treffen. Gleichzeitig gibt es Mängel, vor allem in den öffentlichen Schulen, selbst Räumlichkeiten wie ein Turnsaal zum Beispiel sind sanierungsbedürftig. Diese Gesamtlage verunsichert natürlich Eltern und junge Familien, auch die, die vielleicht noch keine Kinder haben, brauchen hier natürlich Sicherheit, was denn die Zukunft des Bildungsstandorts betrifft. Daher ist meine Frage, was ist in Ihrem, was ist in deinem Verantwortungsbereich geplant, um bei einer etwaigen bevorstehenden Schulschließung der Volksschule mit dem Hort des Schulvereins der Kreuzschwestern Gmunden, dort kennt man das unter dem Namen Pensi, eine Verschlechterung des Pflichtschulangebots an diesem Schulstandort in der Bezirkshauptstadt Gmunden zu verhindern?

Präsident: Bitte!

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wie du zurecht ausführst, betreiben die Kreuzschwestern in Gmunden zwei Schultypen, zum einen das Gymnasium, zum anderen die Volksschule, gleichzeitig aber auch einen Kindergarten, Krabbelstube und Hort. Und leider Gottes haben sich die Kreuzschwestern entschieden, sowohl vom Betrieb des Gymnasiums als auch von der Volksschule zurückzutreten.

Sie haben den Rückzug vom Gymnasium schon vor einigen Jahren angekündigt, der jetzt noch einmal final kundgemacht wurde, und genau das Gleiche haben Sie heute Vormittag betreffend die Volksschule gemacht. Die Eltern und Medien wurden informiert. Sie begründen das auch mit dem Nachwuchsmangel im Ordensbereich und der Altersstruktur. Aktuell sind nur mehr vier Schwestern am Standort in Gmunden, die dort leben. Und im Elternbrief bedankt

man sich sehr für das Engagement auch für den Erhalt der Schule, aber man hat sich eben zu diesem Entschluss durchgerungen, und ich weiß aus persönlichen Gesprächen, dass man sich das absolut nicht leicht gemacht hat.

Es hat, wie die Gerüchte sich intensiviert haben in den letzten Wochen, am Donnerstag, wenn ich es recht in Erinnerung habe, aber auf jeden Fall im Lauf der letzten Woche einen Runden Tisch gegeben mit der Bildungsdirektion, dem Bürgermeister der Stadt Gmunden und Vertretern der Kreuzschwestern und des Elternvereins, wo man die Situation noch einmal besprochen hat, man darauf hingewiesen hat, was für ein wichtiges Angebot das auch ist. Die Stadt Gmunden hat, so wie ich informiert bin, in den letzten Jahren immer wieder den Kreuzschwestern ein Angebot der Unterstützung gemacht. Ich habe persönlich am Montag den Kreuzschwestern ein Angebot der Unterstützung gemacht, aber man hat sich eben durchgerungen zu dieser Entscheidung, die auch mir vor einigen Stunden mitgeteilt worden ist.

Der Betrieb, so wurde es sichergestellt, wird koordiniert auslaufen. Die Schülerinnen und Schüler im Gymnasium können ihre jeweiligen Stufen fertig machen. Das Gleiche gilt auch für die Volksschule. Man wird nicht mehr mit einer ersten Klasse im Herbst beginnen. Die Schließung wird mit Ende Schuljahr 2025/2026 stattfinden, sodass alle Schülerinnen und Schüler, die jetzt begonnen haben, dort die Volksschule auch abschließen können.

Die Schülerinnen und Schüler dieser Volksschule verteilen sich ja auf die unterschiedlichen Gemeinden, und die Bildungsdirektion ist schon in Gesprächen mit den umliegenden Gemeinden, was die Aufnahme der Schülerinnen und Schüler betrifft. Hauptgemeinde, oder wo die meisten Schüler/innen sonst herkommen, sind zum Beispiel zum aktuellen Zeitpunkt Altmünster und Ohlsdorf. Das heißt, man wird hier in vier Jahren die Angebote entsprechend berücksichtigen. Gleichzeitig wird man selbstverständlich mit den Pädagoginnen und Pädagogen in einem guten Austausch sein, was deren zukünftige Wirkungsstätten betrifft. Und betreffend Kindergarten und Krabbelstube sind die Kreuzschwestern in einem Kontakt mit der Stadt Gmunden.

Präsident: Gibt es eine Zusatzfrage?

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Ja, und zwar die erste wäre, was war der Inhalt des Angebots an die Kreuzschwestern vom Montag?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr Herr Abgeordneter! Ich habe auch finanzielle Unterstützung zugesagt, wenn diese notwendig wäre.

Präsident: Zweite Zusatzfrage?

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Ja, eine zweite Zusatzfrage. Und zwar sind jetzt aktuell oder in Reaktion auf diese aktuelle Entwicklung Investitionen oder Innovationen in die bestehenden öffentlichen Schulen am Schulstandort in Gmunden geplant oder denkbar?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander:** Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Bildungsdirektion hat mir einmal grundsätzlich zugesagt, dass die Schülerinnen und Schüler in den jeweiligen Schulen gut betreut werden können in den nächsten Jahren. Jetzt sind sie ja bis zum Ende der Volksschulzeit in der Volksschule. Grundsätzlich gehe ich davon aus, dass es wahrscheinlich räumliche Adaptierungen brauchen wird an den einzelnen Standorten, in welchem Ausmaß wird man sich auch mit der Bevölkerungsentwicklung anschauen müssen,

auch was die Raumkonzepte beziehungsweise eventuell noch nicht ausgenutzte Räumlichkeiten vor Ort betrifft.

In erster Linie sehe ich eine Herausforderung, sollte der Kindergarten nicht am Standort weiter betrieben werden, sondern neu gebaut werden müssen, für die Stadt Gmunden. Aber hier gehe ich davon aus, dass jetzt in die intensiven Planungen getreten wird, es sind ja mehrere Jahre Zeit, und dann die entsprechenden Anträge an die Bildungsdirektion gestellt werden.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer**: Dankeschön!

Präsident: Eine weitere Anfrage? Abgeordneter Haas!

Abg. **Haas**: Sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin! Sie haben es angesprochen, am diskutierten Standort befinden sich auch ein Kindergarten und eine Krabbelstube, kurz haben Sie es schon erläutert, aber vielleicht noch einmal, ist es Ihnen bekannt, wie es mit diesem Kindergarten und der Krabbelstube jetzt weitergehen wird, wenn die Schule am Standort geschlossen wird?

Landeshauptmann-Stellvertreterin **Mag. Haberlander**: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Soweit ich eben informiert bin, gibt es Überlegungen, ob es am Standort weitergeführt werden soll. Da gibt es die Gespräche zwischen der Stadt Gmunden und den Kreuzschwestern. Hier obliegt mir keine Beurteilung, weil das eben jetzt erst in den intensiven Diskussionen geführt wird. Sollte das nicht der Fall sein, braucht es selbstverständlich weitere Räumlichkeiten, eventuell auch neue Einrichtungen. Das wird die Stadt Gmunden jetzt bewerten und die formal notwendigen Anträge, sollte man neue Gebäude brauchen, eben an die Bildungsdirektion sicherlich rechtzeitig stellen.

Abg. **Haas**: Vielen Dank!

Präsident: Gut, mir liegt keine weitere Zusatzfrage vor. Ich erkläre daher die Fragestunde für geschlossen. Ich ersuche die Frau Schriftführerin, den Eingang bekannt zu geben.

Abg. **Mag. Dr. Manhal**: Zuweisung des Eingangs in der 14. Plenarsitzung des Oberösterreichischen Landtags am heutigen 9. März 2023. Beilage 438/2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung für die Verträge betreffenden Modernisierung, Betrieb und Wartung der Sturmwarnanlagen an oberösterreichischen Seen. Diese Beilage wird dem Verfassungsausschuss zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 443/2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend das Landesgesetz, mit dem das Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz 1992 geändert wird (Oö. Pflichtschulorganisationsgesetz-Novelle 2023). Diese Beilage wird dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 444/ 2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend den Bericht über die Tätigkeit des Oberösterreichischen Landschaftsentwicklungsfonds 2022. Diese Beilage wird dem Ausschuss für Bauen und Naturschutz zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 453/2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend Beitrag zum Projekt „Supply Chain Intelligence Institute Austria ASCII - Verein zur Erforschung und Nutzbarmachung von Lieferkettendaten - Co-Finanzierungsmittel zur Finanzierung der

Tätigkeiten im Zeitraum 31. Jänner 2023 bis 31. Dezember 2027 (inkl. Gründungskosten). Diese Beilage wird dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zugewiesen.

Folgende Beilagen werden dem Ausschuss für Infrastruktur zur Vorberatung zugewiesen. Beilage 454/2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung einer Mehrjahresverpflichtung gegenüber der ÖBB Infrastruktur AG zur Umsetzung des Park-and-Ride, Bike-and-Ride-Anlagen-Konzepts für mehrere Verkehrsstationen im Zeitraum 2023 bis 2027. Beilage 455/2023, Vorlage der Oberösterreichischen Landesregierung betreffend die Genehmigung der v.a. teuerungsbedingten Erhöhung einer vertraglichen Mehrjahresverpflichtung gegenüber der Schiene OÖ GmbH zur Beschaffung von 20 Schienenfahrzeugen im Zeitraum 2021 bis einschließlich 2049.

Folgende Beilagen sollen gemäß Paragraph 25 Absatz 6 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden: Beilage 445/2023, Initiativantrag betreffend Änderung des Klimabonusgesetzes, Beilage 446/2023, Initiativantrag betreffend freien Seezugang in Schörfling ermöglichen, Beilage 447/2023, Initiativantrag betreffend die Verbesserung der Methoden von Altersfeststellungen von Asylwerbern, Beilage 448/2024, Initiativantrag betreffend Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen, Beilage 449/2023, Initiativantrag betreffend notwendige Reparaturen für die gerechte Wertsicherung der Pensionen, Beilage 450/3034, Initiativantrag betreffend Überprüfung der Strompreiserhöhungen durch die Energie AG und allfällige automatische Rückzahlungen an StromkundInnen, Beilage 452/2023, Initiativantrag betreffend Maßnahmenpaket gegen den Fachkräftemangel in der Energiebranche.

Beilage 451/2023, Initiativantrag betreffend Vollzeitbonus-Vollzeit muss sich wieder lohnen, diese Beilage soll gemäß Paragraph 25 Absatz 7 Oö. LGO 2009 keinem Ausschuss zugewiesen werden.

Präsident: Ich danke der Frau Schriftführerin. Die von Frau Schriftführerin verlesenen Beilagen haben wir Ihnen auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt. Wie die Frau Schriftführerin bereits angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 445/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen.

Bei der Beilage 445/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Änderung des Klimabonusgesetzes. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 445/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mahr.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer hier im Saal und im Netz! Beim heutigen Antrag zur Änderung des Klimabonusgesetzes wird sich ja zeigen, welche der hier anwesenden Parteien wirklich auf der Seite der Österreicher steht. Lassen Sie mich einen kurzen Blick zurückmachen.

Bereits im August vergangenen Jahres hat Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner aufgedeckt, dass durch dieses vermurkste Klimabonusgesetz auch Asylanten und Häftlinge 500 Euro Klimabonus erhalten sollen, und zwar jedes einzelne Jahr.

Der Bund, was macht der Bund? Der Bund hat diesen Missstand noch immer nicht aufgehoben, obwohl die Verantwortlichen dort längst wissen müssten, welcher Unmut in der

Bevölkerung herrscht. Und ganz im Gegenteil, im vergangenen Monat gab es sogar eine Nachzahlung, von der wiederum in erster Linie die Asylwerber profitiert haben.

Es fließen also nach wie vor Millionen Euro an Steuergeld an jene, die sowieso keine Energiekosten haben. Und das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen, denn unter dem Deckmantel Klimabonus bekommen Asylwerber, die 2022 eingereist sind und mittlerweile 183 Tage in Österreich sind, 500 Euro geschenkt, ohne jegliche Gegenleistung.

Und das Absurde, meine sehr geehrten Damen und Herren, daran ist, dass diese Migranten sämtliche Energiekosten sowieso vom Staat bezahlt bekommen. Und trotzdem, trotzdem werden sie von unserer grünen Klimaministerin mit Steuergeld überschüttet, während der Österreicher jeden Cent zwei Mal umdrehen muss, damit er durch die Teuerungskrise durchkommt.

Offensichtlich will die grüne Klimaministerin Gewessler diese Ungerechtigkeit bewusst, sage ich, beibehalten, warum auch immer. Daher fordern wir in unserem Antrag, dass die Auszahlung des Klimabonus für Asylanten und Inhaftierte sofort gestoppt wird. Alle Parteien hier im Landtag sind aufgefordert, uns zu unterstützen.

Jeder österreichische Steuerzahler, der täglich in die Arbeit geht, fühlt sich betrogen, und zwar zu Recht. Mit seinem Steuergeld, ich betone, mit seinem Steuergeld werden Asylanten und Inhaftierte großzügig beschenkt. Haben wir uns überhaupt überlegt oder habt euch ihr überlegt, was dieser Klimabonus für die illegale Migration bedeutet?

Es ist doch ein weiterer, (Unverständliche Zwischenrufe) du kannst dann ja selber etwas sagen, komm heraus und melde dich. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: „Weil es ein Blödsinn ist!“) Melde dich und schrei nicht immer hinein. Ein bisschen ein Benehmen würde ich von dir auch erwarten.

Aber was bedeutet denn das für die illegale Migration? Das bedeutet doch einen weiteren enormen Anreiz für die Zuwanderung aus aller Herren Länder. 500 Euro, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist in Syrien ein Jahresgehalt. Und da braucht man sich ja wirklich nicht wundern, wenn immer mehr dieser illegalen Einwanderer in unser Land kommen.

Es kann mir doch kein Mensch schlüssig erklären, wieso solchen Personengruppen dieses Geld zustehen soll. Ich bin schon gespannt auf die Argumente der Grünen. Wie wollt ihr Folgendes den Oberösterreicherninnen und Oberösterreichern, den Österreichern erklären? Ein Mörder, der zu Recht im Gefängnis sitzt, soll 500 Euro Klimabonus bekommen.

Ein Vergewaltiger, der zu Recht im Gefängnis sitzt, soll 500 Euro Klimabonus bekommen. Und ein Asylwerber, der bei der Einreise im Juli 2022 einer Soldatin ins Gesicht geschlagen hat, soll 500 Euro Klimabonus bekommen. Ich kann nur wiederholen, dass 500 Euro Klimabonus an Asylwerber und Häftlinge ausbezahlt werden, ist doch für die Österreicher blanker Hohn, für jeden steuerzahlenden Österreicher.

Und dass die Abwicklung dann sowieso auch nicht funktioniert, das sei nur so nebenbei gesagt. Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen, laufend melden sich Bürger, und ich gehe davon aus, dass das bei anderen Fraktionen genauso ist, die sich die Energiekosten nicht mehr leisten können. Und daher ist das ein katastrophales Signal, wenn mit dem Steuergeld der Österreicher so widersinnig umgegangen wird.

Statt dieser ungerechtfertigten Steuergeschenke müssen endlich wieder die Österreicher an erster Stelle stehen, und sie erarbeiten mit ihren Steuern, mit ihren Steuern den Sozialstaat, auf dem sich viele ausruhen. Das ist eine Gießkanne, die vorwiegend nur eines wachsen lässt, nämlich den Unmut der Bevölkerung. Wir als FPÖ sprechen uns ehrlich und offen gegen diese Maßnahme aus. Ich sage ein anderes Beispiel, beim oberösterreichischen Wohn- und Heizkostenzuschuss, der nächsten Monat ausbezahlt werden soll, steht jedenfalls die Unterstützung der Oberösterreicher im Mittelpunkt.

Es werden keine Personen profitieren, die keine Energiekosten haben, kein Asylant und kein Häftling. Oberösterreich, meine sehr geehrten Damen und Herren, macht es vor, und das muss die Bundesregierung noch lernen, denn die nächste Auszahlung des Klimabonus steht im Oktober 2023 wieder an. Stoppen wir gemeinsam diesen Unsinn. Ich fordere Sie auf. Vielen Dank! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Haas. Ich darf ganz herzlich auf der Zuschauergalerie die Schülerinnen und Schüler der Musikmittelschule aus Saxen in Begleitung ihrer Lehrkräfte begrüßen.

Abg. **Haas:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Zuseherinnen und Zuseher, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Wer bezahlt diese Krise oder besser gesagt, wer bezahlt diese Krisen? Diese Frage stellt sich nicht nur vermehrt in der Bevölkerung, sondern es ist auch eine Frage, auf die die Politik eine Antwort geben muss.

Ja, vieles in den aktuellen Krisen hat Hilfen der öffentlichen Hand notwendig gemacht. Vielfach hat man dabei aber das Wort der Gießkanne gehört, und leider wenig den Begriff der Treffsicherheit. Bei einem sind wir uns aber, denke ich, grundsätzlich einig. Hilfen hat es gebraucht. Wer aber bezahlt diese Hilfen? Und eines sei hier gleich klargestellt: Mit uns sicher nicht wieder die breite Mehrheit, die bereits jetzt die große Last stemmt.

Die hier vorliegende Bundesresolution nimmt sich zum Ziel, die Anti-Teuerungsmaßnahme, den Klimabonus ein Stück treffsicherer zu machen. So sollen jene Personen, die keine Energiekosten zahlen, auch keinen Klimabonus mehr bekommen, wie zum Beispiel, und das haben wir schon gehört, Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und Inhaftierte. Eines, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist aber auch klar:

Noch weniger als die Häftlinge und Asylwerber brauchen die Millionäre in diesem Land einen Klimabonus. Und wenn man weiß, dass es fast 200.000 Börsenmillionäre in Österreich gibt und im Vergleich dazu 8.000 Inhaftierte in Österreich und man auch weiß, dass 2021 die Anzahl der Millionärinnen und Millionäre in Österreich um acht Prozent gestiegen ist, dann muss man sich auch die Frage gefallen lassen, ob es wirklich notwendig ist, diesen Personen einen Klimabonus auszuzahlen. (Beifall)

Der heutige Antrag setzt leider nicht in all diesen wirklich notwendigen Bereichen an, sondern nur, wie im Text angeführt, bei einigen wenigen Personen. Der Antrag fordert die Bundesregierung auf, nur jene Personen zu berücksichtigen, die auch selber Energiekosten tragen.

Ein kleiner Ansatz zur Treffsicherheit, ein kleiner Ansatz zur Reparatur, aber ja, immerhin ein erster Ansatz. Und deshalb werden wir dieser Bundesresolution heute auch zustimmen, weil wir auch der Meinung sind, dass jene Personen, die gar keine Energiekosten selber zahlen,

weil diese von der Allgemeinheit bezahlt werden, auch keinen Klimabonus bekommen sollten. (Beifall)

Von dieser Seite habe ich auch noch selten einen Applaus bekommen. Danke, liebe Kollegen. Aber weil es eben nicht treffsicher und nicht gerecht ist, und daher unterstützen wir diesen Antrag auch, auch wenn wir wissen, wie wenig diese Brieferl an den Bund eigentlich doch bewirken, gerade auch, wenn man weiß, dass sich die Bundesregierung nicht einmal zu einer gemeinsamen Linie bei den Richtwertmieten durchringen kann.

Deshalb muss ich schon hier heute auch wieder klar sagen, sinnvoller wäre es, wenn Sie in Oberösterreich, liebe KollegInnen von ÖVP und FPÖ, selber treffsichere Maßnahmen gegen die Teuerungen setzen würden, statt ständig nur von der eigenen Arbeit oder eigentlich der eigenen Nicht-Arbeit abzulenken, und die Verantwortung an den Bund abzuschieben. (Beifall)

Und, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich allgemein an dieser Stelle noch etwas zur heutigen Tagesordnung der Landtagssitzung sagen. Wenn Sie diese hernehmen, und wenn man jene Anträge, die die Opposition eingebracht hat, und jene Anträge, die sich an den Bund richten, abzieht, dann frage ich mich, was würden wir dann heute hier machen?

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer gestaltet dieses Land? Wer gestaltet unser Oberösterreich? Liebe Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und von der FPÖ, Sie offensichtlich nicht, obwohl Sie eigentlich, wie wir alle hier, dafür gewählt wurden. Ich darf ihnen diesen Ansatz mitgeben. Fürs Brieferl schreiben an den Bund brauchen die Oberösterreicherrinnen und Oberösterreicherr nämlich diesen Landtag nicht.

Die Menschen in Oberösterreich brauchen gerade in einer so schwierigen Zeit ein Land, das gestaltet, ein Land, das hilft, und ein Land, das mutig in die neuen Zeiten geht. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Aigner.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder des hohen Hauses, liebe Besucher auf der Galerie, liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Ja, schauen wir uns einmal an, was Status quo ist. Status quo ist, dass im Oktober 2022 die CO₂-Steuer eingeführt worden ist, und der Grundgedanke des Ganzen ist gewesen eine Lenkung des Konsumverhaltens und der Mobilität.

Die Frage ist, ob das funktioniert. Ich bin der Meinung, das funktioniert nicht. Warum? Weil mit niedrigen Beträgen begonnen worden ist, und der Mensch sich auch an Schmerzen gewöhnt, und jetzt wird langsam die CO₂-Steuer angehoben. Der Lenkungseffekt und das Konsumverhalten werden dadurch nicht beeinflusst werden.

Und dann hat es einen Aufschrei gegeben und hat gesagt, CO₂-Steuer, und man hat etwas gebraucht zur psychischen Beruhigung der Menschen und hat einen Klimabonus geschaffen, wo dann ausbezahlt wurde.

Letztes Jahr 500 Euro, wie wir schon gehört haben, 250 Euro Klimabonus, 250 Euro Teuerungsausgleich hinzu, und ab heuer sind es 250 Euro Sockelbetrag und je nachdem, wo man wohnt, in vier verschiedenen Hauptwohnsitzkategorien gibt es null bis 100 Prozent zum Sockelbetrag hinzu, zur Abfederung der Mehrbelastung aus der CO₂-Steuer, das müssen wir noch einmal festhalten.

Grundsätzlich ist es egal, wo man herkommt, ob man die Staatsbürgerschaft hat, wie alt man ist. Wichtig ist nur, 183 Tage, sprich ein halbes Jahr in Österreich. Das heißt, Gießkanne. Ja, was hat das noch für einen Effekt? Eine gewisse Selbsterhaltung der Verwaltung, wir haben auf der einen Seite eine Steuer geschaffen, die muss verwaltet werden. Die hat zuerst einmal geschaffen werden müssen, jetzt muss sie eingehoben werden, und auf der anderen Seite haben wir eine Beihilfe geschaffen, ein Klimabonus-Gesetz, wo auch wieder Verwaltung ist.

Das heißt, die Selbsterhaltung der Verwaltung funktioniert richtig gut, und der Effekt daraus ist eigentlich Null. Warum ist der Effekt Null? Ich habe ein kleines Beispiel gerechnet mit einem Durchschnittsauto, Verbrenner, die halt nicht so beliebt bei Manchen, die aber trotzdem zumindest noch bis 2035 auch neu angemeldet werden dürfen.

Da habe ich jetzt ausgerechnet, dass man bis 36.000 Kilometer mit einem Fahrzeug, das sieben Liter auf 100 Kilometer braucht, fahren kann, im heurigen Jahr, wo man genau so viel CO₂-Steuer zahlt, wie man Sockelbetrag des Klimabonus ohne Wohnsitzkategorie-Erhöhung bekommt. Na ja, das ist ein Geschäft für jeden, der weniger fährt, in Wirklichkeit. Ich glaube, dass der Umwelt hier nichts Gutes getan wird, und mit dem Regionalausgleich kann das Ganze sogar noch ein finanzielles Geschäft werden.

Wir haben heute schon gehört, ob jetzt 500 Euro ein Jahreseinkommen in Syrien ist, das weiß ich nicht, das ist mir auch egal. Ich glaube auch, dass kein Syrer wegen dem Klimabonus zu uns kommt. Falls doch, dann hoffentlich reist er elektrisch an, weil sonst ist der Klimabonus verbraucht.

Und es gilt, den Klimabonus oder die Auszahlung zumindest gerecht zu gestalten. Diejenigen, die keine Energiekosten haben, weil sie in einer Unterbringungseinrichtung sind, weil sie in Haft sind oder Ähnliches, die brauchen keinen Klimabonus, da bin ich bei euch.

Und es gibt sehr viele Menschen, die gut verdienen, überdurchschnittlich gut verdienen, auch die brauchen keinen Klimabonus. Darum soll er, wenn wir ihn schon haben, zum Ausgleich der Mehrbelastung der CO₂-Steuer sozial gestaffelt werden. Wie kann man das machen? Wir brauchen den Klimabonus gar nicht, sondern wir führen einen Absetzbetrag ein, der sich mit steigendem Einkommen einschleift und irgendwann weg ist, und der aber gleichzeitig zu einer Negativsteuer führt.

Das heißt, kleinste und kleine Einkommen bekommen etwas heraus, obwohl sie keine Steuer eingezahlt haben. Ich glaube, das kennen wir auch, Negativsteuer ist keine neue Erfindung. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass rund vor einem Jahr ein MFG-Antrag eingegangen ist, dass die CO₂-Steuer angesichts der Teuerung überhaupt ausgesetzt wird, zumindest einmal bis Ende 2023.

Da würden wir keinen Klimabonus brauchen, und wir hätten die Verwaltungsvereinfachung, nicht die Selbsterhaltung der Verwaltung. Was haben wir gemacht? Weil auch wir haben im Jahr 2022 diesen Bonus bekommen, 250 Euro Klimabonus, 250 Euro Teuerungsbonus. Und jetzt haltet euch fest. Wir haben Tankgutscheine gekauft, jeder von uns drei Abgeordneten, und haben es Menschen geschenkt, wo wir wissen, dass die finanziell nicht so gut situiert sind wie wir, dass die CO₂-Steuer zumindest für zwei Tankfüllungen ausgeglichen ist.

Und ich werde das heuer mit meinem Klimabonus wieder machen, wenn ich ihn bekomme, weil ich Gott sei Dank so gut verdiene, dass ich ihn nicht brauche und es Menschen gibt, die

das Geld wesentlich dringender brauchen können. Ich sehe den Antrag nicht als dringlich. Warum? Weil der Klimabonus 2023 ohnehin erst im Herbst ausbezahlt wird.

Jetzt, diese Woche, sind erst die letzten Boni 2022 ausbezahlt worden, so das funktioniert hat. Wir stimmen der Dringlichkeit aber trotzdem zu, weil ich davon ausgehe, dass in Wien in der Bundesregierung nicht so schnell gearbeitet wird, dass man es bis Herbst hibekommt, und darum ist es gescheiter, wir schicken das Briefeferl heute nach Wien, als erst, wenn wir es im Ausschuss behandelt haben.

In diesem Sinne freue ich mich darauf, zustimmen zu dürfen. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Mayr.

Abg. KO **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich weiß nicht, wie Sie sich mit den Bestsellerlisten der letzten Wochen auseinandergesetzt haben, im Bereich der Sachbücher, aber manchen von Ihnen wird vielleicht der Name Gerald Fleischmann etwas sagen. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Der hat ein Buch geschrieben mit dem schönen Titel Message Control, hat also ein Buch geschrieben über eine Kommunikationsstrategie, die er ja in der Regierung Kurz selbst maßgeblich entwickelt hat. Er beschreibt in diesem Buch, wie auch Medienberichten zu entnehmen ist, verschiedene Methoden, wie man die öffentliche Meinung steuern kann.

Er hat da eine sehr spannende Methode, die nennt er snU. Ich weiß nicht, ob jemand von Ihnen snU kennt. SnU ist die Abkürzung für strategisch notwendigen Unsinn. SnU, strategisch notwendiger Unsinn. Das braucht man dafür, also dafür hat es zumindest die Kurz-ÖVP früher eingesetzt, und meine Befürchtung ist, dass snU geblieben ist, auch wenn Kurz weg ist, snU hat man dafür eingesetzt, um abzulenken, wenn über Themen diskutiert worden ist, die der Österreichischen Volkspartei unangenehm waren.

Jetzt denke ich nur an die Debatten, die heute stattgefunden haben, die heute noch stattfinden werden, und da gibt es ja recht viel, was der ÖVP momentan unangenehm ist. Man hat es heute schon gemerkt, die Diskussion um den Klimaschutz in Oberösterreich ist keine, die die ÖVP sonderlich ruhig lässt. Man merkt, man wird eine Klima- und Energiestrategie beschließen, aber da weiß man selbst, das ist nicht das, was wir brauchen.

Wir führen heute noch die Diskussion über den Proporz, über die Demokratie, über die Zukunft der Demokratie in Oberösterreich. Die Diskussion will die ÖVP auch nicht führen. Sie will nicht diskutieren über das Jugendschutzgesetz, wo sie die Meinung schon zwei Mal geändert hat. Sie will heute vermutlich auch nicht über die Digitaluni diskutieren. Sie will vermutlich auch nicht drüber diskutieren, dass es am letzten Wochenende einen Anschlag auf ein in Bau befindliches Asylzentrum in Linz gegeben hat. Also SnU, SnU, SnU, SnU. In diesem Fall, bei diesem Antrag drei Mal SnU, drei Mal strategisch notwendiger Unsinn.

Erstens, die ÖVP hat dieses Gesetz im Parlament mitbeschlossen. In dem vollen Wissen, was sie macht, weil die ÖVP, und sie hat glänzende Verfassungsjuristen und -juristinnen in ihren Reihen, natürlich weiß, dass das verfassungsrechtlich gar nicht möglich ist, Gruppen von einer Förderung auszuschließen, die einem nicht zu Gesicht stehen. Deswegen ist auch die Vereinbarung auf Bundesebene gewesen, die verfassungsmäßig sauberste Form ist es, den Klimabonus an Menschen auszubezahlen, die ihren Lebensmittelpunkt in Oberösterreich

haben. Das weiß die ÖVP. Verschleiert das aber heute in diesem gemeinsamen Antrag mit der FPÖ.

Zweiter SnU in diesem Antrag. Strategisch notwendiger Unsinn, haben Sie sich einmal diese Auflistung durchgelesen, die da drinnen steht? Da geht es darum, wer aller angeblich keine Energiekosten trägt. Asylberechtigte stehen da drinnen. Asylberechtigte bekommen keine Grundversorgung. Die tragen die Energiekosten genauso wie jeder andere auch oder Vertriebene. Sind alle Vertriebenen aus der Ukraine in der Grundversorgung? Nein, sind sie nicht. Sie tragen die Energiekosten genau wie alle anderen auch. Und alle die in Österreich leben, alle die in Österreich konsumieren, tragen die Energiekosten in Form von Teuerungskosten.

Zweiter strategischer Unsinn, den Sie da eingestreut haben. Die Gruppe ist völlig wirr zusammengestellt und auch Kriterien, die sich durch die Zusammensetzung von ÖVP und FPÖ vielleicht erklären lassen. Wo man sich vielleicht ein paar Gruppen rausholt, die wirklich niemand mag, und die attackiert man dann. Ihr hättet doch bitte auch hineinschreiben können, nach dieser Logik: Menschen, die keine Energiekosten tragen. Menschen in Pflegeheimen, Menschen, die in Langzeit-Reha-Zentren sind. Was ist mit denen? Die sind da nicht drinnen. Weil es nämlich genau so daneben wäre diese zu erwähnen, und denen keinen Klimabonus mehr zu geben, wie den im Antrag vermerkten Gruppierungen.

Dritter strategisch notwendiger Unsinn, die FPÖ. Ich habe mir einen Kronen-Zeitungsartikel herausgesucht, ich glaube, im September ist er erschienen. Da steht drinnen, Klimabonus für Asylwerber, auch FPÖ stimmte dafür. Da stimmte die FPÖ dafür. Da stimmte die ÖVP dafür. Dann vergeht ein halbes Jahr, wo kein Mensch weiß, was in diesem halben Jahr jetzt bei euch offensichtlich passiert ist. Aber ÖVP, FPÖ und Grüne beschließen im Nationalrat diesen Klimabonus, oder wie der August Wöginger diese Kickl'sche Aufregung kommentiert hat.

Für ÖVP-Klubobmann August Wöginger ist die Aufregung der Blauen reine Heuchlerei. Sie haben sowohl bei der Erhöhung des Klimabonus, als auch beim Antiteuerungsbonus mitgestimmt. Und jetzt kommt der größte strategisch notwendige Unsinn, weil es ein strategisch unnotwendiger Unsinn ist. Und das ist das Verhalten der SPÖ. Ganz ehrlich, was ist mit euch letzte Nacht passiert? Ist euch der heilige Doskozil reingefahren? (Heiterkeit)

Also die Frage, wer bei euch Bundesparteivorsitzender ist, mag personell nicht geklärt sein, aber inhaltlich habt ihr sie heute geklärt. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer. Bitte.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler und Lehrkräfte! Ich möchte vorweg grundsätzlich etwas zum Klimabonus sagen. Der Klimabonus ist das Verteilen von Steuergeld, das man Menschen, die arbeiten, vorher, über sehr hohe Steuerlast, aus der Tasche gezogen hat, mittels der Gießkanne an eben diese und andere Menschen.

Statt Einkommen und Arbeit zu entlasten, damit sich Arbeiten mehr auszahlt und Leistung mehr auszahlt, ist die schwarz-grüne Bundesregierung den Weg der medienwirksamen und öffentlichkeitswirksamen Inszenierung gegangen.

Wir NEOS waren Vorreiter, was die eigentliche Idee und was das eigentliche Ziel des Klimabonus und der CO₂-Steuer betrifft. Wir waren Innovationstreiber im Kampf und im

unaufhaltsamen Veränderungsprozess hin zu einer nachhaltigen klimaschützenden Zukunft. Weil wir als erste den Schritt gewagt haben, ein durchgerechnetes und funktionierendes ökosoziales Steuerreformkonzept vorzulegen. Weil genau das ist das, wovon der Klimabonus ein Teil ist.

Wir haben gesagt, Arbeit entlasten, Lohnnebenkosten senken, damit sich Leistung und Arbeit eben wieder mehr lohnen. Und damit so viele Menschen wie möglich in die Lage versetzt werden, ihr Leben aus eigenen und freien Stücken so zu gestalten, wie sie das wollen. Auf der einen Seite.

Und auf der anderen Seite natürlich CO₂ einen Preis geben. Das war unser Ansatz. Der wäre treffsicher gewesen. Der wäre leistungsgerecht gewesen. Der Klimabonus ist das natürlich nicht. Der ist ein Murks. Da muss ich, so leid es mir tut, dem Klubobmann der FPÖ in einer Aussage und einem Halbsatz tatsächlich Recht geben.

Ein Murks ist aber auch, und jetzt komme ich zum schwarz-blauen Resolutionsantrag, über den wir hier heute debattieren, dass etwa Inhaftierte diesen Klimabonus in voller Höhe bekommen. Ein Murks an diesem Klimabonus ist tatsächlich, dass überhaupt nicht differenziert werden kann, wie viele Kosten jemand tatsächlich hat. Weil es eben pauschal mit der Gießkanne verteilt wird.

Aber, und das ist der springende Punkt, den ihr überseht, FPÖ und ÖVP. Teurer wird ja nicht nur das Heizen, wenn man selber Wohnkosten hat. Sondern teurer wird ja alles. Es wird ja dadurch, dass CO₂ einen Preis bekommt, und das ist gut und richtig so, auch die Produktion von Lebensmitteln teurer. Und damit auch das alltägliche Leben für all jene, die nicht selber die Heizung zahlen. Und das ist eigentlich der Punkt.

Jetzt hätte die ÖVP in Oberösterreich, wenn sie zum Beispiel findet, dass Inhaftierte diesen Bonus nicht kriegen sollten, das finde ich auch, das verstehe ich im Übrigen auch nicht, da ist er nicht treffsicher, zwei Möglichkeiten gehabt. Die eine wäre die verantwortungsvolle gewesen. Ihr habt einen Klubobmann im Nationalrat. Den August Wöginger. Der ist in der ÖVP Oberösterreich gut verankert. Den kennt ihr alle. Christian Dörfel du hast sicher seine Handynummer. Mit dem kannst du chatten und sagen: „Du, das ist doch eigentlich ein Murks. Kann man das nicht irgendwie reparieren, treffsicherer machen?“ Könnte man machen. Das wäre verantwortungsvoll gewesen.

Und dann gibt es das Verantwortungslose. Das was der Kollege Mayr als SnU, als strategisch notwendigen Unsinn entlarvt hat. Nämlich in einer Zeit, in der gerade in Linz wieder zukünftige Flüchtlingsunterkünfte angezündet werden, genau in dieser Zeit, in der eh wieder alles aufgeheizt wird, hier im Landtag zusätzlich zündeln, gezielt Gruppen rauszunehmen, die man zu Feindbildern macht. Wir haben die ganze Zeit gehört, Asylwerber, Asylberechtigte und das in Wirklichkeit in trauter Allianz mit dem eigenen Aszendenten der OÖVP, nämlich der Freiheitlichen Partei.

Und ihr habt euch für letzteres entschieden. Und das finde ich schwer bedauerlich. Und ich glaube und hoffe, dass es zumindest manchen von euch in der OÖVP unangenehm ist.

Was ich auch nicht verstehe, und da schließe ich mich den Verwunderungsworten des Klubobmann Mayr an, das ist die SPÖ. Das war gerade vorhin eine Mischung aus Neiddebatte gegenüber Wohlhabenden. Und im Übrigen finde ich auch, dass Millionäre keinen Klimabonus brauchen, aber das ist immer die Frage, wie man das framed einerseits, und dem Anschließen

an das, was Schwarz-Blau hier an Hetze betreiben, das verstehe ich nicht. Ich verstehe nicht, was da los ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Abschließend, der Klimabonus gehört neu aufgesetzt. Der gehört so aufgesetzt, dass er treffsicher ist. Der gehört so aufgesetzt, dass es keine Datenschutzprobleme gibt, wie es die ja tatsächlich gab, weil wieder einmal ein privates Unternehmen beteiligt war beim Verteilen dieser Briefe und beim Verteilen dieser Überweisungen. Der gehört neu aufgesetzt. Wir brauchen stattdessen eine Entlastung der Arbeitseinkommen. Damit sich insbesondere Vollzeitarbeiter in Österreich auch wirklich auszahlt. Und natürlich die CO₂-Bepreisung, wie es sie gibt.

Was wir nicht brauchen, ist eine schwarz-blaue Stimmungsmache. Strategisch für euch vielleicht ein notwendiger Unsinn zum Ablenken von den Themen, die heute auch noch diskutiert werden sollen. Zum Beispiel die Entlastung von Arbeitseinkommen. Zum Beispiel das Proporz-System, das endlich abgeschafft gehört in Oberösterreich. Das brauchen wir sicher nicht, und daher werden wir diesem Antrag natürlich nicht zustimmen. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Froschauer zu Wort gemeldet.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Geschätzte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Oberösterreichischen Landtags, sehr geehrte Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und zuhause vor den Bildschirmen! Es ist kein Wunder, dass das Bild der Politik ein problematisches ist. Wenn ich mir die Diskussion jetzt zu Gemüte führe, dann ist dieser Stereotyp ein Hindreschen auf die ÖVP und auf die FPÖ. Wenn Maßnahmen gefordert werden, dann ist es ein Stereotyp, die Maßnahmen und deren Umsetzung in Frage zu stellen und selbst bei Zustimmung gelingt es, das Ganze noch herunterzumachen.

Einkommen entlasten mit Geld, das den Menschen vorher aus der Tasche gezogen wird, ist so einer der Sprüche gewesen. Gehen wir zurück, was war ursprünglich? Im Herbst 2021, Herr Kollege Eypeltauer, weil du gesagt hast, Arbeit entlasten, hat die österreichische Bundesregierung die größte Steuerentlastung für die Menschen in diesem Land aller Zeiten beschlossen. Da ist was Großartiges passiert. Man hat sich dazu entschlossen, eine ökosoziale Steuerreform zu machen. Das bedeutet, in Zeiten des Klimawandels eine CO₂-Bepreisung einzubringen. Ab 1.1.2023 32,5 Euro pro Tonne CO₂. Bis 2025 steigt das. Da müssen wir uns fragen, was bedeuten Förderungen oder Ausgleichszahlungen?

Entweder ein Anreiz, um ein Ziel zu erreichen oder eine Abmilderung von besonderen Belastungen. Was haben wir in dem Fall drinnen? In dem Fall haben wir drinnen, dass es für die Menschen, abhängig vom Wohnort, eine Zumutbarkeit gibt für den öffentlichen Verkehr mit vier Stufen. Maximal 200 Euro Ausgleich. Für Menschen unter 18 maximal 100 Euro Ausgleich. Wenn ich jetzt hergehe und schaue, Ausgleich für eine besondere Belastung oder Anreiz, um ein Ziel zu erreichen, dann habe ich dahinter einen Zweck, und wenn es Menschen gibt, die hier für Energie keine Kosten aufzuweisen haben, dann steht Ihnen das auch nicht zu.

Würde ich diese Logik zu Ende denken, dann könnte man nicht einmal irgendein Anreizsystem einführen, den Ankauf eines E-Bikes zu fördern? Weil dann heißt es plötzlich, es sollen alle diese Förderung kriegen für den Ankauf eines E-Bikes, unabhängig davon, ob sie es wollen oder nicht. Es muss treffsicher werden. Es dürfen die Gruppen diesen Ausgleich nicht bekommen, die diese Belastung auch tatsächlich nicht haben. Und man kann über einzelne Facetten dieses Klimabonus durchaus noch diskutieren, aber die Hauptstoßrichtung ist die

richtige, so wie es in diesem Antrag verlangt wird. Und die Dringlichkeit ist eine hohe, damit bis zum Herbst diese Reparatur vonstattengehen kann. Ich bitte um ihre Zustimmung. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Vielen Dank. Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 445/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 446/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 446/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend eines freien Seezugangs in Schörfling zu ermöglichen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 446/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Mader, bitte.

Abg. Bgm. **Mader:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, vor allem liebe Schülerinnen und Schüler und Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie und zuhause vor den Bildschirmen! Es blinzelt ein bisschen die Sonne herein bei den Fenstern. Es ist schon ein bisschen die Temperatur gestiegen, aber es ist wahrscheinlich heute nicht der beste Tag, um an Oberösterreichs Seen sich zu erholen, weil natürlich die Windstärke groß ist und die Temperatur noch ein bisschen zu niedrig. Aber auch jetzt tummeln sich schon Leute. Aber es wird zunehmen. Vor allem, wenn es im Sommer wieder wärmer wird und vor allem auch, wenn es die Wassertemperatur zulässt, dass man sich auch wieder einmal abkühlt und einfach ein bisschen Erholung sucht.

Und genau um das geht es heute auch ein bisschen, nämlich wenn es um einen Seezugang geht. Wenn im Sommer sich natürlich wieder alle Oberösterreichinnen und Oberösterreicher zu unseren Seen tummeln und sich natürlich dort erfrischen wollen, dann haben wir vor allem natürlich auch das Problem des Seezuganges. Und da ist heute auf der Tagesordnung ein schon langer diskutierter Seezugang in Schörfling am Attersee. Für die Seezüge hat sich das Land Oberösterreich schon sehr bemüht, hier natürlich auch in letzter Zeit wieder einiges zu schaffen.

Alleine am Attersee bei uns im Bezirk Vöcklabruck gibt es 27 öffentliche Badeplätze, die was insgesamt 85 Fußballfelder umfassen und insgesamt um die hundert freie Seezüge. Aber das Angebot gehört natürlich laufend ausgebaut. Ist in letzter Zeit auch passiert. Zwei Uferabschnitte in Kammer-Schörfling und auch in Weyregg sowie die Erweiterung eines weiteren Seezugangs in Unterbuchberg in der Gemeinde Seewalchen.

Und es ist auch hier, Mitglieder des hohen Hauses, schon gefordert worden, dass man diesen Weg weiterführt und vor allem den Einsatz und die Ambitionen aller politischen Zuständigen fordert. Ich darf aber an dieser Stelle einmal ein großes Danke ausrichten an alle Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, die zu Hause, vor Ort diese Verantwortung wahrnehmen. Dort schauen, wo ist die beste Möglichkeit, wo tut sich was auf und natürlich dann jeweils mit der darüber liegenden Ebene oder mit den Zuständigen dann auch Kontakt

aufnehmen und versuchen, hier natürlich auch wieder einen Seezugang zu schaffen und für die Öffentlichkeit zu ermöglichen.

Und das ist dort und da wo einfacher und dort und da nicht. Es sind auch hier schon Grundstücke angesprochen worden mit sechzig, siebzig Quadratmeter Größe. Hier tut man sich natürlich ein wenig schwer, das auch als Land nutzbar zu machen. Aber im Gegensatz zu diesen kleinen Flächen gibt es in Schörfling von der ÖBB ein Grundstück mit rund 6.600 Quadratmeter. Das in der öffentlichen Diskussion immer wieder steht. Und das Problem ist, dass ausgerechnet bei diesem Grundstück, das der ÖBB gehört, seit Jahren nichts mehr weiter geht. Es ist eigentlich offensichtlich ein freier Seezugang, denn er wird immer wieder von Gewerkschaftsmitgliedern genutzt und von denen auch ein bisschen gepflegt. Das passt schon. Das heißt, es baden auch Leute dort. Das Grundstück heißt bei uns Eisenbahnerbad. Es wird halt geduldet seitens der Eisenbahn, aber es ist halt nicht öffentlich.

Ja, und das ist natürlich da auch das Problem. Die Gemeinde hat da immer wieder die Gespräche mit der ÖBB gefordert und auch immer wieder mal geführt. Um einfach diese Fläche wieder zu attraktivieren. Die Gemeinde hat einen eigenen Strategieplan, hat sich wirklich schon damit auseinandergesetzt. Was kann man machen, welche Möglichkeiten gibt es? Natürlich auch mit den Befindlichkeiten des Eigentümers, sprich mit der ÖBB, was die für Planungen haben. Das führt jetzt mittlerweile schon viele, viele Jahre, nämlich schon fast 20 Jahre, zu diesen Diskussionen. Nämlich seit dem eben dieser alte ÖBB-Bahnhof verlegt wurde, und seitdem wird auch diskutiert. Es hat vor zwanzig Jahren schon einmal eine Infrastrukturministerin Planungen gehabt, was damit passieren kann. Da haben wir jetzt schon ein paar Wechsel gehabt natürlich inzwischen. Aber genauso hat es da schon viele Diskussionen gegeben, weil das Areal ist natürlich ein bisschen größer als wie die 6.600 Quadratmeter der Parzelle am Seegrundstück.

Dadurch ist es umso wichtiger, dass wir da jetzt eine unkomplizierte Lösung suchen und vor allem dieses Grundstück sichern, und da ist es eben auch wichtig, dass das Ziel ist, die öffentlichen Seezugänge ständig auszuweiten und zu attraktivieren. Vor allem auch im Sinne der Bundesregierung einfach auch stattfindet. Und der Oberösterreichische Landtag sollte daher auffordern, auf rasche Verhandlungsergebnisse zwischen der ÖBB und der Marktgemeinde Schörfling hinzuwirken, um so für die Oberöreicherinnen und Oberöreicher bei weiteren Grundstücken am Attersee den freien Seezugang langfristig abzusichern. Bitte daher um Zustimmung der Dringlichkeit. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächstem darf ich Herrn Abgeordneten Hemetsberger das Wort erteilen.

Abg. Bgm. **Mag. Hemetsberger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler auf der Galerie und liebe Zuseherinnen und Zuseher zuhause! Zunächst einmal möchte ich sagen, dass es mich sehr freut, dass die schwarz-blauen Regierungsparteien nach vielen Jahren Grüner und anderer Interventionen erkannt haben, dass der freie Seezugang in Oberösterreich ein hohes Gut ist, für dessen Erhaltung und Ausweitung es sich lohnt, auch eigeninitiativ parlamentarisch zu kämpfen. Das freut mich. (Beifall)

Willkommen an Bord, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wir freuen uns, dass ihr da seid. Denn unbestritten ist vollkommen, dass der freie Seezugang in Oberösterreich bedroht, um nicht zu sagen gefährdet ist. Am Traunsee sind aktuell 18 Prozent der Länge öffentlich zugänglich. Am Wolfgangsee sind 16 Prozent der Länge öffentlich zugänglich gemacht. Am Attersee sind nur

13 Prozent und am Mondsee sind es nur acht Prozent, um bei dem Peak davor nur zu bleiben. Da gibt es dann noch zahlreiche kleinere Seen. Aber nur, dass man einmal die Verhältnismäßigkeiten kennt, wie viele Seezugänge wir in Oberösterreich eigentlich haben.

Und das heißt, und ich hoffe, da sind wir uns alle einig, und dieser Antrag zeigt das ja auch, dass wir dringenden Handlungsbedarf haben. Denn wir wissen alle hier herinnen, im Kapitalismus ist es so, wenn etwas knapp wird, dann steigt der Wert und natürlich auch der Preis.

Und das können wir aktuell auch an vielen Stellen bereits intensiv beobachten. Ein Quadratmeter Seegrund am Attersee, was glaubt ihr was das ungefähr kostet? Je nach Lage und Beschaffenheit, je nachdem, ob es groß oder klein ist, bebaubar ist oder nicht, sonnig oder nicht, 900 Euro im günstigsten Fall, 11.000 Euro im teuersten Fall. Zwischen 900 Euro und 11.000 Euro für einen Quadratmeter.

Im Jahr werden ungefähr 5 Seeliegenschaften am Attersee verkauft, und an den anderen Seen ist es nicht gerade anders. In manchen Jahren gibt es übrigens gar keine. Und wer am Mondsee schon einmal war und die Herzog Odilo-Straße entlang gegangen ist, der hat vielleicht gesehen, dass sich ein Maklerbüro nach dem anderen reiht, und da kann man sich diese ganzen Millionenliegenschaften alle ansehen.

So, Seeliegenschaften sind also heiß begehrt, und umso mehr muss die öffentliche Hand alles daransetzen, um diese Liegenschaften zu sichern bzw. noch besser in Besitz weiterer Seeliegenschaften zu gelangen. Denn nur so ist sichergestellt, dass der Seezugang auch langfristig öffentlich sichergestellt ist.

Aus diesem Grund haben wir Grüne auch vor gut einem Jahr einen Antrag im Oberösterreichischen Landtag eingebracht, der die Landesregierung auffordert, alles in ihrer Macht Stehende zu tun, um öffentliche Seegrundstücke zu erwerben. Und der Antrag liegt jetzt schon seit einem Jahr im Ausschuss, da gibt es immer wieder Berichte und wir sind schon in großer Hoffnung und Erwartung der nächsten Sitzung, wo angekündigt wurde, dass eine Ankaufstrategie präsentiert wird, auf die sind wir schon sehr gespannt, und wir freuen uns auch, wenn das jetzt endlich realisiert wird.

Und insofern freut es uns heute natürlich besonders wenn die schwarz-blaue Regierungsmehrheit auch mit vollem Enthusiasmus und eigenen Anträgen im Landtag in die Debatte einsteigt.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, sorry to say that, der Lösungsansatz den ihr da jetzt präsentiert, der ist so alt wie uninnovativ. Denn anstatt mit eigenen Händen als Land Oberösterreich, als Landesregierung anzupacken, wählt die schwarz-blaue Regierungsmehrheit wie immer das Komfortprogramm, und das heißt, eine Hand in den Hosensack und die andere formt sich zum Zeigefinger, um zu sagen, die anderen sollen es machen.

Und die anderen, das ist in diesem Fall die ÖBB, die werden das leicht aushalten, und die Ministerin wird das auch leicht aushalten, aber es ist auch die Gemeinde Schörfling. Und da muss ich sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen, das ist schon der Hammer, das muss ich schon sagen. Lieber Christian, das kann ich auch dir nicht ersparen, du weißt, dass ich dich sehr schätze, aber dass der Gemeindebundpräsident, der eigentlich der Vertreter aller Gemeinden in Oberösterreich und insbesondere auch der Bürgermeisterinnen und

Bürgermeister ist, als Erstunterzeichner eines Antrags auftritt, in dem er eine Gemeinde auffordert, etwas zu tun, das ist nicht nur einmalig im Oö. Landtag, sondern im höchsten Maße unangemessen, sorry to say that. (Beifall)

Und niemand von euch hat mit dem Bürgermeister in Schörfling gesprochen, das weiß ich, weil ich ihn vorgestern angerufen habe und gestern noch einmal. Und dabei hat er mir auch bestätigt, dass die Gemeinde alles in ihrer Macht Stehende tut und in intensiven Gesprächen mit den ÖBB ist, um dort einen öffentlichen Seezugang zu erlangen und zu sichern.

Und ehrlich gesagt habe ich das Gefühl, dass die Gemeinde da keine Ratschläge des Landes Oberösterreich und auch nicht des Gemeindebundpräsidenten braucht. Aber bitte, in Gottes Namen, wir stimmen der Dringlichkeit zu. Ich habe das auch mit dem Bürgermeister so abgesprochen, das passt auch für ihn, aber wenn das die Lösung ist, dann Gute Nacht Oberösterreich. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Dim zu Wort gemeldet.

Abg. **Dim:** Danke Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie und an den Bildschirmen! Ja, der Attersee gehört sicherlich zu den schönsten Seen in Österreich, nicht nur, was die Wasserqualität betrifft, auch die Landschaft und auch die Badetauglichkeit. Kollege Hemetsberger, du hast gesagt, von diesen 48,5 Kilometer Uferlänge sind nur 13 Prozent öffentlich zugänglich. Ich habe eine andere Statistik, es sind 75 Prozent in Privatbesitz, eh weit zu viel, aber 25 Prozent öffentlich zugänglich, aber nicht alle badetauglich. (Zwischenruf Abg. Bgm. Mag. Hemetsberger: unverständlich)

Also es ist nur ein Teil badetauglich, und Ufergrundstücke, und das hast du auch richtig bemerkt, sind Mangelware, und das schlägt sich auch im Preis nieder, auch da habe ich eine andere Statistik, meine sagt, dass die Grundstückspreise am Attersee bei Seegrundstücken zwischen 2.500 Euro und 4.000 Euro pro Quadratmeter liegen, also 11.000 Euro, das ist wirklich eine Toplage, aber meine Statistik ist wahrscheinlich ein Mittelwert.

Jetzt gibt es dieses Grundstück von 6.600 Quadratmeter im Eigentum der ÖBB mit einem Marktwert, wenn ich niedrig ansetze von rund 16 Millionen Euro. Es soll auch nicht veräußert werden, soweit ich weiß, aber normalerweise, wenn es veräußert werden würde, und das steht ja auch irgendwo im Raum, dann gibt es üblicherweise ein Schätzgutachten und dann ein Bieterverfahren, und es kommt dann der Bestbieter zum Zug, das ist dann meistens nicht die öffentliche Hand, sondern in diesem bestehenden Fall, und darauf hin läuft diese Initiative auch aus, besteht ein berechtigtes öffentliches Interesse, der badetaugliche Zugang soll dabei erhalten werden, und dies nicht nur für reich und schön, sondern für alle. Und das ist für uns nichts Neues, Kollege Hemetsberger, also das haben wir auch vorher schon erkannt, wenn du auch jetzt suggerierst, dass wir jetzt gerade erst draufgekommen sind.

Es muss halt auch möglich sein, dass man Grundstücke erwirbt, und wenn es jemand halt nicht verkauft oder nicht verpachtet, dann hat man halt auch keine Möglichkeit, da kann man auch als öffentliche Hand Purzelbäume schlagen.

Im speziellen Fall haben wir jetzt einerseits die ÖBB, die zu 100 Prozent im Eigentum der Republik Österreich steht und unter der Verwaltung des Ministeriums der Frau Ministerin Gewessler, und auf der anderen Seite ebenso die öffentliche Hand, egal ob das jetzt die Gemeinde Schörfling ist oder das Land Oberösterreich, das sei dahingestellt.

Die ÖBB wird aber von sich aus nicht auf eventuelle Immobilienwerte verzichten, weil die handelnden Personen natürlich auch nach marktwirtschaftlichen Kriterien zu handeln haben. Daher brauchen wir eine politisch akkordierte Weisung der Frau Ministerin oder des Ministeriums, dass man das Grundstück auch öffentlich zugänglich machen kann und vielleicht sogar verbessern kann. Um das geht es, um nicht mehr und nicht weniger, das ist auch kein strategisch notwendiger Unsinn, sondern es geht einfach darum, dieses Grundstück für die Öffentlichkeit nachhaltig zu erhalten.

In diesem Zusammenhang wäre generell eine bundesgesetzliche Änderung anzustreben, wonach Immobilien oder Grundstücke im Einflussbereich der öffentlichen Hand verpflichtend auch erst der öffentlichen Hand anzubieten sind, eine Art Vorkaufsrecht oder Vorpachtrecht, soweit es so etwas überhaupt gibt. Das würde gelten für Gemeinden, Länder, den Bund, aber gleichsam auch für Bundesforste und die ÖBB. Vielleicht bringen wir in diesem Zusammenhang einmal einen Initiativantrag dahingehend ein, dass Grundstücke, die im öffentlichen Interesse sind und von hohem Wert für die Öffentlichkeit, auch der öffentlichen Hand erhalten bleiben. Danke schön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächste zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Margreiter. Bitte.

Abg. **Margreiter:** Vielen herzlichen Dank. Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Lehrkräfte, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher vor den Bildschirmen, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Frau Präsidentin!

Ich muss ganz ehrlich sagen, manchmal bin ich wirklich sprachlos, und das kommt als Politikerin nicht so oft vor, aber wie ich diesen Antrag gesehen habe war ich es ganz kurz einmal. Ich war mir nicht ganz sicher, ob das jetzt ein Scherz ist, der 1. April kommt ja erst, oder ob das einfach Populismus pur ist.

Ich muss schon ganz ehrlich sagen, und der Kollege Hemetsberger hat es gesagt, wir haben in den letzten Jahren als Sozialdemokratie und Grüne in Oberösterreich in diesem Landtag mehrere Anträge zum öffentlichen Seezugang eingebracht. Wir haben mehrere Initiativen gesetzt, die immer, so viel ich weiß, mir ist jetzt keine einzige bekannt von euch, von ÖVP und FPÖ abgelehnt wurden. Leider auch auf Bundesebene. Das muss man jetzt einmal ganz klar und dezidiert sagen, und jetzt kommt ihr daher mit einem Antrag einer Bundesresolution, (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Keine einzige ist abgelehnt worden!“) ich muss ganz ehrlich sagen, wenn ich mir den Antrag anschau, dermaßen unterschwellig eine Gemeinde, einem Bürgermeister, vorzuwerfen, dass er nichts tut, unterschwellig vorzuwerfen, dass der Badeplatz der ÖBB Schörfling, und der ist verpachtet an die Gewerkschaft VIDA, nicht der Öffentlichkeit zugänglich ist, der Badeplatz ist sehr wohl öffentlich zugänglich, nicht nur für VIDA-Mitglieder, es darf jeder andere dort baden gehen, das finde ich wirklich, wirklich ganz, ganz schlimm.

Dass man einfach so schlecht recherchiert, und auch Kollege Hemetsberger hat es gesagt, und sich nicht einmal vor Ort beim Bürgermeister informiert, das ist nochmal eine ganz andere Sache. Da fehlen mir wirklich die Worte, wie man mit Bürgermeistern umgeht. Dieses Bürgermeister/innen-Bashing und du, Kollege Mader, bist ein Bürgermeisterkollege des Kollegen in Schörfling. Das man das dermaßen vollzieht und so agiert, finde ich wirklich dermaßen unangemessen, ich kann das einfach echt nicht nachvollziehen.

Ich habe auch mit dem Bürgermeisterkollegen, er ist ein roter Bürgermeister, vielleicht liegt es an dem, aber mittlerweile macht ihr auch nicht mehr halt vor schwarzen Bürgermeisterkollegen, dann könnte ich es ja noch verstehen, aber trotzdem, gesprochen.

Wie gesagt, ich halte es für ganz bedenklich. Es war immer wieder Thema im Gemeinderat, es ist nicht so, dass da nichts passiert, das stimmt einfach auch nicht. Es gibt einen Strategieplan, und es gab sogar heute um 9 Uhr eine Videokonferenz mit der ÖBB. Man ist wirklich laufend versucht, hier zu einem Ergebnis zu kommen, dass man es wirklich langfristig zu einem öffentlichen Badeplatz macht, um das langfristig abzusichern.

Das ist eh gut so, aber auf der anderen Seite, und Herr Kollege Dim, du hast das gesagt, die Bundesforste sind auch eine Organisation, die sozusagen der Republik Österreich gehört. Wirkt halt einfach mal auf die Bundesforste ein, die haben ganz andere Mengen an öffentlichen Seeplätzen und öffentlichen Seezugängen, und wenn ich mir das im Vergleich anschau, da passiert einfach viel zu wenig, und da könntet ihr genauso einwirken und in dieser Richtung etwas tun.

Fakt ist, und ich möchte das jetzt wirklich noch einmal zusammenfassen, weil mich das wirklich dermaßen ärgert es handelt sich da in Kammer um ein Grundstück, das den ÖBB gehört und eben an die Gewerkschaft VIDA verpachtet wird, aber sehr wohl der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Fakt ist auch, dass es intensive Gespräche gibt mit den ÖBB, die wirklich konstruktiv und positiv sind, und ich hoffe nur, das genau so eine Aktion, wie sie ihr gerade macht, nicht in die andere Richtung losgeht und dadurch diese positiven Gespräche gefährdet sind.

Fakt ist, dass ihr damit einen Bürgermeisterkollegen völlig inhaltslos anpatzt, weil eben der Badeplatz öffentlich zugänglich ist und es durchaus Gespräche gibt. Fakt ist auch, dass ihr wieder einmal mit einer Bundesresolution die Verantwortung an den Bund weitergibt. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Der ist zuständig für die ÖBB!“) Und Fakt ist, dass ihr alle anderen Anträge und Initiativen hier abgelehnt habt im Landtag und immer wieder auf die lange Bank schiebt. Wir haben es gehört in allen möglichen Ausschüssen.

Setzt lieber die Energie bei den Bundesforsten ein, dass da einmal mehr weitergeht und mehr Badeplätze öffentlich werden, damit sich Menschen, die sich keinen All-inklusive-Urlaub leisten können, sich auf öffentlichen Badeplätzen erholen können.

Auch wir werden trotz alledem, obwohl es ein Antrag der ÖVP und FPÖ ist, diesem Antrag zustimmen, weil es uns um die Sache geht, um das Thema geht, das ist bei euch offenbar nicht der Fall. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 446/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat schlagen die Unterzeichner der Beilage 447/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 447/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend die Verbesserung der Methoden zur Altersfeststellung von Asylwerbern. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags

erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 447/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Gruber.

Abg. **Gruber:** Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren im Plenum, auf der Galerie, werte Landsleute via Livestream! Ja, in dieser angesprochenen Beilage 447/2023 zur Verbesserung der Methoden der Altersfeststellung von Asylwerbern geht es um nicht mehr oder weniger, als dem Rechtsstaat ein Werkzeug in die Hand zu geben, um diesem auch gerecht zu werden. Ich werde das auch noch mit ein paar Zahlen hinterlegen, warum das so notwendig ist.

Ja, Handwerk ist nicht jedermanns Sache, liebe Grüne, liebe NEOS, wir haben vor zwei Beilagen ja Wortbeiträge vernommen. Ja, das ist so, wenn man in der eigenen Blase ein bisschen eine Sesselkreispolitik macht, dann ist es halt so, dass wie bei der grünen Wortspende Gesetz und Novelle nicht ganz unterschieden werden können. Wenn ich jetzt die Abstimmung der Bundes-FPÖ mir vor Augen führe, die zitiert wurde in einem Artikel in einer Tageszeitung zum einen und zum anderen, lieber Klubobmann der Grünen, bist du uns noch die Antwort schuldig, ob Mörder und Häftlinge Geld bekommen sollen, das bist du uns noch schuldig geblieben. (Zwischenruf Abg. KO Mayr: „Ich habe August Wöginger zitiert!“)

Zum Wortbeitrag der NEOS kann ich noch sagen, wenn x-mal vorkommt in der Wortmeldung, da kenne ich mich nicht aus, naja, dann ist eh schon alles gesagt. Positiv finde ich die Bewegung der Sozialdemokratie, da gehen wir wieder in Richtung Handwerk und auch den Rechtsstaat so auszustatten, wie uns wir das vorstellen.

Da kann man ruhig grinsen bei den Grünen, manche Dinge lösen sich von innen. Blicken wir nach Deutschland, wo inzwischen Grüne, die in Verantwortung als Bürgermeister, etc. stehen, von einer Abkehr der geltenden Migrationspolitik sprechen und schon draufkommen, dass man vielleicht manche Dinge anders beurteilen und umsetzen sollte, wenn man direkt damit betroffen ist. Also nehmt auch ein Beispiel an euren eigenen Kollegen in Deutschland, die sind schon draufgekommen, wie es besser geht.

Nun zu den Zahlen des Innenministeriums, warum wir hier überhaupt diesen Antrag einbringen. Im Jahr 2015 haben 951 von 2.200, die beim Erstkontakt gesagt haben, mei, wir sind Minderjährige, langbärtig, grau meliert, der Praktiker, der mit zwei Beinen im Leben steht, weiß natürlich sofort, was es geschlagen hat, aber natürlich war man ohnmächtig, weil man das Rüstzeug, die Werkzeuge für den Rechtsstaat nicht gehabt hat und gleichzeitig gesagt hat, hmm, Handwurzelscan, persönlicher Eingriff und so weiter und so fort, das können wir auf gar keinen Fall dulden.

Im Jahr 2021 haben wir 138 von 296 Untersuchten gehabt, satte 47 Prozent, die ebenfalls beim Erstkontakt die Unwahrheit gesagt haben, manche sagen ganz frei raus, ja, sie haben gelogen, also sprich jeder Zweite hat beim Erstkontakt gelogen.

Das ist natürlich ein großes Problem, und wenn man den Rechtsstaat ernst nimmt, weiß man Minderjährige, UMFs bedeutet eine andere finanzielle Ausstattung, eine erschwerte Abschiebung, anderer Strafrahmen und, und, und. Und daher ist es unumgänglich, hier die nötigen Maßnahmen einzuleiten, und daher fordern wir auch die Landesregierung auf, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, das umgehend zu ändern, um eine konkrete Altersfeststellung zu ermöglichen.

Jetzt haben wir vom Handwurzelscan mehrfach gesprochen, inzwischen gibt es auch die Methode, mittels DNA-Abstrich in der Mundhöhle das Alter festzustellen. Da bin ich jetzt ganz gespannt auf die Argumentation, wenn es wieder um den persönlichen Eingriff geht, weil ich erinnere an die vergangenen Jahre, Gott sei Dank haben wir es hinter uns, da war man mit den Stäbchen irgendwo, um irgendetwas festzustellen, nicht ganz so zimperlich bei der eigenen Bevölkerung, da dürfte es ja da kein Problem sein.

Wenn wir dann auch immer noch inhaltlich auseinander liegen, weil man irgendwelche Argumente an den Haaren herbeizieht, um das wieder in Misskredit zu ziehen, dann muss ich sagen, da gibt es einen Kommentar zum Sicherheitspolizeigesetz, wo ganz klar festgehalten wird, dass es kein Eingriff in die körperliche Unversehrtheit und Freiheit ist.

Und daher sagen wir als FPÖ Oberösterreich, als die Sicherheitspartei, ganz klar, wir müssen dem Rechtsstaat die Instrumente geben, die er braucht, der Rechtsstaat darf sich nicht auf der Nase herumtanzen lassen, und daher dieser Antrag, und ich nehme an, weil wir alle Vertreter vom Rechtsstaat sind und das aus voller Leidenschaft, dass eine breite Zustimmung heute zu diesem Antrag kommen wird. Danke schön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Wahl zu Wort gemeldet.

Abg. Ing. Wahl, MBA: Sehr geehrte Frau Präsidentin, hohes Haus, werte ZuschauerInnen, liebe SchülerInnen! Wir haben wieder einmal einen Antrag da liegen, wo die Brisanz fehlt, das wieder einmal als Nebelgranate einzustufen ist, die in Wahrheit nur uns im Landtag von der wirklichen Arbeit abhält, nämlich uns um die Sorgen der Menschen zu kümmern und um die Verbesserung der Lebensbedingungen.

Natürlich spricht nichts dagegen, dass man die Methoden evaluiert und verbessert, um dort, wo es strittig ist, nicht nachweisbar ist, das Alter festzustellen. Das ist überhaupt kein Problem. Nur die Dringlichkeit kann man da nicht feststellen, weil in den letzten Jahren, 2016 zum Beispiel, hat das hohe Haus einen Antrag an die Bundesregierung gestellt, diese Methoden zu verbessern. Die Rückmeldung aus dem Bundeskanzleramt und Innenministerium, damals FPÖ geführt war, Verbesserungen sind nicht notwendig, und es wurde nichts getan.

2019 stellt der Rechnungshof fest, dass es Mängel bei der Altersfeststellung gibt, und dass außerdem ein Mangel an Experten vorliegt. Es wurde wieder nichts getan unter einer schwarz-grünen Regierung dieses Mal. Ja, wir alle kennen ja den Kollegen Sisyphos, der aber zumindestens redlich sich bemüht, den Stein an den Gipfel zu bringen, alleine bei dieser Bundesregierung hat man ja nicht den Eindruck, dass sie überhaupt weiß, wo der Gipfel ist. Da werden Steine irgendwo herumgerollt, aber nicht dorthin, wo sie Probleme lösen.

Der einzige Gewinner bei dieser Nebelgranate ist wieder einmal die freiheitliche Partei, die damit wieder ein Lieblingsthema pflegt und versucht, Feuer zu schüren in einem Land, wo ohnehin Menschen, die es schwerer haben, immer wieder an den Rand gedrückt werden. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Lange, weiße Bärte, sag was!“) Ja, ja, eh, wir kriegen lange weiße Bärte, wenn die Bundesregierung nicht weiter tut, und wir sind Sisyphos, wenn wir es nicht schaffen, dass wir irgendwann die Dinge auch wirklich lösen, aber da behindert ihr uns ja im Landtag ständig mit irgendwelchen Dringlichkeitsanfragen, die keine Dringlichkeit haben, die man schon längst hätte lösen können unter einer schwarz-blauen Regierung und einer grün-schwarzen Regierung, aber es passiert nichts, und damit haben wir immer irgendetwas zum tun, was keiner braucht.

Wir müssen endlich anfangen, die Themen zu behandeln, die Menschen bewegen und schauen, dass wir das Leben verbessern und nicht immer über Dinge reden, die keiner wirklich ernst nimmt. Danke. (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Ihr beschäftigt euch selber, wir mit den Leuten!“) Und ihr beschäftigt den Landtag mit Nichtigkeiten, damit wir ja zu keiner Arbeit kommen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Stanek, bitte!

Abg. **Stanek:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren hier im hohen Haus, auf der Galerie und an den Bildschirmen! Eigentlich geht es ja bei diesem Antrag um eine Evaluierung der Altersfeststellung bei Asylwerbern und um eine Erweiterung sinnvoller Methoden zur Altersfeststellung.

Wenn ich mir jetzt den Kollegen Wahl angehört habe, habe ich eigentlich eh nicht ganz verstanden, was er überhaupt gemeint hat. Grundsätzlich zeigen die Statistiken des Innenministeriums, dass in etwa knapp der Hälfte der Fälle die Volljährigkeit bei den Überprüfungen festgestellt wurde.

Es ist eigentlich dann schon ziemlich vermessen, Herr Kollege, zu sagen, da geht es um überhaupt keine Präsenz, und es ist eh völlig wurscht, wenn uns zirka 50 Prozent der Menschen belügen, wenn sie nach Österreich kommen (Zwischenruf Abgeordneter Wahl: unverständlich). Regen Sie sich nicht auf, kommen Sie dann wieder raus, wenn Sie noch etwas sagen wollen, weil vielleicht sagen Sie dann auch etwas, weil erst haben Sie nichts gesagt, wie Sie herausgestanden sind. (Beifall)

Und es würde grundsätzlich einmal schon darum gehen, wenn man sich zu einem Antrag meldet, dass man dann auch inhaltlich etwas dazu sagt und nicht nur irgendwelche pseudo Nebelgranaten in Richtung der Regierungskoalition sendet.

Grundsätzlich noch einmal: Wenn das Innenministerium feststellt, dass knapp die Hälfte der Fälle volljährig ist, dann glaube ich schon, dass hier Handlungsbedarf ist. Und es geht auch darum, dass bei den aktuellen Methoden der Altersfeststellung immer wieder Kritik kommt, nämlich zum Beispiel auch Kritik der Kindeswohlkommission, wo festgestellt wird, dass es nach wie vor fehlt, eine psychosoziale Altersfeststellung zu machen, dass da keine ganzheitlichen Ansätze vorhanden sind, dass die Spannweite bei der Altersfeststellung mittels Handgelenksröntgen zu groß ist oder auch, dass 2019 der Rechnungshof feststellt, dass es einen Mangel an entsprechenden Sachverständigen gibt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sozialbetrug und Täuschungen in einem Verfahren zu unterbinden, dafür sind wir gewählt, das ist auch unsere Aufgabe, weil es letztendlich auch immer um Steuergelder geht.

Meines Erachtens ist Folgendes notwendig: Wir müssen bei aller Wichtigkeit der humanitären Hilfe auch den Fokus auf Ehrlichkeit und den Fokus auf Redlichkeit richten, denn eines ist ganz klar, und das muss in unserem Land auch in Zukunft gelten, Ehrlichkeit schafft Vertrauen. Ehrlichkeit ist wichtig für eine gelungene Integrationsarbeit, und Ehrlichkeit ist der Grundpfeiler unserer Wertegemeinschaft oder wie es Mahatma Gandhi einmal ausgedrückt hat: Gutes kann niemals aus Lüge und Gewalt entstehen. In diesem Sinne stimmen wir der Dringlichkeit und letztendlich dem Antrag dann auch zu. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich der Herr Abgeordnete Aigner zu Wort gemeldet.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kolleginnen, Kollegen im hohen Haus, liebe Zuhörer auf der Galerie, werte Menschen aus und in Oberösterreich! Ich kann nicht aus, reden wir wieder einmal über Geld. Laut Bundeskanzleramt, Abteilung Kinderrechte, kostet ein unbegleiteter Minderjähriger monatlich 2.898 Euro und ein unter Vierzehnjähriger sogar den Betrag von 5.068 Euro.

Im Jahr 2016 sind 2.252 Fälle von vermeintlich Minderjährigen überprüft worden und in 41 Prozent oder besser gesagt in 923 Fällen festgestellt worden, sie sind nicht minderjährig. Im Jahr 2015 sind 2.826 geprüft worden mit einer Quote von 61 Prozent von nicht Minderjährigen, also die angegebenen rund 50 Prozent stimmen.

Was hat uns das gekostet? Im Jahr 2016 sind finanzielle Vorteile beziehungsweise sind Kosten entstanden in Höhe von 30 Millionen Euro, im Jahr 2015 waren es sogar 60 Millionen Euro, was Schaden für den Steuerzahler entstanden ist. Jeder, der arbeiten geht, in den Steuertopf und in den Sozialtopf einbezahlt, ist hier betrogen worden.

Warum? Weil die Kosten für altersgerechte Unterbringung und Betreuung angefallen sind und, man muss auch sagen, weil das sogenannte Jugendstrafrecht zur Anwendung gekommen ist gegebenenfalls, was ja auch ein Vorteil ist.

Im Asylgesetz ist geregelt, dass zur Feststellung der Minderjährigkeit oder zur Überprüfung die sogenannte multifaktorielle Untersuchungsmethode, bestehend aus körperlichen, zahnärztlichen oder Röntgen-Untersuchungen vorgesehen ist und im BVA-Verfahrensgesetz steht geregelt: Gelingt es dem Fremden nicht, die zweifelhafte Minderjährigkeit durch unbedenkliche Urkunden und Bescheinigungsmittel auszuräumen, kann, ist eine Kann-Bestimmung, keine Muss-Bestimmung, die multifaktorielle Untersuchungsmethodik angewandt werden, die Mitwirkung des Fremden an einer radiologischen Untersuchung kann nicht durch Zwangsmittel herbeigeführt werden.

Ja warum ist die Altersfeststellung für uns wichtig und unumgänglich? Eben um die bereits angesprochenen Kosten dem Steuerzahler nicht mehr aufzubürden. Wir reden von vielen Millionen Euro, die speziell in Zeiten wie diesen anders gebraucht werden könnten.

Und auch das Erschleichen von anderen Vorteilen, wie die Anwendung eines Jugendstrafrechts, über das man in diesem Hause auch schon diskutiert hat, ist nicht einzusehen.

Die Untersuchungskosten liegen pro Person bei rund 900 Euro. Darf man auch nicht aus dem Auge verlieren, da komme ich noch darauf zurück. Jetzt habe ich noch etwas mit. Ich habe ein Urteil mit vom Obersten Gerichtshof. Da geht es um die Mitwirkungspflichten von Personen, in dem Fall zwar im Abstammungsverfahren, aber da steht geregelt, die Gewinnung von Gewebeproben, Körperflüssigkeiten und Blutproben kann nur verweigert werden, wenn damit ernste oder dauerhafte Gefahr für Leib, Leben, Gesundheit verbunden wäre, und es ist nicht erkennbar, dass es eine ernsthafte oder dauerhafte Gefahr für Leib und Gesundheit bedeutet oder die körperliche Integrität in irgendeiner Weise verletzt wird, wenn man einen DNA-Abstrich macht. Ich gehe jetzt einfach einmal davon aus, dass dafür andere Stäbchen als die bedenklichen Stäbchen bei den Antigen-Tests verwendet werden, steht aber auf einem anderen Blatt.

Was im selben Urteil auch geregelt ist, das ist die zwangsweise Vorführung zur Ausübung der angemessenen und die Ausübung von angemessenem unmittelbarem Zwang zur Gewinnung der DNA-Proben.

Es ist jetzt die Frage, ob man das will, und auch darüber gilt es heute abzustimmen. Wenn ein Antrag angenommen wird und der Brief in Wien erhört wird und entsprechend gehandelt wird, weil es ist ja ein Ersuchen an die Bundesregierung, dann gelingt eines, wir haben Steuerersparnis 30 bis 60 Millionen Euro, wie die Vergangenheit gesagt hat und selbst die Tests, die DNA-Tests verursachen jährlich Kosten von zwei Millionen Euro, drei Millionen Euro. Auch das kann vermieden werden und zwar, wenn man so wie in einem Punkt von unserem Volksbegehren gefordert, gar nicht die Möglichkeit hat, einen Asylantrag zu stellen, wenn man nicht sagt, wo man herkommt und wie man heißt, das heißt, belastbare und nachweisbare Herkunft und Identität.

Darum ersuchen wir um breite Unterstützung unseres Volksbegehrens. Migrationsflut stoppen jetzt. Da brauchen wir keinen Brief nach Wien schicken, sondern wir haben das als Entscheid des Volkes, und die Bundesregierung hat sich danach zu richten und zu handeln und im Nationalrat zu diskutieren. Danke für die breite Unterstützung. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Herrn Klubobmann Eypeltauer das Wort erteilen.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Vielen Dank Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, hohes Haus, Herr Landesrat, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne! Ich kann es kurz machen und noch einmal Bezug nehmen auf den vorher schon zitierten und erwähnten Gerald Fleischmann, den ehemaligen und jetzt wieder Kommunikations- und Spin-Ober-Chef der Bundes-ÖVP, der in seinem Buch über Kommunikation den Begriff SnU, strategisch notwendiger Unsinn erklärt hat und eingeräumt hat, dass die ÖVP das als Teil ihrer Kommunikationstaktik verwendet.

Also, immer dann, wenn es eigentlich um Themen ginge, über die man nicht reden will, weil sie der ÖVP unangenehm sind, dann kommt SnU, strategisch notwendiger Unsinn, und mit dem wird dann die Zone geflutet, und dann redet man auf einmal über etwas anderes und beeinflusst die öffentliche Meinung und die öffentliche Debatte.

Und SnU kann ja nicht nur inhaltlich Unsinn sein, ich glaube nämlich, dass der vorliegende Resolutionstext inhaltlich kein Unsinn ist und werde dem auch zustimmen, SnU kann auch die Art und Weise, wie man ein Thema aufbringt und der Ort, in dem man ein Thema aufbringt, sein.

Deshalb halte ich es für SnU. Es gilt die SnU-Vermutung im Zweifel, bei dem was ihr macht, Christian Dörfel von der ÖVP, (Zwischenruf Abg. KO Bgm. Dr. Dörfel: „Ist das euer Parteiprogramm!“) halte ich es auch hier im Zweifel für SnU, dass man den Landtag verwendet, in dem es eigentlich um ganz andere Themen gehen sollte, die in Landeskompetenz liegen, die, wo wir gestalten können, um einen Brief an den ÖVP-Innenminister Karner zu richten.

Weil der Herr Karner, der braucht keinen Brief von der OÖVP und der FPÖ, in dem steht, schau dir einmal die Altersfeststellungsvarianten und -möglichkeiten an, weil der wird das selber machen, weil der hat ja selber dasselbe Anliegen wie ihr hier im Landtag, der braucht keine Resolution und keinen Beschluss aus dem Oberösterreichischen Landtag. Das ist, glaube ich, einmal ganz wichtig zu sagen. Der kann das selber machen, weil es hier ja um keine Gesetzesänderung geht.

Etwas anderes wäre es, wenn der Nationalrat ein Gesetz ändern müsste, damit der Innenminister Karner erst gescheit das Alter feststellen kann. Das ist gar nicht notwendig. Der kann das schon längst selber im Rahmen seiner Exekutivfunktion. Die Debatte ist Jahre alt.

Ich kann mich selber noch, erinnern, ich war einmal eine Zeit im Nationalrat, da haben wir über das diskutiert, da brauchts keinen Oberösterreichischen Landtag und keine ÖVP und keine FPÖ Oberösterreich. Deshalb ist er sicher nicht dringlich, aber inhaltlich richtig, dagegen habe ich nichts einzuwenden und eines ist, glaube ich, ganz wichtig festzustellen, es geht hier um eine belastbare effektive Altersfeststellung innerhalb unionsrechtlicher Vorgaben, ja freilich, und es gilt natürlich weiterhin und immer der Grundsatz: Im Zweifel für das Kind, in dubio pro minore auf Latein, und das würde auch nicht ausgehebelt damit, dass man besser darin wird, das tatsächliche Alter von Menschen festzustellen. Dankeschön.

Zweite Präsidentin: Als Nächster darf ich der Frau Abgeordneten Vukajlović das Wort erteilen, bitte sehr.

Abg. Vukajlović, MSc BA: Vielen Dank. Sehr geehrte Präsidentin, werter Herr Landesrat, werte Mitglieder des Landtags, werte Zuseher/innen und Schüler/innen! Gestern war der internationale Frauentag, auch bekannt als feministischer Frauenkampftag. Der historische Tag ist ein wichtiger Anlass, um nun als Gesellschaft aufzuzeigen, was wir noch machen müssen und wie weit der Weg in Richtung Gleichberechtigung und Gleichstellung noch ist.

Bundespräsident Van der Bellen und Doris Schmidauer haben zum internationalen Frauentag in die Hofburg geladen, und an dem Abend wurde auch die Situation in Afghanistan und im Iran, vor allem für Frauen und den Kampf der Frauen vor Ort aufmerksam gemacht.

Doris Schmidauer sagte, ich zitiere: Euer Kampf für Frauenrechte ist unser Kampf für Frauenrechte, und es ist unsere Pflicht, sie in diesem Kampf zu unterstützen. Ja, das ist es. Das ist die Pflicht von uns allen. Im Iran werden Frauen auf der Straße verprügelt. In den Gefängnissen der Islamischen Republik gedemütigt und misshandelt, und seit Wochen gibt es Berichte, die sich mittlerweile bestätigen, dass Schülerinnen gezielt in Mädchenschulen mit Giftgas angegriffen und vergiftet werden.

In Afghanistan unterdrückt die Taliban seit der gewaltsamen Machtübernahme systematisch die Meinungsfreiheit und verweigert Frauen und Mädchen ihre Grundrechte, und es gibt global, also bei uns, leider genug Beispiele, dass wir stetig um Menschen- und um Frauenrechte kämpfen müssen.

Und wenn es um Frauen, Männer und Kinder geht und sie es schaffen, dass sie flüchten vor Verfolgung, Terror und Unterdrückung, dann heißt es nicht automatisch, dass sie langfristige Sicherheit haben.

Ich mache jetzt einen geografischen Sprung nach Oberösterreich, Linz. Letzten Samstag wurde in Linz ein zukünftiges Asylquartier in Brand gesetzt. Das haben wir heute schon gehört. Ein mutmaßlicher Brandanschlag. Das war ein rassistischer Gewaltakt. Eine strafrechtliche Handlung, die auf das Schärfste zu verurteilen ist, und wo es eine volle Aufklärung braucht und Konsequenzen, nicht nur strafrechtliche, sondern in der Zivilgesellschaft und in der Politik.

Fünf Tage danach bringen die FPÖ und die ÖVP einen Antrag ein, der von der Altersfeststellung von Asylwerbern handelt, und dass man diese verschärfen sollte. Das ist das Sinnbild für die Strategie, die diese Koalition betreffend Migration und Zusammenlegen

verfolgt, und wir haben es heute vom Klubobmann Mayr schon gehört und auch von Herrn Klubobmann Eypeltauer, SnU, strategisch notwendiger Unsinn.

Und ich finde es mehr als erschreckend, dass sie über diesen Brandanschlag und über die letzten Tage und über die Debatte so wenige Worte verlieren, weil da sind sie auf einmal still. Ich finde es erschreckend, wenn der zuständige Landesrat der ÖVP in seinem ersten Statement die Tat verurteilt und quasi im zweiten Atemzug sofort anhängt, ich zitiere: Oberstes Ziel muss die Reduktion des Zustroms illegaler Migranten sein. (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Das stimmt nicht! Das ganze Zitat vorlesen!“) Ist das Zitat nicht, oberstes Ziel muss die Reduktion des Zustroms illegaler Migranten sein, bitte, was ist denn das für eine Reaktion? Was ist das für eine Debatte? (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Das ganze Zitat vorlesen!“) Ich habe auch gesagt, sie haben diese Tat verurteilt und im dritten Satz kommt dann dieses Zitat drinnen, da müssen doch alle Alarmglocken schrillen, wenn so etwas passiert, und oberstes Ziel muss es sein, die Täter zu finden, zu bestrafen und zu ergründen, wie es dazu kam und eine Aufklärung. (Beifall)

Und nicht das, was sie da herinnen tun, in populistischer Manier das Momentum nutzen und weiter Öl ins Feuer gießen, und dieser Anschlag auf ein Asylquartier ist leider kein Einzelfall in Oberösterreich, und das wissen sie, und die abwertenden Reden, die sie hier und woanders halten, wo sie gegen Mitmenschen hetzen, wo sie Asylwerbende abwerten, auch mit diesem Antrag wieder, wo MigrantInnen entmenschlicht werden und oftmals Unterstellungen geäußert werden, die spalten unsere Gesellschaft.

Diese Reden, diese populistischen Anträge, dieses wir gegen die anderen, dieses Schüren von Angst, Verunsicherung und Hass, auch von diesem Antrag heute wieder, das beeinflusst die Menschen. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Realität!“) Das verletzt Mitmenschen. Es grenzt sie aus. Es schürt eine Stimmung, die gefährlich ist.

Und jene, die das tun, die wissen das ganz genau, auch Sie in diesem Haus. Was mich darüber hinaus sprachlos macht, und da muss ich mich jetzt zur anderen Seite richten. Was ist mit den KollegInnen der SPÖ los? Warum wird neuerdings diese rassistische Stimmung auch von ihrer Seite befeuert, mit Zustimmung zu diesem Antrag?

Es drängt sich ein bisschen der Eindruck auf, dass sie sich schon auf einen neuen Bundesobmann einstellen, der sich nicht selten mit solchen populistischen Forderungen auch schmückt. Aber, dass der rechtspopulistische Kurs so schnell in Oberösterreich bei der oberösterreichischen SPÖ ankommt, das wundert mich schon, und auf den Applaus von der rechten Seite braucht man auch nicht stolz sein in so einem Thema. (Beifall)

Ich kann mich nur wiederholen, so wie in den letzten Sitzungen auch, wenn es um Asyl- und Migrations- und Initiativanträge der Koalition gegangen ist, liebe KollegInnen der ÖVP, ihre KollegInnen sitzen in der Bundesregierung. Suchen sie das Gespräch mit ihren ParteikollegInnen doch bitte über einen anderen Weg als die xte-Bundesresolution, die wir da herinnen haben, und tragen Sie, und da meine ich jetzt alle in diesem Haus, wirklich alle, tragen Sie dazu bei, dass wir wieder einen konstruktiven Diskurs und konstruktive Debatten rund um das Thema Flucht und Migration und Asyl haben. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Bevor wir jetzt zur Abstimmung kommen, möchte ich die Schülerinnen und Schüler des Europagymnasiums Auhof recht herzlich bei uns begrüßen, sie sehen, es ist bei uns jetzt momentan etwas hitzig geworden, ich wünsche euch eine sehr, sehr angenehme Stunde bei uns, wir kommen nun zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die

der Dringlichkeit zur Beilage 447/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 448/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 448/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich, ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 448/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Heitz.

Abg. Heitz: Sehr geehrte Frau Präsidentin, lieber Herr Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer auf der Tribüne und über die Bildschirme! Mirna Jukic, eine der erfolgreichsten Schwimmerinnen der österreichischen Sportgeschichte, hat es beim Talk der Expertinnen vom Frauenreferat am 28.2.2023 ganz treffend formuliert, dass wir Frauen beim Schwimmen nicht ganz so schnell sein können wie die Männer, das hat nichts damit zu tun, dass wir uns zu wenig anstrengen würden, es liegt an den anatomischen Gegebenheiten, die wir nicht ändern können. Was im Sport ganz selbstverständlich ist, dass man körperliche Unterschiede berücksichtigt, so ist das in der Medizin leider noch nicht ganz angekommen. Auch in hoch entwickelten und hochmodernen Gesundheitssystemen, wie dem unsrigen in Österreich, da werden Krankheiten von Frauen oft spät oder gar nicht erkannt, falsch diagnostiziert, Schmerzen oder andere Beschwerden oft nicht ernst genommen. Der Grund dafür ist, die medizinische Forschung und somit auch das Wissen über Krankheiten orientieren sich stark am männlichen Körper. In unserem Initiativantrag fordern wir daher vom Land Oberösterreich ein Maßnahmenpaket zur Gendermedizin, Gendermedizin bedeutet geschlechtersensible Medizin, sie sichert wissenschaftliche Erkenntnisse, wie sich Männer und Frauen medizinisch unterscheiden. Wie somit Erkrankungen und medizinische Behandlung, Forschung und Prävention beeinflusst werden sollen, damit beiden Geschlechtern die bestmögliche Gesundheitsversorgung zukommen kann. Das Männliche wurde in der Vergangenheit zur menschlichen Norm und bildete die Grundlage für die Forschung, und das kann für die Frauen schwerwiegende Folgen haben. Eine bestmögliche Gesundheitsversorgung muss die Medizin auf die spezifischen Bedürfnisse von Männern und Frauen ausrichten, sowohl im Medizinstudium, als auch in der Forschung muss Gendermedizin zum Schwerpunktthema werden. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Wir begrüßen grundsätzlich, dass aktuell an der JKU schon eine Professur für Versorgungsforschung mit Schwerpunkt Geschlechtermedizin ausgeschrieben ist, gestern sollten dafür die Hearings stattgefunden haben. Aber das kann natürlich nur ein erster Schritt sein, das Thema muss in allen medizinischen Berufen und im Bewusstsein der Bevölkerung verankert werden, denn Gendermedizin kann Leben retten. Lange sind die weiblichen Symptome des Herzinfarktes nicht als solche erkannt worden, Frauen sind weit bis in die 80er Jahre hinein, es war vor fünf, sechs Jahren noch ein Fall, wo eine Frau unbehandelt am Herzinfarkt gestorben ist, weil ihre Symptome falsch gedeutet worden sind, Frauen haben schlichtweg bei vielen Krankheiten eben andere Symptome als Männer. Genau hier setzt die Gendermedizin an, beim Thema Gendermedizin kommen aber auch gesellschaftsbedingte Faktoren dazu, Lebenskultur, Lebensstil, psychosoziale Belastungen beeinflussen auch die Gesundheit von Männern und Frauen, auch das gehört berücksichtigt und erforscht. Da braucht es neben der Forschung dann auch soziale Aspekte, wie zum Beispiel eine

ausreichende Kinderbetreuung und die faire Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen. Ziel der Gendermedizin ist eben die gerechte Behandlung von Mann und Frau, so dass jeder Mensch die medizinische Versorgung bekommt, die er geschlechtsspezifisch benötigt, von sozialen Aspekten, Vorsorge über die Diagnose bis hin zur Therapie.

Eine weitere Krankheit, die nicht nur sehr jung ist, sondern auch in punkto Gendermedizin relevant ist, das ist Long COVID, denn da sind vor allem Frauen betroffen. Was ist Long COVID? Zirka zehn Prozent leiden auch noch monate- oder jahrelang an den Langzeitfolgen einer Corona-Erkrankung, dazu zählen rasche Erschöpfung und eine bis zu 80 Prozent verringerte körperliche Leistungsfähigkeit, wodurch die Alltagsbewältigung zur Herausforderung wird. Aktuell gibt es einzelne Studien von Kliniken und privaten Initiativen, aber zum Thema Long COVID braucht es einen koordinierten Forschungsschwerpunkt, denn laut Studien hätten Männer ein zwischen 35 und 55 Prozent geringeres Risiko als Frauen, an Long COVID zu erkranken. So wie es unterschiedliche Symptome zwischen Männern und Frauen gibt, so gibt es auch typische Frauenerkrankungen wie zum Beispiel Endometriose, auch darüber möchte ich ein paar Worte verlieren. Starke Schmerzen im Unterleib, wuchernde Zysten bis hin zu entzündeten Organen sind Teil dieser Krankheit, wovon 10 bis 15 Prozent der Frauen im gebärfähigen Alter betroffen sind und darunter leiden. Weil Endometriose aber häufig nicht erkannt wird, bleibt die Dunkelziffer hoch, eine Studie in Neuseeland deutet darauf hin, dass eine Aufklärung im Schulalter helfen könnte die Zeitspanne zwischen ersten Symptomen und Diagnose zu verkürzen. Im Zuge eines Programms lernten die Schülerinnen, welche Symptome ein Hinweis auf Endometriose-Erkrankung sein könnten, solche Programme wären auch in Oberösterreich hilfreich, um die Erkrankung tausender Frauen früher zu erkennen, behandeln und ihr Leiden zu verkürzen.

All diese Dinge umfasst eben unser Maßnahmenpaket zur Gendermedizin, man wird mich das in diesem Haus nicht oft sagen hören, aber wir brauchen bei der Gesundheit und in der Medizin endlich eine Ungleichbehandlung, um den Frauen gerecht zu werden. In diesem Sinn ersuche ich um Zustimmung zum Antrag. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Manhal.

Abg. Mag. Dr. Manhal: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wenn die Kollegin Vukajlović zuerst einen konstruktiven Diskurs in Migrationsfragen eingefordert hat, dann darf ich die Grünen einladen, selbstgleich damit zu beginnen, unser vorheriger Antrag hat einzig und allein darauf abgezielt, dass wir dem Rechtsstaat taugliche Mittel in die Hand geben, nicht mehr und nicht weniger.

Zum vorliegenden Antrag betreffend Gendermedizin zu kommen, da darf ich für die ÖVP-Fraktion festhalten, dass es für uns vollkommen klar ist, dass wir für ein Ziel arbeiten, nämlich dass alle Menschen in unserem Land, egal ob Männer oder Frauen, gut leben können und gesund leben können, heute und bis ins hohe Alter. Für uns ist auch klar, dass sich Versorgungsangebote und die Medizin in ihrer Gesamtheit auch nach den spezifischen Bedürfnissen von Frauen ausrichten müssen, um die bestmögliche Gesundheitsversorgung anbieten zu können. Frauen haben eine andere Konstitution und andere Gesundheitsbedürfnisse als Männer, sie benötigen infolgedessen oft auch andere Behandlungsstrategien. Die Beschäftigung mit dieser speziellen Ausrichtung bündelt sich eben in dem Bereich Gendermedizin, dies beginnt bei den anatomischen Unterschieden und endet bei entsprechender anderer, geschlechtssensibler abgestimmter Diagnostik und/oder

Therapie, die Kollegin Heitz hat ja dazu bereits einiges ausgeführt. Die Erkenntnisse der Gendermedizin sollen und müssen noch stärker in Forschung, Diagnostik, Therapie und auch in der Beratung angewandt werden. Deswegen stimmen wir dem SPÖ-Antrag zum Thema Gendermedizin auch gerne zu, sowohl was die Dringlichkeit anlangt, als auch dem Antrag selbst. Gendermedizin wird in unserem Land schon jetzt in den Vordergrund gerückt, ich denke hier etwa an die Oberösterreichische Frauenstrategie 2030, wo dem Thema Frauengesundheit ein eigenes Handlungsfeld mit ganz konkreten Maßnahmen gewidmet ist, ich denke aber auch an die Krankenhäuser der Gesundheitsholding, wo der Gendermedizin hohe Bedeutung beigemessen wird. Das Thema ist aus dem klinischen Alltag schon heute nicht mehr wegzudenken. Gendermedizin ist ein Kernanliegen, das unterstützt und gefördert wird, um den Patientinnen und auch Patienten in Oberösterreich die beste und adäquate Behandlung und Versorgung anbieten zu können. Es ist vor diesem Hintergrund auch sehr zu begrüßen, dass gendermedizinische Lehrgänge im Medizinstudium an der Johannes Kepler Universität und an der FH für Gesundheitsberufe Oberösterreich mittlerweile fixer Bestandteil des Curriculums sind. Genauso ist es zu begrüßen, dass auch in der Ausbildung an den Gesundheits- und Krankenpflegesschulen die geschlechtsspezifischen Aspekte in der Versorgung der Patientinnen und Patienten einen immer bedeutenderen Platz einnehmen. Eine Professur für Versorgungsforschung mit dem Schwerpunkt Gendermedizin ist aktuell ausgeschrieben, das ist im Antrag auch erwähnt, und es unterstreicht die Bedeutung dieses Gesundheitsfeldes. Die Art und Weise, wie Menschen gesundheitliche Hilfe benötigen, ist zwischen Mann und Frau unterschiedlich, aber eines bleibt immer gleich, auf Oberösterreichs Gesundheitspolitik und unsere Gesundheitsreferentin, Landeshauptmann-Stellvertreterin Christine Haberlander, ist Verlass. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächster darf ich der Abgeordneten Dagmar Engl das Wort erteilen.

Abg. **Mag. Engl:** Herzlichen Dank Herr Präsident, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher hier auf der Tribüne, im Live-Stream, sehr geehrte Landesregierungsmitglieder, werte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich eingangs bedanken, ich erinnere mich an die letzte Landtagssitzung, da habe ich an dieser Stelle das Thema geschlechtersensible Medizin mitgebracht, auch mit einem Buch. Ich freue mich sehr, dass das Thema noch einmal aufgegriffen worden ist, weil ich es für einen sehr wichtigen Aspekt halte, nicht nur weil gestern der internationale Frauenkampftag war, sondern jeden Tag daran zu erinnern ist, was wir noch für Unterschiedlichkeiten in der Behandlung erfahren. Ich bin da ganz bei der Kollegin Heitz anfangs, dass in der Medizin die Frauen eine sehr besonders untergeordnete Rolle gespielt haben, wie zum Beispiel in Form von Ärztinnen aber auch als Studienteilnehmerinnen.

Ja, das Geschlecht macht einen Unterschied in diesem Fall, in der Medizin einen ganz besonderen, jetzt habe ich mir heute ein Beispiel mitgebracht, wenn Sie daran denken, wie Sportschuhe gestaltet sind, da gibt es schon sehr lange die Unterschiede in den Männer- und Frauenversionen, akkurat heute hat niemand Sneakers an, dann hätten wir das noch einmal vorführen können. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Du auch nicht!“) Ich auch nicht, aber ich habe sie gar nicht so oft an. Nicht nur die Größe variiert bei den Damen- und Herrenschuhen, sondern auch die Form des Fußes, die Belastung, die unterschiedliche Hüftstellung, die Körpergröße, also es geht da um sehr komplexe medizinische Aspekte, die darauf einfach eine Auswirkung haben. Während die Geschlechtergerechtigkeit in den meisten anderen Lebensbereichen eine möglichst gleiche Behandlung von Männern und Frauen erfordert, wäre hier eben die Unterschiedlichkeit festzuhalten.

Ich möchte noch ein bisschen genauer definieren, wir reden jetzt von Gendermedizin, aber ich spreche lieber von geschlechtersensibler Medizin, weil nicht der Eindruck entstehen soll, dass es alleine mit dem weiblichen Geschlecht und deren Fokus zu tun hat, sondern eben auch zum Beispiel für die Männergesundheit Verbesserungen erreicht werden können, wenn wir von gendersensibler Medizin sprechen, wie zum Beispiel beim Thema Brustkrebs. Das ordnen wir in der Debatte immer bei den Frauen ein, das ist natürlich eine Krankheit, die Frauen überproportional betrifft, aber das gibt es auch bei Männern, Männer sterben daran, weil das nicht erkannt wird. Die Zukunftsperspektive muss also lauten, dass wir eine optimale Versorgung und letztendlich die bestmögliche Gesundheit aller sicherstellen, männlich, weiblich und im Übrigen auch inter- und transsexuell, das Geschlecht macht einen Unterschied, auch im Hinblick auf Krankheit und Gesundheit. Unsere grundsätzliche Haltung zu dem Thema ist, dass wir vom „Nice to have“, wir reden jetzt wirklich darüber, zum „must have“ kommen müssen. Auch die Frauenstrategie weist ja völlig zu Recht darauf hin, es gibt schon sehr viele Bemühungen, es gibt auch in den letzten Jahren zum Glück sehr viele Fortschritte, auch auf Bundesebene. Darum möchte ich da den Frauengesundheitsbericht 2022 hervorheben, der gerade veröffentlicht worden ist vom Gesundheits- und Sozialminister, einen großen Dank dafür, dass das Thema geschlechtersensible Gesundheit so in den Vordergrund gerückt worden ist, eben auch das Thema Frauen in Bezug mit Altersarmut, Armut macht krank. Wir haben heute schon über den Gender-Pay-Gap gesprochen, wir haben in diesem Befund auch die Bestätigung bekommen, dass Frauen zwar älter werden, aber bei deutlich schlechterer Gesundheit, es sollte unser aller Anspruch sein, auf allen Ebenen da entgegenzutreten. Das hat im Übrigen auch sehr viel mit Doppel-, Dreifach- und Vierfachbelastung zu tun, kurz Erschöpfung, Frauen leiden häufiger an psychischen Erkrankungen, aber auch zum Beispiel bei der sexuellen Bildung für Frauen und Mädchen muss noch nachgeschärft werden. An was es wirklich fehlt, das sind die Daten, da habe ich auch an anderer Stelle schon gesprochen, wir haben einfach in diesem Bereich viel zu wenig Daten, die kommen aus dem Ausland, wir müssen da zurückgreifen, weil wir sie noch nicht gesammelt haben. Auch da sollte es jetzt einen Fokus geben, wirklich das Thema mehr in den Fokus gerückt werden, um für alle Frauen, Mädchen, Frauen in Armut, Frauen und Mädchen in unterschiedlichen Altersphasen, Frauen mit Flucht- und Migrationsgeschichte, mit Behinderungen, alle gleich abbilden in ihrer Unterschiedlichkeit, deshalb unterstützen wir die Dringlichkeit.

Ich möchte schon am Ende der Rede den Kolleginnen jener Fraktion, die bei der Gleichstellungspolitik gern mit Warn- und Gleichmacherei strapazierend daherkommt, schon noch einmal festsetzen, wir setzen uns für gleiche Chancen bei aller Unterschiedlichkeit ein. Wir wollen nichts gleich machen, wir sind alle sehr unterschiedlich, das ist gut so, aus feministischer Sicht ist es ein ganz besonderer Fokus, die Frauengesundheit in den Vordergrund zu rücken. In dieser Unterschiedlichkeit hätten wir gerne die gleichen Chancen auf ein gutes Leben in sehr guter Gesundheit, nicht nur am 8. März, nicht nur heute am 9. März, sondern bitte an allen anderen Tagen im Jahr, wir stimmen zu. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächster darf ich der Landtagspräsidentin Sabine Binder das Wort erteilen.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, sehr geehrter Herr Landesrat, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen und liebe Besucherinnen und Besucher auf der Galerie! Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen, wenn man die Überschrift liest von diesem Antrag, dann könnte man fast auf die Idee kommen, hier wird die Möglichkeit einer Geschlechtsumwandlung gefordert. Das ist natürlich nicht der Fall, deshalb sprechen wir Freiheitliche auch lieber von Frauenmedizin,

wenn es um die Verbesserung von Medizin für Frauen geht und nicht von Gendermedizin, somit wissen auch die Bürgerinnen und Bürger draußen, und es ist klarer kommuniziert. Worum geht es da genau? Nämlich um die Unterschiede von Mann und Frau in der Medizin und in der Behandlung. Sehr geehrte Damen und Herren! Wir hatten im letzten Jahr im Unterausschuss Pflege die Möglichkeit, mit der Universitätsdozentin Dr. Anna Dieplinger zu sprechen. Eine führende Wissenschaftlerin auf diesem Gebiet, wo sie zum Beispiel sagt, dass Frauen seltener Anspruch auf Kur- und Reha-Aufenthalte nehmen, und sie auch eine kürzere Verweildauer im Spital haben, weil sie sich um die Familie kümmern müssen. Gleichzeitig offenbart aber eine parlamentarische Anfrage an den Gesundheitsminister vom Jahr 2021, dass zwei Drittel der Bezieher von Reha- oder Krankengeld Frauen sind, es sind also die Frauen, die häufiger krank sind, aber weniger in Anspruch nehmen, weniger Hilfe in Anspruch nehmen. Das sollte uns auch zu denken geben, im wesentlichen Grund ist sicher, das sehe ich auch so wie Frau Dr. Dieplinger, dass Frauen mehrfach belastet sind. Sie erledigen meistens die Familienarbeit, sie sind es, die hauptsächlich die Pflegetätigkeiten übernehmen, dann kam die Pandemie dazu, die ganze Situation hat sich noch zusätzlich verschärft. Es ist Tatsache, dass Frauen meist länger leben, aber sie verbringen ihre Lebensjahre weniger in guter Gesundheit, die gesundheitlichen Folgen für Frauen sind enorm, aber auch die finanziellen Folgen für das Gesundheits- und Sozialsystem sind beträchtlich. Deshalb ist es so wichtig, dass wir uns dem Thema Frauengesundheit intensiver widmen und ernst nehmen, dass der Bund in dieser Thematik tätig wird. Ja, ich unterstütze die Initiativen unseres Bundeslandes.

Sehr geehrte Damen und Herren! Es ist ja kein Geheimnis, es liegt ja auch in der Natur der Sache, dass Frauen und Männer bei Erkrankungen unterschiedliche Symptome haben, Stichwort Herzinfarkt. Das ist schon erwähnt worden, dass Medikamente bei Frauen andere Wirkungen haben als bei Männern, aber leider sind nach wie vor die Probanden in der Forschung immer noch in erster Linie männlich. Bereits im Juni 2020 hat die FPÖ im Parlament einen entsprechenden Entschließungsantrag eingebracht, um Maßnahmen zur Frauengesundheit voranzutreiben, dieser Antrag mündete in einen Allparteiantrag für die Umsetzung eines Frauengesundheitsberichts. Sieht man sich den nun vorliegenden Gesundheitsbericht von 2022 an, dann stellt sich rasch heraus, dass die verwendeten Daten, wir haben es schon gehört, und Informationen häufig nicht aus Österreich stammen, da schlagen bei mir folgende Fragen auf: Sind keine vorhanden, sind sie nicht repräsentativ oder sind sie schwer zugänglich? Zu frauenspezifischen Gesundheitsfragen wären entsprechende Datengrundlagen aber schon notwendig. Ich sehe daher die Bundesregierung gefordert, und vor allem auch den zuständigen Minister, hier endlich ins Tun zu kommen. Wir stimmen natürlich der Dringlichkeit zu. Vielen Dank.

Dritter Präsident: Danke, Frau Präsidentin. Als Nächster darf ich der Abgeordneten Häusler das Wort erteilen. Bitte.

Abg. **Häusler, BSc:** Ja, sehr geehrter Herr Präsident, liebe Menschen im hohen Landtag, werte Regierungsmitglieder, liebe Zuhörer auf der Galerie und vor allen Dingen liebe Menschen zu Hause online an den Bildschirmen! (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.) Ja, wir haben ja schon ganz, ganz viel gehört und die geschlechterspezifischen medizinischen Bedürfnisse der Bevölkerung, also die hier im Antrag erwähnte Gender-Medizin, ist ja schon seit vielen Jahren auch in Österreich angekommen und natürlich Thema. Und nicht umsonst beschäftigt sich seit dem Jahr 2007 auch die Gesellschaft der geschlechterspezifischen Medizin intensiv mit dieser Thematik. Und uns ist allen klar, dass sowohl die gängigen Risikofaktoren als auch der Wohlstandsgedanke bei uns in der Gesellschaft unterschiedliche Auswirkungen auf die

biologische und auch auf die psychosoziale Beschaffenheit der Männer und Frauen hat. Das gilt vor allen Dingen für die Ursache Nummer eins unserer Erkrankungen, also die koronaren Herzerkrankungen, Übergewicht und Diabetes.

Ja, dies ist aber nicht nur rein auf das Vorliegen des Geschlechterspezifikums zurückzuführen, sondern auch auf die Tatsache, dass im Umgang mit Menschen und deren individuellen Bedürfnissen das Verhältnis zwischen Kliniker und Patient eine ganz maßgebliche Rolle spielt. Und leider ist es genau dieses, ja dieses Patienten-Arzt Verhältnis, das in den letzten vielen Jahren, vor allen Dingen unter den Strukturen hier bei uns im Gesundheitswesen, enorm gelitten hat.

Und ja, da darf ich Kollegin Heitz Recht geben, genau das ist auch der Grund, warum Beschwerden und Schmerzen nicht wahrgenommen werden, weil es einfach leider derzeit keine menschensensible Medizin gibt. Aber das hat nichts mit den Geschlechtern zu tun, sondern das ist einfach der Zeit geschuldet, wie weit darf sich und kann sich der Kliniker mit seinem Patienten, egal ob Mann oder Frau, auseinandersetzen?

Und ich habe es hier unzählige Male auch schon erwähnt, auf was wir uns auch in dieser Sache sehr, sehr konzentrieren müssen, ist eine vorausschauende effektive Prävention von Krankheiten, sowohl beim Mann als auch bei der Frau. Die müssen wir eigenverantwortlich bei den Menschen forcieren. Nämlich vor der Entstehung und vor der notwendigen Behandlungen einer Krankheit muss solange wie möglich forciert werden, dass wir eine eigenverantwortliche Prävention und die Gesundheitskompetenz stärken, weil das ist das Ziel unserer Gesundheitspolitik. Dann ersparen wir uns ganz, ganz viele Kosten und vor allen Dingen Interventionen und erhalten die Lebensqualitäten sowohl bei Mann als auch bei Frau.

Und der Titel des vorliegenden Antrags, der lässt ja groß hoffen, Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen. Leider wird in der Begründung ja sichtbar, dass die Sozialdemokratie nur eine Seite der Münze bedenkt. Und es ist schon erwähnt worden, die weibliche.

Gesundheitliche Chancengleichheit ist ein wichtiges Thema, ja, für beide Geschlechter, und darauf sollte nämlich auch eine Gendermedizin abzielen. Und wir müssen uns nur auf der Metaebene die Frage stellen, warum es in den letzten vielen Jahren nämlich diese Entwicklung gegeben hat und sich niemand dieser Thematik definitiv angenommen hat?

Wir haben es schon gehört in der Pharmedia, dieses offensichtliche Gender-Gap, das da vorherrscht. Warum hat keiner die richtigen Forschungsfragen gestellt, um dieses Gender-Gap zu bereinigen? Und da darf ich auf den Aspekt eingehen, dass es möglicherweise oder ziemlich sicher damit zu tun hat, dass sich mit der ganzen Sache kein Geld verdienen lässt, und diese Fragen ungeklärt mehr Geld bringen als geklärt. Also es sieht keiner einen wirtschaftlichen Nutzen dahinter, diese Fragen zu klären und eine optimale Versorgung für unsere Menschen daraus zu ziehen.

Es ist immer wieder der gleiche Mechanismus, die Krankheit wird nicht verhindert, und es wird auch nichts dahingehend getan, weil keine Krankheit heißt wie immer kein Geld. Und meine Namenskollegin hat es schon erwähnt, in der Wirtschaft ist es gang und gäbe, dass für Frauen als auch für Männer Produkte entwickelt werden, weil die natürlich auch wirtschaftlichen Nutzen haben für denjenigen.

Ja, wenn wir in Oberösterreich schon eine optimale Gender-Medizin forcieren, dann ist es aus unserer Sicht zwingend notwendig, dass wir das für beide Geschlechter machen, nämlich sowohl für die Männer, als auch für die Frauen. Und es ist in den letzten drei Jahren ebenso sichtbar geworden, was diese unsägliche politische Gesundheitsdiktatur auch sichtbar gemacht hat und dass es in ganz, ganz vielen Teilbereichen auch die Männermedizin noch nachzuschrauben gilt.

Ich habe es vorhin erwähnt, es gibt nämlich auch ein anderes Phänomen, das ist das Gender-Empathy-Gap, das sind die sozialen und die psychosozialen Auswirkungen der letzten drei Jahre auf Männer, die Jobverlust, Existenzkrisen und die damit verbundenen psychischen Traumata. Da wird der Männerwelt nicht die notwendige Empathie entgegengebracht bei genau der gleichen Belastung.

Ja wir von der MFG, wir begrüßen natürlich jeden Weg in Oberösterreich, der es unseren Menschen möglich macht, die optimale und individuelle Gesundheitsbehandlung, (Präsidentin: „Frau Abgeordnete, die Redezeit ist zu Ende!“) Dankeschön. Wir stehen natürlich für eine Chancengleichheit ein. Ja natürlich, aber in erster Linie für alle.

Und ich darf ganz, ganz kurz noch einwerfen, mit dem heutigen Tag, nachdem gestern der Weltfrauentag war, wir Frauen sind, glaube ich, gut damit beraten, wenn wir unser Mindset ein bisschen drehen und uns mit solchen Anträgen nicht selber zu Opfern machen, und das im Ständigen, weil ich glaube, da ist uns weitergeholfen. Lassen wir uns vielleicht alle gemeinsam für den 10. Oktober etwas einfallen, das ist nämlich der Weltmenschentag. Da feiern wir alle gemeinsam. (Präsidentin: „Frau Abgeordnete, die Redezeit ist zu Ende!“) Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich sehe, es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, daher schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 448/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 449/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 449/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend notwendige Reparaturen für die gerechte Wertsicherung der Pensionen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Frau Klubobmann Engleitner-Neu. Bitte.

Abg. KO Engleitner-Neu, M.A., M.A.: Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Schülerinnen und Schüler auf der Galerie und liebe Zuseherinnen und Zuseher! (Präsidentin: „Entschuldigung Frau Klubobmann, ich bitte um etwas mehr Ruhe hier im hohen Haus!“) An die Bedeutung von Sternzeichen in Bezug auf besondere Eigenschaften, das mag man glauben oder nicht. Da gibt es unterschiedliche Zugänge. Die einen sagen, es macht einen Unterschied, ob ich heute im Sternzeichen Wassermann oder im Sternzeichen Waage oder Skorpion geboren bin. Die anderen sagen, das macht keinen Unterschied.

Wo, hoffe ich, Einigkeit besteht und es keine Unterschiede gibt, und davon gehe ich auch hier im hohen Haus aus, das was definitiv nicht sein darf ist, dass es eine Rolle spielt, ob ich als Skorpion oder als Waage in die Pension gehe oder als Wassermann. Weil das heißt, es wäre ein Unterschied, ob ich im November geboren bin oder im Jänner. Und es darf einfach nicht sein, dass es nach dem Geburtsmonat geht, ob ich eine normale Pensionserhöhung bekomme, ob ich nur mehr einen Teil bekomme, oder ob ich gar nichts mehr bekomme, wenn ich im November geboren bin.

Das ist einfach total unfair, und es ist total ungerecht, und für unsere Pensionistinnen und Pensionisten darf das einfach nicht sein, weil das haben sie sich nicht verdient. Die, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die, die ihr Leben lang in die Pension eingezahlt haben. (Beifall) Weil genau die werden jetzt von der Aliquotierung, die eingeführt worden ist für die erste Pensionsanpassung, die von Türkis-Grün eingeführt wurde, genau die werden nämlich jetzt bestraft, weil das hat jetzt zur Folge, dass man je nach dem Geburtsmonat massive finanzielle Nachteile in Kauf nehmen muss.

Und da reden wir nicht von ein paar wenigen, sondern da reden wir alleine in Oberösterreich von circa 20.000 Pensionistinnen und Pensionisten. Und ich glaube nicht, dass man das will, wenn man mit 65 in Pension geht, dass man dann mit 85 Jahren einen Verlust hat von 35.000 Euro und mehr. Das haben nämlich die AK-Expertinnen und -Experten berechnet. Das kann einfach nicht sein.

Wir haben eine Rekordinflation, und das heißt nämlich genau das, dass die, die jetzt in Pension gehen, und die, die in weiterer Folge in Pension gehen, mit massiven Pensionsverlusten ab 2023 zu kämpfen haben. Weil genau das ist jetzt das, wir haben die hohe Inflation, und genau das verschärft einfach die Probleme für unsere Pensionistinnen und Pensionisten.

Ich habe es schon gesagt, wir reden da nicht von ein paar, sondern von rund 20.000 Menschen. Und von diesen 20.000 gehen ja nicht alle im Jänner in Pension. Die sind ja auf das ganze Jahr verteilt. Und das heißt einfach, dass ganz viele von dieser Ungerechtigkeit betroffen sind. Und ich habe es gesagt, das trifft ab jetzt die Pensionistinnen und Pensionisten, alle. Und die, die es noch ganz viel mehr trifft, das sind die Frauen. Weil bei den Frauen genau das Problem ist, dass es durch diese stufenweise Anhebung des Pensionsantrittsalters bis auf 65 Jahre, was es ja ist, die Folge hat, dass nämlich alle Pensionsantrittsdaten in das zweite Halbjahr fallen. Und es hat einfach einen totalen Nachteil für die Frauen.

Ich werde auch nicht müde, und gestern war der Weltfrauentag, und ich werde nicht müde, diese leider noch immer herrschende Ungleichheit und Ungleichstellung von Frauen und Männern aufzuzeigen. Und das eben nicht nur gestern, weil das muss man 365 Tage im Jahr, leider, weil es noch so ist, und genau bei dieser Aliquotierung sind wir wieder dort, dass Frauen einfach als Verliererinnen aussteigen.

Die Aliquotierung ist für alle ungerecht. Da brauchen wir gar nicht reden. Aber die Tatsache, dass Frauen, die ohnehin schon weniger Pension bekommen als Männer, dann hier auch noch einmal bestraft werden, das ist einfach noch viel ungerechter. (Beifall)

Und dass ihnen jetzt, genau das ist nämlich das Problem, jetzt auch noch die Altersarmut droht, das darf nicht sein, weil das ist einfach ungerecht, und das können wir nicht verantworten. Und daher fordern wir die Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung rückwirkend ab dem 1.1.2022, weil nur so kann es eben sein, dass man alle Pensionistinnen und Pensionisten schützt vor großen finanziellen Verlusten. Es müssen alle Pensionistinnen

und Pensionisten, egal ob sie im Jänner oder im Dezember geboren sind, die gleichen Voraussetzungen haben. Und, ich habe es schon gesagt, unsere Frauen dürfen nicht zu den Verliererinnen gemacht werden. Weil alle, die ihr Leben lang hart gearbeitet haben, die haben sich verdient, dass sie eine gerechte Pension bekommen. (Beifall)

Und ich glaube, wir alle Fraktionen müssen uns die Frage stellen, wie kann man denn Pensionen sicher machen? Und da gibt es natürlich unterschiedliche Ansätze. Die einen sagen, es ist gut, wenn man eine private Vorsorge macht. Die anderen sagen, man soll weit über das Pensionsantrittsalter hinaus arbeiten. Ich frage, wäre es nicht gescheiter, wenn man schaut, dass man das Pensionssystem selbst gegen Entwertung sicher macht und dass man das inflationsfest macht? Ich glaube, das wäre einfach ein Fundament, auf dem wir alle hier aufbauen können, weil ich glaube, es sollte so sein, dass wir sicher sein können und sicher sein wollen, dass das, für das man gearbeitet hat, dass man davon auch gut leben kann. Und ich ersuche daher alle Fraktionen hier im hohen Haus, unserem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen, weil es notwendig ist, dass diese Reparaturen durchgeführt werden, weil eine gerechte Pension, unabhängig vom Geburtsmonat, das haben sich alle unsere Leute verdient. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Abgeordnetem Klinger das Wort erteilen.

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, alle Zuhörer! Ja, soweit ich zurückdenken kann, waren die Pensionszugänge immer eine besondere Herausforderung, speziell auch für mich. Ich habe mich in meinem Berufsleben, als ich Unternehmer geworden bin, dazu entschlossen, Einzelunternehmer zu sein, weil der Zugang zu den Pensionen für Einzelunternehmer unter anderem auch ein sehr guter war. Das heißt, die besten fünf Jahre für den Pensionszugang wurden herangenommen, und das ergab dann auch entsprechend die Höhe der Pension.

Wer irgendwo glaubt, dass man sich jemals auf ein angekündigtes Pensionssystem, das halten sollte, verlassen hätte können, der wurde immer wieder eines Besseren belehrt. Und zwar dahingehend, dass diese fünf Jahre der besten Pensionseinzahlungen bald Geschichte waren. Es waren dann zehn, fünfzehn, ja und in meinem Fall hätten es 35 Jahre sein können, dann wäre immer noch diese Höchstpension herausgekommen. Aber es ist dann die lebenslange Durchrechnungszeit gekommen.

Jetzt kann man sagen, ja, das ist gerecht, und da habe ich auch kein Problem grundsätzlich damit. Also bei mir geht es sich so aus, wenn ich bis 65 arbeite, höchst einzahle, dann habe ich diese 40, 42 Jahre beisammen, und ich werde wieder die Höchstbemessung bekommen, werde aber nur eine Pension bekommen. Da gibt es schon wieder mal eine Ungerechtigkeit, weil es natürlich auch im System Möglichkeiten gibt, zwei Pensionen zu lukrieren.

Ich war von 2016 bis 2019 Wirtschaftssprecher im Parlament, damals ist auch die weitere Pensionsregulierung in Kraft getreten, und ich hätte mich stark gemacht dafür, dass es nur noch ein einheitliches Pensionszugangssystem gibt. Leider Gottes habe ich mich damals auch nicht durchsetzen können, und es wurde zwar vieles zusammengelegt, sprich die Unternehmer, die Arbeiter und Angestellten und die Bauern in eine Sparte. Aber da hat es darüber hinaus dann trotzdem einen Bestand einer eigenen Kaste gegeben, bestehend aus Bergleuten, Eisenbahnern und Beamten, sprich die, die das Gesetz ausgearbeitet haben, haben es sich wieder besser gerichtet.

Und so scheint dieses Pensionssystem niemals in eine Richtung zu gelangen, wo man sagen kann, dieses System ist jetzt für alle tragbar und vor allen Dingen für alle gerecht. Und da bin ich eben jetzt bei dieser Aliquotierung, wo mir so vorkommt, als wenn die Regierung so durch die Hintertür versucht hätte, die rasant steigenden Kosten der Pensionen, diese Pensionen, die in Zukunft nur noch ganz schwer finanzierbar sein werden, dass damit eine Bremse in diesen Pensionskosten eingezogen werden sollte, man so quasi hoffte, es kommt eh niemand drauf.

Nun, man ist schneller als man geglaubt hat, darauf gekommen, und wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass diese Aliquotierung entscheidende Nachteile für verschiedene Sternzeichen im späten Jahreskreislauf bringt. Ganz klar dazu, dem muss Einhalt geboten werden. Nicht nur auch durch die Erhöhung des Pensionsantrittsalters für die Frauen, sondern eben auch für jene, die später im Jahreskreislauf geboren sind, gilt es dann diese Anpassungsprozente nicht zu lukrieren.

Zwar hat jetzt die Regierung für das Jahr 2023, sprich für heuer, eine Halbierung dieser Aliquotierung vorgeschlagen, das sind bei einer Pensionserhöhung von 5,8 Prozent ungefähr 2,9 Prozent. Wenn wir aber die nächsten Jahre uns vorstellen, dass es da um Inflationsabgeltungen von acht bis zehn Prozent, entsprechend den Erhöhungen der Pension kommt, und es geht dann eine irgendwann im November in Pension und eine im Jänner, dann bekommt der im Jänner die Pension zugesprochen mit allen Erhöhungen aus der Inflationsabgeltung, sprich Pensionserhöhung. Der im November bekommt das für das nächste Jahr nicht mehr.

Jetzt könnte man noch die Rechnung aufstellen, dass man nämlich die Anrechnung jener Beträge, die derjenige, der im November geht, praktisch über ein fast ganzes Jahr, eh auf das Konto gutgeschrieben bekommt, aber das wirkt sich weit nicht zu stark aus als die Aliquotierung.

Die Schutzklausel, die auch noch angesprochen wurde, ist deswegen wesentlich, wir hoffen zwar alle, dass die Inflation jetzt wieder zurückgehen wird, aber die, die jetzt in Pension gehen, fallen genau mit den hohen Inflationsprozentpunkten in die zwei Jahre bis einem Jahr vorangegangene halbjährliche Erhöhungszeit. Das heißt, die fallen heraus aus dieser hohen Inflation, obwohl sie die Inflationskosten alle bereits tragen mussten.

In dem Sinn ist dies ein erster Schritt zu einem etwas gerechteren Pensionssystem und wir werden diesem Antrag nicht nur die Dringlichkeit geben, sondern ihn auch generell unterstützen. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Herr Abgeordneter Froschauer zu Wort gemeldet.

Abg. Bgm. **Froschauer:** Geschätzte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer hier im Saal und zu Hause an den Bildschirmen! Reparatur für eine gerechte Wertsicherung der Pensionen. Ein Vorstoß, der einerseits hier durch diesen Dringlichkeitsantrag vorliegt, andererseits den der oberösterreichische Seniorenbund auch vor kurzem gefordert hat. Und zwar ich zitiere, wir fordern, dass die Aliquotierung der Pensionsanpassung für Neupensionisten ein für allemal abgeschafft wird und alle die volle Erhöhung bekommen, unabhängig davon, in welchem Monat sie in Pension gehen. Also sehr, sehr ähnlich vom Wortlaut. Eine Forderung, die uns eint.

Und weil die Vergangenheit kurz zitiert wurde, Kollege Klinger hat ja sehr viel Richtiges in dem Zusammenhang gesagt, vor etwa 20 Jahren war die große Pensionsreform in der Regierung Schüssel. Es wird im Nachhinein noch immer gesagt, es ist darum gegangen, die Pensionen zu drücken. Nein, es ist darum gegangen, dass die geburtenstarken Jahrgänge, wie wir sie darstellen, dass die deutlich zunehmen, die Babyboomer-Generation, dass die Bevölkerungspyramide zeigt, dass hinten weniger nachkommt. In einem System, das auf der Umlage basiert, ist es nicht möglich, hier endlos in die Höhe zu schrauben. Damals war für ein Jahr die Erhöhung ausgesetzt, dann hat man 2019 im sogenannten koalitionsfreien Raum, also freien Spiel der Kräfte, die jetzt vorliegende Regelung, die wir als sehr ungerecht empfinden, eingeführt. Diese Forderung hier, die Aliquotierung aufzuheben, unterstützen wir, und wir erkennen auch die Zuerkennung der Dringlichkeit. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächste hat sich Abgeordnete Schwarz zu Wort gemeldet.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Wir sind uns in vielen Dingen einig. Es sind 365 Frauentage und nicht nur ein internationaler, das einmal vorweg. Wir sind uns auch alle einig, dass wir eine gute, abgesicherte Pension für jetzt, für zukünftige Pensionisten und Pensionistinnen, vor allem für die nächsten Generationen auch brauchen. Es ist auch eine wichtige Aufgabe der Alterssicherungskommission, damit das Pensionssystem auch tragfähig bleibt, auch wenn die Einzahler weniger werden und die Nutznießer des Pensionssystems mehr werden, wir werden auch immer älter und hoffentlich länger gesund älter.

Das Zweite, was ganz entscheidend ist, die Valorisierung war ausgesetzt bis 2019. Das war ein System, das der ehemalige Bundesminister Hundstorfer damals bei der ersten Pensionsreform eingeführt hat. Dann ist es ausgesetzt worden. 2019 ist es wieder eingeführt worden und auch stark in dem Zusammenhang wieder aufgelebt worden und die Aliquotierung noch einmal angesprochen bei der Einführung des Frühstarterbonus. Dann waren die nächste Pensionsreform und der Frühstarterbonus. Ich möchte das hier kurz sagen und ich weiß, dass es nicht Thema dieses Antrages ist, aber ich glaube, das muss man auch im Kopf haben. Den Frühstarterbonus, der 2022 das erste Mal wirklich schlagend wird, bekommen zwei Drittel davon Frauen. Nur dass man einmal nachdenkt, was das gebracht hat. (Zwischenruf Abg. Schaller: „Und wieviel?“) Immerhin, oder möchtest du die 46 Euro den Frauen auch noch abziehen? (Zwischenruf Abg. Schaller: „Geh, hör auf!“) So, gehen wir wieder zu dem Antrag zurück und ich weiß, es ist ein Punkt, was die Betriebsräte von großen Unternehmen und von gut bezahlten Jobs oft nicht so positiv sehen, als wie es die Alterssicherungskommission sieht. (Zwischenruf Abg. Schaller: „Das ist unglaublich! Das hat mit dem nichts zu tun! Das ist eine unqualifizierte Meldung gewesen!“)

Das Problem der Anpassung, der Valorisierung, der Aliquotierung ist bekannt und wurde auch schon angesprochen. Minister Rauch hat ganz klar bei einem Interview gesagt, dass hier daran gearbeitet wird, eine Lösung zu finden, die wirklich auch passend ist, das heißt, wenn man später in Pension geht, und Kollegin Engleitner-Neu hat es angesprochen, gerade auch mit der Erhöhung des Pensionsantrittsalters, natürlich auch Frauen zum Handkuss kommen. Da braucht es eine faire und gute Lösung, die auch nachhaltig wirkt und nicht nur für eine bestimmte Zeit, sondern wirklich auch nachhaltig für das Pensionssystem und die, die eintreten, einen Sinn macht.

Wo ein bisserl Zweifel ist, das ist die Frage, ob man es wirklich rückwirkend ab 2022 machen soll. Wir haben sehr viele Arbeitnehmerveranlagungen im letzten Jahr schon gemacht, was würde sich da ändern, wenn dieser Anpassungsfaktor geändert werden würde. Ich glaube,

das muss man sich anschauen, ob die Rückwirkung, wie sie gefordert ist, machbar und sinnvoll ist. Da schauen wir besser in die Zukunft, was es braucht, für die jetzt in Pension Gehenden eine gute Lösung zu finden, die auch hält und auch vor dem Gesetzgeber hält.

Sehr viele Bereiche sind mit der Anpassung dieser Faktoren abgedeckt, der natürlich auch einmal mitzieht, der ja eigentlich nicht das große Thema ist, wenn die Lohnerhöhungen das abwehren. Das Problem ist nur in zwei Jahren, wo wir so eine hohe Inflation haben, doch auch höhere Lohnerhöhungen haben, aber trotzdem greift es einfach nicht, dass die Leute, die eine Pension bekommen, jetzt wirklich dann die letzten zwei Jahre dementsprechend dieser Anpassungsfaktor wirkt, das wird in den nächsten zwei Jahren für die Personen greifbar sein. Aber da müssen wir auch vordenken, denn es kann nicht sein, dass die in den nächsten paar Jahren wirklich dann ein Lebtage lang weniger Pension bekommen. Ja, da ist auch der Aufruf und der Appell auf Bundesebene, sowohl in der Koalition, als auch dann im Parlament, hier Lösungen zu finden, die nicht populistisch sind, sondern wirklich eben, dass wir ein Konzept machen, wo wirklich alle dahinter stehen können, wo man alle Möglichkeiten abwägt und man sagt, ja, das ist eine vernünftige Vorgangsweise, und die machen wir. In diesem Sinne werden wir auch dieser Dringlichkeit zustimmen und auch dem Inhalt, weil wir glauben, auf Bundesebene wird gut daran gearbeitet, und da schadet es nicht, wenn wir da gemeinsam an einem Strang ziehen und sagen, das sind Lösungen, die wir auch alle unterstützen. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Wir schließen die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 449/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wie die Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichner der Beilage 450/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei der Beilage 450/2023 handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Überprüfung der Strompreiserhöhung durch die Energie AG und allfällige automatische Rückzahlung an Stromkunden. Hiezu ist ein Geschäftsbeschluss des Oberösterreichischen Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, dass der Beilage 450/2023 die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede. Zu Wort gemeldet hat sich Abgeordneter Antlinger.

Abg. Antlinger, B.Ed.Univ.: Sehr geehrte Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Galerie und vor den Bildschirmen! In einem aufsehenerregenden Urteil hat das Handelsgericht Wien ausgesprochen, dass die von der Verbund AG verwendeten Preisanpassungsklauseln rechtswidrig sind. Die Entscheidung hat das Potential, den Endkundenmarkt durchzurütteln, titelt beispielsweise der Konsument am 23. Februar 2023. Nur vier Tage später hat ein Rechtsgutachten der Arbeiterkammer Tirol bestätigt, was viele Menschen seit Monaten vermuten, Strompreiserhöhungen und Lieferbedingungen sind oftmals unzulässig.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, spätestens seit der Preiserhöhung der Energie AG im Jänner dieses Jahres ist für viele Landsleute die Haushaltsenergie nur noch schwer bis kaum leistbar, und das zeigen die gestiegenen Anfragen sowohl bei der Arbeiterkammer als auch bei den Sozialvereinen. Als SPÖ fordern wir bereits seit Frühjahr 2022, dass der Inflationsanstieg primär über einen Eingriff in die Energiepreise gestoppt werden muss, da ansonsten die Konsumentinnen und Konsumenten aufgrund der Teuerung dramatisch

belastet werden. Bis jetzt haben leider ÖVP und FPÖ in ihrem Wirkungsbereich keine kostensenkenden Maßnahmen in Oberösterreich ergriffen.

Die Karten wurden aber Gott sei Dank neu gemischt, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Der Verein für Konsumenteninformation bemängelte schon vor Monaten die in den AGB der Verbund AG enthaltene Indexierung des Stromarbeitspreises für ein Produkt, das mit 100 Prozent Wasserkraft beworben wurde, entsprechend dem Österreichischen Strompreisindex als unzulässig. Das Handelsgericht Wien erachtete die Preisanpassungsklausel als überraschend und damit auch als unzulässig. Die Kunden mussten, kurz zusammengefasst, im konkreten Vertragskontext nicht mit diesem Inhalt rechnen. Zu einer sehr ähnlichen Conclusio kommt übrigens auch das Rechtsgutachten der Arbeiterkammer Tirol. Preiserhöhungen sind nur dann und auch nur dann so weit zulässig, als sich die konkreten Kosten beim konkreten Anbieter tatsächlich erhöht haben, das heißt vereinfacht, eigentlich dürften nur jene Strompreisanteile erhöht werden, die durch die Preissprünge an den internationalen Märkten ausgelöst sind. Die hohen Eigenerzeugungsanteile der TIWAG und damit ähnlich jenen der Energie AG dürften hier einschränkend wirken. Wenn Kundinnen und Kunden der Energie AG auf ihren Jahresabrechnungen lesen, dass sie zu 100 Prozent Ökostrom beziehen, ich habe da eine kleine Grafik mitgenommen, da gibt es den Ökostrom Klassik, der meistverkaufte Tarif der Energie AG, 80,01 Prozent Wasserkraft, 11,7 Prozent Windenergie, 4,26 Prozent Biomasse, ein Prozent Biogas, drei Prozent Photovoltaik und 0,01 Prozent sonstige Ökoenergie. Wenn man diese Abrechnungen liest, stellen sich viele Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher zu Recht die Frage, ob wir alle miteinander nicht mitbekommen haben, dass Wind für die Windräder, Sonne für die PV-Anlagen und Wasser für unsere Kraftwerke teurer wurden oder ob einfach die Interessen der Aktionärinnen und der Aktionäre in den Vordergrund gerückt wurden. Das würde am Ende des Tages, liebe Kolleginnen und Kollegen, auch den Rekordgewinn von 80 Millionen Euro erklären, und das im Bereich der Daseinsvorsorge. Das ist eigentlich die allergrößte Frechheit.

Es ist nicht wirklich nachvollziehbar, warum Stromkonzerne wie die Energie AG oder auch die teilstaatliche Verbund AG, die selbst mit ihren Wasserkraft-, Windkraft- und Photovoltaikanlagen günstigen Strom herstellen, daraus dann rein als solche gekennzeichnete Strompakete an KundInnen verkaufen und sich aber dann bei den Preisanpassungen hauptsächlich nach den Börsenpreise richten. Kann mir das irgendwer erklären? Ist das gerecht, ist das fair, geschätzte Kolleginnen und Kollegen? In der jetzigen Hochpreisphase, wo sich viele Menschen kaum mehr das tägliche Leben leisten können, darf deren bedrückende und beängstigende Situation auch nicht noch durch zusätzliche Gewinne auf ihre Stromkosten verschlimmert werden.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen, ich bin der Meinung, dass das Urteil des Handelsgerichts Wien und auch das Rechtsgutachten der Arbeiterkammer Tirol einen klaren Auftrag auch für uns als Oberösterreichischer Landtag darstellt. Nämlich jenen, jetzt für einen transparenten und offenen Prozess zu sorgen, der schonungslos prüft, ob und inwiefern die Preiserhöhungen der Energie AG rechtswidrig waren und gemeinsam als Landtag wir dafür Sorge tragen, dass die Kundinnen und Kunden der Energie AG über den Prozess informiert werden. Sollte sich herausstellen, dass hier rechtswidrige Klauseln sich finden, muss dieses zu viel bezahlte Geld den Oberösterreicherinnen und Oberösterreichern auch refundiert werden. Das steht ihnen zu, geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster hat sich Abgeordneter Schießl zu Wort gemeldet.

Abg. **Schießl**: Sehr geehrte Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Was in diesem Antrag gefordert wird, muss man sich genau anschauen. Da bin ich bei dir. Gebührenerhöhungen, die nicht gerechtfertigt sind oder waren, wenn es solche gegeben hat, da kann man nicht zur Tagesordnung übergehen. Ich bin aber kein Jurist, ich bin kein Richter, und deswegen kann ich mir hier auch kein Urteil bilden, ob dieses Urteil, das du gebracht hast, Gültigkeit für alle Energieversorger in Österreich hat. Dazu ist diese Sache zu komplex, und ich maße es mir nicht an, zu urteilen. Daher ist es unmöglich, euren Antrag hier heute dringlich zu beschließen.

Für mich stellt sich die Frage, warum habt ihr nur die Energie AG angeführt? Es gibt ja mehr Energieversorger, auch in Oberösterreich, zum Beispiel auch die Linz AG. Wenn dieses Urteil für alle zählt, dann betrifft es alle, dann müsste man sich alle Gebührenerhöhungen genau ansehen. Damit man sich das genau ansehen kann, braucht man Experten, die hier Licht ins Dunkel bringen sollen. Deshalb ist es von meiner Seite aus ganz wichtig, dass wir hier im Ausschuss genauer über das Ganze sprechen und mit den Experten beraten, was hier möglich ist und was nicht.

Ich bin sicher kein Verteidiger der Energie AG, das muss ich hier schon erwähnen. Aber wenn ihr in der Begründung des Antrages eine Kostenrechnung aufstellt, die in meinen Augen nicht korrekt ist, muss man dazu auch Stellung nehmen. Ihr schreibt da herein, dass die Kosten von 775 Euro auf 1.557 Euro gestiegen sind für einen durchschnittlichen Haushalt. Sie erwähnen dabei aber nicht, dass mit der Strompreisbremse, die seit 1. Dezember 2022 bereits beschlossen und in Kraft ist, bereits 2.900 Kilowattstunden gedeckelt sind mit 10 Cent. Somit würden bei einem durchschnittlichen Haushalt mit 3.500 Kilowattstunden nur 600 Kilowattstunden in die Rechnung des höheren Preises kommen. Deswegen muss man über diese Sache genau diskutieren, sich das wirklich genau ansehen. Diese Rechnung entspricht somit nicht der Realität.

Es ist natürlich auch ganz wichtig, dass die Energie AG bis Jahresende 2022 den günstigen Tarif gehalten hat. Die zitierte Verbund AG hat bereits mit 1. Mai 2022 die Preise angehoben. Also auch das ist etwas, was man in diese Diskussion unbedingt miteinfließen lassen muss. Dass trotz massiver Marktpreiserhöhungen, nicht nur zu Beginn des Krieges in der Ukraine, sondern die Preise für Energie sind ja bereits im Oktober 2021 angezogen, und ich kann mich ganz gut erinnern an manchen Antrag in diesem Haus, der bereits im Dezember 2021 zur Tagesordnung gestanden ist.

Es gibt hier viel zu diskutieren. Wir haben hier mit Sicherheit in den nächsten Ausschussrunden die Notwendigkeit, Experten zu laden, und dann wollen wir alle miteinander versuchen, dass die Bevölkerung wieder leistbare Energiepreise bekommt. Wie gesagt, das muss man sich anschauen, was rechtlich möglich ist, was können wir rechtlich als Landtag hier beisteuern und machen, und dann wird am Ende des Tages mit Sicherheit eine Lösung herauskommen, die für die Leute die beste ist. Ich bin schon gespannt auf interessante Diskussionen im Ausschuss, und daher lehnen wir die Dringlichkeit zu dieser Beilage ab. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Klubobmann Dörfel das Wort erteilen.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel**: Sehr geehrte Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die hohen Strompreise beschäftigen uns ja jetzt schon einige Zeit, ausgelöst durch den Einmarsch Russlands in die Ukraine. Immer wieder ist gesagt worden, das treibt die Energiepreise in die Höhe. Wir haben dieses ominöse Merit-Order-Prinzip. Die teuerste Stromerzeugung, das heißt Gas, bestimmt den Marktpreis. So haben viele Energieversorger

darauf reagiert und immer wieder die Preise erhöht, die Verbund AG ist heute schon erwähnt worden, Energie Burgenland, Energie Wien. Man hat sich zwar gewundert, warum das so ist, weil der Windstrom, Sonnenstrom, Wasser ist ja nicht teurer geworden. Das Verständnis für diese Marktmechanismen war eigentlich nicht da. Es ist immer gesagt worden, Merit-Order, an dem kann man nichts ändern. Die einzigen, die nicht erhöht haben, war die Energie AG. Da hat es für Bestandskunden, da möchte ich schon daran erinnern, eine Preisgarantie gegeben, und zusätzlich hat es die Hilfsmaßnahmen des Bundes und auch des Landes gegeben, um die Mehrkosten abzufedern. Die Strompreiskostenbremse ist ja bereits erwähnt worden.

Jetzt haben wir seit 23. Februar 2023 eine neue Lage. Das Handelsgericht Wien hat den Stromliefervertrag der Verbund AG überprüft und hat dabei festgestellt, und das wurde letztlich auch durch ein Gutachten der Arbeiterkammer bestätigt, dass eine Erhöhung der Strompreise nur in dem Ausmaß zulässig ist, in dem die Erzeugungskosten gestiegen sind. Das heißt, wer selber Strom erzeugt, darf nicht die Marktpreise heranziehen, wenn er selbst keine Kostensteigerungen hat. Das ist jetzt etwas vereinfacht, weil tatsächlich ist das eine komplexe Geschichte. Die Verbund AG hat es deswegen betroffen, weil dieser der größte Energieerzeuger ist. Jetzt musst du dann unterscheiden in der ganzen Diskussion: Energie, die der Energieerzeuger selbst erzeugt hat oder die, die er zugekauft hat. Das Handelsgerichtsurteil gilt für den selbsterzeugten Strom, aber nicht für den zugekauften Strom. Jedenfalls gibt es eine neue Lage ab 23. Februar 2023.

Am 27. Februar 2023 hat Landeshauptmann Thomas Stelzer bereits den Auftrag gegeben, Energie AG, schaut euch das an, obwohl natürlich die Energie AG im größerem Ausmaß Strom zukaft als sie erzeugt. Aber schaut euch an, hat diese Entscheidung des Handelsgerichts Wien auch Auswirkungen auf unsere Energie AG beziehungsweise die Preisgestaltung in Oberösterreich? Nach ersten Informationen dürfte das nicht der Fall sein, aber die Energie AG prüft trotzdem.

Jetzt kommt der Antrag heute von der SPÖ, der Landeshauptmann soll die Überprüfung beauftragen. Das passt nicht zusammen für mich. Jetzt gibt es ein paar Erklärungen. Ich gehe nicht davon aus, dass es ein Schmah ist, weil die Sache zu ernst ist. Ein Bosheitsakt, der übliche halt, es passt eh nichts, was wir machen. Oder ist es vielleicht eine gewisse Unkonzentriertheit, vielleicht aufgrund der innerparteilichen Streitigkeiten. (Unverständliche Zwischenrufe) Ich weiß es nicht, ich kann es nicht sagen. Ich weiß nur, dass das, was heute verlangt wird, eine Überprüfung der Strompreisgestaltung, bereits seit 14 Tagen läuft. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich)

Für uns sind in der ganzen Diskussion zwei Punkte entscheidend: Die Kundinnen und Kunden erwarten eine transparente und verständliche Information, wenn sich an den Preisen etwas ändert, vor allem wenn sie erhöht werden müssen. Auf der anderen Seite erwarten wir als Eigentümervertreter der Energie AG, dass Preisvorteile stets und rasch an die Kundinnen und Kunden weitergegeben werden. Das sind die zwei entscheidenden Punkte.

Ich kann jetzt nur sagen, Gott sei Dank, die Energie AG hat die Tarife für Neukunden bereits spürbar gesenkt. Das ist gut so, aber zusammenfassend muss ich sagen, der Herr Landeshauptmann hat rechtzeitig gehandelt und richtig gehandelt. Jetzt schauen wir, was bei der Überprüfung herauskommt. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster darf ich der Frau Abgeordneten Schwarz das Wort erteilen.

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Die Dringlichkeit im vorliegenden Antrag ist aus unserer Sicht gegeben. Einfach die aktuelle Berichterstattung und mediale Debatte jetzt ein bisschen Unsicherheit hineinbringt, darum noch einmal verstärken. Ja, Herr Kollege Dörfel hat es schon angesprochen. Es gibt schon einen Auftrag, und es ist auch Aufgabe des Aufsichtsrates, hier sehr verantwortungsvoll und für den Aufsichtsrat transparent zu handeln. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Die Dringlichkeit ist aus dem Grund gegeben, weil wir natürlich jetzt immer wieder diese unterschiedlichen Themen hereinbringen. Merit-Order-Systeme, Strommarktausgleich, was erzeuge ich selber, was verkaufe ich, was hole ich wieder zurück? Einfach oft sehr schwierig für Kundinnen und Kunden zu verstehen. Ich habe auch auf meiner Stromrechnung unterschrieben, ich sage nicht, bei wem ich sie habe, dass ich 100 Prozent Ökostrom haben will. Es ist mir aber auch klar, dass sie den nicht selber erzeugen können, sondern das funktioniert mit dem Zukauf mit Zertifikaten. Das muss uns allen klar sein, dass wir nicht wissen, dass jeder Unternehmer nur 100 Prozent aus der eigenen Erzeugung nimmt. Diese Verwerfungen am Strommarkt, und seitdem ich hier in diesem hohen Landtag bin, haben wir das immer wieder erlebt, die Verwerfungen am Strommarkt haben uns oft auch sehr behindert im Ausbau von erneuerbarer Energie, weil einfach der Preis aufgrund des Merit-Order-Systems, was damals genauso gegriffen hat wie jetzt, das letzteingeschaltete Kraftwerk, das war das Gaskraftwerk. Für erneuerbare Energie war dann auch oft dies ein Hemmschuh im Ausbau, weil das Merit-Order-System auf dem Weltmarkt natürlich gegriffen hat. Genau hier muss man hinschauen, dass man Klarheit schafft, dass man für die Kundinnen und Kunden die Transparenz schafft. Ja, da bin ich voll dafür.

Ich habe eine Verständigung bekommen, dass es Veränderungen gibt aus dem und dem Grund. Eine zweite Verständigung war dann mit der Erhöhung der Ratenzahlungen. Hat mich nicht sehr gefreut, muss ich ganz ehrlich sagen, weil auch natürlich jede Veränderung, jede Erhöhung weh tut, und andere Sachen müssen dann vielleicht etwas zurückstehen. Ich weiß, dass das für viele Haushalte, ganz gleich bei welchem Unternehmen, bei welchen Energieversorger sie sind, riesengroße Probleme ausmacht, weil einfach dieser große Anstieg da war.

Wenn es hier wirklich Probleme gegeben hat, oder ungerecht, oder es widerrechtlich war, dann muss man das genau aufklären. Es ist die Sorgfaltspflicht der Politik. Ja, da müssen wir genau hinschauen, das ist schon gesagt worden, entsprechende Prüfungen einzufordern und anzufragen. Das muss auch unser Recht als Abgeordneter sein, wenn die Preiserhöhungen erfolgen, ob diese wirklich alle richtig waren, und natürlich auch in der Sorgfaltspflicht des Managements. Die Geschäftsführung haftet auch dafür, dass wissen wir nach dem Aktienrecht. Da hat nicht irgendjemand etwas anzuschaffen, sondern hat man natürlich Vorgaben als Aufsichtsrat gegeben, aber die Geschäftsführung, der Vorstand, die Vorstandsleiterinnen, oder in diesem Fall sind es lauter Direktoren, dann brauchen wir das nicht nehmen, müssen dafür Sorge tragen, dass alles nach den Rechten ist. Wenn es nicht nach den Rechten war, dann schnell und einfach wieder an den Stromkunden, an die Stromkundin wieder zurückgeführt werden.

Das ist unser Antrag. Das können wir unterstützen, weil wir auch glauben, ja, da muss schnell gehandelt werden und Unsicherheit weg. Wir wollen vernünftige Strompreise haben in Zukunft, dass sich alle den Strom leisten können. Wir wollen aber auch faire Preise haben, damit die erneuerbaren Energien sich rechnen, und damit wir hier weiter ausbauen können, denn nur so

schaffen wir langfristig einen stabilen Strommarkt in Österreich, in Oberösterreich, wenn wir die Eigenerzeugung stärken.

Daher werden wir der Dringlichkeit und auch dem Inhalt zustimmen. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Es ist nun keine Rednerin oder kein Redner mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 450/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Ich weise die Beilage 450/2023 dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin weiters angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 451/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Vollzeitbonus, Vollzeit muss sich wieder lohnen. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Oö. Landtags erforderlich.

Ich eröffne über den Antrag, dass dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt wird, die Wechselrede, und zu Wort gemeldet ist Herr Klubobmann Felix Eypeltauer.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke Herr Präsident, hohes Haus, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Der Titel des Antrags, es geht um einen Vollzeitbonus. Warum? Warum sind wir als NEOS der Meinung, dass das etwas ist, was wir in Oberösterreich und für Oberösterreich brauchen?

Wir alle sind uns einig und wissen, die Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, das sind fleißige Menschen, die viel arbeiten. Wir alle wissen auch, dass die Betriebe in Oberösterreich, in der überwiegenden Zahl sind das sehr erfolgreiche Betriebe, die sich auch auf international schwierigen Märkten noch immer behaupten, dass die kämpfen mit dem Teilzeittrend einerseits, andererseits aber auch mit der allgemeinen Mangelerscheinung, was Fachkräfte und Arbeitskräfte betrifft.

Wir NEOS haben dieses Thema hier im Landtag schon öfter zum Thema gemacht. Wir sind aber nicht die einzigen. Wir alle beschäftigen uns damit, uns alle beschäftigt das. Nicht zuletzt, deshalb ist das Thema dringlich. Die Frage, was können wir tun, damit mehr Menschen sich dafür entscheiden, statt Teilzeit Vollzeit zu arbeiten oder in der Teilzeit ein, zwei, fünf oder zehn Stunden in der Woche mehr?

Da gibt es manches und einiges, was das Land tun kann. Wir alle debattieren hier öfters und zurecht das Thema der Kinderbetreuung, das Thema der Nachmittagsbetreuung. Da haben wir eigene Ausgaben im eigenen Kompetenzbereich, aber da gibt es auch ganz viel, was wir im Land Oberösterreich nicht richten können, sondern wo wir den Bundesgesetzgeber oder die Bundesregierung brauchen. Anreize zu schaffen, Vollzeit zu arbeiten, das ist eines dieser Themen.

Das österreichische Lohnsystem sorgt ja bekanntlich dafür, und das ist unbestreitbar, dass die Anzahl der Teilzeitbeschäftigten weiter steigt. Wir haben eine Teilzeitquote bei knapp einem

Drittel. Landeshauptfrau Haberlander hat heute in der Früh schon bei der Fragestunde gesagt, sie hat eine Studie zitiert, wo viele Menschen auf die Frage, warum arbeitest du Teilzeit, ich glaube da ging es speziell um Frauen, die gesagt haben, weil sich Vollzeitarbeiten steuerlich nicht auszahlt. Diese Menschen haben damit Recht, und wir müssen diesen Eindruck, den sie haben und der sehr breit ist in der Bevölkerung, wir müssen den bekämpfen, denn es ist so. Wer in Oberösterreich mehr arbeitet, der zahlt auch mehr drauf, der zahlt mehr ein statt mehr zu verdienen. Das zeigt auch eine Studie der Agenda Austria.

Das betrifft insbesondere nicht nur, aber insbesondere junge Menschen, die viel arbeiten, Vollzeit oder darüber hinaus in der Zeit des Vermögensaufbaus, in der Zeit vor der Familiengründung. Deshalb fordern wir NEOS, und wir fordern Sie hier auf, im Sinne unseres Standortes und der Bevölkerung uns hier zu unterstützen, einen Vollzeitabsetzbetrag von 100 Euro für jedes Monat, das Vollzeit gearbeitet wurde.

Damit würden wir eine spürbare Erleichterung ohne Gießkanne schaffen, die leistungsgerecht ist, und wir würden damit einen echten Anreiz schaffen, von Teilzeitarbeit zu Vollzeitbeschäftigung zu wechseln und wie gesagt, damit alleine ist es nicht getan, man muss Vollzeit auch ermöglichen, und wenn ich Aufsichtspflichten habe, wenn ich ein Kind habe, aber vor Ort keine Kinderbetreuungseinrichtung, die auch ausreichend lange und in ausreichend hoher Qualität offen hat und hier Kinderbildung anbietet, dann kann ich mir es eben nicht aussuchen. Das ist das andere Problem, dass wir zurecht hier immer wieder diskutieren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für viele junge Menschen ist der Eindruck nicht, dass man sich mit Leistung und viel arbeiten etwas aufbauen kann in Österreich. Der Eindruck ist oft der, dass man eigentlich resigniert und sagt, eigentlich ist es egal, wie viel ich mich anstrenge, weil das, was meine Elterngenerationen an Wohlstand erarbeitet haben, das schaffe ich gar nicht. Diesen Eindruck müssen wir ernst nehmen. Ein Weg, diesen ernst zu nehmen, ein Weg, Chancen zu schaffen, ein Weg, Leistung zu belohnen und lohnend zu machen, ist eine Entlastung von Vollzeitarbeit, ist es aber nicht, und da widerspreche ich dem Arbeitsminister Kocher von der ÖVP, ist es aber nicht, Teilzeitarbeit zu bestrafen. Ich halte es für den falschen Weg. Ich glaube, der Minister hat in dieser Debatte, die vor zwei, drei Wochen geführt wurde, den richtigen Ansatz gehabt, aber die falsche Lösung. Die Lösung ist es natürlich, Vollzeitarbeit zu belohnen, statt Teilzeitarbeit zu bestrafen.

Leistung zu fördern, Vollzeit zu ermöglichen, da haben wir im Land die Aufgaben, die ich schon genannt habe. Daher unser Vorschlag heute ein Vollzeitabsetzbetrag, 100 Euro pro Vollzeit gearbeiteten Monat. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Klubobmann! Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Hans Karl Schaller. Bitte.

Abg. **Schaller:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! So schnell konnte Wirtschafts- und Arbeitsminister Martin Kocher gar nicht zurückrudern. Der Ärger, den er sich mit dem Thema Leistungskürzungen für Teilzeitarbeitende eingehandelt hat, der ist nachhaltig. Dabei war es eigentlich nur ein Satz, den er sich Mitte Februar in einem Interview mit dem Kurier erlaubt hatte, wenn Menschen freiwillig weniger arbeiten, dann gibt es weniger Grund, Sozialleistungen zu zahlen. Auch wenn der Herr Minister einen Tag darauf einschränkte, Frauen mit Betreuungspflichten seien nicht gemeint, gab es eine breite Ablehnung für diese wage formulierte Kürzung von Sozialleistungen sogar innerhalb der ÖVP-Wählerschaft.

Heute liegt uns ein Antrag der NEOS vor, ein Vollzeitabsetzbetrag von 100 Euro soll für jedes Monat, in dem eine Vollzeitbeschäftigung vorliegt, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter gutgeschrieben werden. Was beide Forderungen zum Ausdruck bringen, wer Teilzeit arbeitet, schadet dem Sozialstaat, so steht es auch drinnen, und dies kann und will ich so nicht stehen lassen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Das ist ein Vorwurf, der vor allem an Frauen und insbesondere an Mütter gerichtet ist, denn sie sind die, die vorwiegend Teilzeit arbeiten. Dazu kommt, dass Mütter sich häufig anhören müssen, du wirst noch bereuen, dass du nicht Vollzeit arbeitest, wundere dich nicht, wenn du später in die Altersarmut abrutschst. Gleichzeitig bekommen Mütter die gegenteilige Botschaft zu hören, jetzt gibst du dein Kind schon in Betreuung. Es ist doch noch so klein. (Unverständliche Zwischenrufe) Du arbeitest doch viel zu viel. Wie man es macht, man macht es falsch. Frauen kennen das, und Mütter können wahrscheinlich ein Lied davon singen.

In der Debatte fällt besonders auf, jene, die am lautesten rufen und am schnellsten urteilen, sind am weitesten weg von der heutigen Realität junger Mütter und haben keine Vorstellung, welchen Druck die Gesellschaft auf sie ausübt.

Überraschen dürfte es aber auch niemanden, dass Mütter sich für Teilzeit entscheiden. Es ist der logische Kompromiss aus all den unerwünschten Bemerkungen. Solange die Gesellschaft nicht aufhört, Müttern zu sagen, was sie falsch machen, ist Teilzeit für viele der Weg, es allen ein bisschen Recht zu machen. Meine Damen und Herren, ja, das Problem ist schnell umrissen. Die geburtenstarken Generationen der Babyboomer gehen sukzessive in Pension. Im Gegenzug kommen deutlich weniger junge Menschen auf den Jobmarkt, der durch den demografischen Wandel entstandene Mangel an Arbeitskräften hat bereits eingesetzt und wird sich weiter verschärfen. Entweder kommen durch qualifizierte Migration und Zuzug Menschen im arbeitsfähigen Alter in das Land, oder die vorhandenen Arbeitskräfte müssen die Lücke füllen.

Die Zahlenlage dazu, aktuell zählt Österreich gut 4,3 Millionen Erwerbstätige, rund 1,5 Millionen davon waren teilzeitbeschäftigt, knapp über 1 Million davon waren Frauen. Wenn ich jetzt mehr, überwiegend Frauen, in Vollzeit bringen will, und du hast es gesagt, dann helfen keine Belohnungs- oder Bestrafungssysteme, sondern es braucht zuerst Rahmenbedingungen, die einem mehr an Arbeitszeit ermöglichen, denn oft ist für Frauen aufgrund von Betreuungspflichten, und das ist es zum Großteil, ein Vollzeitjob gar nicht möglich.

Seit vielen Jahren präsentiert das Land Oberösterreich seine Zahlen zum Ausbau der Einrichtungen in der Kinderbildung und -betreuung. Fakt ist, Oberösterreich hinkt im Bundesländervergleich hinterher. Die Leitragenden sind Eltern, die Beruf und Familie dann eben nur schwer unter einen Hut bringen können, und besonders Frauen sind daher gezwungen, Teilzeit zu arbeiten.

Erstens, es braucht dringend Investitionen in den Kinderbildungs- und Betreuungseinrichtungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Zweitens, nicht nur bei der Betreuung der ganz Kleinen braucht es Verbesserung, auch bei den Kindergartenkindern muss sich etwas tun.

Drittens, darüber hinaus braucht es ein verpflichtendes, kostenloses zweites Kindergartenjahr und ein flächendeckendes Angebot an Ganztagschulen.

Viertens, es braucht den flächendeckenden Ausbau an Pflege- und Betreuungseinrichtungen, mobiler Dienste und betreuter Wohnformen. Ich selber bin ein Betroffener, wenn ich die Volkshilfe nicht hätte, ich müsste den Job hinschmeißen, dass ich meine Eltern pflege, weil nichts da ist. Das muss man sich einmal auf der Zunge zergehen lassen und dann muss ich mir anhorchen lassen, wenn ich dann nicht mehr Vollzeit arbeiten kann, dann bekomme ich den Absetzbetrag oder sonstiges nicht.

Zum Schluss, auch wenn es paradox klingt, aber ich glaube sogar, die Verkürzung der Wochenarbeitszeit für alle könnte tatsächlich ein Teil der Lösung sein, wenn sie nämlich dafür sorgt, dass am Ende mehr Menschen mehr arbeiten. Etwas über zehn Tage im Jahr fallen Arbeitnehmer durchschnittlich wegen Krankheit aus. Menschen über 50 sind jedes Jahr im Schnitt 17 Tage im Krankenstand. Mehr als jede zehnte, jede zehnte Pensionierung erfolgt wegen Krankheit vor dem gesetzlichen Pensionsalter. Wenn es gelingt, diese Zahlen zu reduzieren, weil Menschen zwischendurch mehr Erholungsphasen haben, könnte eine Reduktion der Arbeitszeit die Produktivität sogar steigern.

Zusammengefasst, Kinderbetreuung, Haushalt und Pflege von Angehörigen werden immer noch meist von Frauen übernommen, die so unfreiwillig in der Teilzeit landen. Wir werden dem Antrag heute nicht zustimmen, weil sich zu viele offene Fragen zu den Rahmenbedingungen stellen, die Hand in Hand mit einer Ungleichbehandlung von Arbeitnehmer geht. Wir werden diesem nicht zustimmen. Danke für Ihre Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Abgeordneter. Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Nell. Bitteschön.

Abg. Nell, MBA: Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kollegen, werte Zuseher auf der Galerie, werte Zuseher zuhause! Vielen Dank für diese Gelegenheit, dass wir hier über ein Thema sprechen, das uns alle im Land ganz stark beschäftigt und für die Zukunft wesentlich ist.

Arbeitende Menschen und insbesondere die Entwicklung des Zuwachses an Beschäftigten in den letzten Jahren, ob in Vollzeit oder in Teilzeit, sind die Tragkraft für unser Sozialsystem. Es geht hier um jene, die arbeiten wollen und können. Es geht um das Leistungsversprechen, dass sich arbeiten auch auszahlt.

Dieses Thema wurde gerade im Nationalrat behandelt, und Bundesminister Kocher ist ebenfalls bereit, über alle diese Entlastungen zu sprechen. Mehr arbeiten soll mehr bringen, denn es ist das gemeinsame Ziel und unser Anliegen, Österreich als Land des Wohlstandes mit unseren hohen Sozialstandards aufrecht zu halten. Wichtig ist, dass jene besser gestellt sind, die mehr leisten wollen und vor allem die Leistung von Überstunden sowie der Zuverdienst in der Pension. Dazu müssen wir strukturelle Maßnahmen, die Vollzeit wieder in den Fokus zu rücken, herstellen.

Wir haben derzeit Rekordwerte in Österreich an Beschäftigten, auch in Oberösterreich, aber auch gleichzeitig quasi Vollbeschäftigung. Wir haben die niedrigste Arbeitslosigkeit seit 15 Jahren. Die Arbeitspolitik wird aufgrund der demografischen Entwicklung und angehenden Pensionierungswellen der Schlüssel sein.

Gestern war der Weltfrauentag. Oberösterreich ist ein Land der Teilzeitjobs, denn jede zweite Frau arbeitet derzeit in Teilzeit. Viele dieser Frauen arbeiten auch bewusst in Teilzeit. Stichwort Wahlfreiheit, und diese Entscheidung muss weiterhin frei bleiben. Frauen sind ein

großer Faktor für unseren Wohlstand in unserem Land und können aber auch gleichzeitig ein großer Teil der Lösung für das Arbeitskräfteproblem sein.

Der größte Arbeitgeber Oberösterreichs ist die Gesundheitsholding. Würden in diesem Unternehmen alle Teilzeitmitarbeiterinnen und Teilzeitmitarbeiter zwei Stunden mehr arbeiten, wäre der Arbeitskräftemangel dort gelöst. Jede zusätzliche Stunde hilft uns. Dazu müssen wir aber die Rahmenbedingung für die Möglichkeiten der Stundenaufstockung auch schaffen. Hier sind wir in Oberösterreich am richtigen Weg. Wir wollen Kinderland Nummer eins werden. Dazu werden über 38 Millionen Euro in Familien und Kinder investiert. Beispiel sind Maßnahmen wie Ausweitung der Öffnungszeiten von Kindergärten, kleinere Gruppen, mehr Gehalt und Ausbildungsförderungen, wie Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin heute schon erklärt hat.

Wir haben gerade eine Lohnsteuerentlastung und die Abschaffung der kalten Progression umgesetzt. Viele haben das beim Lohn bemerkt. Stichwort mehr Netto von Brutto, und das ist wichtig. Zusammenfassend möchte ich noch sagen, dass wir sehr begrüßen, über die Entlastung von Arbeit zu diskutieren. Wir müssen Lösungen erarbeiten. Jede Stunde, die mehr gearbeitet wird, hilft unseren Wirtschaftsstandort zu sichern, ob von 30 auf 40 Stunden, aber auch von 20 auf 30 Stunden. Wir sind jederzeit dazu bereit, im Ausschuss über die Arbeitsmarktpolitik zu diskutieren und Lösungen zu finden. Wir wollen, dass sich mehr Arbeit auszahlt. Ich will auch, dass meine Mitarbeiter bei uns bleiben, und ich freue mich auf die Diskussion. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächstem darf ich dem Abgeordneten Kroiß das Wort erteilen.

Abg. **Kroiß:** Sehr geehrter Herr Präsident Binder, werte Kollegen im Landtag, lieber Kollege Eypeltauer! Ich verstehe wirklich nicht die Notwendigkeit eures Antrags, denn meines Wissens nach habt ihr ja vorige Woche eins zu eins denselben Antrag ja schon ins Parlament eingebracht. Deswegen verstehe ich nicht, warum wir heute diskutieren, und darum verstehe ich auch die Dringlichkeit nicht. Aber so ein kleiner Fauxpas kann natürlich einer jungen dynamischen Fraktion schon einmal passieren. Aber in einem Punkt möchte ich dir Recht geben, Leistung muss sich in diesem Land wieder lohnen.

Aber es ist schon allerdings beachtlich, ein Vorredner hat es ja schon angesprochen, dass ihr hier heute mit eurem Antrag offen gegen die Frauen agiert, und das einen Tag nach dem Weltfrauentag. Denn wer Teilzeit diskriminiert, diskriminiert auch Frauen. Das ist Realität, das ist also ein Faktum und ist Realität am österreichischen Arbeitsmarkt.

Aber kommen wir wieder zurück zum Thema. Eine steuerliche Entlastung ist natürlich sehr wichtig für die Leute. Mein Vorredner hat es angesprochen, mehr Netto von Brutto ist absolut notwendig. Aber hier einen bewussten Nachteil für die Teilzeitkräfte zu fordern, einzuführen ist für uns der falsche Weg und wird es mit der FPÖ nicht geben. Aber ob der in eurem Dringlichkeitsantrag formulierte 1.200 Euro Vollzeitabsetzbetrag, weil Absetzbeträge werden nur bei der jährlichen Arbeitnehmerveranlagung festgeschrieben, der da geltend gemacht werden kann, ob das der richtige Anreiz ist, um am Arbeitsmarkt die Vollzeitbeschäftigung wieder attraktiver zu machen, wage ich zu bezweifeln.

Wir leben erstens einmal in einem progressiven, leistungsfeindlichen Steuersystem, wo Arbeitnehmer im unteren Einkommenssegment wenig bis gar keine Steuern zahlen. Und das heißt also, wenn man eurem Antrag Folge leistet, würde das bedeuten, dass Mitarbeiter im unteren Einkommenssegment bis 18.000 Euro Jahresbruttoverdienst nur 200 Euro Ersparnis

haben und Mitarbeiter bei der nächsten Lohnsteuerstufe mit einer Jahresverdienstsumme bis zu 30.000 Euro 400 Euro netto Steuerersparnis haben und die im Einkommenssegment über 40.000 Euro Einkommenssumme bis maximal 550 bis 600 Euro Steuerersparnis haben. Und dass man in diesem Bereich, mit diesen Zahlen, mit diesen Zugewinnen hier Leute für die Vollzeit motivieren kann, wage ich zu bezweifeln.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, ist, oder eine weitere Baustelle, die sich hier auf tun würde, ist mit dem Begriff Vollzeit und dessen Definition verbunden. Wir leben in einer Zeit, wo die Wirtschaft von den Mitarbeitern flexible Arbeitszeiten abverlangt, all inclusive möchte ich da anführen, vollkontinuierliche Fünfschichtsysteme möchte ich ansprechen, die in letzter Zeit öfters diskutierte Vier-Tage-Woche oder saisonale Arbeitszeiten, wie zum Beispiel am Bau, in der Industrie oder in der Gastronomie, wie sie dort zu finden sind, sind mittlerweile in vielen sozialpartnerschaftlichen Rahmenkollektivverträgen geregelt und haben eine gemeinsam, sie definieren die Arbeitszeit, die Wochenarbeitszeit neu, und es gibt hier diesbezüglich auch oftmals auch keine klar definierte Festlegung.

Hier für all diese Gruppen, die wir dringend notwendig brauchen in den Berufssparten, die ich angeführt habe, hier eine steuerliche Schlechterstellung für diese Berufsgruppen einzuführen, halte ich für nicht zielführend. Und das zeigt, dass dieser Dringlichkeitsantrag von den NEOS bei weitem nicht zu Ende gedacht worden ist.

Und der dritte Punkt, den ich ansprechen möchte, ist die steuerliche Gleichbehandlung für Beschäftigte, die es sich eben nicht aussuchen können, wieviel Arbeitszeit oder in was für einem Beschäftigungsausmaß sie arbeiten können. Auch wir, und wir haben das heute auch schon einmal diskutiert, und Landeshauptmann Stelzer hat das ja angesprochen, auch wir, das Land Oberösterreich bieten in vielen Bereichen nur Teilzeitarbeitsplätze an. Und das tun wir auch oftmals, weil wir festhalten wollen, das tun wir aus Verantwortung und als zeitgemäßer Arbeitgeber, hier angeführt Stichwort Vereinbarkeit Beruf mit der Familie, dass wir das hier noch weiter forcieren müssen.

Hier möchte ich auch ansprechen, dass wir beim Gleichstellungsbericht auch noch einmal das Thema Teilzeit für Führungskräfte da dann für die nächsten Jahre uns vorgenommen haben, dass wir dies weiter ausbauen. Auch dieser Vielzahl von Arbeitnehmern wäre die Einführung eines Vollzeitabsetzbetrages sehr schwer zu erklären. Mehr möchte ich eigentlich dazu nicht mehr sagen.

Unumstritten ist, dass der Anteil im mittleren Einkommenssegment anders ist als in anderen europäischen Ländern, hier meine ich in Teilzeitbeschäftigungsformen zu arbeiten, ist in Österreich sehr hoch, (Dritter Präsident: „Zum Schlusssatz bitte!“) ja, und nicht nur die Wirtschaft, sondern auch den Sozialstaat Österreich vor große Herausforderungen stellt. Aber ich bezweifle dennoch, dass dieser in diesem Antrag geforderte Vollzeitabsetzbetrag hier der richtige arbeitsmarktpolitische Anreiz sei, um Leute wieder in die Vollbeschäftigung zu motivieren. Der Dringlichkeit wird nicht stattgegeben. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Ulrike Schwarz. Bitte!

Abg. **Schwarz:** Sehr geehrter Herr Präsident Binder, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Das, was uns begegnet in der Gesellschaft derzeit und auch in meinem Familienumfeld ist so diese Herausforderung Arbeit, die ich gerne mache, mit Freizeit und Familienarbeit in Einklang zu bringen. Also nicht immer nur zu sagen, Arbeit und Freizeit,

sondern wirklich auch Arbeit, Freizeit und Familienarbeit und das gerecht aufgeteilt und nicht nur einmal im Jahr am Frauentag darüber zu reden, sondern 365 Tage darüber zu reden, dass alle in der Familie einen gerechten Beitrag leisten für die Arbeit. Ich möchte da auch einfach hinstellen, das Recht der Männer auch auf Carearbeit.

Warum heißt es da heraußen, na die Frauen machen halt die Pflegearbeit, ja aber auch die Männer. Und ich weiß, auch einige Söhne machen sie, dürfen sie und sollen sie auch machen, weil hier das ein ganz entscheidender Punkt ist. (Beifall) Wenn ich von dem Thema Arbeitskräftemangel rede, dann kriege ich immer so Aussagen, die einen Vollzeit sind die Braven, die Vollzeit arbeiten, die kriegen einen Bonus, die was Teilzeit arbeiten sind halt ein bisschen die Bösen oder die wollen wir nicht so gern haben, weil die schaden ja unserem Arbeitsmarkt, die kriegen Abschläge. Ich glaube, das ist eh dann zurückgerudert worden, aber das ist natürlich in der Diskussion draußen, Kollegin Angerlehner, es ist so, draußen in der Diskussion haben wir diese zwei Pole, was diskutiert werden.

Was wollen wir, was wollen wir Grüne, und ich glaube, da sind wir uns auch hoffentlich alle einig. Es braucht ordentliche Arbeitsbedingungen, dann gehen alle gern arbeiten, dann nutzen sie auch die Möglichkeiten aus, die sie neben Familienarbeit und Freizeit noch haben, auch nutzen können. Wir brauchen lebensphasenorientierte Zeitmodelle, es ist angesprochen worden heute schon. In der Jugend will man sich irgendwas ansparen und so weiter, ja warum kann man sich nicht Stunden ansparen? In der Gesundheitsholding, ist heute schon erwähnt worden, gibt es die Zeitwertkonten, die werden angespart. Das ist genau das, wenn ich dann einmal vielleicht kurze Zeit als Mann oder als Frau Pflegearbeit machen muss, Betreuungsarbeit, dann kann ich aus diesem Guthaben profitieren, auch im Alter noch.

Und genau diese lebensphasenorientierten Zeitmodelle und die Betriebe, die das einführen, die genau diese Flexibilität auch schaffen, Vier-Tage-Woche und so weiter, die haben momentan nicht die großen Herausforderungen, Personal zu bekommen. Schauen wir doch dorthin, wo funktioniert es denn gut? In der letzten Woche hat es einen Beitrag gegeben, einen spannenden, wo genau das ausgegeben worden ist.

Rahmenbedingungen, dass ich gut und gesund arbeiten kann, dass ich nicht sage, ich arbeite nur 20 Stunden, weil sonst schaffe ich meine Arbeit daheim nicht mehr, sondern ich arbeite 30 Stunden, und ich habe dann auch noch Lust, daheim die Arbeit zu machen, weil ich sie miteinander mache mit meinem Partner, dann ist das, glaube ich, eine riesengroße Chance für beide Seiten und auch für das Familienleben und das Gesellschaftsleben.

Rahmenbedingungen zu schaffen, dass ich gesund am Arbeitsplatz bin, dass ich nicht ausgelaugt bin, dass ich nicht überfordert bin, bringen mir auch dann mehr Jahre in der Pension. Dann gehe ich eben wirklich von einem Arbeitsplatz in die Pension. Mehr als oder um die 50 Prozent der Frauen gehen nicht regulär vom Arbeitsplatz, vom Erwerbsleben in die Pension. Das ist ja ein Wahnsinn, die täten es aber gern, haben die Möglichkeiten oft nicht. Und genau da müssen wir ansetzen, gesund am Arbeitsplatz muss einfach das oberste Thema sein.

Und zu diesem Antrag, dem wir einfach nicht zustimmen können, weil das natürlich, und es ist schon angesprochen worden, natürlich Männern mit einem hohen Einkommen mehr nutzt, erstens haben wir mehr Männer, die in Vollzeit sind, weil sie immer noch weniger Carearbeit machen daheim, das ist einmal Faktum und dann haben die natürlich auch höhere Einkommen, wo es mehr bringt. Ich glaube, da braucht es andere Ansätze. Einige davon habe ich versucht anzusprechen. Ich glaube, wenn wir das gemeinsam wollen, den Arbeitsmarkt

neu denken, den Arbeitsmarkt in Zusammenhang auch mit Familie und Freizeit zu denken, dann glaube ich, haben wir Riesenschritte für einen guten Arbeitsmarkt, für super Arbeitskräfte, die gern gehen, die mit Begeisterung dabei sind.

Und ich muss ja lachen, vor ein paar Jahren, ich glaube, das war in der zweiten Regierungsperiode, wie ich da war, also in der zweiten Legislaturperiode, wie ich im Landtag war, haben wir einmal so überlegt, was gibt es denn für Anreize, damit Frauen wieder mehr in die Arbeit gehen neben der Kinderbetreuung? Und da waren Überlegungen mit Viktor Sigl damals, nun ja, bieten wir in den Betrieben so eine Unterstützung an. Jetzt gibt es viele Betriebe, die bieten an, dass sie Essen mit heimnehmen können. Und seitdem das zum Beispiel im Krankenhaus passiert, können wieder ein paar Frauen mehr Stunden arbeiten, und auch Männer arbeiten ein paar Stunden mehr, weil sie dann eben das Essen mit heimnehmen können und nicht noch kochen müssen daheim.

Oder es gibt ein Putzservice, also ein Bügelservice und solche Dinge. Die sind oft ganz praktisch, und ich weiß, dass es viel Betriebe gibt, die genau das machen, weil sie sagen, uns ist das Umfeld auch im privaten und im Freizeitbereich für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter so wichtig, darum setzen wir auf ein soziales Miteinander im Betrieb, und die bekommen auch Arbeitskräfte auch mit mehreren Stunden. Danke! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete! Ich erteile nun dem Abgeordneten Aigner das Wort und stelle fest, dass er als Letzter zu diesem Tagesordnungspunkt zu Wort gemeldet ist. Wir kommen danach zur Abstimmung.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Herr Landesrat, liebe Kollegen im Landtag, werte Zuhörer auf der Galerie und liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Wir haben es heute eh schon mehrfach gehört, ja, viele Frauen arbeiten in Teilzeit, das ist der Kinderbetreuung geschuldet, aber auch nach der Kinderbetreuung, nach der Zeit der Kinderbetreuung arbeiten viele Frauen in Teilzeit, und zwar freiwillig, und für uns von der MFG ist die freie Entscheidung das Wichtigste, was ein Mensch überhaupt hat, dass er die Wahl treffen kann. Die Frauen sitzen aber nicht daheim und machen nichts, sondern die betreuen trotzdem sehr oft auch Kinder, nämlich dann bereits die Enkelkinder oder sie übernehmen die wertvolle Aufgabe und arbeiten in der Pflege, weil sie Eltern oder Schwiegereltern pflegen.

Wenn wir jetzt mit einem Bonus diese Menschen in Jobs holen, dann gehen uns in den Betreuungseinrichtungen noch mehr Arbeitskräfte und Fachkräfte ab und in der Kinderbetreuung, als wir sowieso das Problem schon haben. Das heißt, wir hätten keine Problemlösung, sondern eine Verschärfung oder maximal eine Verschiebung. Laut verschiedenen Zeitungsberichten ist es aber auch so, dass auch immer mehr Männer in Teilzeit arbeiten und auf Nachfrage, warum das so ist, kommt bei vielen Umfragen heraus, dass sie einen Wert legen auf die sogenannte Work-Life-Balance oder sie wollen das Leben genießen. Wenn wir uns ehrlich sind, und junge Menschen nicht in die Arbeit gehen wollen, aber trotzdem ein Auskommen haben, dann ist das vielleicht einfach ein Wohlstandsproblem, was wir heute diskutieren.

Wenn ich so in die Runde schaue, sind wir halt grundsätzlich in einem Alter, wo wir es noch gewohnt sind oder kennen, dass unsere Eltern eher mehr als 40 Stunden arbeiten, weil es auch in einer Aufbaugeneration war und wir das so gesehen und gelernt haben. Die Zeiten haben sich vielleicht aber auch dementsprechend geändert. Und ja, wenn ich weniger arbeite oder weniger Stunden, habe ich weniger Beitragsgrundlage zur Pensionsversicherung und

das verschärft dann die Situation im Alter, im Bereich der Altersarmut, weil ich weniger Pension kriege.

Das kann man aber auch mit einer Bewusstseinskampagne vielleicht in den Griff kriegen, dass man den Menschen mitteilt, heute arbeiten für morgen. Das heißt, dass die Leute mit einer Kampagne wirklich auch ins Bewusstsein bekommen, dass man, wenn man weniger arbeitet, weniger einzahlt, die Kontogutschrift am Pensionskonto weniger ist und man dann in der Pension auch weniger kriegt. Wie erfolgreich man kampagnisieren kann, hat man in den drei Pandemie Jahren gesehen. Die Impfkampagnen laufen ja noch immer. Das heißt, man kann mit einer österreichweiten Kampagne wirklich jeden einzelnen Menschen auch erreichen. Wenn wer sagt, das geht nicht, die letzten drei Jahre haben es bewiesen, wenn man will, geht das.

Ja, rechnet sich mehr arbeiten gehen für Mütter auch? Muss man überlegen. Es kostet die Kinderbetreuung was, Kindergarten ist umsonst, aber die Fahrt dorthin ist zu bezahlen, die Nachmittagsbetreuung kostet was. Man muss ein Auto anschaffen. Das Auto kostet Geld. Das Auto braucht Sprit. Das Auto braucht Versicherung. Wir haben Kosten für außerschulische Kinderbetreuung, und man darf nicht vergessen, und das erlebe ich in meinem persönlichen privaten engen Umfeld, es ist ein gewisser Stress für die Mutter, die als erwachsener Mensch vielleicht noch gut damit umgehen kann, aber insbesondere auch fürs Kind, in der Früh schnell aufstehen, in der Früh schnell anziehen, in der Früh schnell in den Kindergarten, dass die Mama in die Arbeit kann, die Mama hat einen Stress, dass sie um halb zwölf oder zwölf wekommt, weil um halb eins spätestens müssen die Kinder zum Beispiel weg sein, weil sie dann nicht mehr betreut sind. Also das darf man auch nicht vergessen.

Ich habe gelesen vor ein paar Tagen im Teletext, ich bin ein Verfechter des Teletexts, ich kann euch nur einladen, dass ihr da ab und zu reinschaut, es gibt eine stille Reserve von 39.000 Frauen. Stille Reserve, haben sie es dort bezeichnet, das sind Frauen, die arbeiten wollen, aber nicht aktiv suchen. Jetzt ist die Frage, wie sprechen wir die an? Mit Geld, mit einem Bonus offensichtlich nicht, sonst würden sie suchen. Da muss man sich was anderes überlegen.

Im Antrag ist auch angeführt, dass vor allem Jüngere und Kinderlose profitieren von dem Bonus, die ohnehin viel arbeiten, mehr als Vollzeit, und die dabei sind, sich eine Existenz zu schaffen. Naja, wenn man denen einen Steuerfreibetrag gibt, dann haben die mehr Netto vom Brutto, das ist richtig, wird aber den Fachkräftemangel nicht entschärfen, weil die ohnehin schon ganztags arbeiten. Es ist halt im Bereich des Aufbaus, im Vermögensaufbau und für die Zukunft für diese Menschen gut, aber glaube ich zielt nicht darauf ab, den Fachkräftemangel zu entschärfen.

Ich habe es heute eh schon einmal gesagt an anderer Stelle, einen Absetzbetrag mittels Gießkanne können wir auch nicht befürworten. Es ist da besser, wenn man einen Absetzbetrag schon einführt, dass man den auch einschleift nach oben hin, weil nicht jeder muss viel arbeiten, dass er viel verdient. Es gibt auch Menschen, die mit normaler Arbeitszeit oder mit weniger Arbeitszeit viel verdienen, die brauchen den Bonus nicht, und auf der anderen Seiten soll, wie einer meiner Vorredner gesagt hat, wo der Bonus nicht 1.200 sondern nur 200, 400 oder 600 Euro sind, dazu führen, dass man eine Negativsteuer bekommt mit diesem Absetzbetrag, wenn man ihn schon einführt.

Das Ganze würde dem sogenannten wirtschaftlichen Leistungsfähigkeitsprinzip entsprechen. Das heißt, wer viel verdient, kann es sich leisten, dass er zur Gesellschaft viel beiträgt und auf jedem Fall ist er auch verpflichtet, jene, die nicht so viel verdienen, zu entlasten. Grundsätzlich

sind aber wir der Meinung, dass dieser Vollzeitbonus ins Leere geht beziehungsweise die falschen Menschen begünstigt. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 451/2023, Initiativantrag betreffend Vollzeitbonus-Vollzeit muss sich wieder lohnen, zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist. Ich weise die Beilage 451/2023 dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberatung zu.

Wie die Frau Schriftführerin ebenso angekündigt hat, schlagen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner der Beilage 452/2023 vor, diese keinem Ausschuss zur Vorberatung zuzuweisen. Bei dieser Beilage handelt es sich um den Initiativantrag betreffend Maßnahmenpaket gegen den Fachkräftemangel in der Energiebranche. Hierzu ist ein Geschäftsbeschluss des Landtags erforderlich. Ich eröffne über den Antrag, ob dieser Beilage die Dringlichkeit zuerkannt werden soll, die Wechselrede, und zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Margit Angerlehner bitte!

Abg. Bgm. **Angerlehner:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, geschätzter Herr Landesrat, liebe Zuhörer und Zuhörerinnen auf der Galerie und Zuhause, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ich darf den Dringlichkeitsantrag zum Thema Fachkräftemangel in der Energiebranche einbringen, und sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, es ist wirklich schön, dass wenn es um den Wirtschaftsstandort Oberösterreich geht und um deren Energiewende, zu sehen, dass wir hier alle an einem Strang ziehen und zusammenarbeiten über alle Parteigrenzen hinweg, und dafür darf ich mich auch an dieser Stelle einmal ganz offiziell bedanken. (Beifall)

Denn das hat sich unser Wirtschaftsstandort auch verdient, denn nicht umsonst wird man einfach so das Ausbildungsland Nummer eins in diesem Land mit fast 23.000 jungen Menschen, die jetzt eine Ausbildung zum Facharbeiter oder zur Facharbeiterin bekommen in gut 5.000 Ausbildungsbetrieben. Ich glaube, den Stellenwert, den haben wir noch nie so sehr erkannt wie jetzt. Diese Betriebe bieten für die Zukunft dieses Landes was, sie übernehmen Verantwortung und bilden auch für alle anderen Betriebe aus, die diese Ausbildungsform nicht wählen, und das brauchen wir in Zukunft ganz, ganz bestimmt.

Und wir sind auch das Industriebundesland Nummer eins, das oftmals so verteufelt wird, aber die Industrie ist einfach der Motor der heimischen Wirtschaft, und sie ist ein Garant für den Wohlstand in unserer Bevölkerung, und da müssen wir auch die Industrie mitnehmen in der Energiewende. Und Oberösterreich ist auch ein Innovations- und Technologie-Bundesland, und das werden wir brauchen, damit wir auch weiterhin wettbewerbsfähig sind, und damit wir auch die Technologien bekommen, die wir ja brauchen, um die Energiewende zu schaffen.

Und dafür, dass wir das alles sind, hat es massive Anstrengungen gebraucht in den Unternehmen, aber auch, und das darf nicht zu kurz kommen, auch bei deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die vor große Herausforderungen gestellt worden sind und diese auch gemeistert haben. Dafür auch von dieser Stelle einen herzlichen Dank an all diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Zeit. (Beifall)

Aber diese Kraftanstrengungen, die werden wir auch beim Thema Energie brauchen, um diese von uns allen angestrebte Energiewende auch zu schaffen. Da braucht es auf der einen Seite

den Willen der Politik, um die gesetzlichen Rahmenbedingungen herzustellen, und da braucht es die Technologien, die ich schon angesprochen habe, und es braucht natürlich das geeignete Fachpersonal.

Das haben wir momentan nicht in ausreichender Zahl. Wir reden von Rekordbeschäftigung, wir reden davon, dass wir über 700.000 Menschen in Beschäftigung gehabt haben. Das ist wahnsinnig viel, aber sie sind uns zu wenig. Und wenn man ganz genau darauf hinschaut, sehen wir, dass wir trotz Rekordbeschäftigung wesentlich weniger geleistete Arbeitsstunden haben als noch in den letzten Jahren.

Also wesentlich mehr Leute leisten weniger Arbeitsstunden. Das wird sich nicht ausgehen. Und wenn wir darauf schauen, dass, wenn jetzt eine Person in Pension geht, diese nur mehr durch eine halbe ersetzt werden kann, wird sich das auch nicht ausgehen, und deswegen brauchen wir flexible Lösungen.

Wir brauchen Anreize zum mehr Arbeiten, wir brauchen Anreize zum länger Arbeiten, und meiner Meinung nach keine Arbeitszeitverkürzung. Ich bin sehr, sehr froh, dass wir vor Jahren schon diesen Pakt für Arbeit und Qualifizierung geschaffen haben, denn da haben wir ein Instrument geschaffen, das dem Facharbeitermangel schon lange zuvor entgegengewirkt hat.

Und wir müssen diese weiterentwickeln, wir müssen sie weiterführen, und da brauchen wir eben auch den Bundesgesetzgeber, denn die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen möchten flexible Arbeitszeitmodelle. Arbeit und Privates verschmelzen. Das haben wir gesehen bei den ganzen Homeoffice-Lösungen. Und wir brauchen dazu wahrscheinlich neue Ausbildungsmodelle.

Umschulungen und Qualifizierungen werden weiterhin wichtig sein. Ich bin der Meinung, dass in diesem Land jeder Mensch eine Zukunftsperspektive in seinem Job haben muss. Und was braucht es natürlich auch? Es ist heute schon tausend Mal angesprochen worden, und wenn ich da vorne stehe, wird es immer angesprochen, natürlich auch die Frauen, denn wir wissen, dass wir auf dieses Potenzial nicht mehr verzichten können.

Wir brauchen da nicht nur Förderungen und Maßnahmen im Erwachsenenalter oder im jugendlichen Alter. Nein, wir müssen wirklich ganz klein anfangen, im Kindergarten. Es ist immer schön zu sehen, und auch herzlichen Dank, Frau Landesrätin für das Tape Kinder erleben Technik, wie sich die Mädchen anstellen bei den Projekten, auch Technik zu erleben.

Da sind sie gleich neugierig wie alle Buben, und irgendwann wird diese Neugier aberzogen, und dann wundern wir uns, wenn in den MINT-Fächern auf einmal keine Mädchen mehr auftauchen. Da müssen wir früher anfangen. Genauso ist es bei den Green Jobs. Die OECD sagt, jeder fünfte Job in Österreich ist grün, aber nur unter einem Viertel, in Wahrheit sogar nicht einmal ein Viertel, sind davon Frauen.

Aber wir brauchen sie alle. Alle sollen die gleichen Chancen haben, und ich bin genauso der Meinung, dass wir alle einen Bedarf, wo der Bedarf da ist an Kinderbetreuung, dass er gedeckt werden muss. Und ich rede hier vorne nicht einfach so, sondern ich mache das auch in meiner Gemeinde.

Ich fange heuer an, Einjährige zu nehmen, weil eben das kürzere Modell der Karenz mit zwölf Monaten ist, und das machen wir auch. Wir Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, muss ich sagen, machen das auch, um die Vereinbarkeit dann auch zu geben (Dritter Präsident: „Zum

Schlussatz bitte kommen!“) Ja. Ich weiß, dass ich, wenn ich zu diesem Thema spreche, immer zu lange werde.

Wenn wir diese Facharbeiter nicht haben, dann müssen wir sie eben aus dem Ausland hereinholen, nämlich in qualifizierter Art und Weise, mit Erleichterung der Rot-Weiß-Rot-Card. Ich sage noch eine Zahl mit, die muss ich noch nennen. Seit der letzten Reform sind da wirklich große Auswirkungen zu sehen.

Wir haben im Jahr 2022 6.182 Karten vergeben. Ein Jahr zuvor, vor der Reform, war es nicht einmal die Hälfte. Also hier haben wir wirklich schon Großartiges geleistet. (Dritter Präsident: „Jetzt aber wirklich!“) Ja. Letzter Punkt, Wirtschaft sind wir alle. Das darf man nicht auseinanderdividieren. Gestalten wir gemeinsam diese Wirtschaft, stärken wir unsere Wirtschaft und ziehen gemeinsam an einem Strang. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Als Nächster zu Wort ist Klubobmann Eypeltauer, bitte!

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke, Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, Frau Landeshauptfrau, Herr Landesrat, liebe Bürgerinnen und Bürger, Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, die Energiewende, die muss passieren, die muss auch wer machen. Die muss man nicht nur finanzieren, sondern die muss auch wer bauen, konstruieren, montieren, warten und reparieren.

Die Menschen, die das tun, das sind Fachkräfte, die wir derzeit bei Weitem nicht in ausreichender Zahl haben. Der Bedarf wird weiter dramatisch steigen, während das Angebot an Fachkräften, wie es derzeit aussieht, nicht in derselben Dramatik steigen wird. Deshalb müssen wir als Politik Maßnahmen setzen und uns anstrengen.

Es gibt drei Tangenten, wenn man zitieren darf den jetzt ehemaligen AMS-Geschäftsführer in Oberösterreich, die wir hebeln können, um den Arbeitskräftemangel, den Fachkräftemangel in den Griff zu bekommen. Das Thema Frauen, das Thema Teilzeitquote und das Thema Migration, und in allen drei Bereichen und in noch mehr Bereichen beschäftigen wir uns auch mit dem Thema Fachkräftemangel in der Energiebranche.

Wir haben hier jetzt vorliegend einen Entschließungsantrag an die Bundesregierung, wo es um die Schaffung neuer, moderner, flexibler Ausbildungsmodelle für Berufe geht, wo es um eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung und auch um Erleichterungen und Entbürokratisierungen bei der Rot-Weiß-Rot-Karte geht, also immer dann, wenn Unternehmen qualifizierte Fachkräfte aus dem Ausland nach Österreich holen wollen.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, als Oberösterreichischer Landtag mit allen Vertretern der Klubs hier einen gemeinsamen Entschließungsantrag auf den Weg zu bringen. Ich darf daran erinnern, dass ursprünglich die Initiative von uns NEOS in Form eines dringlichen Antrags, Klammer auf, normale Anträge kann ich ja nicht einbringen, gekommen ist, und jetzt über die Ausschussdebatte heraus eben hier heute dieser Beschluss stattfinden wird.

Es freut mich, dass es möglich ist, mit konstruktiver Oppositionsarbeit auch eine Mehrheit oder auch eine Einstimmigkeit zu erzielen, vielleicht ja auch noch ein andermal oder öfter, und dass wir eben hier einen Allparteiantrag vorliegen haben. Warum ist das wichtig? Vielleicht ein paar Sätze noch.

Der Arbeits- und Fachkräftemangel bremst nicht nur das Wachstum unseres Wirtschaftsstandortes, er bremst ja vor allem auch die Innovationskraft unseres Wirtschaftsstandortes, und genau die brauchen wir, wenn wir die Energiewende, wenn wir den Kampf gegen den Klimawandel wirklich entschlossen und kraftvoll angehen wollen.

Das ist insbesondere in einem Industriebundesland wie Oberösterreich, in dem wir alle, in dem unser Wohlstand, in dem unsere soziale Sicherheit und unser sozialer Frieden davon abhängig ist, wie gut es unserer Wirtschaft geht, eben davon profitieren, dass hier etwas weitergeht. Der Fachkräftemonitor, den möchte ich noch zitieren.

Der zeigt für Oberösterreich ein schwieriges, ein hochproblematisches Szenario. Wir müssen derzeit, wenn wir so weitersegeln wie bisher, mit einem branchenübergreifenden Fachkräftengpass bis 2030 von 127.000 fehlenden Fachkräften rechnen. Das ist brutal. Deshalb ist es gut, wenn wir dem begegnen.

Das können wir nicht als Land alleine. Deshalb müssen wir uns auch an die Bundesregierung wenden. Wir haben derzeit, auch das noch eine wichtige Zahl, 13.300 offene Stellen im Bereich Green Jobs. Das sind zehn Prozent mehr als die gemeldeten offenen Stellen im Übrigen.

Wir müssen diese wichtigen Hebel im Arbeitskräftepotenzial, von denen ich vorher gesprochen habe, von denen das AMS schon laufend spricht, Frauenteilzeit und Migration, zusätzlich angehen. Die Debatten dafür zeichnen dieses hohe Haus jetzt seit mehr als einem Jahr aus. Wir reden viel und oft und völlig zu Recht, wie die Kollegen vorher, über das Kinderbetreuungsangebot.

Wir reden viel und oft und völlig zu Recht auch immer wieder darüber, ob und inwieweit sich Leistung eigentlich lohnt, und wie wir es schaffen können, dass sie sich mehr lohnt. Zuletzt, bei der Debatte zu unserem Landtag seitens NEOS, aber auch in anderen Debatten, und wir müssen über das Thema Migration reden.

Und ich möchte mit einem Appell schließen, wenn wir uns so einig sind hier als hohes Haus, von ganz rechts bei der FPÖ bis ganz links bei Grünen und SPÖ, dass wir den Fachkräftemangel mit konkreten Maßnahmen in den Griff bekommen müssen, und dass Migration, qualifizierte Zuwanderung auch ein Schlüssel ist, dann möchte ich Ihnen nur eines sagen. Unnötige, überspitzte, fremdenfeindliche Äußerungen, wie sie eben heute auch wieder von der FPÖ und unter Schützenhilfe auch von der ÖVP gekommen sind, die nützen unserem Wirtschaftsstandort nicht.

Die helfen unseren Industriebetrieben, unseren IT-Betrieben nicht dabei, Menschen aus dem Ausland, die qualifiziert sind, davon zu überzeugen, hierher zu kommen, hier ein Leben zu starten, hier eine Familie zu gründen, sondern die schaden unserem Standort.

Deshalb kann ich euch das nur ins Stammbuch schreiben und appellieren, im Sinne des Wohlstandes, im Sinne des sozialen Friedens, im Sinne der Chancen für den Industrie- und Wirtschaftsstandort, davon künftig abzusehen, hier SnU, strategisch notwendigen Unsinn, aus eurer Sicht wahrscheinlich in Form von fremdenfeindlichen Äußerungen, abzufeuern.

Das bringt uns allen nichts. Das schadet uns nur. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke! Als Nächstem erteile ich dem Abgeordneten Hans Karl Schaller das Wort, bitte!

Abg. **Schaller:** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, bis 2030, so der Plan der Regierung, soll laut Plan der Regierung Österreich seine Stromversorgung vollständig aus erneuerbaren Quellen decken und damit die Emissionen um 55 Prozent gesenkt werden.

Das ist eine Challenge, denn der Mangel an Fachkräften trifft derzeit viele Branchen und setzt damit die gesamte österreichische Volkswirtschaft massiv unter Druck. Die Generation Babyboomer setzt sich ja jetzt zusehends zur Ruhe, und die Suche nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ist zu einer Herausforderung geworden, die uns wohl noch länger beschäftigen wird.

Warum der Antrag? Insbesondere bei den sogenannten Klimajobs fehlt es massiv an qualifiziertem Personal. Doch es ist gerade dieser Sektor, der für die Erreichung der Klimaziele und die Unabhängigkeit von Energieimporten nach Österreich unverzichtbar ist. Derzeit sind etwa 200.000 Beschäftigte in der Umweltwirtschaft tätig. Damit ist bereits jeder zwanzigste Job in Österreich ein sogenannter Green Job.

Nun stellt sich die Frage, welchen Mix aus Maßnahmen es braucht, um das bestehende Potenzial von bis zu 100.000 zusätzlichen Jobs für die Energiewende zu heben. 100.000 zusätzliche Jobs für nachhaltige Mobilitätslösungen, Stromerzeugung, Netzausbau, Gebäudesanierung, PV-Anlagen, Gebäudetechnik sowie die Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energie wie Wasserstoff oder durch den Umbau vorhandener Heizsysteme.

Und die damit einhergehende Digitalisierung verändert beziehungsweise erweitert auch die Berufsbilder, die für Energieversorgungsunternehmen erfüllt werden müssen. Ein Lösungsansatz, wie im vorliegenden Antrag angeführt, ist die Stärkung der Lehre, und zwar durch die parallele Ausbildung. In Betrieben und Berufsschulen werden ja junge Menschen exzellente Könnern, nicht nur in der Theorie, sondern sie sind bereits nach der Lehrausbildung echte Praktiker und Spezialisten.

Da die Aufgaben immer komplexer werden und die Anforderungen steigen, braucht es ständig neue Ausbildungsmodelle beziehungsweise Ausbildungsinhalte mit einer ständigen Evaluierung und Anpassung auf die neuen Erfordernisse. Von Unternehmen nachgefragt wird Wissen und Know-how am letzten Stand mit einem breiteren Basiswissen in verwandten Bereichen, denn viele Berufsbilder fließen durch die Digitalisierung mehr und mehr ineinander über.

So gilt heute, jedem Mechaniker sein Elektronikwissen, und jeder Kunststofftechnikerin, jedem Kunststofftechniker ihre Metallkenntnisse, jedem Bauarbeiter sein Energiesparwissen. Zusammengefasst, der Qualifizierungsbedarf steigt enorm. Ich darf dabei darauf hinweisen, dass die Lehrausbildung in diesen Berufsgruppen vier Jahre dauert, und wenn der Facharbeiter männlich ist, mit Bundesheer oder Zivildienst erst in fünf Jahren zur Verfügung steht.

Das muss man immer mitdenken, wenn man darüber redet, vom Fachkräftemangel. Ein klares Ja auch zur Umschulung für ältere und qualifizierte Beschäftigte. Ich bin oft sehr verwundert,

dass viele Betriebe es sich offenbar noch immer leisten können, über 50jährige Bewerber erst gar nicht zu einem Bewerbungsgespräch einzuladen.

Warum ich das weiß? Weil ich selbst jetzt ein paar Mal bei den Bewerbungsgesprächen bei uns im Unternehmen dabei war, und bei uns sind über 50jährige mit dem richtigen Know-how, mit dem richtigen Fachwissen, mit der richtigen großen fachlichen Expertise herzlich willkommen, denn sie haben auch eine sehr hohe Loyalität.

Dazu braucht es eine eigene Productiv aging Förderung für ältere, bessere und erfahrene Arbeitnehmer durch das Wirtschaftsressort in Oberösterreich. Landesrat Achleitner hat das angeboten, hat gesagt, das Geld ist dafür da. Es geht nur mehr darum, die Potenziale aufzuheben, abzuschöpfen. Also ich bin da sehr zuversichtlich, dass wir da etwas zusammenbringen.

Abschließend darf ich noch einmal den Vereinbarkeitsindikator für Familie und Beruf, kurz VIF, ansprechen. Wir brauchen eine qualitätsvolle elementare Kinderbetreuung. Das ist unabdingbar, sowohl für die Kinder als auch für die Eltern, und hier gibt es in unserem Land einen Nachholbedarf, damit die Vereinbarkeit zwischen Beruf und Familie lebbar ist.

Das heißt, ausreichend qualifiziertes Personal, mindestens 45 Stunden von Montag bis Freitag geöffnet, vier Mal pro Woche mindestens 9,5 Stunden täglich geöffnet, ein Angebot an Mittagessen, und dass man das nicht länger zusperrt als maximal fünf Wochen im Jahr.

Da haben wir Aufholbedarf. Das muss sich ändern. Ich bin da sehr zuversichtlich. So können wir Frauen, wenn sie auch dieselben Chancen am Arbeitsmarkt haben wie Männer, bekommen. Ich bin da sehr zuversichtlich zum Pakt Kinderland Oberösterreich, was wir da gehört haben in der Pressekonferenz. Das ist der richtige Schritt.

Jetzt brauchen wir das Ganze nur belegen. Jetzt müssen wir nur mehr beweisen. (Dritter Präsident: „Schlusssatz bitte!“) Schlusssatz, jawohl. Meine Damen und Herren, zusammengefasst, Oberösterreich braucht eine Gesamtstrategie zur Fachkräftesicherung, denn ohne qualifizierte Fachkräfte gibt es auch keine Energiewende. In diesem Sinne, danke für eure Aufmerksamkeit. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke auch. Als Nächstem darf ich dem Abgeordneten Aigner das Wort erteilen.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Mitglieder der Landesregierung und des hohen Hauses, geschätzte Zuhörer auf der Galerie, liebe Menschen aus und in Oberösterreich! Ja, fraktionsübergreifend ist der Antrag, und ich glaube, ich bin der einzige da herinnen, der ihn nicht mitunterzeichnet hat, und darum möchte ich mich hier heraußen euch jetzt erklären, was ich da für Bedenken gehabt habe, oder was für mich da unausgegoren ist.

Ja, in der PV-Branche fehlen offensichtlich bis zu 60.000 Arbeitnehmer. Die fehlen aber in anderen Branchen auch, und für mich ist eben jetzt das Bedenken, wenn man vermehrt die PV-Branche und die ganze Branche rund um Klima und Energie bevorzugt behandelt, dass man den anderen Branchen wehtut, und dort den Arbeitskräfte- oder Fachkräftemangel zusätzlich noch verschärft.

Ich habe mir dazu die Arbeitsmarktdaten vom AMS angeschaut, vom Februar 2023, also letzten Monat. Da haben wir in Oberösterreich um 2.362 Menschen mehr Arbeitssuchende als

es offene Stellen gibt. Das mag aber auch einfach mit der Saisonarbeitslosigkeit zusammenhängen, im Bau- und Baunebengewerbe, weil die Leute auf gut Deutsch stempeln sind, weil es heuer nicht ganz so viel Kurzarbeit gibt wie in der Vergangenheit.

Wenn man sich Sommermonate anschaut im letzten Jahr 2022, waren im September in Oberösterreich um 10.000 Stellen mehr ausgeschrieben, als es Arbeitssuchende gegeben hat, quer durch die Bank, nicht nur in der PV-Branche. Und selbst im März 2022, also jetzt vor einem Jahr, waren 8.600 Stellen mehr ausgeschrieben als Arbeitssuchende.

Das heißt, wir nehmen vielen Branchen unter Umständen Arbeitskräfte weg mit diesem Antrag. Das ist einmal ein Bedenken, dass sich mir nicht zerstreut hat. Abgezogen bei dieser Berechnung, wer nachrechnet, habe ich die Langzeitarbeitslosen. Da weiß ich von den Institutionen, dass diese leider Gottes zu gesund für die Pension und zu krank zum Arbeiten sind.

Das heißt, die können wir, glaube ich, auch streichen, bei den Bestrebungen, dass man sie in den Arbeitsprozess integriert. Dann steht im Antrag drinnen, dass jene Migranten, die sich zu Recht im Lande befinden, integriert werden sollen. Was mir komplett abgeht, sind die EU-Bürger.

Wir haben als eines der Grundrechte der Europäischen Union die Arbeitnehmerfreizügigkeit. Das heißt, jeder EU-Bürger kann arbeiten in der Europäischen Union, wo er will. Warum heben wir nicht dieses Potenzial? Es gibt in europäischen Ostländern eine hohe Arbeitslosigkeit und durchaus aber auch Fachkräfte.

Dann steht im Antrag, dass man jene Arbeitskräfte erreichen will, die aus Altersgründen aus dem Arbeitsprozess ausscheiden. In der Europäischen Union, meine Damen und Herren, haben wir 64 gesunde Lebensjahre. In Österreich haben wir lediglich 57 gesunde Lebensjahre.

Jetzt stelle ich mir das spannend vor, wenn wir dann mit Pensionsantrittsalter, mit Regelalter, ich nehme einmal vorweg auch die Anpassung der Frauen, somit 65 Jahren, sich dann in einen Handwerksberuf begibt, wenn man mit 57 Jahren statistisch gesehen offensichtlich so erkrankt, dass man regelmäßig ärztliche Hilfe braucht.

Das erschließt sich für mich nicht, wie man da den älteren Arbeitssuchenden oder den Menschen, die aus Altersgründen ausscheiden, wie man die sinnvoll integrieren kann. Und letzten Endes, der Herr Landeshauptmann hat es, glaube ich, heute schon erwähnt in einer Beantwortung einer mündlichen Anfrage, die Energiewende und die Klimawende, ist alles recht und schön.

Nur, während wir da, vereinfacht gesagt, feuchte Träume haben, dass wir das hinbekommen, werden jede Woche in China zwei Kohlekraftwerke gebaut. Das sind hundert im Jahr. China ist der größte Emittent von Treibhausgasen. Da können wir in Österreich jetzt nicht das Weltklima retten, indem wir mit dieser Initiative allen Branchen außerhalb des PV-Sektors aktiv Arbeitskräfte wegnehmen.

Das erschließt sich mir nicht, und darum habe ich diesen Antrag vermutlich als einziger des hohen Hauses nicht mitunterzeichnet. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke für die Erläuterungen. Als Nächstem darf ich dem Abgeordneten Kroiß das Wort erteilen.

Abg. **Kroiß:** Werter Herr Landeshauptmann, sehr geehrter Herr Präsident Binder, liebe Kollegen im Landtag!

Was lange währt, wird endlich gut! Das kann man hier bei diesem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag mit Fug und Recht behaupten.

Die dramatische Situation in der Energiebranche ist und war aber auch schon bei der Landtagsdebatte im Herbst 2022 unbestritten. Auch wir Freiheitliche bekommen beinahe täglich Meldungen und Beschwerden von Betroffenen auf den Tisch, die bei der Umsetzung ihrer Klima- oder Energieprojekte immer wieder daran scheitern, weil sie auch Schwierigkeiten mit den Netzbetreibern haben, weil sie mit den Fördermodalitäten des Umweltministeriums nicht zurechtkommen oder weil sie technisch oder bauliche Schwierigkeiten bei der Umsetzung einer ihrer nachhaltigen Energieprojekte haben.

Bei Letzterem ist oftmals auch der fehlende Fachkräftemangel in der Energiebranche schuld daran, und dass viele geplante Vorhaben letztendlich dann gar nicht mehr umgesetzt werden und wir so einmal Wertschöpfung in der Wirtschaft verlieren und bezüglich der Klimastrategie immer mehr in Verzug kommen, und folglich das Gelingen der Energiewende immer mehr bedroht wird. So ist es erst vor zwei Wochen in einem Standard-Artikel gestanden.

Die Branche sucht händeringend gut ausgebildete junge Menschen für offene Klima-Jobs. Die Lage am oberösterreichischen Arbeitsmarkt ist in dieser Hinsicht dramatisch. Liest man den letzten Arbeitsmarktbericht, dann gibt es 30.000 offene Stellen, die nicht besetzt werden können. Und wir haben das Thema Fachkräftemangel in den verschiedensten Belangen schon in den letzten Landtagssitzungen mehrmals debattiert und auch hier schon verschiedenste Maßnahmenpakete von der Bundesregierung eingefordert.

Ob das jetzt der Fachkräftemangel im pädagogischen Bereich ist, ob das der Fachkräftemangel im Gesundheitsbereich oder in der Pflege ist, oder ob das der Fachkräftemangel in der öffentlichen Verwaltung ist. Das kann man jetzt so weiter fortführen. Das alles haben wir hier im Landtag schon beraten und teilweise auch beschlossen. Und umgesetzt wurde von der Bundesregierung bis dato sehr wenig. Und ich gebe als Arbeiterkammerer dem Wirtschaftskammerpräsidenten Mahrer nur sehr selten recht, aber der hat gestern die Bundesregierung aufgefordert: Wir müssen vom Quatschen endlich ins Tun kommen, und damit hat er den Nagel auf den Kopf getroffen.

Und so ist es auch hier bei der zur heutigen Debatte stehenden Resolution, wo wir nach zahlreichen Diskussionen im Ausschuss, wo auch Experten vom AMS, von der Wirtschaftskammer und von Branchenkennern zu Wort gekommen sind, Lösungsansätze zusammengefasst haben und in dieser Resolution festgeschrieben haben. Wir freuen uns sehr über diesen Schulterschluss und hoffen, dass die Bundesregierung nun endlich Schritte setzt. Eine erste Handlungsanleitung hat sie mit dieser unserer Resolution in den Händen. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Dagmar Engl, und wir kommen anschließend zur Abstimmung.

Abg. **Mag. Engl:** Danke, Herr Präsident, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher, werte Regierungsmitglieder und geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Ja, auch ich oder wir freuen uns sehr, dass wir hier eine gemeinsame Initiative zustande gebracht haben. Und was mich ganz besonders freut, ich komme noch einmal auf mein Lieblingsthema zurück, dass wir auch weitere Aspekte eingearbeitet haben, die der Gleichstellung dienlich sind. Und darum möchte

ich mich auch in dieser Wortmeldung jetzt auf diese eingebrachten Punkte ein bisschen konzentrieren.

Anders gesagt, wir entdecken das Potenzial der Frauen in diesem Land. Und das Motiv dahinter, so viel sei mir kurz nach dem 8. März gestattet, ist vermutlich nicht immer ein zutiefst feministisches Anliegen, aber ich freue mich trotzdem, dass wir darüber reden, und darum lenke ich gerne den Scheinwerfer, wenn Sie so wollen drauf und versuche ein bisschen Sichtbarkeit herzustellen.

Apropos Sichtbarkeit im Zusammenhang mit Wirtschaft und wie sich Frauen in diesem Land angesprochen fühlen könnten. Ich habe eine Broschüre mitgebracht, weil ich mir gedacht habe, vielleicht machen wir das mal ein bisschen anschaulicher. (Abg. Mag. Engl zeigt eine Broschüre.)

Es gibt sehr viele hochkarätige Broschüren in Oberösterreich, die uns mit dem Thema Wirtschaft irgendwie vertraut machen sollen. Da sind ganz viele Dinge drinnen zum Thema Finanzen, zur Energiekrise, also alles, um was dieser Antrag geht. Aber auch da geht es um Demokratie. Wir reden heute noch über Demokratie. Aber was natürlich sehr, sehr auffallend ist, dass man in dieser ganzen Broschüre vergeblich nach Frauen sucht. Also es gibt eine Darstellung einer Frau, wer es findet, vielleicht gehen wir nachher miteinander auf einen Kaffee, das ist eine sehr eigenartige Darstellung, ansonsten sind ausschließlich Männer abgebildet, Männer erwähnt, Männernamen und Funktionen genannt. Das ist jetzt nicht schlimm per se, aber ich möchte das aufzeigen, woran es vielleicht auch scheitern könnte, dass sich Frauen in diesen Bereichen nicht angesprochen fühlen. Also ich sage es ganz ehrlich, wenn ich so eine Broschüre lese, schaue ich sie durch, schaue ich, ob ich mich irgendwie angesprochen fühle und lege sie wieder ein bisschen weg.

Wir haben jetzt schon ganz viel gehört zu den Herausforderungen, auch im Rahmen der Energiewende und Klimakrise. Und dass die Frauen ein Teil der Gruppe sein könnten, die wir animieren, auch mitzutun und ihre Leistung sozusagen zur Verfügung zu stellen. Sie sind aber, leider immer noch, systemisch von Spitzenfunktionen in Wirtschaft und Politik ferngehalten, und das ist schon ein bisschen ein Problem. Und darum freue ich mich sehr, dass man das heute, wo wir wirklich parteiübergreifend an einem Strang ziehen, das so diskutieren, dass ich die Hoffnung habe, dass wir künftig nicht mehr vergessen werden. Weil politisch debattiert, auch das Wort Wahlfreiheit ist heute schon sehr oft gefallen, haben wir sie natürlich, die Wahlfreiheit. Also auf dem Papier, aber de facto haben wir es nicht. Das haben wir heute auch schon gesehen.

Das ist nicht immer nur die Kinderbetreuung und die Kinderbildung, sondern das sind viele Aspekte, die da zusammenkommen, und ganz besonders der Knick der Familiengründung, also genau dieser Zeitpunkt im Leben von Familien, ist der, wo dann diese Schere auseinander geht, und wo es dann mit der Vereinbarkeit schwierig wird.

Aber ich möchte gerne auch hier noch einmal betonen: Ja, werte Männer in unseren Kreisen, die Debatte müsst ihr mit uns führen und auch aus eurer Perspektive heraus. Das ist die gute Nachricht. (Beifall)

Und ich möchte noch ganz kurz am Schluss auch noch einmal darauf hinweisen, wenn wir jetzt von Energie reden oder von der Energiebranche und von den großen Herausforderungen in der Klimapolitik und in der Klimakrisen-Bewältigung, dass wir uns vielleicht gemeinsam überlegen, wie wir auch mit Frauen in diesem Bereich umgehen? Und welche Bedeutung auch

Frauen in der Klimapolitik haben, wenn wir an unsere Ministerin zum Beispiel denken, oder an die sehr vielen Klimaaktivistinnen.

Das sind viele engagierte junge Frauen, die sich aus mehreren Beweggründen für dieses Thema massiv interessieren, aber nicht immer die Haltung oder denen nicht immer der Respekt entgegengebracht wird, den sie vielleicht brauchen würden, um auch zu sagen: Ich bin da wichtig, ich mache hier mit und ich engagiere mich.

Wir waren heute bei der Sorgearbeit. Frauen sorgen sich nicht nur um die Familien, sondern ums Klima, um die Zukunft, um die Zukunft ihrer Kinder und ihrer Enkelkinder. Und darum ist es ja so wichtig, dass wir alle Hebel in Bewegung setzen, um das auch wirklich gesamtgesellschaftlich hinzubekommen. Weil die Sorgearbeit, die gesellschaftliche Pflegearbeit, aber auch die gemeinsame Anstrengung, dass wir an unserem Klima und an dieser Bewältigung an unserer Umwelt arbeiten. Das ist ein gesamtgesellschaftliches Ding, und das müssen wir irgendwie hinkriegen, und wenn wir uns alle angesprochen fühlen, auch bei diesen typischen Frauendebatten und die Männer sich genauso beteiligen an diesen Herausforderungen, dann können wir auch, da bin ich mir sicher, gemeinsam über neue Arbeitsformen, Arbeitsbedingungen und natürlich über das Recht auf Teilzeit auch bei Männern diskutieren. Herzlichen Dank! (Beifall)

Dritter Präsident: Danke. Ich schliesse die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die der Dringlichkeit zur Beilage 452/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der Fraktion der MFG, mit Ausnahme von Abg. Aigner und die Abgeordneten der Fraktion der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Geschäftsantrag mehrheitlich angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Tagesordnung und somit zur aktuellen Stunde mit dem Thema „Proporz abschaffen, Kontrolle ausbauen, Demokratie stärken“. Ich erteile Klubobmann Severin Mayr als Sprecher des antragstellenden Klubs das Wort.

Abg. KO **Mayr:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen, liebe Besucherinnen und Besucher! Vorarlberg feiert heuer ein hundertjähriges Jubiläum. Die haben im Jahr 1923, also vor genau 100 Jahren, den Proporz abgeschafft.

Das ist nicht der Grund, warum wir diese aktuelle Stunde beantragt haben. Das werden die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger selbst in einem würdigen Rahmen, den sie sich aussuchen, begehen. Mir geht es nicht um dieses Jubiläum, sondern mir geht es darum, was in diesen hundert Jahren passiert ist. Was in den letzten 25 Jahren in Österreich passiert ist. Und was in den letzten zwei Jahren in Oberösterreich dazu alles passiert ist.

Nach dem Jahr 1923 war es in Österreich verhältnismäßig ruhig, was die Abschaffung des Proporzsystemes betroffen hat. Aber es ist in den letzten 25 Jahren ein Prozess in Gang gekommen, der fast alle Bundesländer, sage ich, dazu gebracht hat, dieses bestehende Proporzsystem, das es über Jahre gegeben hat, nicht nur zu hinterfragen, sondern schlicht und ergreifend abzuschaffen. Wir haben 1999 Tirol gehabt, Salzburg, Burgenland und die Steiermark 2005, und zum Schluss Kärnten 2017.

Selbst in Niederösterreich hat es vor circa 12, 13 Jahren Bestrebungen gegeben, das System zu ändern, ist dann gescheitert, aber man war schon fast so weit. Gut, Wien weiß man, dass die auf Grund der Bundesverfassung das nicht selbst ändern können. Dass sie den Bundesgesetzgeber brauchen. Bleibt noch ein Bundesland über. Das sind wir in Oberösterreich. Wir diskutieren das nicht, weil wir so gern diskutieren wollen, sondern weil wir es schlicht und ergreifend im 21. Jahrhundert für eine Notwendigkeit halten, dass ein modernes Bundesland wie Oberösterreich auch ein modernes politisches Regierungssystem hat. Dass ein modernes Bundesland wie Oberösterreich und auch die Menschen, die hier wohnen, sich ein modernes Regierungssystem verdient haben.

Ich sage auch ganz bewusst zu Beginn, dass der Proporz seine Berechtigung gehabt hat. Gerade bei Ereignissen des 20. Jahrhunderts, nach dem Zweiten Weltkrieg, bei kriegerischen Auseinandersetzungen, die nicht nur in Europa, sondern auch auf dieser Welt stattgefunden haben. Bei Ereignissen in Europa, wie Militärdiktaturen, wo natürlich danach alle zusammenarbeiten mussten. An einem Tisch gesessen sind, um ein Land wieder in die Demokratie zu führen. Aber wie hat der Politologe Professor Filzmaier vor kurzem in den oberösterreichischen Nachrichten gesagt: Aber mittlerweile schießen die Parteien nicht mehr aufeinander. Er hat damit ganz bewusst auch Oberösterreich aufgegriffen. Und aus der Geschichte haben wir, glaube ich, hoffe ich, alle gelernt. Aber wir sind mittlerweile in einer Zeit, wo das System, das seine Berechtigung gehabt hat, sich überholt hat.

Die Berechtigung hat es gehabt. Aber jetzt hätte ein neues System eine Berechtigung. Wir leben aktuell in einem politischen System, und da sind sich, glaube ich, auch die meisten hier herinnen einig, wo dieses natürliche Wechselspiel zwischen Macht und Kontrolle nicht in dem Maß funktioniert, wie es in einem modernen Land funktionieren müsste.

Und ich denke jetzt nur an die 25 Jahre circa zurück, die wir in Oberösterreich in diesem Landtag vertreten sind. Wir haben alle Varianten ausprobiert. Wir waren, wie wir in den Landtag gekommen sind, einmal einfach nur in Opposition ohne Regierungsmitglied. Wir waren damals übrigens für die Abschaffung des Proporztes. Wir haben es zwölf Jahre lang probiert. Erfolgreich probiert übrigens, in einer Regierung auch ein Arbeitsübereinkommen zu haben. Wir waren auch in der Zeit für die Abschaffung des Proporztes. Und jetzt haben wir uns noch die Variante angeschaut und wie ist es, wenn man in einer Regierung ist, aber gleichzeitig in Opposition auch ein bisschen ist. Wir haben in Oberösterreich nicht eine Regierung und eine Opposition. Wir haben ja eine Regierungsregierung. Wir haben eine Regierungsoption und wir haben eine Oppositionsoption mit völlig unklar verteilten Kompetenzen, Zuständigkeiten und vor allem in der Realpolitik völlig unklar zugeteilten Aufgaben und vor allem Kompetenzen.

Ich habe mir, nachdem ich die letzten 25 Jahre noch ein bisschen Revue passieren habe lassen, in den Zeitungsarchiven viele Artikel durchgelesen, und ich habe einen gefunden, der ist noch nicht einmal so alt, der ist aus dem Juli 2021, der exemplarisch darstellt, was das Problem ist. Warum wir, aus meiner Sicht, auch heute darüber sprechen müssen. Es war in den Oberösterreichischen Nachrichten am 20.7.2021 ein Interview mit dem heutigen Landtagspräsidenten Max Hiegelsberger. Das ist wahrscheinlich eher ein Zufall, dass es unseren jetzigen Landtagspräsidenten trifft. Aber ich finde, dieses Interview greift exemplarisch die drei Gründe auf, warum wir heute darüber reden müssen.

Es ist damals gefragt worden, ob die ÖVP sich vorstellen könnte, vom Proporz abzugehen. ÖVP hat damals gesagt, also Präsident Hiegelsberger hat damals gesagt: Wir sind nicht

grundsätzlich gegen eine Proporzabschaffung, wenn es die nötige Zweidrittelmehrheit im Landtag geben kann. Nur die ist nicht absehbar.

Das ist Mitte 2021. Die Zeit hat sich geändert, auch die SPÖ hat ihre Position geändert, wie ich finde mit einer sehr guten Begründung, auch aus vielen Erfahrungen heraus. Faktum ist, wir sind mittlerweile an einen Punkt gekommen, wo man sich nicht mehr auf das hinausreden kann, was die SPÖ will. Sondern mittlerweile haben wir ein Mehrheitsverhältnis in diesem Haus, wo es nicht mehr an der SPÖ liegt, ob es eine Zweidrittelmehrheit gibt, sondern wo es schlicht und ergreifend nur noch an der Österreichischen Volkspartei liegt. An der SPÖ kann man sich 2023 nicht mehr abputzen, auch wenn es in den vergangenen Jahren ganz gut funktioniert hat.

Das Interview geht dann aber weiter, und ich halte es für sehr, sehr interessant, weil es auch auf den Kern des ganzen Themas kommt. Die Interviewfrage ist, die Grünen sind für die Abschaffung, die SPÖ sagt, man kann darüber diskutieren. Damals war das auch ein bisschen schwammig formuliert, falls man zuvor die Oppositionsrechte stärkt. Die Antwort auf dieses Interview: Man kann das nur gemeinsam diskutieren. Die Minderheitenrechte und eine Änderung beim Proporz. Wir sind offen für Gespräche, war die Antwort vom heutigen Landtagspräsidenten Max Hiegelsberger.

Völlig richtig! Man kann es nur gemeinsam diskutieren. Wir haben das übrigens probiert, und zu dem komm ich später, dass wir das gemeinsam diskutieren.

Aber Faktum ist auch, wir haben es nicht diskutiert. Wir haben zu Beginn dieser Periode von den Grünen den Antrag auf einen Oö. Konvent, der die Abschaffung des Proporz beinhaltet, beantragt. Die Sozialdemokratie hat so wie wir auch in der Vergangenheit beantragt, dass Untersuchungsausschüsse Minderheitenrechte werden. Weil, kurzer Klammereinschub, wir ja das letzte Bundesland sind, wie alle wissen, wo die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses das Recht der Mehrheit ist. Aber das war nur der kurze Klammereinschub.

Wir haben heute auch dieses Thema deswegen in den Landtag geholt. Denn wir haben diese Verhandlungen darüber hinter verschlossenen Türen geführt im Unterausschuss. Wir haben diese Anträge alle nicht dringlich gestellt. Wir haben gesagt, starten wir diesen Prozess. Reden wir darüber. Was sind die Parameter, über die wir reden wollen? Und ich stelle ganz kurz dar, wie das in diesen Unterausschüssen abgelaufen ist. Es war am Anfang sehr konstruktiv. Dann sind wir an den Punkt gekommen, dass wir gesagt haben, holen wir uns die Expertise von der Zukunftsakademie. Wie kann so ein Prozess aussehen? Dann ist uns ein Konzept vorgelegt worden, und in diesem Prozess, der aus meiner Sicht auch unglaublich professionell aufgesetzt gewesen wäre, ist eine Frage zu Beginn gestanden. Könnt ihr euch auf das Spielfeld einigen, über das ihr diskutieren wollt, weil sonst hat dieser Prozess keinen Sinn?

Ich habe dann gesagt, was aus meiner Sicht geredet wurde, Proporzabschaffung, Minderheitsrechte und Öffnung des Landtags im Hinblick auf mehr Demokratie und bessere Einbindung der Bürgerinnen und Bürger. Kurze Frage an die anderen dann in dieser Runde, über was wollt ihr reden? Und dann war Funkstille. Es war einfach gar nichts. Dann hat es kurz gedauert, dann war die nächste Sitzung, und da haben dann ÖVP und FPÖ knappe 20 Minuten gebraucht, dass sie den Antrag auf einen Oberösterreich-Konvent, den Antrag, den Proporz abzuschaffen, den Antrag auf Untersuchungsausschuss als Minderheitenrecht und den Antrag auf Akteneinsicht für Abgeordnete, abgelehnt haben. Das war nicht dieses wir reden

miteinander, dieses viel zitierte Miteinander, das es in Oberösterreich doch angeblich gibt und das doch angeblich im Proporz begründet ist.

Wir lesen auch heute wieder in der Zeitung, und jetzt komme ich zur Theorie über die Koalitionspartner, dass in Oberösterreich weniger gestritten wird. Was sagt dazu die Wissenschaft? Ich zitiere wieder einen Oberösterreichischen-Nachrichten-Artikel, der im Februar erschienen ist. Peter Filzmaier sagt wieder: Es gibt keinen Datensatz, der belegt, dass die Politik in Oberösterreich konsensorientierter ist, als anderswo. Das sagt die Wissenschaft, und ich sage es Ihnen ganz ehrlich, die Praxis sagt für mich das Gleiche.

Da geht es nicht nur um die Aufteilung von einem Geschäftsbereich in der Regierung. Vielleicht sagt eh das eine oder andere Regierungsmitglied noch was dazu, wenn es eines der beiden Oppositionsregierungsmitglieder ist, die von den sieben anderen Regierungsmitgliedern gesagt bekommt, für was sie oder er in Zukunft zuständig sein wird. Da geht es auch um solche Sachen, wie dass ich in der Zeitung erfahre, dass es eine Regierungsklausur gibt. Dann frage ich mein Regierungsmitglied, wo fährt ihr denn leicht hin? Sagt er: Nein, da fährt die andere Regierung. Das ist eine Regierungsregierungsklausur. Ich bin da nicht dabei. Vielleicht können das auch die beiden Herren schildern, die offensichtlich in dieser Regierungsklausur, wo entschieden wird, was die beiden auch in der Regierung dann für Rahmenbedingungen vorfinden, ob sie da eingeladen waren oder ob man in Oberösterreich eine Zweiklassenregierung hat, wo ein Teil dabei ist und ein Teil nicht.

Mir war es wichtig, ganz zu Beginn zu betonen, ich will einen Prozess in die Wege leiten, wo am Ende die Abschaffung des Proporz stehen kann, aus meiner Sicht stehen muss, und wir definieren, was es dafür für Rahmenbedingungen braucht. Das ist bislang nicht gelungen. Das heißt aber nicht, dass wir aufgeben werden.

Ich habe heute recht interessiert in der Zeitung in der Früh gelesen, dass gestern auch der Landeshauptmann unter anderem zu diesem Thema befragt worden ist, und er sagt, für ihn zählt mittlerweile mehr die Regierungsarbeit, weniger die Regierungsform, er wolle bei der heutigen Landtagssitzung eher darüber reden, was die Menschen wirklich belastet.

Ich halte das für wichtig, ich halte das übrigens gleich, ich habe nachgeschaut, gut 99 Prozent unserer Anträge und Anfragen, die wir im Landtag stellen, haben gar nichts mit dem Proporz zu tun, da geht es um die Themen, die die Menschen wirklich interessieren. Da geht es um Klimaschutz, da geht es um Gleichberechtigung der Geschlechter, da geht es um Teuerung, da geht es um Mobilität, um Kinderbetreuung. Der Proporz ist ein kleiner Teil, aber ein wichtiger Teil. Und ja, über den müssen wir auch reden, und dass bei den zuvor genannten Dingen so wenig weitergeht, liegt vielleicht auch am Regierungssystem.

Letztendlich gibt es einen einzigen Grund, warum es das Proporzsystem noch gibt, der Grund heißt ÖVP, und der zweite Grund heißt die Angst vor dem Machtverlust, die die ÖVP antreibt bzw. da zum Stillstand bringt. Wir werden die kommenden Monate und Jahre nutzen, dass wir diese Debatte intensivieren, denn am Ende kann aus meiner Sicht nur das Ende des Proporz stehen. Recht herzlichen Dank. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Klubobmann. Als Nächstem darf ich den bereits angesprochenen Präsidenten Max Hiegelsberger das Wort erteilen. Bitte.

Abg. Präsident **Hiegelsberger:** Geschätzter Herr Präsident, liebe Regierungsmannschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, wir sind das Haus der

Diskussion hier in diesem Landtag, und wir sind auch das Haus der unterschiedlichen Meinungen, und dazu kann man auch den Proporz, auch unter dieser Feststellung wie von Klubobmann Mayr jetzt gebracht, diskutieren.

Eines möchte ich aber am Beginn feststellen, dass Demokratie und die dazugehörige Politik zeitlos und nicht selbstverständlich ist, und dass das sehr wenig mit modern oder nicht modern zu tun hat. Und Severin, du hast Vorarlberg diskutiert, seit 100 Jahren keinen Proporz. Und wenn ich mir dann die Vergleichszahlen anschau, die Entwicklung der Bundesländer, dann stehen wir hier sehr gut da, vielleicht trotz Proporz oder vielleicht wegen des Proporz.

Auch in diesem Fall kann man das perspektivisch sich ansehen, denn gerade das regionale Bruttoinlandsprodukt und vor allem dann das regionale Bruttoinlandsprodukt, bezogen auf die Einwohner verglichen mit den tatsächlichen Zahlen zeigen, dass wir in Oberösterreich ganz eindeutig an der Spitze liegen. Das heißt, alles das, was eine Politik zu tun hat, muss ja letztendlich den Bürgerinnen und Bürgern dienen, es soll ihnen helfen, und es soll sie vor allem auch unterstützen.

Dass dieses Haus hier eine sehr lebendige Demokratie lebt, wo auch, und das ist ein wichtiger Punkt, bei einer sogenannten modernen Demokratie die Kontrolle nicht zu kurz kommt, das sehen wir. Wir haben 84 mündliche Anfragen ohne den heutigen bereits gehabt in diesem Landtag seit Beginn dieser Periode, das heißt, hier kann gefragt werden, hier kann Kontrolle nicht nur am Papier, sondern auch wörtlich gelebt werden.

Wir haben begonnen im letzten Jahr mit zwei gemeinsamen Erklärungen, die einstimmig hier in diesem Haus gefasst wurden. Das heißt, dieser sogenannte korrespondierende Kontext, der durch diese Regierungsform gelebt wird, der wird sichtbar.

Und dann kommt noch eines dazu, weil du ein Interview angesprochen hast in den OÖ Nachrichten. Ich denke schon, dass wir jetzt drei Jahre hinter uns haben, die uns gezeigt haben, dass wir in Oberösterreich in der Gesamtheit der Gesellschaft mehr Gemeinschaft brauchen als weniger. Es heißt, sollen wir von da aus die ersten sein, die sagen, für uns ist Gemeinschaft kein Wert oder sind wir jene, die sagen, ja, wir sehen das, wir respektieren das und gehen auch auf diese zu. (Beifall)

Wenn du auch sagst, dass wir um Macht und Einfluss fürchten. Wenn das der Anlass wäre, dann könnte man schon aus diesem Hintergrund die Regierungsform sofort ändern, denn damit wäre der Einfluss und die Macht noch viel größer. In diesem Falle leider nicht? Also ich habe das ja umgekehrt verstanden, wie du das heute in den Medien widergegeben hast, denn das ist eigentlich die Grundlage, weil wir genau diese Macht in dieser Form leben, denn der Wählerwille soll ja dann am Ende auch umgesetzt werden, und das können wir zu 100 Prozent.

Denn mit jedem Anteil, den eine Partei hat, hat sie auch das Anrecht, einen Regierungssitz zu bekleiden, daher haben wir auch vier Parteien, die in der Regierung sind und damit, glaube ich, eine gute Form der Zusammenarbeit.

Ja, wie oft wir in diesem Haus gemeinsam die Stimme erheben, das sehen wir auch bei den Beschlüssen. Im Jahr 2022 wurden 228 Beschlüsse angenommen, knapp 60 davon einstimmig gefasst und die anderen mit wechselnden Mehrheiten. Das heißt, auch hier wird Zusammenarbeit sichtbar, und ich danke allen Abgeordneten, dass sie genau in dieser Form auch denken und entscheiden.

Es geht uns hier darum, und es wurde heute wieder sichtbar, dass wir gemeinsam dieses Land vorwärtsbringen möchten, und das soll auch von diesem Haus ausgehen, und daher freue mich darüber.

Ein weiteres wichtiges Faktum, und das nimmt interessanterweise sehr stark zu, sind die mündlichen Anfragen. Ja, auch ein Recht der Kontrolle eines Abgeordneten, eines Klubs, dass er hier die Regierungsmitglieder fragt, wie gedenken sie denn das Geld, das wir hier herinnen beschließen im Budget, auszugeben? Und auch das wird, glaube ich, in einer vollen Form der Intensität, der Information beantwortet und damit sichergestellt, dass dies auch in der Form, wie wir es beschlossen haben, funktioniert.

Die Landesregierung, und da glaube ich, dass ist auch noch ein wesentliches Kriterium der Unterscheidung, hat nach wie vor unangefochtene Spitzenwerte im Ranking der Bevölkerung. Also auch hier wird anerkannt, dass diese Regierungsform jene ist, die sich die Menschen in Oberösterreich auch erwarten von uns, dass wir zusammenarbeiten und dass wir auch versuchen, dass wir gerade dieses hinaustragen.

Das heißt, auch die Repräsentanz, auch das, was präsentiert wird, gibt das wider, wie wir in diesem Haus uns unterhalten, wie wir hier in diesem Haus auch gemeinsam miteinander umgehen. Die Zustimmung sagt das ganz eindeutig.

Ja, und wesentlich ist, dass wir die Möglichkeiten, und das wurde schon angesprochen, auch ausbauen. Gerade heute hat es wieder Schülerdiskussionen gegeben, die waren hier im Landtag, die Werkstatt für Demokratie werden wir dann dreimal anbieten im nächsten Jahr. Das heißt, alles das, wo wir die Menschen versuchen von diesem Hause aus stärker zu erreichen, das wird von den Menschen angenommen.

Und wenn man jetzt draußen wahrscheinlich fragen würde, welches Regierungssystem haben wir denn in Oberösterreich und welches hat Kärnten, dann weiß ich nicht, ob das überhaupt jemand beantworten kann. Das heißt, das findet im Tagtäglichen des Menschen nicht statt, aber die Wirkung daraus, und die kann sich in Oberösterreich ganz eindeutig sehen lassen.

Dass die Wirkung, die von diesem Haus ausgeht, auch im Parlament auch mit den Angeboten, die wir stellen können, jenes garantiert, dass es eine lebendige Demokratie und vor allem ein dynamisches Fortkommen in diesem Land für alle Bevölkerungsteile auch zukünftig geben kann.

Daher sind wir der Meinung, dass die demokratischen Spielregeln, die wir derzeit haben, eine gute Basis sind auch für die kommenden Jahre und Jahrzehnte. Dass damit eindeutig Planbarkeit, dass Sicherheit und Verlässlichkeit für Oberösterreich in dieser Form gegeben sind. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke, Herr Präsident. Als Nächster ist Klubobmann Mahr zu Wort gemeldet. Bitte.

Abg. KO KommR **Ing. Mahr:** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Zuhörer hier und im Internet! Ich glaube, alleine diese aktuelle Stunde zum Thema Proporz zeigt ja offen auf, wie sehr die Grünen daneben liegen, wenn es um die aktuellen Sorgen der Bürger geht. Oder glaubt ihr denn allen Ernstes, dass die wiederkehrende Diskussion zum Thema Proporz derzeit ein brennendes Thema für die Bürger in unserem Land ist? Ich glaube

nicht. Oder dass die Diskussion die Lebensqualität der Oberösterreicher verbessert? Ich glaube nicht.

Ich glaube, die Bürger haben andere Sorgen, die versteht ihr nicht. Ich glaube, die Bürger haben Sorge, dass, wie wir heute schon diskutiert haben, der Klimabonus an Asylwerber und Inhaftierte ausbezahlt wird oder dass wir eine Klimaministerin haben, die um die ganze Welt fliegt, Millionen Euro in Inserate steckt, aber selbst fleißig sich Klimaanlagen installieren lässt. Glaubt ihr wirklich, dass das die Politik im Sinne der Österreicher ist? Ich glaube nicht.

Und ein kleiner Hinweis, ich sage das bewusst, eure Regierungsbeteiligung in Wien ist der Schaden für ganz Österreich, und hätten wir in Wien eine Konzentrationsregierung, wäre uns vieles erspart geblieben. (Beifall. Unverständliche Zwischenrufe.)

Natürlich stehen wir für Diskussionen über die derzeit in Oberösterreich geltenden Form der Konzentrationsregierung jederzeit bereit. Rege dich bitte nicht so auf, Herr Landesrat. (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Ich rege mich nicht auf! Ich berichtige nur!“)

Für uns ist jedoch klar, dass die Vorteile überwiegen, und eines muss man ganz klar festhalten, eine Konzentrationsregierung bildet den Wählerwillen am besten ab, jede Partei, die eine gewisse Grenze bei der Wahl erreicht hat, soll Verantwortung tragen, das ist sinnvoll und hat sich seit Jahrzehnten bewährt. Und zudem wird durch die verpflichtende Regierungsbeteiligung sämtlicher größerer Parteien auch das Miteinander gefördert und auch eingefordert.

Ich sage das dazu, und daher rede ich nicht nur jetzt vom politischen Alltag als solches, sondern auch zum Verhältnis, glaube ich, der Parteien untereinander, zum Beispiel aber auch auf Mitarbeiterebene. Das möchte ich durchaus positiv bewertet wissen. Und dass die Länder, die keine Konzentrationsregierung haben, oft anders ausschauen, das zeigt uns ja auch eine Rundschau im Parlament oder in anderen Landtagen, dort wird dann oft lieber politisches Kleingeld gewechselt, statt gemeinsam etwas weiterzubringen und das große Ganze im Auge zu haben.

Und auch historisch gesehen hat die Konzentrationsregierung eine Berechtigung, weil es einfach sinnvoll ist, dass auf eine ausgeglichene Verteilung einfach Wert zu legen ist. Ursprünglich galt der Proporz als demokratischer Stabilitätsfaktor nach den Erfahrungen des Bürgerkrieges von 1934, da er Konflikten vorbeugen sollte, und das muss ich auch der SPÖ bitte ins Stammbuch schreiben.

Und wir sagen, eine Konzentrationsregierung ist ein wichtiger Teil unserer politischen Landschaft und hat einen positiven Einfluss auf die Regierung. Weil alle namhaften politischen Kräfte in der Regierung einbezogen werden, ist die Regierung meines Erachtens repräsentativer und kann dadurch die unterschiedlichen Interessen der Bevölkerung einfach besser berücksichtigen. Den Parteien wird eine Plattform geboten, um ihre Ideen, um ihre Vorschläge vorzubringen und gemeinsame Entscheidungen zu treffen.

Die Einbeziehung von Vertretern unterschiedlicher politischer Kräfte führt in einer Regierung zu einer breiteren Perspektive und kann dazu beitragen, neue und innovative politische Lösungen zu finden. Und genau das wollen wir, die beste Lösung für unser Oberösterreich. Die haben zwar eh meistens wir, aber da wird es umso leichter gemacht.

Nachdem ja immer wieder diskutiert wird, dass die ÖVP bei 37,61 Prozent fünf Regierungssitze von neun und damit die absolute Mehrheit hat. Na, jetzt habe ich mir mal die anderen Bundesländer angeschaut, meine sehr geehrten Damen und Herren. Koalitionsregierung in Salzburg, ÖVP 37,8 Prozent, also fast genauso viel wie wir. Von sieben Regierungssitzen fünf. (Zwischenruf Abg. KO Mayr: „Die haben keinen Proporz!“) Steiermark ÖVP 36 Prozent, von acht Regierungssitzen fünf. Tirol 34,7 Prozent, von acht Regierungssitzen fünf. Vorarlberg ÖVP 43 Prozent, fünf von sieben. In Kärnten von sieben Regierungssitzen hat die SPÖ bei 47,9 Prozent fünf, absolute Mehrheit. Burgenland hat die SPÖ überhaupt von fünf fünf, absolute Mehrheit mit 49,9 Prozent.

Und dann schaut euch bitte einmal Wien an, da hat die ÖVP 20,4 Prozent, die SPÖ 41,6 Prozent, aber von acht Regierungssitzen hat die SPÖ sieben. (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Stimmt ja gar nicht!“) Ja sicher. (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Die ÖVP haben zwei!“) Nein, NEOS hat einen. Also daher sollten wir den Proporz oder besser gesagt die Form der Konzentrationsregierung, meine Freunde, als eine wertvolle Errungenschaft unserer Demokratie schätzen und uns auch dafür einsetzen, dass sie uns in Zukunft erhalten bleibt, denn für uns ist die Konzentrationsregierung für Oberösterreich die sinnvollste und somit die beste Regierungsform. Herzlichen Dank, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall. Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Zweite Präsidentin: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Präsidenten Binder das Wort. Bitte.

Abg. Präsident Peter **Binder:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im hohen Haus!

So schön, wenn gerade hier im hohen Haus, wenn wir über Demokratie sprechen, eine etwas lebendige Stimmung entsteht, ich möchte am Beginn meiner Ausführungen noch einmal darauf zurückkommen, warum wir diese Diskussion heute führen. Vordergründig, Severin Mayrs hat es gesagt, weil es einen Antrag der Grünen gibt auf Abhaltung einer aktuellen Stunde zu den Themen, aber hintergründig war es doch etwas anderes.

Ein bekannter österreichische Autor würde sagen, es ist schon wieder was passiert. Es ist schon wieder was passiert, ein, ja ich muss das jetzt so sagen, ein renitentes Regierungsmitglied und ein Landesparteivorsitzender haben es gewagt, in der Öffentlichkeit den Proporz in Frage zu stellen. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Der Doskozill!“) Michael Lindner, Landesrat und SPÖ Vorsitzender.

Und ich möchte deswegen zu Beginn ein bisschen auf Michael Lindner eingehen, weil ich glaube, es ist wichtig, damit man auch versteht, warum wir heute die Gelegenheit haben und hoffentlich auch zukünftig die Gelegenheit haben, über eine Verbesserung der demokratischen Verfassung unserer Institutionen zu sprechen.

Michael Lindner ist schon ein sehr lange in der Politik aktiver Mensch und Wegbegleiter die ihn kennen, sagen, er ist so etwas wie ein dialogfähiger Mühlviertler Granit.

Was heißt das genau? Naja, er hat schon seine festen Positionen, die gewachsen sind, seine Überzeugungen und hält daran auch fest, ist aber auch immer bereit, sie im Diskurs auf den Prüfstand zu stellen. Jederzeit, ob das bei Parteitagen ist oder zum Beispiel das bei einem Verfassungskonvent die Möglichkeit gewesen ist oder gewesen wäre.

Auch das ist wichtig für die politische Arbeit, er ist völlig frei von persönlichen Befindlichkeiten und Eitelkeiten, ihm geht es um den besten Weg zur Sache und nicht um Spitzfindigkeiten, und ich selber bin ja der beste Beweis dafür, weil 2015 durften wir noch gemeinsam in eine Kampfabstimmung gehen um einen Listenplatz für die Landtagswahl 2015, wo ich denkbar knapp als Sieger herausgegangen bin, aber sechs Jahre später hast du überhaupt kein Problem damit gehabt, mich als 3. Landtagspräsidenten vorzuschlagen, um auch hier gemeinsam die besten Ideen vielleicht in den Vordergrund zu bringen.

Das zeichnet dich auch als Demokrat aus, der um den Ausgleich bemüht ist. Ein Demokrat und auch ein Familienvater, dem die Zukunft des Landes, insbesondere für unsere Kinder, besonders wichtig ist und der deswegen auch immer offen ist für Diskussionen, für eine möglichst breite Kooperation, für Kompromisse und Konsens.

Und sich eben auch immer demokratischen Abstimmung stellt. Es hat er bewiesen, als er als Landesparteichef kandidiert hat, wo er, ohne Not eigentlich, aber sofort die Mitglieder einbeziehen wollte und das auch mit Erfolg, 96 Prozent, mehr als 10.000 Menschen haben dir auf Anhieb ihr Vertrauen geschenkt. Das sagt ja etwas, dass der Mut auch belohnt wird.

Seit ich ihn kenne, und seit wir miteinander politisch diskutieren, war Michael Lindner ein Anhänger des Proporzsystems. Ich habe mich von diesem ja schon etwas länger entfernt und meine Zweifel gehabt. Und warum erzähle ich das so ausführlich? Da muss ja etwas passiert sein, wenn so ein Granit, ein Fels in der Brandung, in seiner Meinung erschüttert wird. Der stete Tropfen höhlt den Stein. Und der stete Tropfen ist es eben, was in Oberösterreich passiert.

Kindern erzählt man, weil ich vorher den Familienvater erwähnt habe, Kindern erzählt man immer eine Geschichte, wenn es darum geht, dass man ihnen versucht, das Lügen etwas abzugewöhnen. Die Geschichte vom Hirtenjungen und dem Wolf. Der Hirtenjunge, der ausgeschiedt wird, die Schafe zu hüten, und weil im langweilig ist, denkt er sich was aus und schreit Hilfe, Hilfe der Wolf. Die Dorfbewohner kommen heran, um ihm zu helfen, und der Junge lacht und freut sich, dass er jetzt einen Schabernack geschafft hat, und er probiert es ein zweites Mal, und es funktioniert noch einmal, und irgendwann ruft er wieder Hilfe, Hilfe der Wolf, aber die Dorfbewohner glauben es ihm nicht mehr, und wie der Wolf dann tatsächlich auftaucht, werden die Schafe und der Junge gerissen.

Was hat das mit dem Thema hier zu tun? Im Zusammenhang mit der politischen Arbeit in Oberösterreich bemüht die ÖVP immer das Märchen von dem großartigen Miteinander in Oberösterreich, von der Zusammenarbeit auf Augenhöhe. Es wird immer wieder erzählt und erzählt, quasi gerufen Zusammenarbeit wie der Wolf, Zusammenarbeit miteinander, miteinander, auf Augenhöhe, aber es wird nicht gelebt, es existiert nicht.

Wenn der Severin Mayr vorher von der Regierungsopposition spricht und der Herwig Mahr sagt, in der Regierung ist aber der Wählerwille so demokratisch abgebildet, dann muss man halt schon festhalten, die Wählerinnen und Wähler haben zu 30 Prozent SPÖ und Grüne gewählt, die sitzen jetzt mit 2 Mitgliedern mit 22 Prozent in der Landesregierung, das ist ja noch okay, das mag sich aus Berechnungen heraus ergeben, aber sie haben miteinander gerade einmal 2 Prozent des Budgets zu verantworten. 30 Prozent Wählerwille, 2 Prozent Budget. Wo ist da das abgebildet, was du vorhin behauptet hast, Herwig Mahr? (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „In Tirol habt ihr 17,2 Prozent und redet überhaupt nicht mit!“)

Was passiert, wenn man das Miteinander zwar angeblich immer bemüht, aber nicht lebt? Das haben schon in den 90er Jahren Politologen festgestellt. Severin Mayr hat es zum Glück schon ausgeführt, wie die Entwicklung der Diskussion über die Regierungsformen war, das führt zu einer Lähmung der Politik, sagt der Politologe Dachs. Das führt teilweise zu Resignation, vor allem aber zu Bequemlichkeit auf beiden Seiten.

Nämlich bei den kleinen Parteien, die sich halt dahin begeben und sagen, ja ist eh wurst, was passiert, Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner hat das auch einmal gesagt 2015. Ist eh wurst, ob die ÖVP mit uns redet, weil wir sind im Spiel dabei, weil wir drei Regierungsmitglieder haben. Bequemlichkeit, also auf der einen Seite zu sagen, man ist sowieso in irgendeiner Form dabei in der Regierung und Bequemlichkeit vor allem aber auch bei den Herrschenden, bei der Landeshauptmann-Partei, die sich eigentlich nicht mehr bemühen muss, weil es sind eh irgendwie alle irgendwie dabei, und es kann eigentlich nichts passieren.

Und der Proporz, wie das Maria Fekter immer gesagt hat, kann durchaus der gegenseitigen Kontrolle dienen, und wie das ja auch immer bemüht wird, wenn alle in der Regierung sitzen, kriegt man ja alles mit.

Aber das funktioniert eben nur, wenn die eingebundenen Kräfte das auch wirklich ernst nehmen und nicht nur unter dem Deckmantel der Objektivierung eine Erleichterung für die Herrschenden, für die Mehrheitsfraktion hier ermöglichen.

Und das ist es, was in Oberösterreich passiert, was ständig passiert. Ich habe schon über das Budget gesprochen, wo eigentlich den 30 Prozent-Parteien zwei Prozent des Budgets überantwortet werden, aber nicht einmal in diesen zwei Prozent wird ihnen auf Augenhöhe der Entscheidungsspielraum gelassen, wenn dann der Landesrat Lindner ein Jugendschutzgesetz diskutieren möchte, einen ersten Entwurf vorlegt, den er mit jungen Menschen diskutieren möchte, mit Jugendlichen, mit Betroffenen, mit Expertinnen und Experten und vor allem auch mit den Abgeordneten hier im hohen Haus, die das letztendlich beschließen wollen, dann wird ihm über die Medien ausgerichtet, dass das, was er sich da vorstellt, eh nicht kommen wird. (Zwischenruf Landesrat Dr. Hattmannsdorfer: „Ihr dürft sagen, was ihr wollt, und andere Parteien dürfen sich nicht artikulieren?“)

Nein, wir dürfen einen Diskussionsvorschlag machen, der einmal in Diskussion kommt, aber es wird ja sofort mit Umfragen abgeschmettert, aber im falschen Gremium, nicht einmal einer parlamentarischen Diskussion wolltet ihr das unterziehen, Landesrat Hattmannsdorfer! Du kannst dich nachher gerne zu Wort melden, wenn du etwas zu sagen hast, bitte, lasse mich jetzt meine Ausführungen zu Ende bringen.

Also, dieser stete Tropfen, der hier den Stein ausgehöhlt hat und der dazu geführt hat, dass Landesrat Michael Lindner, auch stellvertretend für die SPÖ, zum Schluss gekommen ist, wir müssen über diese Form diskutieren.

Und, wir haben dann nicht einmal in Abrede gestellt, wir wollten nur darüber diskutieren, und haben auch gesagt, bei dieser Diskussion kann auch die Abschaffung dieser Konzentrationsregierung herauskommen, weil man dann das Wechselspiel zwischen Opposition und Regierung, wie wir es im Bund haben, wie wir es in sieben anderen Bundesländern haben, wie wir es in vielen, vielen Ländern dieser Erde haben, einfach leben kann, und weil man damit ja auch den Parlamentarismus stärken kann, wenn man, wie es ja auch in der aktuellen Stunde im Antrag steht, auch über Kontrollrechte redet und über die

Stärkung der Demokratie, über eine Augenhöhe, die man auch zwischen den Landtagsklubs und der Regierung herstellen muss.

Abschließend, Präsident Hiegelsberger hat gesagt, wir haben schon ein gutes System. Das stimmt. Es sagt auch niemand, dass wir alles hier auf den Kopf stellen müssen. Es ist nur halt nicht alles gut, und es ist vor allem nicht mehr alles zeitgemäß und das, was theoretisch gut ist, wird in der Praxis leider nicht so gelebt. Darum brauchen wir diese Diskussion, und wenn es euch wirklich um ein demokratisches Miteinander geht, dann bitte, seht einen Verfassungskonvent, wie wir ihn schon vorgeschlagen und diskutiert haben und wie er im Unterausschuss dann leider handstreichartig weggewischt worden ist, als Chance, zu diesem Miteinander zurückzufinden und zu einem demokratischen Diskurs, wie ihn dieses Land dringend braucht. Danke. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als nächstem Redner erteile ich nun Herrn Abgeordneten Aigner das Wort.

Abg. **Aigner:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, werte Mitglieder der Landesregierung, des Landtags, liebe Zuhörer auf der Galerie, geschätzte Menschen aus und in Oberösterreich!

Wenn wir wollen, ist der Proporz heute Abend Geschichte. Wie das der Fall sein kann, werde ich euch in den nächsten Minuten erzählen und meinen Lösungsvorschlag präsentieren.

Aber ich möchte ein bisschen weiter ausholen. Es gibt Mehrheitsregierungen, es gibt Minderheitsregierungen, es gibt Proporz-Regierungen. In der Proporz-Regierung hat man einen Sitz in der Landesregierung und zwar in dem Ausmaß der Mandatsstärke, zumindest ab einer bestimmten Mandatsstärke. In Oberösterreich ist es jetzt so, dass es zwei Fraktionen gibt, die in der Landesregierung nicht vertreten sind.

Die Proporz-Regierung gibt es in Oberösterreich, in Niederösterreich und Wien ist anders, da gibt es ein anderes Modell, aber es ist auf jeden Fall veraltet und nicht mehr zweckmäßig.

Proporz ist aber nicht per se schlecht und es war notwendig und zwar nach dem Zweiten Weltkrieg. 1945 war das ein demokratiepolitischer Stabilitätsfaktor, der bedeutet hat, dass eine ausgeglichene Verteilung bei der Bekleidung der öffentlichen Ämter stattfindet, und vor allem war das notwendig aufgrund der Erfahrungen des Bürgerkriegs 1934.

Proporz beugt nämlich Konflikten vor. Wir haben aber heute schon gehört im Eingangsstatement von Klubobmann Mayr, dass zwischenzeitlich die Parteien nicht mehr aufeinander schießen und wir, ich hoffe, du hast es gesagt, (Zwischenruf Abg. KO Mayr: „Ich habe es nur zitiert!“) du hast zitiert, aber ich habe es deiner Rede entnommen, deswegen der Proporz nicht mehr notwendig ist als demokratiepolitischer Stabilitätsfaktor.

Wie wird Proporz heute in Oberösterreich gelebt? Naja, die ÖVP und die FPÖ haben ein Arbeitsübereinkommen und verteilen die Ressorts. Soviel zum Thema demokratiepolitischer Stabilitätsfaktor und Mitsprache. Liebe Grünen! Respekt für eure Resilienz den wiederkehrenden Einsatz zur Abschaffung des Proporz. Wir sehen leider nur zwei Perioden zurück, aber 2009, 2015 die Diskussion bereits angestoßen und jetzt wieder die Diskussion, die vermutlich aus eurer Sicht mühselig ist.

Wenn man mit den Menschen draußen spricht, die Bevölkerung weiß, dass es Proporz gibt, hat aber keine besondere Bedeutung für die Menschen. Das heißt, für die Menschen draußen funktioniert, oder vielleicht sind sie einfach nicht gut genug aufgeklärt, oder es ist ihnen egal.

Ohne Proporz sind Oppositionsparteien nicht in der Regierung, dann brauchen wir verstärkte Kontrollrechte für die Opposition. Es gibt auch viele, viele Vorschläge dieser Periode, in vergangenen Perioden. Ich darf ein paar nennen: Offenlegung der Regierungssitzungsunterlagen, was nicht uninteressant wäre, insbesondere für die zwei echten Oppositionsparteien, für NEOS und für uns, weil wir da überhaupt keinen Einblick haben und nicht bekommen, dann die Einsetzung einer Untersuchungskommission als Minderheitenrecht, die Einrichtung eines unabhängigen Budgetdienstes, wiederholt gefordert, was ich gesehen habe, auch in dieser Periode, das Recht auf Akteneinsicht für Landtagsabgeordnete et cetera.

Was passiert mit diesen Vorschlägen? Naja, die werden da eingebracht, ist es dringlich oder nicht, kommen in den Ausschuss, und wir alle wissen, wo es dann hingehet, in den Unterausschuss, dort wird dann wertschätzend darüber diskutiert, und dann wird es von diesen beiden Parteien, die das Arbeitsübereinkommen haben, ich sage jetzt einmal, in den Grund und Boden gestimmt, und es ist weg.

Wir als Landtag sind aber Kontrollorgan der Landesregierung, darum brauchen wir diese Rechte, darum brauchen wir stärkere Oppositionsrechte. Das Einzige, was uns bleibt, sind mündliche Anfragen, schriftliche Anfragen und die wertvolle Arbeit des Landesrechnungshofes. So kann man nicht ordentlich und nicht anständig arbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Der Demokratie-Index 2022 zeigt nur noch 57 Prozent. Der Demokratie-Index ist der Rahmen für eine moderne liberale Demokratie, und vor allem die Jungen haben eine Politikverdrossenheit, die ziehen nicht einmal noch in Erwägung, dass sie wählen gehen, weil es eh nichts bringt.

Da haben wir doch als Politiker etwas falsch gemacht, wenn man nicht einmal noch die Jungen ansprechen kann, aktiv daran mitzuarbeiten, das Land zu gestalten. Bei uns gehen die Alten wählen und bestimmen die Zukunft für die Jungen. Auch da haben wir ein falsches Verständnis, wie man Menschen in Demokratie miteinbindet.

Der Proporz ist, wie ich schon gesagt habe, zwischenzeitlich veraltet. Er ist in Wirklichkeit eine wirklichkeitsfremde Demokratieantiquität. Wir brauchen viel mehr, viel, viel mehr. Eine neue Demokratie, in der wir Politiker wie moderne Manager agieren, die ohne Einflüsse von externen Interessensgruppen handeln und bei aller Härte zivilrechtlich und strafrechtlich haften für Schäden, die wir durch Untreue, Vorsatz oder fahrlässiges Handeln verursachen.

Wenn man das so umsetzt, diese neue Demokratie, ja, dann werden viele gehen, weil die Verantwortung zu groß ist, es werden aber auch welche kommen, die diese Verantwortung suchen für unser Land, und mit denen gemeinsam wird es möglich sein, ein enkeltaugliches Österreich zu gestalten.

Wir haben einen Großteil unseres Lebens ja teils schon erfahren dürfen. Es geht darum, für die nachkommenden Generationen zu arbeiten. Jetzt nehme ich euch ganz kurz mit zu einem Exkurs in die Wirtschaft. Dort gibt es nämlich Modelle, die funktionieren. Schauen wir einmal in das Gesellschaftsrecht zu den GmbHs und zu den Aktiengesellschaften. Da gibt es drei

Organe. Es gibt die Eigentümer, dann gibt es jemanden, der die Geschäfte führt, das ist der Geschäftsführer oder der Vorstand, und es gibt einen Aufsichtsrat, der das kontrolliert.

Ein Denkmodell, der Eigentümer des Staates sind nicht wir als Politiker, Eigentümer des Staates ist das Volk, der Souverän. Österreich ist eine demokratische Republik, ihr Recht geht vom Volk aus. Politische Parteien bewerben sich mit einem Arbeitsprogramm, wie jetzt auch schon, zur Wahl und die stimmenstärkste Partei sucht sich dann von rechts und von links Mehrheiten, um ein Arbeitsprogramm auszuarbeiten für nicht politisch besetzte Regierungen, sondern jetzt kommt der echte neue Denkansatz für Fachleute, die das gelernt haben, die aus der Wirtschaft kommen, die wie Angestellte agieren und wie Vorstände beziehungsweise Geschäftsführer von GmbHS weisungsgebunden sind, die Bericht erstatten müssen öffentlich, offiziell, der Allgemeinheit, dem Eigentümer, dem Volk, dem Souverän, und die kündbar sind, ein Denkmodell, und wir als Landtag sind der Aufsichtsrat. (Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Wir kontrollieren. Aufsichtsrat in der Praxis ist, Eigentümer vertreten und auch Arbeitnehmer vertreten, über das mag und kann man diskutieren. Ja, ich habe eingangs gesagt, wenn wir wollen, gibt es in der Praxis und im politischen Leben den Proporz heute Abend nicht mehr in Oberösterreich, da muss ich ein bisschen in der Paragraphen- und Artikel-Kiste der Landesverfassung wühlen.

Da ist geregelt, die Landesregierung besteht aus einem Landeshauptmann und zwei Stellvertretern und sechs Landesräten, die nach dem Verhältniswahlrecht gewählt werden. Das ist jetzt nicht so die Neuigkeit, und jetzt wird es spannend. Es gibt nämlich eine Bestimmung, ein Mitglied der Landesregierung kann sein Amt vorzeitig zurücklegen. Die Erklärung über die Zurücklegung ist schriftlich abzugeben, sie wird mit der Übergabe an den Landeshauptmann wirksam.

Und in einer anderen Bestimmung, nämlich Artikel 43 Absatz 2 Ziffer 8 steht, wenn die Partei, der das zu wählende Regierungsmitglied zukommt, keinen Wahlvorschlag einreicht oder einen ungültigen, dann kommt der Wahlvorschlag vom Landtag. Naja, jetzt ein Vorschlag, Herr Landesrat Kaineder, Herr Landesrat Lindner, wenn ihr euer Amt zurücklegt und keinen Wahlvorschlag einbringt und der Landtag keinen Wahlvorschlag für ein grünes und rotes Regierungsmitglied bringt, dann ist heute am Abend der Proporz in der Praxis abgeschafft, obwohl er in der Landesverfassung drinnen steht. (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Und der Landtag hat die Kontrolle!“ Unverständliche Zwischenrufe.)

Also, ich habe gesagt, seit zwei, naja, bitte, der Titel ist, Proporz abschaffen, jetzt habe ich euch die Lösung gegeben. Ihr könntet das jetzt umsetzen. Es ist jetzt die Zeit zu handeln und nicht zu reden, also Proporz abschaffen, also gelungen. Der Proporz ist abgeschafft, und das ist die Forderung. (Unverständliche Zwischenrufe)

Ihr habt jetzt seit 2009 versucht, den Proporz abzuschaffen. Ich habe das jetzt in zehn Minuten gemacht. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Klubobmann Felix Eypeltauer, bitte.

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke Herr Präsident, hohes Haus, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Bürgerinnen und Bürger! Ich darf zur Güte darauf hinweisen, dass der Titel der aktuellen Stunden lautet, Proporz abschaffen, Kontrolle ausbauen, Demokratie

stärken, und deshalb ist der Vorschlag des Kollegen Aigner bitte keiner, dem Michael Lindner oder Stefan Kaineder folgen mögen.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben in Oberösterreich als letztem Bundesland gemeinsam mit Niederösterreich ein aus unserer Sicht, und das sehen auch die Expertinnen und Experten und die politische, also auch wenn man die Fraktionen zählt, Mehrheit in dem Haus so, ein veraltetes und ein problematisches Regierungssystem und Politiksystem, das sich einerseits im Modus der Verteilung der Sitze in der Regierung äußert, als Proporz, als Konzentrationsregierung, aber andererseits eben auch in einer faktischen Schwächung der Volksvertretung, also des Landtags.

Warum haben wir das? Ist schon öfter gesagt worden, weil es einer einzigen, im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sehr kleinen Gruppe etwas nützt, weil es Bequemlichkeit und Macht bringt, nämlich der OÖVP. Wie kommt es? Wegen dem Proporz. Auch das ist schon erläutert worden. Aber ich lasse es mir nicht nehmen, das in eigenen Worten noch einmal zu machen. Wegen dem Proporz sind ÖVP, FPÖ, aber auch SPÖ und Grüne in der Landesregierung, aber nur ÖVP und ihr Koalitionspartner FPÖ entscheiden über große und fundamentale Richtungsänderungen, was die Politik im Land betrifft.

Und das ist im Übrigen ein wesentlicher Punkt und ein Gegenargument gegen alle, die da sagen, naja, die können ja eh in der Regierung mitreden. Wirklich entscheiden tun ja dann die beiden Koalitionsparteien beziehungsweise diejenigen, die in der Regierung die Koalition haben.

Nur die ÖVP entscheidet, wohin das Geld fließt. Der Herr Landeshauptmann ist der Landesfinanzreferent genauso. Nur ÖVP und FPÖ haben ein Koalitionsübereinkommen, Rot und Grün haben das nicht, die übrigen Regierungsmitglieder, in dem Fall Kollege Lindner, Kollege Kaineder, die sind ein bisschen mitgegangen, mitgefangen, die sind abhängig und verwalten Minibudgets in Miniressorts.

Auch das ist schon gesagt worden. Zwei Prozent des Gesamtbudgets des Landes werden verwaltet durch das Regierungsmitglied von der SPÖ und jenes der Grünen und die restlichen 98 Prozent durch die Regierungsmitglieder von ÖVP und FPÖ. 75 Prozent des Budgets liegen überhaupt nur in der Verantwortung der ÖVP, das Verhandlungsgeschick der Freiheitlichen scheint da endenwollend gewesen zu sein. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „So wie in der Stadt Linz!“)

Wir haben also insgesamt eine große Schiefelage in der faktiven Macht in der Regierung zum Ersten. Zweitens, wie es in der Landesregierung faktisch eine Schiefelage gibt, gibt es die auch im Verhältnis von Volksvertretung, das ist der Landtag hier, mit Ausnahme der ersten Reihe einerseits und Regierung, das ist die erste Reihe, andererseits.

Durch die enge Verflechtung von Volksvertretung und Regierung, eben durch dieses Proporzsystem, schwimmt diese ganz wesentliche Grenze zwischen der Volksvertretung, dem Gesetzgeber und Kontrolleur einerseits und der Regierung, den Ausführenden, andererseits.

Zwei Beispiele, und das ist keine abschließende Liste, weil die viel länger wäre, der Verfassungsdienst der Regierung ist gleichzeitig die Landtagsdirektion. Jetzt habe ich großes Vertrauen in unsere Landtagsdirektion, aber eine klare Trennung zwischen Exekutive und Legislative ist aus meiner Sicht etwas anderes.

Ein zweites Beispiel, und das weiß keiner, wahrscheinlich verstehen es auch die wenigsten, aber das ist beim Proporz leider auch so, und deshalb müssen wir darüber reden. Ich, als Klubobmann aus der Volksvertretung, habe mit dem sehr konstruktiven und professionell agierenden Büroleiter vom Landeshauptmann, dem Regierungschef, verhandelt, wie viel Personal ich bekomme, dafür, dass ich dann den Herrn Landeshauptmann kontrollieren kann. Das ist echt schwierig. Jetzt war das alles total konstruktiv, aber, wie ich der Meinung bin, wir brauchen mehr Personal, aber eine Trennung zwischen Legislative und zwischen Exekutive schaut halt einfach anders aus.

Das sind nur zwei Beispiele. Ich möchte nachher ein paar Beispiele nennen, warum wir hier ein Problem im politischen System haben. Die Einsichts- und Kontrollrechte dieser Volksvertretung hier sind vergleichsweise schwach. Es fehlt ein Akteneinsichtsrecht, wenn es darum geht, in Akten, die zu Landtagsgeschäftsstücken gehören, einzusehen, und die Untersuchungskommission, auch das ist schon gesagt worden, ist nach wie vor ein Mehrheitsrecht und kein Minderheitenrecht in Oberösterreich, auch hier nur zwei Beispiele.

Wir haben keinen Budgetdienst. Das bedeutet, wenn dann einmal im Jahr oder einmal alle zwei Jahre, je nachdem wie die Regierung das macht, ein Budget vorgelegt wird, muss ich mich als Volksvertreter blind darauf verlassen, was mir jene, die dem Landeshauptmann und Landesfinanzreferenten unterstellt sind, die ihm weisungsgebunden sind, an Informationen geben.

Jetzt kann ich denen das alles glauben, und die Finanzdirektion arbeitet auch sehr professionell und sehr konstruktiv, aber eine richtige Trennung zwischen Legislative und Kontrolle einerseits und Exekutive und Regierung andererseits ist das nicht, das ist sicher unsauber.

Und ja, wir haben mündliche Anfragen, und wir nehmen auch von diesem Recht sehr stark Gebrauch. Wir haben schriftliche Anfragen, und wir haben den Landesrechnungshof, aber das war es dann auch schon. Das sind die Instrumente, die wir als Volksvertretung tatsächlich haben, um hier Politik mitzugestalten.

Und das ist vielleicht ein bisserl anders, wenn man SPÖ oder Grüne hier ist im Klub, weil man doch irgendwie so halbwegs in der Regierung dabei ist. Für uns als NEOS, und ich darf vielleicht auch für die MFG sprechen, war es das dann auch schon.

Das geht, damit kann man Oppositionsarbeit machen. Immer wieder gelingt es uns auch, Themen anzustoßen und dann sogar gemeinsame Entschlüsse mit allen zu finden, aber eine starke Volksvertretung im eigentlichen Sinn ist es nicht, und das liegt am System, und genau darüber wollen wir eigentlich mit ihnen diskutieren.

Das System, wie es jetzt ist, auch das ist schon gesagt worden, und auch das lasse ich mir nicht nehmen, in eigenen Worten zu sagen, dass war in Vorzeiten sicher ein gutes. Es ging um politische Stabilität. Es ging darum, das sich zwei politische Kräfte das Land, die Macht aufteilen.

Wahrscheinlich wäre es anders gar nicht gegangen. Das Ganze hat sich überholt. Das Ganze hat sich im Bund überholt. Wir haben das Ende der großen Koalition erlebt in den letzten zehn bis fünfzehn Jahren und ein neues Spiel der Kräfte. Wir haben das Hinzukommen der Grünen, wir haben das Hinzukommen von uns NEOS erlebt in den letzten zehn Jahren, auch da hat sich viel geändert, das gilt natürlich auch für das Land Oberösterreich. Der Proporz und das

entsprechende politische System waren stabilisierend, aber sicher nicht parlamentarisch, das war vielleicht damals wurscht, weil eh alles eins war, aber das ist es längst nicht mehr.

Unser politisches System, geschätzte Damen und Herren, ist zweifelsohne mit einem starken Demokratiedefizit behaftet, es ist veraltet, und es passt ganz einfach nicht mehr zu den Gegebenheiten. Was wir brauchen, was wir uns als NEOS wünschen, das sind klare Verhältnisse in der Regierung und Kontrollmöglichkeiten für die Volksvertretung, das wir heute darüber sprechen, das ist enorm wichtig, das ist auch deshalb enorm wichtig, weil das vielen Menschen da draußen gar nicht klar ist. Wenn du fragst, was halten sie vom Proporz, dann sagt jemand auf der Straße mit höherer Wahrscheinlichkeit Gesundheit, als dass er weiß, worum es geht. Deshalb ist es wichtig, deshalb bin ich den Grünen um diese aktuelle Stunde dankbar, wir müssen Bewusstsein schaffen, die Debatte findet faktisch auch außerhalb dieser Mauern statt, es ist deshalb nicht nur eine Beschäftigung der Politik mit sich selbst. Wir alle haben die Zeitungsberichterstattung vor allem in den Oberösterreichischen Nachrichten in den letzten Wochen, auch unlängst wieder gesehen, sie ist wichtig diese Debatte, weil kein Experte, keiner und keine, der oder die, die sich wirklich auskennen, die wirklich was damit zu tun haben, die dieses System ernsthaft gut finden. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Das stimmt einfach nicht, das ist eine falsche Behauptung!“) Außer einer kleinen Gruppe, nämlich der OÖVP und Freiheitlichen, die die Nutznießerinnen und Nutznießer sind dieses Systems, das bringt Bequemlichkeit, recht viel seid ihr nicht im Vergleich von der Gesamtbevölkerung, ich rede ja nicht von deinen Wählerinnen und Wählern, Günther Steinkellner. Die Debatte ist notwendig, weil die Bemühungen von den NEOS, den Grünen und von der SPÖ sind wirklich konstruktiv zu diskutieren, wie wir denn besser und demokratischer werden können, transparenter besser werden können, da bis jetzt noch nichts gefruchtet hat. Es wurde vorher schon geschildert, wie es im Ausschuss und im Unterausschuss zugegangen ist, es ist notwendig, weil hier Oberösterreich als ein modernes Bundesland ein klares politisches System braucht, weil damit Schluss sein muss, dass die Landtagsmehrheit und vor allem die ÖVP in Oberösterreich der Bevölkerung suggeriert Miteinander, Mitbestimmung und Einbeziehung, wenn es in Wirklichkeit überhaupt nicht der Fall ist. Deshalb wollen wir damit anfangen, am Demokratiedefizit unseres Landes, unseres Systems zu arbeiten, mit Ihnen allen gemeinsam im Landtag, das letzte Wort ist sicher noch nicht gefallen.

Es gibt ja einen Grund, warum alle Bundesländer bis auf Oberösterreich und Niederösterreich dieses System der Konzentrationsregierung in den vergangenen Jahrzehnten abgeschafft haben. Die ÖVP meint vielleicht, dass sie was davon hat, dass die Bequemlichkeit was bringt, die Stabilität für die eigene Macht, dass es das wert ist, aber im Endeffekt würde auch die größte Partei, auch die mächtigste Partei davon profitieren, wenn es klare Verhältnisse gäbe mit einer klaren Regierungsverantwortung, die gestaltet mit einer klaren Kontrolle und Oppositionsverantwortung. Das ist derzeit nicht der Fall, wir haben eine geschwächte Volksvertretung, mit zu wenig Kontrollrechten auf der einen Seite, auf der anderen Seite eine Regierung, wo sich draußen keiner mehr auskennt. Wir könnten das beheben, dazu bräuchten wir eine Mehrheit, die gibt es noch nicht, aber wir haben ja noch fünf Jahre. Dankeschön. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Herr Klubobmann, als Nächstem darf ich Landeshauptmann Mag. Thomas Stelzer das Wort erteilen.

Landeshauptmann **Mag. Stelzer:** Sehr geehrter Herr Dritter Präsident, geschätzte Damen und Herren, auch Zuhörerinnen und Zuhörer, Zuseherinnen und Zuseher! Ich möchte Sie zu Beginn meiner Worte zu einer kleinen Reise, zu einem kleinen Überblick, zu ein paar Fakten,

Daten und Geschichten einladen. Ich weiß nicht, ob Sie alle wissen, dass jedes zweite BMW-Auto auf der Welt mit einem Motor fährt, der aus Oberösterreich und aus Steyr kommt, dass dieser ja gar nicht so kleine internationale Konzern entschieden hat, dass das auch mit den neuen Motoren so bleiben wird. Es wird zurzeit begonnen, eine Milliarde Euro in Oberösterreich und in Steyr zu investieren, um in Zukunft im Jahr um die 600.000 E-Antriebsmaschinen hier zu bauen.

Gerade jetzt ist, vielleicht schauen Sie auch nebenbei ein bisschen Online, bekannt gegeben worden, dass heute sehr tagesaktuell die voest, nämlich die Railway Systems den größten Einzelauftrag ihrer Geschichte bekommen hat, 273 Millionen Euro für ein großes Bahnprojekt in Großbritannien, Chapeau und Gratulation an das Unternehmen und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. (Beifall)

Vielleicht wussten Sie es auch nicht oder schon, dass ein Viertel aller österreichischen Warenexporte aus unserem Bundesland kommen, dass jeder dritte Hidden Champion ebenfalls in Österreich zu Hause ist, Sie haben es wahrscheinlich mitbekommen, dass vor wenigen Wochen der Arbeitsminister einer der wohl stärksten Volkswirtschaften der Erde, nämlich der Vereinigten Staaten von Amerika, in Oberösterreich zu Gast war, um sich anzuschauen, wie wir das hier mit unserer Ausbildung, insbesondere mit unserer Lehrlingsausbildung machen, um es zu kopieren und in die Vereinigten Staaten als Erfolgsmodell mitzunehmen. Ich finde, das sind beeindruckende Geschichten, das sind Daten, die eine Erfolgsgeschichte eines international erfolgreichen und eines modernen Landes beschreiben, das könnte man noch fortsetzen. Kulturhauptstadt Europas mit unserer Region im Salzkammergut und rund um Bad Ischl im nächsten Jahr. Ein Nikolaus-Harnoncourt-Zentrum, das nahezu die ganze Welt haben wollte, das Oberösterreich bekommen hat, Vollbeschäftigung, soziale Leistungen, die ihresgleichen suchen, oder aber auch zum Beispiel die meisten Betreuungsplätze für Menschen mit Beeinträchtigungen im Vergleich mit allen anderen Regionen in unserer Republik. Ich glaube, darüber können wir uns gemeinsam freuen, darüber können wir stolz sein, das ist unsere oberösterreichische Erfolgsgeschichte, an der viele Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher mitgeschrieben haben und mitschreiben, die uns zum Arbeitsplatzland Nummer eins machen, zum Wirtschaftsland Nummer eins, zum Forschungsland Nummer eins und zum Kulturland Nummer eins. Wir sind auch das Land, wo vom Helfen nicht gesprochen wird, sondern wo auch geholfen wird, und zwar am meisten und am stärksten. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Sehr geehrte Damen und Herren! So stark müssen wir auch sein in unserem Land, weil wir uns nicht nur mit den Regionen rund um uns in Österreich matchen, um erfolgreich zu bleiben, sondern unser Maßstab als internationaler Standort ist immer die internationale Bühne. Zwei Drittel unserer Wertschöpfung machen wir im Export, das heißt, wir als Land mit unseren Unternehmen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, wir müssen international wettbewerbsfähig sein und bleiben, damit die Arbeitsplätze und das Einkommen hier gesichert sind, aber auch der soziale Ausgleich hier stattfindet. Das geht durch viel Innovation, durch Forschung, durch mutiges Unternehmertum, durch viele top ausgebildete und leistungswillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. All das wird begleitet, umrahmt, gefördert und unterstützt von uns, den politischen Vertreterinnen und Vertretern Oberösterreichs im Landtag und in der Landesregierung. Für mich ist sehr klar, das Streben nach etwas Gemeinsamen und auch die Zusammenarbeit, das ist das Fundament der Verlässlichkeit, wer international erfolgreich sein will, wer will, dass internationale Konzerne hierherkommen, sie hierbleiben und hier ausbauen, der muss verlässlich sein, sonst hat man keine Chancen im internationalen Wettbewerb. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Vielleicht darf ich auch noch ergänzen oder anmerken zu den Wortmeldungen, die wir schon gehört haben, dieses Prinzip, dass in der Regierung, in der Exekutive alle Parteien mit einem bestimmten Kräfteverhältnis vertreten sind, das gilt ja bei uns nicht nur im Land. Das gilt auch für die Statutarstädte, das gilt für die Städte, das gilt für alle Gemeinden unseres Landes, dass alle politischen Parteien gemäß ihrem Stimmenanteil Gemeindevorstand, Stadtsenat oder eben auch in der Landesregierung vertreten sind. Weil eben Proporz, vom schönen Wort „proportio“, Verhältnis kommt, Anteil zu bekommen, Anteil zu haben gemäß der Stärke, die man von den Wählerinnen und Wählern hat.

Jetzt möchte ich eine grundsätzliche Frage stellen an Sie alle, überhaupt an alle, die sich politisch engagieren. Warum engagiert man sich politisch, warum ist man in einer Partei, warum will eine Partei bei einer Wahl Zuspruch erhalten? Weil sie ihr Programm, ihre Ideen, ihre Ideale umsetzen will, weil sie regieren und gestalten will. Ich glaube, dass unser System dem Prinzip, dass möglichst viele gestalten können, dem Urideal der Politik sehr, sehr nahekommt. (Beifall) Sehr geehrte Damen und Herren! Ein weltoffenes, ein vielfältiges, ein modernes Land wie das unsrige, das braucht auf der einen Seite mutige Entscheidungen, es braucht auf der anderen Seite Stabilität, auch demokratiepolitische Stabilität. Dazu gehört für uns als Oberösterreichische Volkspartei im Lande auch die Art und Weise, wie unsere Landesregierung durch unsere Verfassung zusammengesetzt wird, eben als Gemeinschaftsregierung. Ich sage es auch ganz offen und sehr bewusst, für uns ist die Verfassung nicht etwas, was man aus Tageslaune, vielleicht aus Modernitätsgründen ändert, wobei darüber zu diskutieren wäre, wer definiert, was modern ist?

Ich nehme hier Anleihe mit großem Respekt beim geschätzten Herrn Bundespräsidenten Dr. Van der Bellen, wir haben in den letzten Monaten und Jahren durchaus Phasen gehabt, die schwierig waren, wo der Bundespräsident gefordert war, aus meiner Sicht hat er es auch mit Bravour gemeistert. Was war damals die Diskussion? Die Schönheit und die Eleganz unserer Bundesverfassung, die uns im Jahr 1920 gegeben wurde, an der nicht aus Tageslaune heraus herumgedoktert oder herumgedreht wird, sondern die Stabilität gibt und die Grundlagen schafft. Ich danke dem Bundespräsidenten, aber wir sehen das eben genauso. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Es wird schon einen Grund haben, dass die drei größten Regionen unserer Republik, auch die erfolgreichen Regionen, die Bundeshauptstadt Wien, das Bundesland Wien, das Bundesland Niederösterreich und das Bundesland Oberösterreich sich nach diesem Modell ihre Regierungen zusammensetzen. Wie im Übrigen auch die Schweiz, die uns ja in vielen Fällen, vor allem in der Demokratie, immer als leuchtendes Beispiel von nahezu allen Fraktionen vorgehalten wird, wo sogar auf Bundesebene dieses Modell der Zusammenarbeitsregierung gilt. Ich nehme an, Sie werden nicht abstreiten, dass die Schweiz ein durchaus erfolgreicher Staat in Europa ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Wir sind alle, Gott sei Dank, wieder viel unterwegs und unter den Leuten, da wird man auf Vieles angedet, Gott sei Dank, das gehört dazu, damit wir ein Feeling haben, was den Leuten wirklich wichtig ist. Sie können sich vorstellen, auch ich werde auf Vieles angedet, auf die Strompreise, wie geht das mit dem Heizen, wie geht es den Arbeitsplatz zu wechseln, wie wird das mit dem Einkommen weitergehen? Worauf ich nie, wirklich nie angedet werde ist, wie ist das mit eurer Proporzregierung? Ich lade Sie ein, gehen wir jetzt dann hinaus auf die Promenade, fragen wir wahllos Leute, ich nehme an, wie werden wenige finden, die wissen, dass es dieses System gibt oder aber auch die es erklären können. Wissen Sie auch warum? Weil die Leute zu Recht Interesse haben und einfordern, dass wir arbeiten, die wollen, dass wir die Regierungsarbeit leisten, aber die wollen nicht über die Regierungsform diskutieren. (Beifall)

Weil heute auch in den Geschichtsbüchern der verschiedenen Parteien gekramt wurde, das habe auch ich getan, lieber Herr Klubobmann Mayr, auch im politischen Geschichtsbuch der Grünen im Land, du hast es ja sehr umfassend dargestellt, aber eine sehr entscheidende Phase in dieser Geschichte, nämlich in diesem Jahrtausend, ausgelassen. Im Jahr 2003 hat euer Spitzenkandidat, der ehemalige Landesrat und Bundesminister Rudolf Anschober eine Wahlkampagne geführt mit einem Sessel und mit dem Hauptargument, ich will meinen Anteil in der Regierung, ich will da drinnen sein, wählt mich, damit wir den Sessel bekommen. Es hat funktioniert, jetzt wollt ihr den Sessel abgeben, nur so viel zu dem Thema, wie dreht man sich und wie wendet man sich. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Zu regieren heißt, Verantwortung zu bekommen und auch Verantwortung zu tragen, nämlich dann auch zu gestalten. Ich finde zum Beispiel, dass ein Ressort, das Umwelt und Wasser beinhaltet und damit im Übrigen größer ist als das Ressort des Vorgängers aus derselben Partei oder ein Ressort, das die Kinder und Jugendhilfe, ehemals Jugendwohlfahrt beinhaltet, ein Thema, das uns nahezu tagtäglich beschäftigt, weil es so viele Problemfälle gibt im Land, oder auch die Gemeinden zu betreuen, dass das gewaltige und große Gestaltungsfelder in diesem Land sind, die ja auch von den zuständigen Landesräten mit Engagement entsprechend gestaltet werden. Zum Regieren gehört in Oberösterreich auch dazu, dass jedes Regierungsmitglied für die Regierungssitzung, die üblicher Weise jeden Montag stattfindet, am Donnerstag davor alle Unterlagen, die Punkte aller Regierungsmitglieder, die eingebracht werden in die Regierung, bekommt, über alles selbstverständlich nachfragen kann und Zusatzinformationen bekommt. Damit vollständig in den gesamten Informationsfluss der Landesregierung eingebunden ist, was wahrscheinlich auch ein Grund dafür ist, dass bei der aus vier Parteien zusammengesetzten Landesregierung die aller-, allermeisten Beschlüsse, nämlich weit über 90 Prozent, einstimmig gefällt werden, dass die heute schon angesprochene absolute Mehrheit der Oberösterreichischen Volkspartei in der Landesregierung kein einziges Mal angewendet wurde.

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese unmittelbare Verantwortung wird von den Wählerinnen und Wählern zugesprochen, die erwarten sich dann auch, dass der Anteil an der Verantwortung auch wahrgenommen und entsprechend gearbeitet wird. Ich kann Ihnen eines sagen, wir haben in der Regierung einen respektvollen Umgang miteinander, wer miteinander auskommen muss, der muss sich auch durch das System und durch die Verfassung miteinander beschäftigen oder auf den anderen einstellen. Ich tue das ohnehin aufgrund meines persönlichen Zugangs, man gewinnt auch in den meisten Fällen dadurch einen besseren Blick, ein größeres Verständnis, es bringt uns oft auch weiter, es macht uns auch in Summe besser im Land. Das ist aus meiner Sicht eine Fülle an Gründen, warum auch die Arbeit der Oberösterreichischen Landesregierung im Auge unserer Landsleute bei allen Bewertungen, meilenweit im Zuspruch in der Beliebtheit und in der Anerkennung vor dem liegt, wie beispielsweise die Anerkennung der jeweiligen Bundesregierung ist. In unserer Form des Miteinanders und durch unsere Gemeinschaftsregierung werden wir auch so verantwortlich weiterarbeiten.

Sehr geehrte Damen und Herren! Selbstverständlich beteiligen sich unsere Abgeordneten, beteiligen wir uns, ich mich an allen staatsrechtlichen Diskussionen, man kann über die Grundprinzipien reden und so weiter. Ich glaube nur wirklich, dass es wichtiger und dringender ist, dass wir darüber reden, was die Leute wirklich brauchen, wie wird das tägliche Leben finanziert, wie wir die Klimaziele erreichen? Das war heute schon Thema, aber trotzdem wettbewerbsfähig und Arbeitsplatzland bleiben. Wie wir die Gesundheit und Pflege organisieren? Und vieles, vieles andere mehr, da tun wir gut daran, wenn wir unseren Beitrag dazu leisten, wir sind auch verpflichtet dazu. Ich möchte Sie wirklich mit aller Offenheit, aber

auch mit allem Ernst ersuchen, machen wir Politik für die Menschen, was die Menschen bewegt, glauben wir nicht, dass das Herumturnen in einer Blase, die von manchen Politikern, manchen Medienvertretern, Experten und selbsternannten Experten gebildet wird, dass dieses Herumturnen in der Blase Politik oder Gestalten wäre. Ich bin dafür, dass wir für die Menschen in diesem Land arbeiten. (Beifall)

Sehr geehrte Damen und Herren! Die Modernität, der Erfolg, die vielfältige Schaffenskraft und auch die Sicherheit des unsrigen Bundeslandes hängt von vielen Faktoren ab, mit Sicherheit vom Fleiß und der Tatkraft unserer Landsleute und auch vom Willen in unserer Gesellschaft, dass es ein gemeinschaftliches Verständnis gibt, auch vom Willen zum Miteinander. Apropos, was wollen die Leute? Ich habe den Eindruck, ich nehme an, das werden Sie auch oft erzählt bekommen, dass das, was man der Politik am meisten vorwirft, das ist, dass ständig gestritten wird, kaum hat einer noch nicht einmal ausgedet, schon darauf hingefahren wird, dass nur der Dissens gesucht wird, dass nur aufeinander los gegangen wird. Ich glaube, es gibt eine große Sehnsucht, dass grundsätzlich das Miteinander gesucht wird, das ist auch das Gebot der Stunde, dass wir gemeinsam arbeiten, da sind wir ein gutes Gegenprogramm zu all den anderen Modellen, die man andersorts oder auch im Bund beobachten kann.

Sehr geehrten Damen und Herren! Unsere Landesregierung, wir alle, ich als Regierungschef möchte das auch als Anspruch stellen und auch versprechen, wir werden uns darum bemühen, dass wir diesem Anspruch, dass die Leute zu Recht einfordern, dass wir uns um sie bemühen, dass wir das miteinander tun, dass wir diesem Anspruch Tag für Tag gerecht werden, durch unsere Arbeit und auch in unseren Ressorts das entsprechend umsetzen. Dieses Miteinander bringt uns Stabilität, das bringt uns die Kraft, die wir in dem Match, das ich zu Beginn angesprochen habe, auch dringend brauchen. Wir können in dieses Match mit den internationalen Regionen durchaus selbstbewusst gehen, wir wissen, was wir können, wir wissen, wie es geht, wir wissen aber auch, wofür es geht. Es geht um Sicherheit, es geht um Lebensqualität, es geht um die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes und damit auch die Arbeitsplatzsicherheit in unserem Land. Das wollen wir festigen, das wollen wir miteinander weiterentwickeln, es geht um eine konsequente, um eine entschlossene Regierungsarbeit, dafür stehen wir, dazu lade ich ein, ich werde mich konsequent auch jeden Tag darum bemühen. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Landesrat Lindner.

Landesrat **Mag. Lindner:** Geschätzter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen der Landesregierung und des Landtags, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich habe jetzt sehr aufmerksam zugehört und ja, wir leben in einem erfolgreichen, wirtschaftlich, sozial starken Bundesland. Ich war bisher bei der Meinung, dass die ÖVP immer sagt, die Wirtschaft schafft die Arbeitsplätze. In diesem Sinne sage ich, ich bin stolz auf engagierte Unternehmerinnen, Unternehmer und vor allem auf starke Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, dass sie uns diesen Erfolg und diesen Wohlstand erarbeiten. (Beifall)

Und das ist für mich eine interessante Zeit, vor wenigen Monaten noch leidenschaftlicher Parlamentarier und jetzt als tatkräftiges und engagiertes Mitglied der Landesregierung, aber mit dem gleichen Anspruch und mit der Vision, wie schon zu meiner Zeit als Parlamentarier nämlich, mit der Vision und der Forderung einer zeitgemäßen Demokratie, die sich immer am Puls und an den Bedürfnissen der Zeit unserer Menschen in Oberösterreich orientiert. Und ja, die Menschen in Oberösterreich haben es sich verdient, dass wir als Politikerinnen und Politiker gemeinsam in Oberösterreich jeden Tag das Beste mit unserer Arbeit für die

Menschen in Oberösterreich herausholen, dass wir Oberösterreich jeden Tag ein Stück besser machen. Vollkommen klar.

Aber so, wie die Dinge jetzt politisch in unserem Land liegen, mache ich mir Sorgen. Sorgen um unser politisches System und auch Sorgen um unsere Demokratie. Weil die eine Seite ist, dass ich der Meinung bin, dass unser politisches System nicht mehr zeitgemäß ist. Ja, und es ist mehrfach angesprochen, diese Gemeinschaftsregierung hatte historisch ihren Sinn. Wir sind als Sozialdemokratie ganz selbstbewusst auch immer dazu gestanden, aber, und das hat auch zu unserer Änderung geführt, die letzten Jahre waren in diesem politischen Handeln eine Zäsur. Und diese Zäsur hat gezeigt, dass der Ausgleich zwischen Macht und Kontrollen in Oberösterreich nicht mehr funktioniert, dass da etwas ins Rutschen gekommen ist und dass eine schiefe Ebene zugunsten der ÖVP entstanden ist.

Das politische System in Oberösterreich im Jahr 2023 ist für mich ein bisschen wie ein Haus, bei dem einige Jahrzehnte lang keine Sanierungsarbeiten mehr gemacht worden sind. Und jeder kennt solche Häuser. Da zieht es, da heizt man ineffektiv hinaus, und man wohnt nicht mehr so gut gemeinsam darin. Und genau diese Sanierungsarbeiten sind dringend notwendig für einen guten Ausgleich zwischen Macht und Kontrolle.

Und wenn die Kommunen angesprochen worden sind von dir, Herr Landeshauptmann, dann sage ich, dort sind eben die Spitzenpersonen als direkt gewählte Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auch dafür verantwortlich, dieses Gemeinsame zu suchen, deswegen haben wir auch vorgeschlagen, in einer Weiterentwicklung auch eine Direktwahl des Landeshauptmannes oder der Landeshauptfrau mit zu entscheiden. (Beifall)

Und in dieser schiefen Ebene hat die Landeshauptmann-Partei alle Schalthebel in der Hand. Absolute Mehrheit, ist schon angesprochen, 90 Prozent des Budgets. Und das ist eben genau das Gegenteil von Zusammenarbeit, von der jetzt so oft gesprochen worden ist. Und ein politisches System, das so eine einseitige Machtverteilung zulässt, ein politisches System, das noch dazu eine parlamentarische Kontrolle erschwert, das ist für mich kein Demokratiesystem auf der Höhe der Zeit. Und deswegen war es für uns konsequenterweise der nächste Schritt, um diesen Wechsel im Regierungssystem mit zu unterstützen und anzustreben, weil sich die Menschen, die Oberösterreicherninnen und Oberösterreichern, zu Recht einen Ausgleich zwischen Macht und Kontrolle erwarten und als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler, deren Geld wir hier herinnen verwalten, auch verdient haben.

Und wenn wir diese größten und wichtigsten Bereiche saniert haben, Minderheitenrechte, Transparenz schaffen, Akteneinsicht et cetera, dann ist es Zeit für den modernen Außenanstrich, für das zeitgemäße Ende des Proporz und eine demokratische Runderneuerung in Oberösterreich. Und ich sage das auch als Mitglied der Landesregierung vollkommen klar.

Ich sage das nicht, weil ich weniger Verantwortung will und aus der Landesregierung heraus will, ganz im Gegenteil. Ich trete 2027 an, um mehr Verantwortung und mehr Gestaltungsmöglichkeiten in Oberösterreich zu bekommen, um unsere Ziele für Oberösterreich und für die Menschen auch zu erreichen. (Beifall)

Und diese aktuelle Stunde soll keine rechtsphilosophische Abhandlung werden. Schauen wir uns das in der Praxis an. Besteht unser jetziges System den Praxistest Zusammenarbeit? Und da frage ich, was ist die größte Herausforderung für unser Bundesland? Das ist die Energie- und Klimawende, die Transformation unseres Industriestandorts. Und wo ist da das

Gemeinsame? Ich erinnere an diese Erarbeitung der Klimastrategie, wo wir als zwei Regierungsmitglieder in keinem Beistrich bisher miteingebunden waren, obwohl das die größte Herausforderung bedeutet, zehntausende Arbeitsplätze in unserem Land davon abhängen.

Nächstes Beispiel die TU, wo ich noch als Parlamentarier verlangt habe, dass wir mit einer inhaltlichen Planungs-Enquete dieses Thema gemeinsam aufgreifen, und jetzt zeigt sich durch viele Unwägbarkeiten, wie wichtig es gewesen wäre, gemeinsam einen landespolitischen Konsens für einen guten Start dieser Digital-Uni auch zu erarbeiten. Da sind wir bei den Themen, die die Menschen betreffen.

Thema Teuerung. Es hat ein Jahr lang gedauert, viel parlamentarischen Druck gebraucht, bevor die Regierungskoalition in diesem Fall breitere Maßnahmen, in Wahrheit mit fremdem Geld vom Bund, aber trotzdem breitere Maßnahmen in die Gänge gebracht hat. Kinderbildung. Auch da hat es in Wahrheit Streikdrohungen gebraucht, bis große Pakete auf den Tisch gebracht worden sind. Gesundheit, ebenfalls Streikdrohungen. Jugendschutz, alles schon angesprochen.

Also es braucht ständig diesen Druck, damit sich in diesem Land etwas bewegt, und da sieht man in der Praxis, dass das nicht funktioniert, dass dieses Zusammenarbeiten diesen Praxistest nicht besteht, und dass wir eben genau deswegen diese demokratische Runderneuerung Oberösterreichs brauchen, weil durch diese schiefe Ebene, aus meiner Sicht, politische Entscheidungen langfristig nicht besser werden, sondern schlechter, und dass durch das Handeln einer Mehrheit in diesem Haus und auch in der Regierung dieses Gemeinsame dieser Gemeinschaftsregierung, deren Ursinn ich verstehen kann, zu einer Hülle geworden ist und zu einer Folklore.

Und das enttäuscht mich, dass die größte Partei in diesem Land nicht bereit ist, an einer demokratischen Runderneuerung mitzuarbeiten. Ich sage das in dieser Zugespitztheit, auch eine Partei, die in Österreich dafür verantwortlich ist, dass wir eines der größten Politik-Misstrauen seit Jahrzehnten haben, für die es einen eigenen Untersuchungsausschuss auf Bundesebene gebraucht hat, so eine Partei wäre gut beraten, an einer demokratischen Weiterentwicklung in unserem Bundesland mitzuarbeiten und weiter zu diskutieren. (Beifall)

Wir sind bereit zum Miteinander, wir sind bereit zur Arbeit und zur Verantwortung. Wir sind aber auch bereit zu einer Weiterentwicklung, zu einer demokratischen Runderneuerung. Und deswegen noch einmal, auch als Regierungsmitglied, der Aufruf, packen wir dieses Projekt in Oberösterreich an. Danke sehr. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Landesrat Kaineder.

Landesrat **Kaineder:** Danke, Herr Präsident! Vielleicht zwei ganz kleine Korrekturen, also zumindest für uns Grüne nehme ich in Anspruch, dass diese Debatte um die Abschaffung des Proporz eben keine spontane Laune ist. Wir sind 1997, also vor 26 Jahren, in diesen Landtag eingezogen, und der erste Antrag galt der Abschaffung des Proporz. Also das ist dann doch ein gut überlegtes Ding, das wir da heute diskutieren, zumindest für uns Grüne, für die SPÖ muss man das selber beantworten.

Und 2003 haben wir mit gutem Grund einen Regierungssessel sogar auf unsere Plakate gepickt, weil in dieser Regierungsform, Herr Landeshauptmann, es sonst keine Möglichkeit gibt, in einer Koalition mitzugestalten. Das heißt, diese Regierungsform ist nicht nur, wie

vielfach besprochen, integrativ, sondern sie ist in hohem Maße exklusiv, weil Mehrheiten, die existieren, gar nicht miteinander regieren können.

Das sehen wir jetzt gerade in Niederösterreich. Die Push-Meldungen habt ihr alle bekommen. Es gibt in Niederösterreich seit der Landtagswahl eine Mehrheit von ÖVP, Grünen und NEOS. Die können miteinander nicht regieren. Das geht nicht. Diese Regierungsform, die auch Oberösterreich noch hat, ist exklusiv. (Zwischenruf Abg. KO KommR Ing. Mahr: „Das täte ich auch nicht!“) Nur für die großen Parteien. Und jetzt sage ich euch auch, warum ich das für einen großen Schaden halte. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Aber Oberösterreich ist ein schönes Land!“) In Niederösterreich gibt es einen Landesrat, der offen im Fernsehen Wiener Kinder beleidigt. Beleidigt. In Niederösterreich gibt es in Zukunft einen Landeshauptmann-Stellvertreter, der Menschen in der Ukraine, die keinen Strom haben, die im Finsternen und im Kalten sitzen, weil sie vom Krieg, von Folter, von Vertreibung betroffen sind, die österreichischen Stromaggregate neidig ist.

Haltet ihr das für ministrabel? (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Oh, jetzt kommt der Gutmensch heraus!“) Das ist ein Problem. Und heute hat Johanna Mikl-Leitner beschlossen, sie wird jetzt nicht mit der SPÖ weiterverhandeln, sondern mit der Freiheitlichen Partei in Niederösterreich, die diese beiden Menschen in die Landesregierung schicken wird. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Aber mit den Grünen geht es sich nicht aus! Das wollte der Wähler nicht!“) Das ist ein großes Problem.

Und der Herr Landtagspräsident hat zuerst gesprochen von den letzten drei anstrengenden Jahren. Das stimmt, die letzten drei Jahre haben vor allem drei ganz große Herausforderungen mit sich gebracht. Zuerst die Corona-Krise. Eine Gesundheitskrise, wie wir sie noch nie gesehen haben. Und es hat eine Partei gegeben, die konsequent gegen Sicherheitsmaßnahmen für die österreichische Bevölkerung war. Das war die Freiheitliche Partei Österreichs. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Ich sage nur Impfzwang der Grünen!“)

Wir haben mit einem riesigen Fachkräftemangel zu tun. Und wenn Sie der Industrie und der Wirtschaft zuhören, dann sagen ihnen die, das Schlimmste, was uns jetzt passieren kann ist, (Zwischenruf Abg. Handlos: „Das kannst du jeden Tag in der Zeitung lesen, was passiert!“ Unverständliche Zwischenrufe) dass Fachkräfte, die Deutsch nicht zur Muttersprache haben, in diesem Land nicht willkommen sind. Für welche Partei sind Kinder, die nicht Deutsch am Schulhof sprechen, nicht an der richtigen Stelle? Für die Freiheitliche Partei in Österreich.

Und dann haben wir eine Klima- und Energiekrise, die nur gelöst werden kann, wenn wir sie mutig und entschlossen angehen und sie nicht konsequent leugnen. Und welche Partei tut das in der Regel? Die Freiheitliche Partei Österreichs. Also wenn du die großen Krisen unserer Zeit bewältigen willst, dann willst du mit einer Partei partout nicht regieren müssen. Und das sind die Freiheitlichen. (Beifall)

Und das Proporzsystem sorgt dafür, dass man sie einbinden muss. (Unverständliche Zwischenrufe) Es geht nicht anders. Das, was ich gerade ausgeführt habe, würde in hohem Maße dafür sprechen, dass das keine gute Idee ist. Bei allen drei Herausforderungen nicht. Aber es ist so. Und Johanna Mikl-Leitner wird nicht erklären müssen, warum sie nicht mit Grünen und NEOS eine Zukunftsregierung bildet, weil sie das gar nicht kann. (Zwischenruf Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Haimbuchner: „Vielleicht will sie es auch nicht!“) Weil das nicht geht. Sie wird auch nicht erklären müssen, warum sie mit den Freiheitlichen regiert, weil

sie mit ihnen regieren muss. Und das ist ein Schaden für ein modernes, weltoffenes Land. (Unverständliche Zwischenrufe)

Und ich sage zum Schluss, (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Mei geht's den Kärntnern gut!“) seit 1997 sagen die Grünen, modern regieren würde heißen, alle, die eine Mehrheit bilden können, dürfen eine Regierung bilden. Das geht in Oberösterreich nicht. Das sollte aber gehen. (Zwischenruf Abg. Handlos: „Da müsst ihr euch anschauen, warum keiner reden will mit euch!“)

Und ich sage auch, ich mache meinen Job als Landesrat sehr, sehr gern, und ich werde jeden Spielraum, den mir Schwarz-Blau zugesteht, nützen um dieses Land zukunftsfit, klimasicher und weltoffen zu gestalten. Wikipedia sagt mir, ich bin Mitglied der Regierung Stelzer II. Das heißt, du, lieber Herr Landeshauptmann, bist auch mein Regierungschef und der von Michael Lindner. Wenn man das, was ihr heute gesagt habt, wirklich ernst meint, dann wäre ein schöner Anfang, zur nächsten Regierungsklausur, die ihr abhaltet, wirklich alle Regierungsmitglieder einzuladen. Vielen Dank. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Landeshauptmann-Stellvertreter Haimbuchner.

Landeshauptmann-Stellvertreter **Dr. Haimbuchner:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen der Oberösterreichischen Landesregierung hoher Landtag, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Kollege Kaineder, man muss es dir lassen, du hast ehrlich deine Beweggründe geschildert. Es geht dir einfach darum, wie überhaupt den Grünen, moralistisch zu bestimmen, wer darf in einer Regierung sitzen und wer nicht. Und nicht das, was der Wählerwille ist. Das hast du jetzt gezeigt. Und das sollte man auch offen sagen. Immer dort, wo die FPÖ stark war, wo sie so stark geworden ist, in den vergangenen Jahrzehnten, dort hat man das Konzentrations-Regierungsmodell abgeschafft, wenn es möglich war. Mit der Ausnahme Vorarlberg, weil Vorarlberg das Konzentrationsregierungsmodell nie gehabt hat.

Jetzt frage ich mich an dieser Stelle, was ist denn wirklich besser geworden, auch an der parlamentarischen Kontrolle in diesen Bundesländern? Was ist besser in Tirol? Was ist besser in Salzburg? Was ist besser in der Steiermark? Was ist besser in Wien? Was ist besser im Burgenland? Was ist denn dort besser? Es ist überhaupt nichts besser dort. Die Zahlen in Oberösterreich sind besser.

Die Beschäftigung ist besser. Das Klima in diesem Bundesland ist besser. Ich will es aber nicht überbemühen. Aber man hat sich etwas dabei gedacht, wie man das Konzentrationsregierungsmodell eingeführt hat. Warum gibt es denn das Konzentrationsregierungsmodell auch in den Statutarstädten und in den Gemeinden? Will man es dort auch abschaffen? Will man das auch?

Wie ist das denn eigentlich in Wien? Nicht amtsführende Stadträte. Der Felix Eypeltauer erwähnt Oberösterreich, er erwähnt Niederösterreich, aber er erwähnt Wien nicht. (Zwischenruf Abg. KO Mag. Eypeltauer: unverständlich.) Na, da bin ich neugierig, ob es in Wien eine Wiederkehr geben wird für die NEOS. Dort war das Verhandlungsgeschick offensichtlich ganz fundamental gut.

Und dann wird noch erwähnt, man würde doch mehr Personal wollen. Ja, ohne Personal ist eine politische Arbeit nicht möglich. Ohne ordentliche Räumlichkeiten, ohne ordentliche Ausstattung, vollkommen richtig. Und dafür gibt es auch von mir eine Unterstützung und auch eine Zusage, auch wenn ich nicht dafür verantwortlich bin, weil das notwendig ist. Aber ehrlich

gesagt, als Vier-Prozent-Partei kann man nicht Mitarbeiter haben wie eine 30-Prozent-Partei. Das ist halt ganz einfach einmal so.

Und wenn du sagst, ihr braucht mehr Personal, um mehr Arbeit machen zu können. Ihr braucht mehr politischen Erfolg, dann könnt ihr mehr Arbeit machen, sollte man an dieser Stelle erwähnen.

Der Kollege Aigner hat eine Rede gehalten, die war ein wenig ambivalent für mich. Weil der Vergleich mit dem Unternehmen und mit dem Gesellschaftsrecht ist ganz interessant. Da gibt es die Eigentümer, da gibt es einen Vorstand, da gibt es einen Aufsichtsrat, nur die Kunden kommen nicht vor. Finde ich auch interessant. Und wie war denn das mit Managern, die politische Gruppierungen gegründet haben, die dann auch wieder schnell verschwunden sind. Schnell erfolgreich, schnell verschwunden.

Wer das Gold hat, macht die Regeln, hat da einer einmal gesagt. Das ist aber ehrlich gesagt auch nicht meine Vorstellung. Aber er hat schon recht, wenn er sagt, man könnte doch das Konzentrationsregierungsmodell sofort abschaffen, wenn man das nicht will. SPÖ und Grüne, man braucht ganz einfach nicht mehr antreten zu Wahl, man kann zurücktreten bei einer entsprechenden Fraktionswahl. Dann ist man nicht mehr vertreten in der Konzentrationsregierung. Das hat man aber nie gemacht.

Und was hat denn eigentlich Rot und Grün in den vergangenen Jahren seit 2015 daran gehindert, Kontrollarbeit durchzuführen? Das möchte ich wirklich wissen. Also offensichtlich nehmt ihr euch selbst nicht ernst. Offensichtlich nehmt ihr die mündlichen Anfragen nicht ernst. Die schriftlichen Anfragen nicht ernst. Die Minderheitenrechte, die es sonst in Oberösterreich gibt. (Unverständliche Zwischenrufe links.) Und dann vergleichen wir das ganze mit dem Bund, wo es kein Konzentrationsregierungsmodell gibt. Gibt es dort einen Einblick in die ausgelagerten Unternehmen? Gibt es da ein entsprechendes Interpellationsrecht? Gibt es da in einen Aufsichtsrat irgendeine Position? Nein, gibt es natürlich nicht. Da gibt es ganz extreme Schwächen auf Bundesebene.

Und wenn man dann sagt, bei einem muss ich den Herrn geschätzten Landeshauptmann korrigieren, weil er gesagt hat, wen interessiert das auf der Promenade, wenn man jemanden trifft, ob das Konzentrationsregierungsmodell so wichtig ist? Ich korrigiere dich, einen trifft man. Einen trifft man auf der Promenade. Einer, der doch die Kreativität fordert und sagt, das alles, dieses Modell wäre verstaubt. Aber selbst ist er ein alter weißer Mann geworden, der das kritisiert. Und dem würde ich übrigens auch empfehlen, dass er sich politisch engagiert.

Das ist nämlich auch das Interessante geworden in unserer Zeit, dass es manche gibt, (Unverständliche Zwischenrufe) dass es manche gibt, die ständig sagen, was Demokratie sein sollte, dann muss man sich daran beteiligen, nicht nur wählen gehen. Sich selbst aufstellen. Sich die Mühe machen, politisch zu arbeiten, mit dem Bürger zu reden. Nicht nur bei Stammtischen, an Bürgersprechtagen, sich wirklich mit den Details auseinanderzusetzen. Ja, vielleicht ist das ganz schwierig. Und da bestimmt der Standort den Standpunkt. Da geht es nicht um höhere demokratiepolitische Interessen. Wir haben die Kontrollinstrumente in Oberösterreich, und die sind sehr gut ausgestaltet. Wenn du, lieber Stefan Kaineder, die Sichtweise der FPÖ in der Corona-Politik kritisiert, dann ist das dein gutes Recht. (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Ja, sicher!“) Das ist dein gutes Recht. (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Wir leben in einer Demokratie!“) Wir hatten Recht. Wir hatten Recht und wir haben Recht. (Beifall) Wenn man sich dann ansieht, lieber Stefan Kaineder, wo waren denn die richtigen Leuchttürme in der Bundesregierung in Wien? Anschöber, Rauch, Mückstein, dort waren die

wirklichen Leuchttürme. Die haben das Vertrauen in die Politik besonders beschädigt, lieber Stefan Kaineder, weil sich keiner ausgekannt hat, was da passiert. (Beifall) Das ist doch die Wahrheit. Nicht einfach hergehen und den Moralismus überall drüber stülpen, was darf man sagen und was darf man nicht sagen. Am Ende bestimmt das der Wähler. Wo war es denn besser? In der Schweiz, wo das Konzentrationsregierungsmodell auf allen Ebenen durchgeführt wird und erfolgreich ist. Immer dann, wenn der Lautstärkepegel bei euch hoch ist, dann weiß ich, dass ich Recht habe.

Aber ich habe auch eine Empfehlung für die Sozialdemokratie. Das Konzentrationsregierungsmodell wäre doch für die Bundespartei eine gute Idee, da ist jedes Jahr ein anderer Parteivorsitzender bei der SPÖ. Das wäre doch auch einmal ganz geschickt. Die Schweiz macht es mit dem Bundespräsidenten so, dass die Bundesräte abwechselnd den Bundespräsidenten stellen. In Verbindung mit der direkten Demokratie in der Schweiz, wer ist besser durch die Corona-Krise gekommen? Die Schweiz! Wer ist wirtschaftlich erfolgreicher? Die Schweiz! Wer hat eine geringere Inflation? Die Schweiz! Wer ist ein echter neutraler Staat? Die Schweiz! Ja, die Schweiz hat das Konzentrationsregierungsmodell auf allen Ebenen und ist erfolgreich. (Beifall)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch in Oberösterreich darf man es zur Kenntnis nehmen, dass meines Erachtens die Opposition ihre Rechte ausschöpft, man darf sagen, eine gute Oppositionsarbeit macht. Ich glaube nicht, dass die Regierungsarbeit des Kollegen Kaineder oder Kollegen Lindner, die ich beide persönlich sehr schätze, dass ihre Parteien daran gehindert werden, dass sie eine ordentliche Kontrolle durchführen. Ich bin der Meinung, dass das nicht der Fall ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, täglich grüßt das Murmeltier bei dieser Diskussion rund um das Konzentrationsregierungsmodell. Da hat jeder einen bestimmten Standpunkt, ist in Ordnung so, da kann man jedes Jahr diskutieren. Mein Standpunkt bleibt der gleiche, er war der gleiche, er wird auch der gleiche in Zukunft sein, weil es ein gutes Modell ist, und weil ich auch der Meinung bin, dass am Ende die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land es sich wünschen, dass wir zusammenarbeiten. Ich habe bei den meisten Punkten von Kollegen Lindner und Kollegen Kaineder überhaupt kein Problem, dem zuzustimmen in der Regierung. Wenn etwas einmal nicht passt, dann artikuliert man das, und man stimmt einmal dagegen. So ist Demokratie. Das wäre aber auch in einem Koalitionssystem nicht anders, weil auch da muss man sich manchmal zusammenstreiten. Ein gesunder Dissens ist wichtig, aber auch ein guter Konsens ist sehr, sehr gut für dieses Land, meine sehr geehrten Damen und Herren. (Beifall).

Präsident: Als Nächster ist Abgeordneter Höglinger zu Wort gemeldet.

Abg. **Mag. Höglinger:** Sehr geehrter Präsident, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher hier im hohen Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss mich kurz halten angesichts der Zeit. Wir haben ja heute wieder wahnsinnig salbungsvolle Worte gehört, vor allem vom Herrn Landeshauptmann und von ÖVP-Vertretern, über das Gemeinsame und das Miteinander in Oberösterreich. Es hat so schön gezeigt, gerade bei der Rede des Herrn Landeshauptmanns, was damit gemeint ist. Kritik an der ÖVP, Kritik an der Regierungsmehrheit, wird als Kritik am Land umgedeutet. Wie sehr ihr und wie schlecht ihr mit Demokratie und demokratischem Hinterfragen umgehen könnt, das erlebt man ja immer wieder. Heute hat man es auch gut erlebt in der Fragestunde, die mehrmals als großes parlamentarisches Kontrollrecht schon angesprochen worden ist. Die Art und Weise, wie du, lieber Herr Landeshauptmann, jedes Mal reagierst, wenn dir eine Frage

gestellt wird, das ist fast ein Muster an, mir fällt da nichts ein, was zitabel ist. Ihr nehmt dieses Parlament nicht ernst, und darum geht es.

Miteinander kann nur funktionieren, wenn die Volksvertretung stärker ist. Denn nicht die Regierung soll die Regierung kontrollieren, sondern die Legislative soll die Regierung kontrollieren. Wir haben heute schon ein paar Mal dargestellt bekommen, die Vermischungen von Legislative und Exekutive, die bei uns im Land gang und gäbe sind. Dort, wo wir dann eingefordert haben, wir hätten gerne mehr Kontrolle, beispielsweise Einsichtsrechte, hat Herr Klubobmann Dörfel gesagt, das ginge nicht, weil damit Exekutive und Legislative vermischt werden würden. Ja, gratuliere Herr Klubobmann, du hast Parlamentarismus wirklich nicht verstanden. Das ist aber schön inzwischen, dass du es auch öffentlich sagst, weil damit bekommen es die Leute mit.

Worum geht es der ÖVP? Der ÖVP geht es um Machterhalt. Den Freiheitlichen ist es ja noch nie sehr viel um Demokratie gegangen. (Zwischenruf Abg. Gruber: „Reiß dich zusammen!“) Ich nenne noch ein paar Beispiele, weil es auch schon angesprochen worden ist. Die absurdesten Dinge, die so passieren, ist die Verkleinerung der Aufsichtsräte in Landesunternehmen auf die Größe, die Regierungsvertreter noch ermöglichen. (Zwischenruf Landesrat Mag. Steinkellner: „Dort ist der Proporz abgeschafft! Das passt euch auch nicht!“) Ausschussarbeit, die hier immer angesprochen wird, das große Parlamentarische, dort würde gearbeitet. (Präsident: „Bitte zum Schluss zu kommen!“) Ja, danke! Dort wird gearbeitet. Dann kann ich gleich machen, was ÖVP und FPÖ immer dort machen, nämlich nichts sagen. Es wird nämlich dort nicht diskutiert, es wird dort nicht gearbeitet. In der Regel wird ein bisschen aus Nettigkeit vertagt und Experten gehört, und dann werden die Anträge der Opposition abgelehnt. Inhaltlich diskutiert werden sie in aller Regel nicht. Das muss man auch wissen. Damit wünsche ich uns hoffentlich, dass diese Diskussion nicht ein Ende hat, sondern erst der Anfang ist. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Stanek.

Abg. **Stanek:** Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Höglinger, es ist grundsätzlich so, wenn man deinen Worten lauscht, dann fällt es einem tatsächlich schwer, an gemeinsame Aktivitäten zu denken. Da geht so viel Bösartigkeit weg, so viel Zynismus. Zynismus und Bösartigkeit stehen halt auch gemeinsamen Überlegungen sehr stark entgegen. (Beifall)

Eine ganz wesentliche Feststellung im Grünbuch Demokratieforum lautet: Macht die Demokratie weiterhin zum Thema. Daher befürworte ich die heutige Diskussion in der heutigen aktuellen Stunde „Proporz abschaffen, Kontrolle ausbauen und Demokratie stärken“ sehr. Ich denke, es wird kein vernünftiger Mensch etwas dagegen haben, die Demokratie zu stärken. Ich möchte mich gerade mit den letzten zwei Worten, Demokratie stärken, auseinandersetzen.

Wenn alle Parteien ab einer gewissen Stärke in der Regierung vertreten sind und, das ist jetzt etwas sehr Entscheidendes, die Bereitschaft zur Zusammenarbeit besteht, dann stärkt das sehr wohl die Demokratie, meine sehr geehrten Damen und Herren. Es ist wirklich auch die Frage zu stellen, ist es wirklich demokratischer, wenn zum Beispiel die stärkste Partei mit der schwächsten Partei koalitiert und wesentlich stärkere, gewählte Parteien auf der Oppositionsbank Platz nehmen müssen? Kollege Eypeltauer hat sich heute ohnehin geoutet, worum es ihm geht, nämlich in Wirklichkeit darum, mehr Personal zu bekommen. Wenn ich das einmal in Relation setze, Kollege Eypeltauer, müssten wir im ÖVP-Landtagsklub und auch

bei der FPÖ eigene Gebäude bauen, wenn jeder einzelne Abgeordnete von uns so viele Mitarbeiter hätte, wie jeder einzelne Abgeordnete bei den NEOS. (Beifall)

Ich stelle aber auch heute wieder die Frage, ist es wirklich demokratischer, wenn politisch unterschiedliche Meinungen mit respektlosen, nicht wertschätzenden Wortmeldungen heruntergemacht werden? Meine sehr geehrten Damen und Herren, nicht dass ich falsch verstanden werden, ich sehe politischen Diskurs so, wie er im Grünbuch auch beschrieben wird. Ich zitiere: Demokratischer Diskurs lebt vom Dissens. Er muss offen und tolerant sein, also ein hohes Maß an abweichenden Positionen zulassen. Dabei muss aber stets trennscharf zwischen überprüfbaren Fakten und persönlichen Meinungen oder Interpretationen unterschieden werden. Zitat Ende! Wenn ich mir heute einige Wortmeldungen in der Diskussion bei der Dringlichkeitsdebatte anhöre, dann muss ich schon sagen, dann sind wir eben ganz stark bei den persönlichen Meinungen, bei Interpretationen und sehr wenig bei tatsächlichen Fakten. Wenn wir davon ausgehen, dass sich wahrscheinlich die allermeisten Menschen in Oberösterreich wieder mehr Zusammenarbeit, mehr Miteinander und weniger Streit wünschen, dann bin ich nach wie vor überzeugt davon, dass die sogenannte Proporzregierung die bessere Variante ist.

Kollege Klubobmann Mayr, wenn du Professor Dr. Filzmaier mit den Worten zitierst, die ich auch in den Nachrichten gelesen habe: Mittlerweile schießen die Parteien nicht mehr aufeinander, das ist die Interpretation und die Erklärung eines Wissenschaftlers, dann halte ich das für sehr populärwissenschaftlich, und ich bemühe mich da wirklich, es zurückhaltend auszudrücken. Wenn wer sagt, Proporz ist überholt, ist altmodisch, ist nicht mehr zeitgemäß, dann muss ich dagegen halten, dass ich nicht feststellen kann, das ist ja auch sehr klar in den Worten des Herrn Landeshauptmannes herausgekommen, dass in Ländern, wo es keine Konzentrationsregierung gibt, eine bessere, eine erfolgreichere Politik für die Menschen gemacht wird. Das ist aber das Entscheidende in einem Land, dass sich die Menschen wohl fühlen, dass eine gute Politik für sie gemacht wird. (Beifall)

Eines möchte ich augenzwinkernd auch dazu sagen, nicht alles, was alt ist, ist schlecht. Ich weiß das aus eigener Erfahrung. (Beifall) Wenn wir davon ausgehen, dass sich die Menschen Zusammenhalt und Zusammenarbeit wünschen, dann sollten wir uns alle einmal mehr ins Stammbuch schreiben, es muss bei allem politischen Handeln immer um das Wohl der Menschen und nicht um parteipolitische Strategie gehen, die aber sehr oft bei diesen Diskussionen, gerade bei euch, im Vordergrund steht.

Wir müssen wieder verstärkt über Ideen politisch Andersdenkender nachdenken und diese nicht sofort schlecht reden und schlecht machen. So gesehen, meine sehr geehrten Damen und Herren, bin ich überzeugt, dass das derzeitige Regierungssystem das für Oberösterreich und vor allem für die Menschen in unserem Land beste System ist. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Eypeltauer.

Abg. KO Mag. Eypeltauer: Danke Herr Präsident, hohes Haus, geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Ich möchte nur eine Berichtigung machen, tatsächliche Berichtigungen gibt es in der Debatte nicht, aber ich kann mich zu Wort melden. Landeshauptmann Haimbuchner hat behauptet, ich hätte hier vorne gesagt, ich bräuchte mehr Personal, um meine Arbeit machen zu können. Kollege Stanek hat das dann aufgegriffen und das auch sinngemäß zitiert. Ich darf korrigieren. Das ist absolut unrichtig. Das habe ich nicht gesagt. Was ich gesagt habe ist, dass es nicht gut ist, wenn ein Klubobmann aus der Legislative, aus der Volksvertretung mit dem Büroleiter des Regierungschefs verhandeln muss oder soll, wieviel Personal er denn

bekommt. Das hat alles gut funktioniert und war sehr konstruktiv. Ich wiederhole mich jetzt. Aber es ist nicht die klare Trennung von Legislative, von kontrollierender Kraft und Volksvertretung einerseits, und Exekutive, also Regierung andererseits, die wir NEOS und viele andere uns wünschen für dieses Land. Vielen Dank! (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Dörfel.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, liebe Regierungsmannschaft, liebe Kolleginnen und Kollegen! Jetzt debattieren wir da knapp zwei Stunden über ein Regierungssystem. Ich möchte auf das zurück gehen, was der Herr Landeshauptmann am Anfang gesagt hat. Die Geschichte Oberösterreichs ist eine Erfolgsgeschichte. Wir sind zu Recht stolz auf viele Errungenschaften, dass wir Arbeitsplatzbundesland sind, dass wir Industriebundesland sind, dass wir Erfinderbundesland sind, dass wir in fast allen Wertungen an erster Stelle sind.

Landeshauptmann Stelzer hat auch darauf hingewiesen, dass das unser gemeinsames Ziel ist, unser gemeinsamer Erfolg ist. Jeder hat im Rahmen seiner Zuständigkeiten und seiner Möglichkeiten dazu beigetragen, die Erfolgsgeschichte Oberösterreichs zu gestalten. Das ist natürlich in erster Linie der Fleiß unserer Oberösterreicherinnen und Oberösterreicher, der Ideenreichtum unserer Unternehmen, es ist aber auch die Stabilität des politischen Systems.

Allgemein ist es so, dass Verhältniswahlrecht und Proporzregierung für stabile politische Verhältnisse sorgen. Jeder Wirtschaftsbetrieb sagt, neben den finanziellen Voraussetzungen, die wir Gott sei Dank in Oberösterreich garantieren können, ist genau diese Stabilität ein wesentlicher Standortvorteil für Oberösterreich, insbesondere als Industrieland.

Trotzdem ist es gut, dass wir über Demokratie, Kontrolle und Regierungsformen sprechen. Wir tun das übrigens regelmäßig, und zwar schon seit Jahren. Wir haben Bereisungen, wir haben Expertenrunden, wir haben eigentlich unterschiedlich lange und intensive Diskussionen gehabt. Bei jedem Vergleich der Regierungsformen und der demokratischen Systeme, bei nationalen und internationalen Vergleichen, ich erinnere nur an die Bereisung nach Brandenburg, Sachsen, stellen wir regelmäßig fest, Oberösterreich ist ein demokratisches Musterland. (Heiterkeit links) Das ist nicht zum Lachen, das ist so. Ich erinnere an die vielen Beispiele, die Herr Landtagspräsident aufgezählt hat. Ich möchte aber auch erwähnen, dass unsere Landtagsgeschäftsordnung die minderheitenfreundlichste in ganz Österreich ist. Wo sonst haben Kleinstparteien wie die NEOS als Klub mit zwei Mitgliedern dieselben Rechte als wie der Klub der Oberösterreichischen Volkspartei mit 22 Mitgliedern. Es gibt kein anderes Bundesland, das Minderheiten diese Rechte einräumt. Uns also vorzuwerfen, Oberösterreich wäre undemokratisch, ist ein Musterbeispiel für eine politische Unwahrheit.

Zur allgemeinen Debatte möchte ich noch anmerken, Proporz ist kein Schimpfwort, sondern heißt Verhältnismäßigkeit, Ausgewogenheit, Angemessenheit, auch darauf hat Herr Landeshauptmann bereits hingewiesen. Proporz ist ein Erfolgsmodell auf Landesebene, aber auch in unseren Städten und in unseren Gemeinden. Ich erinnere daran, jede Partei kann nach Maßgabe ihrer Stärke in der Landesregierung vertreten sein, und damit hat sie auch die Chance, ihre Ideen umzusetzen und auch Mitverantwortung zu übernehmen, um auch mitgestalten zu können. Niemand ist gezwungen, dass er in die Regierung geht, es ist eine Möglichkeit. Wir haben da heute schon einen Vorschlag gehört. Dem trete ich jetzt nicht mehr näher.

Ich glaube, auf Grund dieser Möglichkeiten, die unser System uns bietet, begünstigt das derzeitige Regierungssystem die Zusammenarbeit und ist daher das Gebot der Stunde. Das Miteinander ist wichtiger den je, jetzt und in Zukunft.

Witzig ist jetzt, dass die SPÖ propagiert „365 Tage Miteinander“ und auf der anderen Seite ein System fordert, das genau das Gegenteil bewirkt, das eine Spaltung erleichtert. Wenn der Bund als Vorbild dienen soll, dann möchte ich schon darauf hinweisen, dass gerade die Debatten der letzten zwei Jahre dafür gesorgt haben, dass eigentlich ein politisches Klima des Hasses entstanden ist. (Präsident: „Bitte zum Schluss zu kommen!“) von dem sich die Menschen in Österreich mit Grauen abwenden. Das wollen wir doch nicht. Wir wurden gewählt, um für die Menschen zu arbeiten und nicht über die Regierungssysteme zu debattieren. Wir wurden gewählt, dass Gemeinsame in den Mittelpunkt zu stellen und uns nicht auf das Trennende zu konzentrieren. Richtig absurd wird es, wenn es jetzt heißt, das System ist verstaubt, veraltet. Wir brauchen ein neues, modernes System. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich)

Ich sage nur, alt ist nicht schlecht. (Heiterkeit) Neu muss nicht unbedingt besser sein. Modern ist sowieso kein Wert. Nicht das bestehende System muss sich rechtfertigen, sondern die Änderung muss beweisen, dass sie tatsächlich besser ist und dass sie Verbesserungen mit sich bringt. So ist die Systematik, und diese Beweise wurden bisher nicht erbracht. Ich habe heute kein einziges Argument, kein einziges fachliches Argument gehört, das sagt, ein neues System wäre besser. Daher sehe ich weit und breit keine Mehrheit für die Änderung des Regierungssystems. Es war erfolgreich. Es hat sich bewährt und wird uns auch in Zukunft begleiten. (Beifall)

Präsident: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet, daher schließe ich die aktuelle Stunde.

Wir kommen nun zu den Verhandlungsgegenständen. Wir beginnen mit der Beilage 439/2023, das ist der Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend das Landesgesetz über die Leistung von Zweckzuschüssen (Oö. Zweckzuschüssegesetz). Ich bitte Herrn Klubobmann Dörfel zu berichten.

Abg. KO Bgm. **Dr. Dörfel:** Beilage 439/2023, Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend das Landesgesetz über die Leistung von Zweckzuschüssen (Oö. Zweckzuschüssegesetz).

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 439/2023. Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Der Ausschuss für Finanzen und Kommunales beantragt, der Oö. Landtag möge das Landesgesetz über die Leistung von Zweckzuschüssen (Oö. Zweckzuschüssegesetz) beschließen.

Zweite Präsidentin: Ich eröffne die Wechselrede. Herr Abgeordneter Klinger hat sich zu Wort gemeldet.

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger:** Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Zuhörer und Zuseher, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zum ersten, der Bund und die übrigen Gebietskörperschaften tragen den Aufwand, der sich auf den Besorgungen deren Aufgaben ergibt und zum zweiten, diese Aufgaben können von oben nach unten gereiht auch übertragen werden beziehungsweise können die Kosten dieser Aufgaben ganz oder teilweise übernommen werden durch die übergeordneten Stellen.

Wir haben insgesamt 61.948.430 Euro an zusätzlichen Zweckzuschüssen zur Verfügung, davon 40 Millionen Euro für die Krankenanstaltenbeiträge und 16 Millionen Euro für die Verstärkung der KIG-Mittel, 5.478.430 Euro für die Gesundheitsberufsanpassungsgesetze und 500.000 Euro noch für die Handwerksberufsanpassungsgesetze.

Zwei Dinge sind mir wichtig. Das erste bei den 40 Millionen Euro, die für die Krankenanstaltenbeiträge für die Gemeinden zur Verstärkung gegeben werden, stellt sich für mich die Frage, ob es nicht möglich wäre, dass man diese Verstärkungsmittel gleich direkt über die Ertragsanteile an die Gemeinden auszahlen könnte, dann wäre natürlich bürokratischer Aufwand hinten angehalten und zum zweiten eine ganz wesentliche Sache. Der Herr Gemeindebundpräsident weiß schon, worum es geht. Ich habe mich nachträglich erkundigt, weil du ja damals gesagt hast, vom Bund ist noch keine Regelung da bezüglich der kommunalen Investitionsgesetzmittel, ob sie auch bei Projekten mit BZ-Mittel-Bezug als Eigenmittel komplett angewendet werden dürfen. Das heißt im Klartext, diese gesetzliche Regelung obliegt ganz alleine in diesem Fall dem Land.

Ich habe schon ersucht, dass in Zukunft auch bei Projekten mit BZ-Mitteln die Gemeinden diese Mittel als Eigenmittel einsetzen können und diese Mittel nicht zuerst von den Projektkosten abgezogen werden, weil ja dadurch dann der Aufteilungsschlüssel ein wesentlich billigerer für das Land wäre, das heißt im Klartext, es würden sich dann für das Land Kosteneinsparungen ergeben zu Lasten der Gemeinden. Ich will mich darüber nicht länger ausführen. Ich ersuche eindringlich im Sinne der Gemeinden, dies so zu halten. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich darf nun Frau Abgeordnete Engl zum Rednerpult bitten.

Abg. **Mag. Engl:** Herzlichen Dank Frau Präsidentin, ein paar sind noch da, sehr geehrte Zuseherinnen und Zuseher auch zuhause an den Bildschirmen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mir auch einen Punkt herausgenommen, und zwar möchte ich mich auf den zweiten Teil konzentrieren, also die Verstärkung vom Bund des Kommunalinvestitionsgesetzes 2023, also der KIP-Mittel, auch wenn es nach dem heutigen Nachmittag nicht selbstverständlich ist oder vielleicht sogar schwer verständlich, dass ich zustimme. Ich teile deine Einschätzung bezüglich dieser Problematik, wenn es BZ-Mittel gibt und der Investitionen, weil ich selber schon auch weiß aus der Gemeinderatstätigkeit, mitunter kompliziert werden kann.

Grundsätzlich möchte ich auf die generellen Herausforderungen in Gemeinden eingehen, die wir ja heute schon aus mehrfacher Perspektive beleuchtet haben, und die werden ja nicht kleiner werden. Wir haben jetzt diese Bundesmittel, wofür wir sehr dankbar sind natürlich, weil das in den Gemeinden sehr hilfreich ist, wofür wir natürlich aus Grüner Sicht sehr dankbar sind, weil es sehr, sehr viele Klimaschutzenergiesparmaßnahmen und Investitionen in den Gemeinden ermöglicht, doch realisieren zu können, die in der momentanen Situation noch schwieriger zu realisieren sind.

Ich möchte ein paar einfach aufzählen, in welchen Bereichen diese sogenannten KIP-Mittel hineinlaufen. Da geht es um thermische Sanierungen, es geht um Gebäudesanierungen, es geht um Umrüstungen von ganzen Beleuchtungssystemen, es geht um Wärmepumpen, es geht um Photovoltaikanlagen und Speicher, um Ladeinfrastruktur, auch da haben wir heute schon darüber gesprochen, für die E-Mobilität. Das ist ein ganz wichtiger Teil, aber natürlich auch um Anschluss an Nah- und Fernwärme, energieeffiziente Maßnahmen und vor allem, da stoßen die Gemeinden ja auch immer, auch wenn es gar nicht so groß erscheint, an ihre

Grenzen, an alle Maßnahmen zur Unterstützung von der aktiven Mobilität, sprich auch die Investition von Fahrradwegen oder Gehwegen kann ja zur großen Herausforderung in Gemeinden führen aufgrund der Beteiligungsschlüssel, und oft scheitern dann dieser vermeintlich kleinen Projekte, die aber einen sehr großen Impakt auf die Reduzierung des CO₂-Ausstoßes hätten, würden sonst vermieden werden. Darum sind wir da sehr dankbar, dass es hier etwas gibt, und dass auch das Land Oberösterreich einen Beitrag dazu leistet, solche Dinge zu unterstützen und zu erhöhen.

Ich habe es schon gesagt, die Gemeinden stehen vor großen Herausforderungen. Warum ganz besonders? Wir haben heute am Nachmittag sehr emotional über das Thema Demokratie und Teilhabe, Transparenz gesprochen, und natürlich wissen wir alle die, die in diesem Raum sitzen, dass wir dann damit zu kämpfen haben, was Glaubwürdigkeit, was Vertrauen in dem politischen System anbelangt. Die drei Jahre Krisenzeit haben uns ja gezeigt, wie schwierig es ist, dass wir sozusagen dieses Gemeinwesen oder dieses Zusammenhalten auf einem Level aufrechterhalten, dass wir miteinander funktionieren, und dass es der Gesellschaft guttut. Ich habe das schon einmal an dieser Stelle gesagt, dass wir als Gesellschaft miteinander gut funktionieren, liegt auch zu einem sehr großen Teil an den Gemeinden, weil dort Politik sehr niederschwellig stattfindet. Man kennt sich in den Gemeinden. Wir als Kommunalpolitiker/innen sind in einem ganz anderen Dialog und in einer ganz anderen Beziehung auch untereinander, als wir vielleicht auf großer politischer Bühne die Möglichkeit haben. Gerade in Zeiten, die wir jetzt durchlaufen, halte ich das für wesentlich und essentiell, dass wir da alles tun in unserer Verantwortung, dass dieser Zusammenhalt weiterbleibt.

Warum sage ich das jetzt bei dieser Rede? Weil es natürlich immer um das Geld geht. Wenn wir Projekte betreiben oder Projekte realisieren, dann kosten die den Gemeinden sehr viel Geld. Jegliche Unterstützung hilft dann auch indirekt, ein demokratisches zu befördern und gesellschaftliches Leben zu vereinfachen. Das halt ich für sehr wichtig, weil es einfach eine kleine Gruppe von Menschen ist, man hat das Gefühl, man wird gehört. Man hat ein Anliegen. Es kann ein Anliegen umgesetzt werden, dass ist sehr wichtig auch in der aktuellen Teuerungssituation.

Wir wissen auch, dass wir jetzt wahrscheinlich irgendwann einmal dieses Inflationsmaximum eventuell überschreiten und dass irgendwann die Preise wieder sinken. Wir wissen aber auch in den Gemeinden, dass das jetzt nicht heißt, dass unsere Projekte billiger werden. Ich habe gerade in meiner Gemeinde das Beispiel, Krabbelstubenneubau. Jetzt sind die Ausschreibungen vorbei, und jetzt stehen wir vor dem Punkt, dass wir nicht zehn Prozent mehr zahlen und auch nicht zwanzig, sondern zwischen 30 und 40 Prozent. Das muss man einmal stemmen. Da geht es um einen Krabbelstubenneubau, und wir haben heute schon sehr viel über Teilzeit und über Leistungen und Frauen und an der Erwerbsarbeit gesprochen und über die Kinderbetreuung. Das sind genau solche Dinge, die wir realisieren müssen. Man kann es eigentlich sagen, wenn man jetzt sieht, wer sind großteils die Erhalter dieser Kinderbildungseinrichtungen, das sind die Gemeinden. Das heißt, die unterschiedlichen Lebensrealitäten und die Vereinbarkeiten insbesondere für Familien in diesem Land gelingen also in den Gemeinden oder in Klammer eben auch nicht.

Darum halte ich es für so wichtig, dass wir solche Dinge auch intensiv diskutieren oder einmal kommunizieren, damit das alle wissen. Es klingt immer so technisch, wenn man ein Gesetz anpasst, aber was es auch bedeutet im demokratischen Zusammenleben und was das für unsere Bürgerinnen und Bürger in den Gemeinden heißt. Aus diesem Grund hatten wir auch die Idee vor nicht allzu langer Zeit, noch einmal die Erhöhung der Bedarfszuweisungsmittel für

Energiekosten durchzuführen, um eben diesen teilweisen Ausgleich der Mehrkosten von den Gemeinden abzufedern zusätzlich zu Investitionsmitteln, weil wir wissen ja auch, Investitionen heißt ja nicht den laufenden Betrieb oder die laufenden Kostensteigerungen abzufedern. Das wurde leider abgelehnt.

Wir geben die Hoffnung nicht auf, dass wir es irgendwie noch einmal zusammenbringen, weil die gestiegene Unsicherheit in den Gemeinden, die ist schon da, und die wird auch noch andauern und sich fortschreiben. Diese kommunalen Aufgaben, die wir gemeinsam ermöglichen müssen, sind ein sehr großer Beitrag, dass wir auch die Menschen entlasten in den Gemeinden, die auf vielen Ebenen durch die Krisen sozusagen gebeutelt worden sind. Natürlich gibt es überall Wohlstandsverluste und das wiederum, das haben wir heute auch schon sehr emotional gesehen, bringt immer wieder einen Bruch in diesem Zusammenhalt, und ich halte es für sehr notwendig, dass wir uns hier zusammenreißen und dass wir dahingehend an einem Strang ziehen, dass wir diese Dinge ermöglichen, auch wenn wir manchmal an den Wegen, wie wir das miteinander gestalten, wie man dort zum Ziel kommt, vielleicht ein bisschen anderer Meinung sind.

Das heißt, das transparente Gestalten in unseren Dörfern, aber auch das stetige Kommunizieren darüber, dass was jetzt für alle wichtig ist, das ist unsere gemeinsame Aufgabe, egal ob wir in einem Gemeinderat sitzen oder nicht. Die Struktur unserer Gemeinden und deren Finanzierung hat in Summe mehr Verantwortung in den wesentlichen gesamtgesellschaftlichen Anstrengungen unserer Zeit, als es vielleicht auf dem ersten Blick erscheint. Daher stimmen wir diesem Zweckzuschussegesetz zu. Vielen Dank! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Höglinger.

Abg. Mag. Höglinger: Sehr geehrte Frau Präsidentin, die Mitglieder der Landesregierung haben das Haus verlassen offenbar, geschätzte Zuseherinnen und Zuseher im hohen Haus und in ganz Oberösterreich, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin etwas überrascht, aber der Kollege von der ÖVP war noch nicht dran, dass es noch gar keine Dankes- und Lobeshymnen an den Herrn Landeshauptmann gibt. (Zwischenruf Abg. Präsident Hiegelsberger: „Ich komme eh noch!“)

Wir setzen hier mit diesem Zweckzuschussegesetz das sogenannte Gemeindepaket 2022/2023 im Wesentlichen um. Ich kann es euch nicht ersparen, dass ich auch über die grundsätzlichen Probleme in diesem Zusammenhang rede. Wir müssen darüber reden, dass wir strukturelle Probleme im Bereich der Gemeindefinanzierung in Oberösterreich haben, dass wir einen Transfersaldo von 400 Millionen Euro jedes Jahr zu Lasten der Gemeinden haben. Das müssen wir ansprechen, weil ja auch immer wieder, wir haben das im Herbst erlebt, nicht redlich, ehrlich diskutiert wird über dieses Thema in diesem Haus.

Ich erinnere an die Aussagen im Finanzausschuss und an die Aussagen hier im hohen Haus, dass die Landesumlage, die die Gemeinden an das Land abführen, ja dazu dient, die finanz- und strukturschwachen Gemeinden zu fördern. Das ist schlichtweg falsch und auch nachweislich falsch, weil die Landesumlage ja keine Zweckwidmung hat und so ohne Mascherl in das Budget von Thomas Stelzer jedes Jahr wandert.

Ich erinnere an die Diskussion zum Nachtragsvoranschlag, die wir geführt haben letztes Jahr. Das heißt, wir haben versucht, eine Diskussion zu führen, es hat aber wie häufig keine inhaltliche Diskussion dazu gegeben. Zur Erinnerung: Wir sind zu diesem sogenannten Gemeindepaket auch gekommen, weil letztes Jahr 470 Millionen Euro zusätzliche

Ertragsanteile, zusätzliche Steuermittel in das Landesbudget geflossen sind. 470 Millionen Euro, die die Oberösterreicher und Oberösterreicherinnen durch höhere Steuern, im Wesentlichen aufgrund der gestiegenen Preise, selbst gezahlt haben.

Ich lasse jetzt den Teil weg vom Herbst mit den fehlenden Anti-Teuerungsmaßnahmen, weil die Argumente hört ihr eh nicht. Und ich lasse auch den Teil weg, was damit gemacht worden ist, nämlich Finanzschmähs durch dieses Hin- und Herschieben zwischen Landesgesellschaften. Auch da habt ihr nicht zugehört, und auch da muss man sagen, es ist oft so, dass die Budgetzahlen offenbar dem Herrn Landeshauptmann wichtiger sind als die Menschen in diesem Land.

Ich konzentriere mich darauf, worum es heute geht. Wir können froh sein, dass wir überhaupt hier darüber sprechen dürfen, weil ja klargestellt wurde durch die jüngste Rechtsprechung, dass diese Mittelvergaben nicht mehr am Gesetzgeber vorbeigemacht werden dürfen. So haben wir die Möglichkeit, hier das noch einmal zu besprechen und nicht wie in der Vergangenheit, dass die ÖVP-Landeshauptleute solche Mittel sozusagen in Gutsheerenart verteilen. (Zwischenruf Abg. Bgm. Froschauer: unverständlich) Da musst du genauer aufpassen.

Wenn ihr es auch nicht hören könnt, das passt jetzt genau zu meiner Rede, Herr Kollege Froschauer, wenn ihr es nicht mehr hören könnt. Die Gemeinden liefern jedes Jahr 400 Millionen Euro mehr an das Land ab, als sie von dort bekommen. Da sind die 46 Millionen Euro, die jetzt einmalig zurückgegeben werden, nur ein Tropfen auf den heißen Stein. Aber klar, die Gemeinden sind zufrieden, man nimmt, was man kriegen kann.

Der größte Brocken davon, die 46 Millionen Euro zur Unterstützung der Krankenanstaltenbeiträge, zeigt ja auch eines der großen strukturellen Probleme auf, das wir in Österreich haben. Auch hier gehört Oberösterreich zu den Bundesländern, wo die Gemeinden am meisten zur Finanzierung der Krankenanstalten beitragen. Ich habe gehört, es gibt sogar Bundesländer oder ein Bundesland, wo es gar keine Beiträge der Gemeinden gibt. Es soll sogar ein Bundesland geben, wo es keine Landesumlage gibt. Aber wir sind ja eh notorisch hinten, wir lassen uns eh nichts dreinreden von den anderen. Die 40 Millionen Euro helfen heuer natürlich. Sie helfen, den Anstieg, den starken, den die Gemeinden spüren, abzufedern. Das hilft ihnen, sie können so halbwegs mit ihren Budgetplanungen durchkommen. Was ist nächstes Jahr? Wir brauchen hier grundsätzlich dringend Reformen bei der Krankenanstaltenfinanzierung. Es braucht, ich wiederhole mich, gerade bei dem Thema Klarheit und Berechenbarkeit für die Gemeinden, und die wird es nur geben, wenn das gesamte Thema der Krankenanstaltenfinanzierung auf neue Beine gestellt wird.

Da wird es mehr brauchen als Pseudodiskussionen der Landeshauptleute mit der ÖGK über den niedergelassenen Bereich. Und es wird vor allem, lieber Kollege Mader, es wird einen starken und lauten Gemeindebund brauchen bei dem Thema, weil ich höre den zum Thema Finanzausgleich nicht. Ich glaube, auch die Bürgermeister und Bürgermeisterinnen in Oberösterreich kennen oder hören die Forderung des Gemeindebundes nicht. Vielleicht weil er zu leise ist, vielleicht auch, weil er zu angepasst ist als Sprachrohr des Herrn Landeshauptmanns.

Zu den 16 Millionen Euro Landeszuschüssen, Zuschüssen zur Investitionsförderung, das KIG. Das ist natürlich ein wichtiger Beitrag für die Gemeinden. Klar ist aber auch, dass er dort am Grundproblem ein bisschen vorbeigeht. Auch das ist schon kurz angesprochen worden: wer nicht genug Eigenmittel hat zu investieren, wer nicht investieren kann, dem helfen auch die

Zuschüsse nichts. Da bräuchte es eher ein stärkeres Unterstützungspaket, ein Konjunkturpaket als ein Investitionspaket. Das hat man hier leider nicht, sozusagen. Diesen Ansatz im KIG hat man leider auch hier in Oberösterreich nicht repariert.

Umso wichtiger erscheint mir in dem vorgelegten Investitionspaket die Initiative der beiden GemeindereferentInnen, Landesrätin Michaela Langer-Weninger und Landesrat Michael Lindner, das ich hier explizit erwähnen möchte. Der Richtlinienentwurf, der vorliegt zur Umsetzung, der IKD in Abstimmung mit den beiden Gemeinderessorts zeigt ja, wie man doch in einem finanziell eng gesetzten Rahmen im Sinne der Gemeinden agieren kann. Es hilft den Gemeinden in der Umsetzung, dass die Landeszuschüsse aus dem Gesetz, das wird gerade verhandelt, die Förderbasis nicht reduzieren, dass die sozusagen auf die Eigenmittel der Gemeinden angerechnet werden. Das hilft gerade den immer wieder angesprochenen finanzschwachen Gemeinden.

Und noch positiver ist, das trifft zwar jetzt das Zweckzuschüssegesetz nicht, aber das schon angesprochene Minigemeindepaket, die zusätzlichen Sonder-BZ, die 16 Millionen Euro aus Pauschalzuweisungen. Gerade das stärkt die Energiesparmaßnahmen, die in den Gemeinden gesetzt werden können, wenn auch gerade kleinen Gemeinden unbürokratisch und außerhalb der engen Grenzen der Gemeindefinanzierung Neu Mittel für Energiesparmaßnahmen zur Verfügung gestellt werden.

Zusammenfassend kann man sagen, das Gemeindepaket, das mit dem vorliegenden Gesetz umgesetzt wird, wird auch durch noch so viele Wiederholungen kein Ruhmesblatt, aber wir stimmen dem Zweckzuschüssegesetz natürlich zu. Einerseits, weil die Gemeinden froh sind über jeden Cent, den sie bekommen, weil wir froh sind, dass es für solche Geldflüsse jetzt auch einen legislativen Rahmen gibt und nicht zuletzt auch deshalb, weil wir die Lösungskompetenz der GemeindereferentInnen Landesrätin Langer-Weninger und Landesrat Lindner hervorheben und unterstützen wollen. Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Zu Wort gemeldet hat sich Herr Präsident Hiegelsberger.

Abg. Präsident **Hiegelsberger:** Geschätzte Präsidentin, hohes Haus, lieber Abgeordneter Höglinger! Es ist immer wieder spannend dir zu zuhören. Das ist so, wie wenn das Budget im Himmel befüllt würde und kann auf der Erde entnommen werden. So ungefähr sind die Ausführungen in seiner Gesamtheit, aber was eindeutig sichtbar wird, und daher brauchen wir dieses Zweckzuschüssegesetz, ist, dass wir ganz intensiv wahrnehmen, dass sich die Gesellschaft verändert und dass wir eine Pandemie hinter uns haben. Denn die öffentlichen Finanzen sind ja gerade aus diesem Bereich und jetzt dann auch natürlich im Energiethema noch durch den unsäglichen Angriffskrieg von Russland enorm unter Druck.

Und dass sich diese Drücke natürlich verteilen über einen einzigen Steuertopf, den es gibt, der zum Großteil vom Bund eingehoben wird, das wird halt in allen Bereichen sichtbar, und natürlich auch in den Gemeinden. Und daher ist es richtig, wichtig und notwendig, dass wir gerade in jenen Bereichen, die intensiv bei den Gemeinden auch zur Existenzsicherung beitragen, nämlich das Thema Gesundheit und Soziales, dort einen Großteil hinlegen.

Es ist richtig, und es wird uns auch in den kommenden Jahren garantiert noch fordern, dass die Gemeindefinanzen gerade aus dieser demografischen Entwicklung, die Arbeitskräfte werden älter, die Arbeitskräfte sind wenig und auch die öffentliche Hand muss deutlich mehr Geld, auch die Gemeinden, in die Hand nehmen, um hier adäquate Arbeitsbedingungen, das

heißt auch Löhne zu zahlen. Auch das wird uns in Zukunft treffen. Das ist richtig, das ist keine Eintagsfliege und wird in diesem Fall auch einiges von uns abverlangen.

Interessant ist schon immer wieder der Hinweis auf den Transfersaldo und die Landesumlage. Wenn wir uns hier die Vergleiche ansehen, was in den Gemeinden Österreichs investiert wird, dann gehören Oberösterreichs Gemeinden zu den Spitzenreitern bei trotzdem geringster Verschuldung. Und ich glaube, das ist ein Maß, wenn man jetzt das Burgenland hernimmt mit der öffentlichen Verschuldung, dann möchte ich diesen Vergleich gar nicht ziehen. Das heißt, was haben wir denn für eine Verantwortung? Ja, wir müssen mit den Finanzen richtig umgehen und trotzdem den Blick in die Zukunft werfen, denn hier dürfen wir nicht außer Acht lassen, dass jede Schuld irgendwann beglichen werden muss.

Und allein die Übernahme, nur alleine der Theater und Orchester GmbH, der Anteile durch das Land von der Stadt Linz und die Zusammenführung von AKH in das KUK erspart der Stadt Linz jährlich Millionenbeträge (Zwischenruf Landeshauptmann Mag. Stelzer: „21 Millionen Euro!“), 21 Millionen Euro pro Jahr. (Zwischenruf Abg. Mag. Höglinger: unverständlich) Ja, weil du den Transfersaldo permanent hernimmst. Also ich glaube, das blendet man aus, das andere verlangt man. Ich glaube, in der Darstellung ist es wichtig, dass wir auf diese eingehen.

Ein weiterer wichtiger Faktor, und das hat sich gezeigt und das ist auch im Programm jetzt abgebildet, die Gemeinden haben permanent aufgrund dieses gesellschaftlichen Wandels auch verstärkten Investitionsbedarf. Und der wurde enorm unter Druck gesetzt durch die Pandemie. Das heißt, die Budgets wurden ausgesetzt. Das ist alles notwendig gewesen zur Abfederung der Kosten im Gesundheits- und Sozialbereich. Und daher ist es eine richtige und wichtige Maßnahme, weil Lebensqualität nicht an der Bilanz und am Budget der Gemeinden hängen darf. Und daher ist dies mit 16 Millionen Euro Unterstützung, glaube ich, ein wichtiges Signal, dass auch jene Mittel abgeholt werden können, die vom Bund zur Verfügung gestellt werden.

Da auch der Gemeindebund angesprochen wurde, die machen ihr Handwerk richtig gut. Denn wenn man weiß, dass der Finanzausgleich nur in einstimmiger Form über die Bühne gehen kann, dann kann ich zwar wahrscheinlich laut sein, das ist möglich, die Frage ist, tue ich Gutes und betrachte das Ende. Und genau um das wird es am Ende auch gehen, dass ausreichend Kapital für jene gesellschaftspolitischen Maßnahmen vorhanden sind, die gebraucht werden. Und mit diesen Zweckzuschüssegesetz können wir den ersten Schritt in die richtige Richtung tun. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Es ist niemand mehr zu Wort gemeldet. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 439/2023, Bericht des Ausschusses für Finanzen und Kommunales betreffend das Landesgesetz über die Leistung von Zweckzuschüssen (Oö. Zweckzuschüssegesetz), zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 440/2023. Das ist der Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Oberösterreichische Klima- und Energiestrategie. Ich bitte Herrn Abgeordneten Klaus Mühlbacher über die Beilage zu berichten. (Der Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Abg. **Mühlbacher:** Beilage 440/2023, Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Oö. Klima- und Energiestrategie.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 440/2023.)

Der Ausschuss für Standortentwicklung beantragt, der Oö. Landtag möge die Oö. Klima- und Energiestrategie, die der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 16. Jänner 2023 (Beilage 412/2023, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Präsident: Bitte um die Wortmeldung, Herr Abgeordneter Mühlbacher.

Abg. **Mühlbacher:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die vorliegende Klima- und Energiestrategie zeigt uns einen sachlichen Weg zur Klimaneutralität 2040 und ist daher bestens geeignet, dieses ehrgeizige Ziel im Einklang mit Mensch und Natur auch zu erreichen. Sie ist ein klarer, mit Zielen und Zahlen hinterlegter Plan, der in Etappen jetzt umgesetzt wird. Das Expertenpapier bestätigt bereits jetzt die Vorreiterrolle Oberösterreichs als Land der erneuerbaren Energie. Ich danke an dieser Stelle allen Abteilungen und alle Experten für die Erstellung dieser Klima- und Energiestrategie. (Beifall)

Dieses Modell ist das Beste am Markt. Es ist praktikabler, ehrlicher und wirksamer als die Modelle anderer Bundesländer, sofern solche Modelle vorhanden sind. Wir in Oberösterreich setzen auf technologische Offenheit, Forschung, Entwicklung und unseren konsequenten Weg der Nachhaltigkeit. Wir setzen auf Klimaschutz durch Fortschritt und Technik statt auf Verbote. Wir investieren da, wo sich die Zukunft unseres Landes entscheidet.

Worum geht es bei der Klima- und Energiestrategie? Es geht um klare Ziele bis 2030. Es geht darum, Oberösterreich bis spätestens 2040 klimaneutral zu machen, und es geht um klare Perspektiven bis 2050. Es geht um Zielsetzungen energieeffizient bei erneuerbaren Energien, Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität, Wettbewerbsfähigkeit für unsere Wirtschaft und für unsere Landwirtschaft. Es geht um Innovationen, Standort, Forschung und Entwicklung. Es geht aber auch um Akzeptanz, zum Beispiel beim regionalen Leitungsbau. Es geht um den weiteren Ausbau zu einer klimafitten Industrie und Wirtschaft.

Und gerade dieser Punkt, meine Damen und Herren, der letztgenannte Punkt, Umbau zu einer klimafitten Industrie und Wirtschaft, ist für uns in Oberösterreich eine sehr große Herausforderung. Wir müssen klar im Auge haben, dass wir mit der Klima- und Energiestrategie unser Ziel, bis spätestens 2040 klimaneutral zu werden, auch schaffen und gleichzeitig aber auch die Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit und somit auch den Wohlstand für unsere Menschen in Oberösterreich sichern.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir beginnen nicht jetzt erst mit dem Thema Klima und Energie uns auseinanderzusetzen, sondern wir arbeiten bereits erfolgreich seit Jahren daran. Sonst wären wir ja nicht bei Wasserkraft, Biomasse, Solarenergie und Geothermie an der Spitze aller Bundesländer. Wir haben also in Oberösterreich die rechten Rahmenbedingungen gesetzt bei Gesetzen, Informationen, Beratungen und auch bei Förderungen. An dieser Stelle sei mir erlaubt, ich fordere nochmals das umgehende Aus für diese Online-Lotterie bei PV-Förderungen des Bundes. Da ist die zuständige Ministerin stark gefordert.

Und ja, auch bei Windkraft, auch bei neuen Windrädern, die genehmigungsfähig sind, sind wir für einen Ausbau. Eine ganz klare Ansage, auch hier wollen wir mit dabei sein und auch hier Erster werden. Neu ist bei dieser Klima- und Energiestrategie, dass ab jetzt alle zuständigen Ressorts und Abteilungen des Landes miteinander vernetzt werden und damit die Qualität und

die Geschwindigkeit in der Umsetzung der Klimaziele steigt. Erstmals wurden auch alle Klimaschutz- und Energiepläne sowie alle relevanten Landes- und Bundesstrategien integriert.

Aktiv eingebunden werden auch die Zivilgesellschaft, die Sozialpartner, die Industrie, die Wissenschaft und auch alle anerkannten Umwelt-NGOs. Dies geschieht unter anderem im Dialog und Zukunftsprozessen, zum Beispiel Klima mit Vision, klimafittes Oberösterreich, Landesarbeitsgruppen, aber auch im Umwelt- und Klimarat in regelmäßigen Abständen. In diesen Gremien wird man sich laufend über die Klima- und Energiestrategie austauschen, Experten einladen, weiter intensiv damit beschäftigen und ressortübergreifende Fortschrittsberichte erarbeiten. Regelmäßig wird ab nun dem Klimarat ein Maßnahmenplan und auch die Ergebnisberichte vorgelegt.

Das Thema Klima und Energie, aber auch die Strategie ist dynamisch und fordert somit unser permanentes Handeln. Vergessen dürfen wir auch nicht, dass das Thema Klima und Energie an den oberösterreichischen Landesgrenzen nicht Halt macht oder sich nur in unserem Bundesland bewegt. 80 Prozent des Klimaschutzes liegt nun einmal im Bereich des Bundes und in der EU. CO₂ ist nicht teilbar. Wir müssen das Ganze im Auge behalten, im Bundesland, im Bund, aber auch in der EU. Mit der Klima- und Energiestrategie haben wir jetzt ein ehrliches, wirksames und praktikables Arbeitspapier, mit dem wir in Oberösterreich machen, was wir als Land machen können.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, arbeiten wir bei diesem so wichtigen Thema Klima und Energie nicht einzeln, arbeiten wir gemeinsam (Beifall), arbeiten wir nicht gegen, sondern miteinander, nutzen wir alle Ressourcen und Synergien gemeinsam. Geschätzte Damen und Herren, der erhobene Zeigefinger und absurde Forderungen und Verbote bringen uns nicht weiter.

Zeigen wir den Menschen, dass wir auch in diesem Haus, im Landtag Oberösterreich, gemeinsam das Ziel verfolgen, das Ziel, das Beste für das Klima, das Beste für das Land und das Beste für die Menschen in Oberösterreich zu tun. Zeigen wir den Oberösterreichern und Oberösterreichern, dass sie sich auf unser Land verlassen können. Meine Damen und Herren, das ist meine Visitenkarte und das ist die Visitenkarte des Oberösterreichs der Zukunft. Ich ersuche um Zustimmung. Vielen Dank! (Beifall)

Präsident: Ich weise noch darauf hin, dass eine Beilage zu 440/2023, ein Zusatzantrag, eingelangt ist, den wir Ihnen als Beilage 456/2023, Zusatzantrag der unterzeichneten Abgeordneten der Grünen des Oberösterreichischen Landtags zum Bericht des Ausschusses für Standortentwicklung betreffend die Oö. Klima- und Energiestrategie, auf elektronischem Wege zur Verfügung gestellt haben, und dieser Zusatzantrag wird in die Wechselrede miteinbezogen. Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Schießl.

Abg. **Schießl:** Sehr geehrter Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Ja, lieber Klaus, ich kann das nur unterstützen, was du da alles gesagt hast über die Klima- und Energiestrategie des Landes Oberösterreich. Es wurde hier so vieles berücksichtigt, und es ist eine ganz tolle Lektüre, die man sich jederzeit zugute führen kann. Aber ich denke auch, bei den Kritikern wäre es völlig egal gewesen, was wir da reingeschrieben hätten, denn es wäre immer, immer zu wenig gewesen. Das hat mir die Diskussion vor kurzem im Umweltbeirat einfach gezeigt. Ich bin ja froh, und es ist wirklich super, dass wir solche Gremien haben, weil da die unterschiedlichen Ansätze einfach diskutiert werden können und da die Themen natürlich auch auf den Tisch kommen, und das

ist natürlich eine ganz wichtige Sache, der Dialog, der vor allem bei diesem Thema immer wieder gesucht wird und gesucht werden muss.

Es ist natürlich ein Problem, wenn man unterschiedliche Ansichten zu einem Thema hat, aber nichtsdestotrotz, wie gesagt, sollte man sich alles ausreden, im Innviertel heißt es, durch das Reden kommen die Leute zusammen, und das ist natürlich auch in diesen Bereichen eine ganz wichtige Sache. Und ich bin überzeugt davon, dass diese Strategie für Oberösterreich eine ganz wichtige Sache ist und sehr viel Gutes auch bewirken wird in allen Bereichen, die hier hochprofessionell erstellt worden sind. Und ich danke auch den mitwirkenden Personen für diese Erstellung.

Verwundert hat mich bei dieser besagten Umweltbeiratssitzung der Zustand, dass der Vergleich auf europäischer Ebene nicht gewünscht ist. Es ist ja doch das Allerwichtigste überhaupt, dass man sich misst mit anderen Regionen, dass man sich misst mit anderen Ländern, was machen die vielleicht besser, was machen die vielleicht anders? Können wir da was lernen, können wir da was übernehmen? Da gäbe es viele Möglichkeiten, aber bis zum Schluss habe ich gemerkt, es ist nicht da, dass man sagt okay, man versucht von anderen Regionen, von anderen Ländern die Konzepte auf den Tisch zu bekommen und sie mit unseren zu vergleichen. Und ich glaube, das ist eine ganz wichtige Sache. Und ich verstehe es auch nicht, wieso man sich da so massiv dagegengestellt hat.

Ich würde mir wünschen, bei der nächsten Umweltbeiratssitzung derartige Expertisen auf den Tisch zu haben, dass wir auch wirklich wissen, wo wir in Europa bei diesem Thema ganz einfach stehen, weil ich bin überzeugt davon, wie unser Herr Landeshauptmann heute auch schon gesagt hat, wir sind da Vorreiterregion in diesem Bereich, wir haben da schon sehr, sehr vieles gemacht, und das kann sich auch zeigen lassen, und das sollte man nicht immer alles schlecht reden. (Beifall)

Und ich erinnere auch bei dieser Diskussion an die Photovoltaikanlagen, auch da hat es wieder geheißen, naja, viel zu wenig, es geht viel zu langsam, es müsste viel mehr passieren, trotz dass wir Zahlen auf den Tisch bekommen haben von 46.000 Anträgen im Jahr 2022, wo 12.000 verwirklicht worden sind. Ich bin überzeugt davon, es wären noch viel mehr verwirklicht worden, wenn es sich ausgegangen wäre. Auch diese Diskussion haben wir heute schon gehabt, dass wir das Personal nicht dazu haben, dass das ganz, ganz schwierig ist, aber da muss ich natürlich auch bei solchen Strategien und bei solchen Vorgaben mich nach dem messen, was machbar ist. Wünschen kann ich mir viel, einen Wunsch kann ich ans Christkind schicken, aber das muss realistisch bleiben, das muss umsetzbar bleiben.

Unsere Photovoltaikmonteure, die arbeiten derzeit nicht 100 Prozent, die arbeiten derzeit schon 150 Prozent. Die machen Überstunden. Die tun alles Mögliche, um so viel Photovoltaikanlagen auf die Dächer zu bringen, wie es nur irgendwie geht, wie es noch irgendwie möglich ist. Aber was soll man nun zusätzlich tun? Sollte man bei denen das Arbeitszeitgesetz aufheben, dass die 20 Stunden arbeiten dürfen, vier Stunden schlafen ist eh genug, und wenn sie zu Mittag durcharbeiten, dann sind es 25 Stunden am Tag. Das ist ja alles nicht realistisch, und deswegen muss man sich das einfach wirklich ganz genau anschauen, wie gesagt, Forderungen in den Raum zu stellen, die einfach nicht umsetzbar sind, das ist einfach eine Sache, die man vor allem in diesem Bereich nicht machen soll, weil da erweckt man natürlich auch bei den Leuten Sachen, die natürlich dann negativ wieder rüberkommen, wenn es dann nicht bearbeitet werden kann. Und wir haben ja derzeit über 6.000 Anträge, die nicht einmal bearbeitet werden können, weil das Personal nicht da ist.

Also, ich denke, der Wunsch der Leute, hier mehr zu machen, ist da. Aber viel mehr geht eben nicht. Die Materialsituation ist auch noch nicht besser geworden. Das heißt auch, auf Wechselrichter und Akkumulatoren, die da eingesetzt werden, hat man nach wie vor Lieferzeiten mit bis zu zwei Jahren. Auch das ist natürlich ganz schwierig. Das kann man nicht herzaubern. Es ist einfach so.

Es wurde schon angesprochen der Wind. Der Wind ist natürlich auch immer wieder ein Thema, das auf den Tisch kommt, wenn es um eine Energiestrategie geht. Vor allem, wenn man vom Wind redet, sollte man auch realistisch sein und sollte man vor allem alles mit ins Boot nehmen, denn das ist etwas, was immer wieder abgeht bei diesen ganzen Diskussionen.

Man sagt immer, umso mehr Windräder, umso mehr erneuerbare Energie, umso besser. Aber man muss auch die Begleitmaßnahmen, die mit Windrädern einhergehen, sich einfach einmal anschauen und auf den Tisch legen. Da muss ich natürlich schon auch fragen, ob ihr wisst, dass wir in Oberösterreich zirka 140 Tage ohne Wind haben, dass es in vielen Bereichen, vor allem bei mir auch in der Region, im Bezirk Braunau Gebiete sind, wo wir mit Sicherheit nicht auf Windstunden kommen, dass sich so ein Windrad rechnet.

Ihr könnt da natürlich nachher selbst die Zahlen erheben. Ich weiß eh, dass ich euch da ein bisschen auf Temperatur bringe, und das ohne Gas, aber das schadet ja nicht. Das können wir gerne so machen. (Heiterkeit. Unverständliche Zwischenrufe.) Aber was haben wir noch für Begleitmaßnahmen? Ob man jetzt sagt, es zahlt sich aus, dass wir so ein Windrad auch da aufstellen, wo wir nur 1.500 Windstunden haben, obwohl in anderen Regionen sogar 8.000 Stunden möglich sind. Das muss dann eh selbst entscheiden, ob man das will oder nicht will.

Aber was unbedingt da immer wieder mitdiskutiert gehört, und was immer wieder vom Tisch gewischt wird, das ist das Fundament von so einem Windrad. Wisst ihr, wie groß so ein Fundament von so einem Windgiganten ist? 30 Meter im Durchmesser, 40 Meter tief, ich habe da auch ein Bild, dass man sich das ein bisschen vorstellen kann, wer es noch nicht gesehen hat. (Abg. Schießl hält ein Bild hoch). Das sollte man sich unbedingt auch einmal anschauen, 2.000 Tonnen Beton, 750 Tonnen Stahl.

Ich möchte nicht wissen, wenn man dann diesen CO₂-Fußabdruck alleine von dem Fundament mit hineinrechnet, wie dann die CO₂-Bilanz von so einem Windrad aussieht. Dann kommt noch dazu, dass wir den Rumpf von so einem Windrad aus China zu uns hereinholen, dass die Rotorblätter, die meisten Rotorblätter in Mexiko produziert werden, und dass so ein Rotorblatt nicht einmal recycelt werden kann. Auch das sollte man sich einmal zu Gemüte führen.

Und wenn man all das zusammenrechnet, dann muss man einmal schauen, was so ein Windrad für einen CO₂-Fußabdruck hat, und dann muss man sich einmal überlegen, ob das wirklich gescheit ist, wenn man vielleicht in einem Gebiet, wo man 1.500 Windstunden hat, so einen Windgiganten aufstellt und das Landschaftsbild natürlich dementsprechend auch darunter leidet.

Das ist schließlich und endlich das Ausschlaggebende für die Politik. Da werden die Gremien, die Experten für eine Strategie natürlich herangezogen, und da muss alles mit hineinlaufen, und die Politik hat sich an all das, was sie da dann auf den Tisch bekommt, zu halten und sich schließlich und endlich zu einer Entscheidung durchzuringen.

Das ist das, was man da einfach alles mit hineinnehmen muss. In diesem Strategiepapier, das wir da entwickelt haben, ist ja auch die Windenergie drinnen. Es ist ja möglich, bestehende Windanlagen auszubauen. Es ist ja möglich, ein Repowering bei bestehenden Windparks zu machen. Und es ist auch möglich, neue Windanlagen einzubringen, und wenn es dann den Kriterien entspricht, es gibt einen Windkraft-Masterplan, auch der wird da miteinwirken, dann ist es absolut nicht unmöglich, dass wir auch einen neuen Windpark in Oberösterreich erstellen werden, wenn es passt.

Aber das ist einfach wichtig, dass da der Hausverstand wieder einzieht und nicht ohne Wenn und Aber überall diese Windgiganten im Land aufzustellen. Anschneiden möchte ich auch noch den öffentlichen Verkehr, denn das ist eine ganz wichtige Sache bei dieser Energiestrategie. Da muss ich Landesrat Steinkellner natürlich lobend erwähnen, der ein Garant für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ist. Und ich erwähne es ja eh schon bei fast jeder Landtagssitzung immer wieder, dass genau er derjenige war, der vor allem im Bereich öffentlicher Verkehr das Budget gedreht hat, dass da im öffentlichen Verkehr mehr Geld zur Verfügung steht als im Straßenbau.

Da hat es einen freiheitlichen Landesrat gebraucht, um das umzusetzen. Alleine in meiner Region im Bezirk Braunau, was wir da alles gemacht haben, die Einführung des regionalen Verkehrskonzeptes, das 20 Jahre in der Schublade gelegen ist, die Elektrifizierung der Mattigtalbahn, die darf ich heute auch einmal erwähnen. Einen schönen Gruß an den Erich Rippl, auch das ist eine ganz wichtige Sache.

Der Umbau der ganzen Bahnhöfe, und, und, und. Da wird gewaltig viel Geld in die Hand genommen, um eine Region fit zu machen, und das ist wirklich super, und ich gratuliere Herrn Landesrat Steinkellner dafür, dass er sich da so hineinhängt und dass da sehr, sehr viel weitergeht. (Beifall)

Zum Zusatzantrag noch, den wir ablehnen, sage ich gleich dazu, die Geothermie ist eine ganz tolle Sache. In Altheim, in Ried, vor allem im Innviertel haben wir da ja schon Punkte, wo das super funktioniert. Also, ich kann das nur jedem raten, wer das wirklich ambitioniert angehen möchte, das gerne zu machen.

Aber es kann natürlich nicht so sein, dass das Land die Haftungen für jede Bohrung übernimmt. Rechnet euch das einmal aus. Eine Bohrung kostet mindestens drei Millionen Euro. Ich muss wahrscheinlich mehrere Bohrungen machen, dort und da geht es sich nicht aus. Also, wer soll das am Ende des Tages alles bezahlen? Das geht sich doch nicht aus. Das kann ja nicht funktionieren. Und was tut ihr, wenn nachher dann Gemeinden herkommen, 20, 30, 40, 50, dann mit einem Haufen Bohrungen? (Unverständliche Zwischenrufe)

Das müsst ihr mir noch erklären, wie ihr das machen wollt, (Zwischenruf Landesrat Kaineder: „Das mache ich dann gerne!“) weil das ist natürlich auch eine ganz wichtige Sache, wie das Ganze funktionieren soll, wenn das Land hier Haftungen zu übernehmen hat, und wenn schließlich und endlich sich nicht der Erfolg einstellt, und dann die Kosten trotzdem vorhanden sind.

Abschließend, ich habe es eh schon gesagt. Ich lasse mir die Errungenschaften von unseren Unternehmen und unseren Menschen in Oberösterreich nicht mehr schlecht reden. Wir sind stolz auf diese Errungenschaften, die wir hier geschafft haben. Machen wir hier mit Hausverstand weiter, und das ist ein Garant diese Strategie, die hier entwickelt worden ist.

Ich kann nur sagen, schauen wir uns an, was noch alles möglich ist. Der Herr Landeshauptmann hat es heute schon angesprochen mit dem Wasserstoff, wo wir noch in den Startlöchern stehen. Auch da müssen wir natürlich in die Gänge kommen, weil ich glaube, ohne dem Wasserstoff wird es in diesem Bereich Energie keine Zukunft geben.

Da müssen wir dringend Gas geben, und deswegen gehen wir das Ganze an. Wir stimmen der Strategie natürlich zu. Dankeschön (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Antlinger.

Abg. **Antlinger, B.Ed.Univ.:** Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzter Landesrat, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuseherinnen und Zuseher auf der Tribüne und im Internet! Der Herr Landeshauptmann hat heute am Vormittag bei der mündlichen Anfrage schon gesagt, die Klima- und Energiestrategie ist ein Start für einen Prozess. Ein Prozess, der meiner Meinung nach, und da sind wir wieder bei dem schönen Dissens, wo wir heute schon vom Wolfgang Stanek gehört haben, der gehört auch in den demokratischen Diskurs dazu.

Ich bin der Meinung, dass dieser Prozess zu spät gestartet wurde und in Wahrheit im Vorhinein falsch kommuniziert wurde, weil wir und auch die Grünen davon ausgegangen sind, dass mit dieser Klima- und Energiestrategie konkrete Fakten und konkrete Beispiele, wie wir die Energiewende schaffen können, auf den Tisch gelegt werden.

Ich halte aber in dieser ganzen Debatte auch nichts davon, und das ist heute Früh auch von Landeshauptmann Stelzer gefallen, wenn man sich in dieser Debatte einer Stammtischargumentation bedient. Er hat nämlich gesagt, wir brauchen in Oberösterreich nicht diskutieren, wenn in China alle Monate neue Kohlekraftwerke, (Zwischenruf Landeshauptmann Mag. Stelzer: „Jede Woche!“) jede Woche neue Kohlekraftwerke eröffnet werden.

Ich sage, diese Diskussion ist müßig, nämlich auch aus diesem Grund, wenn man sich die Fakten ansieht, dann ist China, was Energiegewinnung aus erneuerbaren Energieträgern betrifft, gerade auf der Überholspur, übrigens genauso wie die USA. Und wir in Europa, in Österreich und auch in Oberösterreich verschlafen diesen Trend und hinken hinterher.

Eines ist auch klar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, wenn unser Bundesland diese Entwicklung verschläft, verlieren unsere heimischen Leitbetriebe den Anschluss an die Welt von morgen, weil Klimaschutz und nachhaltige, faire Standortpolitik müssen unser Ziel sein.

Und durch die Ausarbeitung der oberösterreichischen Klimastrategie hätte unser Bundesland eigentlich die Chance gehabt, genau dieses Ziel viel schneller zu erreichen. Präsentiert wurde mit der Klimastrategie eine Sammlung von bereits bestehenden Strategien. Ich möchte mich explizit auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bedanken, die das ausgearbeitet haben, denn dem Grunde nach hat diese Strategie strukturell seine guten Seiten.

Auf der politischen Ebene bleiben aber viele Fragen offen. Vielmehr ist es politisch so, dass ihr eigentlich überhaupt keine konkreten Antworten liefert. Und wenn man sich jetzt die 160 Seiten durchliest, und ich habe es getan, dann werden einem auch schnell, wenn man sich mit dem Thema Klimawandel und Energiewende beschäftigt, die Schwächen bewusst.

Nämlich, anstatt diese konkreten Ziele zu formulieren, liest sich das Dokument wie eine Auflistung von mehr oder weniger guten Ideen, was man denn, wenn man nur wollte, alles machen könnte. Vergeblich sucht man aber nach Zielvorgaben, was denn wirklich erreicht werden soll. Man sucht vergeblich nach bindenden Zielwerten, die eingehalten werden sollen.

Es werden zwar da und dort Indikatoren aufgelistet. Das finde ich richtig, das finde ich richtig und gut. Aber die Zielwerte dazu, die fehlen. Und die könnten wir sehr wohl, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, auch in der Politik festlegen. Und ohne entsprechend dieser klar formulierten Ziele fehlt erstens das Monitoring.

Da ist es schön, wenn wir heute hören, dass es dann regelmäßig evaluiert wird, aber was wollen wir denn evaluieren, wenn wir gar nicht wirklich so genau wissen, wo wir hinwollen, wenn wir gar nicht wissen, was ist denn unser Zielwert? Wir wissen, wir müssen bis 2030 55 Prozent CO₂ einsparen im Vergleich zu 1990. Das wären jedes Jahr bis 2030 sieben Prozent.

Na ja, ich weiß nicht, ob sich das 2023 ausgeht. Was tun wir denn dann 2024? Wie schaffen wir es denn 2025? Genau diese Zielwerte fehlen in der Strategie. Und ich möchte auch noch einmal betonen, nach all diesen vielen Diskussionen, die wir da herinnen geführt haben, die wir im Ausschuss geführt haben, habe ich mittlerweile das Gefühl, dass man diese großen Würfe, die eigentlich nötig wären, gar nicht wagen will, weil es natürlich am Ende des Tages viel bequemer erscheint, wenn wir einfach so weiter tun wie bisher.

So, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werden wir die Ziele, die sich die Republik und das Land Oberösterreich gesetzt haben, aber nicht erreichen. Klar ist auch, und da sind wir uns Gott sei Dank einig, dass es beim Klimaschutz aktives Handeln statt Verwalten braucht. Jetzt bin ich dem Landeshauptmann wirklich sehr, sehr dankbar, dass er auch diese Woche ganz klar Wasserstoff als Zukunftsenergieform gefordert hat.

Michael Lindner und die SPÖ haben das bereits im Jänner getan, weil wir wissen, dass es eine Möglichkeit ist, die Energiewende zu schaffen. Aber warum findet sich dazu nichts in der Klimastrategie? Warum redet keiner darüber, wo wir diesen Wasserstoff denn auch herbekommen? Weil eines ist auch klar, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, und da dürfen wir uns auch nicht selbst anlügen, der Wasserstoff wächst nicht bei uns auf den Bäumen. Die nachhaltigen Energieträger, um ihn grün zu erzeugen, haben wir in Österreich nicht, also werden wir ihn importieren müssen. Ja, aber was tun wir? Steht in der Klimastrategie etwas drinnen, wie man diesen Prozess angehen will, wie man dieses Ziel erreichen will, auch Wasserstoff als Zukunfts- und Brückenenergie in Oberösterreich einzuführen?

Nein, man sucht es vergeblich. Ich bin überzeugt, auch bei diesem Thema braucht es eine breite Gesprächsbasis. Eine Klimastrategie, die am Ende des Tages nämlich den Oberösterreichern und Oberösterreichern hilft, von der sie profitieren durch gesicherte Arbeitsplätze, durch eine nachhaltige Standortpolitik, durch den Mut, auch der Politik, von uns, weil zu dem wurden wir gewählt, Veränderungen im Sinne der Menschen anzugehen, und nicht so weiterzutun wie vorher.

Ich habe es schon angesprochen, dafür ist ein breiter Dialog mit allen Anspruchsgruppen und betroffenen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren erforderlich. Und der hätte vor der Präsentation der Klimastrategie stattfinden sollen und nicht erst im Nachhinein.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen von ÖVP und FPÖ, die präsentierte Klimastrategie als Startschuss für einen Prozess kommt zu spät, weil wir endlich klare Antworten brauchen, und deswegen werden wir heute auch nicht zustimmen. Danke. (Beifall)

Präsident: Zu Wort gemeldet ist Abgeordnete Bauer.

Abg. **Bauer:** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Die vorliegende Klima- und Energiestrategie ist keine Strategie, die uns einen nachvollziehbaren, deutlichen Weg hin zur Klimaneutralität 2040 weist. (Die Zweite Präsidentin übernimmt den Vorsitz.)

Das sage nicht nur ich, das sagen ganz, ganz viele Wissenschaftler/innen und Experten. Das habt ihr alle in den Zeitungen gelesen. Das brauche ich euch gar nicht vorlesen. Meine Vorredner haben sich zu Recht bei den MitarbeiterInnen in den verschiedenen Abteilungen bedankt, und bei diesen möchte ich mich auch anschließen, weil dass die Strategie unzureichend ist, liegt nicht an ihnen.

Es liegt an den fehlenden politischen Entscheidungen in der Regierungskoalition. Die Mitarbeiter/innen aus den verschiedenen Abteilungen haben Klimapolitik deutlich als Querschnittsmaterie erkannt, die aktuellen rechtlichen Rahmenbedingungen auf verschiedenen Ebenen zusammengetragen und genau beschrieben, welche Katastrophe uns droht, wenn wir die Klimakrise nicht abwenden können.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal das Vorwort empfehlen, da kann ich mich dem Abgeordneten Schießl anschließen, es ist wirklich eine tolle Lektüre. Was wir hier haben in dieser Klima- und Energiestrategie, ist eine gute Bestandsanalyse, wo wir jetzt gerade stehen, wo wir hinwollen, nämlich Klimaneutralität 2040, aber nicht, wie wir dorthin kommen.

Das wäre tatsächlich auch meine Erwartung gewesen an eine oberösterreichische Klima- und Energiestrategie. Und, Herr Landeshauptmann Stelzer, Sie haben vorher den Vorschlag gemacht, dass wir rausgehen auf die Promenade und die Menschen fragen, wie sie es mit dem Proporz sehen, und ich denke mir, wir könnten sie auch fragen, was sie sich von einer oberösterreichischen Klima- und Energiestrategie erwarten würden.

Ob sie sich eine Strategie erwarten, in der keine neuen Maßnahmen vorkommen, kein Commitment zu neuen Windkraftstandorten, keine neuen Gebäudesanierungen, keine Pläne für die Gebäudesanierung. Dort verlieren wir nämlich die meiste Energie. Keine neuen Maßnahmen, die die Mobilitätswende auf den Weg bringt, und keine jährlichen, verbindlichen Emissionsreduktionsziele.

Ich glaube nicht, dass es das ist, was sich die Menschen von einer Klima- und Energiestrategie erwarten. Und wer die Dringlichkeit der Klimakatastrophe und politische Verantwortung dieser historischen Herausforderung ernst nimmt, kann diese Strategie so nicht zur Kenntnis nehmen.

Was wir hier haben, ist ein Rahmen für eine Klima- und Energiestrategie. Es ist aber ein leerer Rahmen, der von politischen Entscheidungsträgern gefüllt werden muss, und zwar am besten vorgestern, weil wir haben keine Zeit mehr. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal die Wissenschaft zitieren.

Steigt die Temperatur weiterhin mit der aktuellen Geschwindigkeit, würde eine Erderhitzung von 1,5 Grad zwischen 2030 und 2050 erreicht. Erderhitzung über die 1,5 Grad hinaus bedeutet, dass Prozesse losgehen, die den Klimawandel völlig unbeherrschbar machen.

Das sind diese Kippunkte, die kennen wir alle, und die sind komplett unkontrollierbar und auch irreversibel. Und dann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, sind wir nämlich wirklich nur mehr Passagiere. Als Grüne wollen wir deshalb sofort beginnen, diese Klima- und Energiestrategie mit tatsächlichen Maßnahmen zu füllen, und deshalb gibt es diesen Zusatzantrag, der vorher schon erwähnt wurde, der auch allen zugegangen ist.

Mit diesem Antrag werden folgende drei sehr konkrete Maßnahmen hinzugefügt, nämlich die Festlegung eines verpflichtenden jährlichen CO₂-Reduktionspfades, die Überarbeitung der landesgesetzlichen Regeln des oberösterreichischen Windmasterkraftplans mit klar definierten Vorrangflächen. Ich finde das nämlich immer sehr spannend, ich habe heute schon des Öfteren gehört, dass man keine Verbotspolitik will und keine Verbote, und der Windkraft-Masterplan ist ein einziger Verbotsplan.

Die dritte Maßnahme wäre die Bereitstellung von Landeshaftungen für Tiefengeothermiebohrungen zur Absicherung der hohen Anfangsinvestitionen. Das sind ganz konkrete Maßnahmen, die wir im Land Oberösterreich sofort umsetzen können. Das sind Maßnahmen mit Hausverstand, und das sind Maßnahmen, die die Klimastrategie zu einem wirklichen Startschuss machen, und damit gäbe es mit diesen konkreten Maßnahmen auch unsere Zustimmung.

Kollege Schießl hat vorhin noch gesagt, es wäre nie genug, und man kann das sowieso nicht richtig machen, aber ich glaube, dieser Antrag zeigt, dass dem nicht so ist. Es liegt hier ein konkreter Vorschlag da, womit das als Startschuss ausreichen würde für uns. Ich möchte noch etwas ganz Grundsätzliches sagen. Das Abwenden der Klimakrise fühlt sich manchmal ziemlich unmöglich an, und das geht nicht nur mir so.

Das geht ganz vielen Leuten so, das geht vor allem auch den jungen Menschen so, die letzten Freitag wieder zu Tausenden auf die Straßen gegangen sind. Da gibt es so ein Gefühl der Ohnmacht und der Resignation, wo man so das Gefühl hat, wisst was, hauen wir einfach den Hut drauf, machen wir uns ein paar schöne Jahre auf irgendeiner tropischen Insel, solange das halt noch irgendwie geht, und hinter mir buchstäblich die Sintflut.

Ich kenne dieses Gefühl gut. Ich weiß nicht, ob sie das auch kennen, aber es ist eines, das viele KlimaaktivistInnen teilen. Aber die Frage ist, warum dieses Gefühl nie überhandnimmt. Dieses Gefühl nimmt nämlich nie überhand. Dieses Gefühl gewinnt nie, weil es viel zu viel zu gewinnen gibt, und zwar für uns alle.

Klimaschutz ist nämlich nicht nur die Rettung unseres Planeten, sondern es ist die Verbesserung und die Verschönerung unseres Lebens, und zwar für alle. Eine klimagerechtere Welt ist eine sozialere Welt. Das ist eine Welt, in dem der öffentliche Verkehr so gut ausgebaut ist und leistbar, dass jeder selbstständig mobil ist, egal wie viel Geld man auf dem Konto hat, egal wie alt ich bin. Es ist eine Welt, in der die Luft sauber ist, in der es grüne Erholungsanlagen gibt anstatt Beton und Hitze.

In einer klimagerechten Welt fliegt die Marille, die in meinem Müsli ist, nicht dreimal um die Welt und dann in meine Schüssel, sondern die kommt vom heimischen Bauern, und zwar biologisch gesund und ganz egal, wo ich im Supermarktregal hingreife. Die Energie kommt

von Wind und Sonne statt von ausländischen Despoten. Und es ist eine Welt, und das ist jetzt ganz wichtig, in der Oberösterreich Vorreiter in allen Zukunftstechnologien ist, in der Oberösterreich die Technologien zur Verfügung stellt, die die ganze Welt braucht und nicht umgekehrt.

Mein Punkt ist, man muss sich vom Klimaschutz nicht fürchten. In diesem Sinne bitte ich um Zustimmung für unseren Zusatzantrag. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Als Nächster zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann Eypeltauer. Bitte!

Abg. KO **Mag. Eypeltauer:** Danke, Frau Präsidentin, hohes Haus, Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Bürgerinnen und Bürger, Zuhörerinnen und Zuhörer! Ich glaube, es geht bei der Debatte über die Klima- und Energiestrategie, die heute zum Beschluss vorliegt, auch ein bisschen um die Frage der Erwartungen auf der einen Seite an diese Strategie, und der Erfordernisse der Realität andererseits.

Je nachdem, was man findet, was in Oberösterreich im Jahr 2023 seitens einer politischen Führung da sein sollte zum Thema Klimaschutz, kann man zufrieden sein oder kann man enttäuscht sein. Wenn man findet, dass es reicht, dass eine Bestandsaufnahme all dessen, was es schon gibt an klimawirksamen oder klimaschutzrelevanten Themen im Bereich des Landes, dass das reicht im Jahr 2023, und dass man jetzt einmal langsam startet, konkreter zu werden, und vielleicht irgendwann einmal, ich weiß es nicht, auch verbindliche Ziele festlegt, oder zumindest Maßnahmen festlegt, dann kann man zufrieden sein und kann sagen, passt super.

Weil, als das taugt dieses Papier ja tatsächlich, das haben meine Vorredner/innen schon gesagt, das ist eine gute Bestandsaufnahme. Da steht viel Richtiges drinnen. Und es wurde auch schon zurecht darauf hingewiesen von der Kollegin Anne-Sophie Bauer, dass die Einleitung vor allem ja sehr eindrucksvoll und richtig ist. Ich kann nur jedem und jeder Bürgerin/Bürger empfehlen, die ganze Strategie, aber insbesondere die Einleitung, zu lesen. Wenn man findet, dass es im Jahr 2023 irgendwie schon längst mehr geben sollte, Konkreteres geben sollte, Verbindlicheres geben sollte im Sinne von politischem Leadership, die sagt, passt, wir gehen auf dieses Problem Klimaschutz zu, Energiewende zu, wir legen konkrete Ziele fest, denen wir uns transparent verpflichten, und wir überlegen uns gemeinsam mit Expertinnen und Experten und der Zivilgesellschaft, wie wir diese Ziele erreichen können, wann und bis wann, wenn man findet, das bräuchte es, dann muss man enttäuscht sein von der Klimastrategie.

Und wenn man sich das erwartet hat, weil vielleicht auch diese Erwartung in der Öffentlichkeit, insbesondere von der ÖVP geweckt wurde, dann ist man jetzt enttäuscht, und dann darf man sich aber seitens der Regierungsmehrheit nicht wundern über die enttäuschte Reaktion von der informierten Öffentlichkeit, der breiten Öffentlichkeit und der Experten auf dieses Papier. Und so geht es auch mir.

Ich habe es schade gefunden. Ich habe mir auch mehr erwartet, weil es wurde groß angekündigt. Auch immer wieder bei den gemeinsamen Gesprächsrunden mit der Klima-Allianz. Da habe ich auch gehört, ja, es kommt dann die Klima- und Energiestrategie. Und das wird dann alles adressiert und beantwortet. Dem ist halt leider so nicht.

Das wäre auch deshalb gut, weil wir dann zum Beispiel endlich wüssten, ob dieses Ziel der sieben Prozent Emissionsreduktion pro Jahr inklusive 2023 bis ins Jahr 2030, von dem hier manche reden, ob das eines ist, was unsere Regierung auch so sieht und teilt, oder ob das eines ist, wo unsere Regierung und der Landeshauptmann hat es, glaube ich, heute schon anklingen lassen, sagt: Nein, sieben Prozent pro Jahr inklusive 2023 bis 2030, das machen wir sicher nicht, weil wir haben hier mehr Industrie als andere Bundesländer. Wir können nicht denselben Beitrag leisten wie andere Bundesländer. Ich weiß es nicht. Ich wüsste es gerne. Hätte man eine konkrete Strategie, wo die Regierung konkret aktiv festlegen würde, wo sie hingehen möchte, was für Ziele sie sich setzt, dann wüssten wir das und könnten viel ehrlicher und offener miteinander diskutieren.

Dann hätten wir auch diese Reduktionspfade. Dann hätten wir auch ein Monitoring, weil wir ja immer wieder laufend wissen müssen, sind wir am Pfad oder nicht? So bekommen wir das vielleicht, wenn es der Landtagsmehrheit oder der Regierung beliebt, vielleicht auch nicht. Wir kriegen jetzt einmal eine Strategie, die taugt als Ausgangspunkt für was auch immer. Mir und vielen Menschen in Oberösterreich ist das viel zu wenig, und deshalb werde ich und werden wir das in der Form auch heute nicht unterstützen. In einer Form mit dem Zusatzantrag, den die Grünen eingebracht haben. Mit konkreten Reduktionszielen würden wir das schon und sehr gerne unterstützen. Aber ich habe schon vernommen, in der Form werden wir es heute nicht beschließen können.

Wir bringen uns als NEOS gerne auch weiterhin inhaltlich und konkret ein, wenn es um das Thema geht, den Klimaschutz wirklich anzugehen, anzupacken, aktiv, als Chance auch zu begreifen. Wir werden jetzt aber nicht bei dieser Strategie, die Ausgangspunkt für alles und nichts sein kann, wir wissen es ja noch nicht, da werden wir heute nicht mitgehen. Dankeschön. (Beifall)

Zweite Präsidentin: Ich erteile nun Herrn Landesrat Kaineder das Wort.

Landesrat **Kaineder:** Danke, Frau Präsidentin. Jetzt bin ich fast ein bisschen überrascht, dass ich offensichtlich das einzige Regierungsmitglied bin, dass zu dieser Klima- und Energiestrategie reden wird. Die Klimaschutz-Koordinierung ist ja nicht mehr in meiner Verantwortung.

Es gibt ein paar Dinge, die ich bemerkenswert finde. Erstens dieses Papier, diese Klima- und Energiestrategie in Oberösterreich, ist umfassend. Das sind 160 Seiten Zusammenfassung, was im Land alles für Klima- und Energiepolitik gemacht wird. Das noch viel Bemerkenswertere ist, dass man jetzt ein Jahr gebraucht hat, um das zusammenzufassen, ohne taugliche Instrumentarien hinzuzufügen, die es tatsächlich ermöglichen, dass wir klimaneutral werden. Und es gibt ganz einfache Dinge, die man machen kann. Und bevor ich das hier oder vor den Medien gesagt habe, habe ich das auch dem zuständigen Energielandesrat gesagt, und nichts davon findet sich jetzt hier wieder.

Ich bin jetzt gar nicht gram. Aber ich möchte trotzdem sagen, was eigentlich nötig wäre, um die Klimaziele zu erreichen. Weil warum ist mir das wichtig? Es ist auch deshalb wichtig, weil politisch ja völlig andere Hinweise von Schwarz-Blau an die Bevölkerung, an Projektbetreiber hinausgehen, und zwar täglich, und zwar über die Medien.

Ich bin ziemlich enttäuscht, dass der Herr Landeshauptmann und seine schwarz-blaue Koalition sich gegen das Verbot von Verbrennungsmotoren ausspricht. Warum bin ich enttäuscht? Weil er hört hier auf einen Industriezweig, der so wie er jetzt existiert, nicht

zukunftsfähig ist. Und der sich im Übrigen gerade in unserer Region in Steyr gerade neu ausrichtet. Es gibt gerade in meiner Region ein sehr taugliches Beispiel aus der Mitte des neunzehnten Jahrhunderts, wie eine politische Fehlentscheidung auf der Begründung einer Interessensvertretung passiert, der nachhaltigen jahrhundertwährenden Schaden verursacht.

Die Entstehung der Westbahnstrecke, also Eisenbahn von Wien nach Salzburg, war Mitte des neunzehnten Jahrhunderts geplant von Wien über St. Pölten, über Steyr nach Linz und dann nach Salzburg. Warum? Steyr war einer der wichtigsten Industriestädte des neunzehnten Jahrhunderts in der damaligen K.U.K-Monarchie. Ihr könnt euch heute auf Google Maps die Streckenführung anschauen. Und sie geht vor Sankt Valentin schon auf die Höhe von Steyr herunter, geografisch gesehen, und sticht dann aber auf der niederösterreichischen Seite nach Sankt Valentin und dann direkt nach Linz. Warum ist eigentlich die Westbahnstrecke damals nicht durch die damalige Industriestadt Steyr geführt worden? Das hat man politisch verhindert. Und verantwortlich dafür war eine Interessensgruppe, nämlich die der Kutscher. Die wollten ihr Geschäft nicht verlieren durch die Eisenbahn. Und damit entstand für die Stadt Steyr ein riesiger Schaden. Wir hätten heute Railjet-Anbindung. Die würde uns in einer Stunde, Christian Dörfel, von Steyr nach Wien bringen. Und in einer Viertelstunde von Steyr nach Linz. Mit dem Railjet würden wir heute fahren, hätten sich damals nicht die Kutscher beim Herrn Bürgermeister von Steyr durchgesetzt.

Die Kutscher, das könnt ihr euch denken, die hat es nicht mehr lange gegeben. Danach gab es das Automobil. Und denselben Fehler darf man heute nicht wieder machen. Und es wird uns erzählt von Lobbyisten, dass ein Verbot einer Technologie nicht zur Innovation führen kann. Das ist falsch. Es gibt auch ein taugliches Beispiel, wo auch die EU ihre Rolle spielt.

Denkt an die Zeit, als die Glühbirne von der EU verboten wurde. Das war ein Aufschrei. Warum wurde die Glühbirne verboten? Weil sie heillos ineffizient ist und aus elektrischem Strom nur mit dem Umweg der massiven Wärmeerzeugung für Licht sorgt. Die Alternative damals war nicht die LED-Lampe, die wir heute alle lieben und loben. Die Alternative war eine Giftschleuder. Die EU hat trotzdem die Glühbirne verboten, und daraus entstand die Innovation, die heute dafür sorgt, dass es überall hell ist mit 90 Prozent weniger Energieverbrauch!

Wir dürfen nicht zulassen, dass nur, weil es Lobbyisten gibt, Energieverschwendung aufrecht bleibt in einer Zeit, wo wir schnell eine riesige Herausforderung, nämlich die Energiewende, bewältigen müssen! Und nein, Verbrennungsmotoren darf es nicht mehr geben. Die sind klimaschädlich. Das ist keine Zukunftsgewandtheit. Und das geht aber von unserer Landesregierung aus. (Beifall)

Gut, also Mobilität eher schwierig mit Schwarz-Blau, verstehe ich. Dann reden wir über die Energiewende. Ich freue mich sehr, dass der Kollege Schießl wieder da ist. Gut, dass ich so lange gewartet habe. Es ist ja richtig, und zwar da hast du wirklich völlig recht. Windräder drehen sich nicht immer. Sie drehen sich wirklich nur dann, wenn der Wind geht. Und das ist nicht immer völlig richtig.

Jetzt habe ich ja wirklich eine schlechte Nachricht. Wir bauen ja sehr ambitioniert Photovoltaikanlagen überall hin. Das ist ganz ein wichtiger Teil der Energiewende, auch für Schwarz-Blau. Zum Glück, sage ich jetzt ganz offen. Die schlechte Nachricht ist, die Sonne scheint nicht immer. In der Nacht scheint sie gar nicht. Und im Winter scheint sie 16 Stunden nicht. Und trotzdem bauen wir Photovoltaikanlagen. Weil wir die Energie, die am Tag kommt, brauchen. Genauso ist es mit den Windrädern im Übrigen. Dann, wenn der Wind geht,

brauchen wir die Energie. Dann ernten wir sie. Dann speichern wir sie, wenn es nötig ist. Und dann geben wir die Energie den Menschen und der Industrie zur Erhaltung ihres Wohlstands. Das ist der Plan. Auch bei der PV, ist genau dasselbe Konzept. Das Gute ist, die Photovoltaikanlagen liefern sehr, sehr viel Strom im Sommer, und weniger Strom im Winter. Bei der Windenergie ist es ganz genau umgekehrt. Zwei Drittel der Erntezeit eines Windrades ist im Winter, dann, wenn wir heizen müssen, und deshalb ist das Windrad eigentlich ein Kernstück der österreichischen Energiewende.

Auch da gibt es eigentlich von Schwarz-Blau, politisch gesprochen, das, was nach außen dringt, nur Absagen. Nur Absagen! Ich höre Radio. Manfred Haimbuchner sagt: Neue Windparks wird es nicht geben mit ihm! Dann wird es sie also gar nicht geben, denn in einer Koalition gibt es kein gegen den Regierungspartner. Das ist schlecht. Das ist ja wirklich eine schlechte Nachricht für den Industriestandort, weil die ächzen unter Energiepreisen, die verursacht sind von der Teuerung fossiler Brennstoffe. Das, was die Menschen heute im Börserl spüren, das, was die Industrie massiv belastet, kommt durch die Pipelines und mit den Öltankern nach Österreich. Das ist fossile Energieteuerung, und dem kann man nur entgegentreten, indem man Kraftwerke baut. Also bauen wir bitte Kraftwerke. Auch neue Windparks.

Bei der Geothermie, da Sorge ich gerne für Aufklärung. Gemeint ist das so. Es würde sich ja eigentlich im Übrigen für eine Koalitionspartei gehören, dass sie selber mit den entsprechenden Firmen spricht, die Bohrungen durchführen, die nach Geothermie suchen, weil bei denen bekommt man die Informationen eigentlich recht bereitwillig.

Eine Bohrung kostet Geld. Völlig richtig! David Schießl hat es gesagt, zwei, drei Millionen Euro gehen da schon einmal auf. Für eine Bohrung auf 150, 180 oder noch mehr Meter. Diese 2 Millionen Euro, die sind sozusagen noch nicht gewiss, ob sich die wieder rentieren. Weil wenn kein warmes Wasser kommt, dann gibt es auch kein Geld. In Deutschland ist das kein Problem, weil es Versicherungen gibt, die diese Bohrungen versichern. In Österreich haben wir so wenig Erfahrung mit Geothermie, dass keine Versicherung diese Bohrung versichert. Deshalb braucht es eine Landeshaftung. Und nein, es braucht keine Landeshaftung für jeden Lustigen, der irgendwo bohren will. Es braucht nur Landeshaftungen für Bohrungen mit einer Erfolgswahrscheinlichkeit von über 80 Prozent. Das machen nämlich die Versicherungen in Deutschland genauso. Sachverständige prüfen, gibt es eine Erfolgswahrscheinlichkeit von über achtzig Prozent? Dann gibt es eine Versicherung.

Genauso müssten wir das machen. Und nach den ersten zehn Bohrungen verspreche ich euch, sagt die Oberösterreichische Versicherung: Ich versichere das, weil wir finden immer was. So ist das in Deutschland auch gegangen, da hatten wir zuvor Landeshaftungen oder Bundeshaftungen. Und ganz ehrlich, das ist nicht schwierig. Man müsste es halt machen. Die Sache von Landeshaftungen ist wirklich einfach. 2008, 2009 erinnert euch, große Wirtschaftskrise. Die großen Unternehmen bekommen keine Kredite. Was machen wir? Wir besichern ihre Kredite. Wir haben Geld verdient mit dieser Methode. Das könnten wir jetzt wieder machen. Bei allen Bauernhöfen im Land, die einen eigenen Transformator brauchen zum Beispiel für richtig große Photovoltaikanlagen. Besichern wir die Photovoltaikanlagen.

Warum eigentlich nicht? Das ist eine todsichere Angelegenheit. Die werden Strom produzieren. Da ist null Risiko, und die Bäuerinnen und Bauern müssten eines nicht machen, nämlich den eigenen Hof bei der Raiffeisenbank reinschreiben ins Grundbuch. Das ist nicht angenehm für die. Also nehmen wir diese Last von den Bäuerinnen und Bauern runter und besichern ihre Photovoltaikanlagen. Was ist so schwierig? Das Problem ist, das gehört in so

eine Strategie. Das müsste da drinnen stehen. All diese Dinge. So geht offensive Umsetzung einer Klima- und Energiestrategie. Das findet sich alles nicht. Das ist sehr schade. Mit ein paar Sätzen mehr auf 160 Seiten fällt das nicht einmal ins Gewicht. Mit ein paar Sätzen mehr hätten wir ein wirklich taugliches Instrument für Klima- und Energiewende. Schade eigentlich! Danke! (Beifall)

Zweite Präsidentin: Da niemand mehr zu Wort gemeldet ist, schließe ich die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Bei der Abstimmung werden wir so vorgehen, dass wir zunächst über den Hauptantrag, das ist die Beilage 440/2023, und sodann über den Zusatzantrag mit der Beilagennummer 456/2023 Beschluss fassen werden, wobei ich darauf hinweise, dass wir im Falle der Annahme des Zusatzantrages auf eine zweite Lesung verzichten werden. Ich bitte jene Mitglieder des Landtags, die dem Antrag zur Beilage 440/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei und die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Ich bitte nun jene Mitglieder des Landtags, die dem Zusatzantrag mit der Beilagennummer 456/2022 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der NEOS heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Zusatzantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 441/2023, das ist der Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2021 der Oberösterreichischen Pflegevertretung. Ich bitte die Frau Abgeordnete Gneißl über die Beilage zu berichten.

Abg. **Gneißl:** Beilage 441/2023, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Tätigkeitsbericht 2021 der Oö. Pflegevertretung. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 441/2023. Der Dritte Präsident übernimmt den Vorsitz.)

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht betreffend die Oö. Pflegevertretung, der der Vorlage der Oö. Landesregierung vom 12. Dezember 2022 (Beilage 411/2022, XXIX. Gesetzgebungsperiode) als Subbeilage angeschlossen war, zur Kenntnis nehmen.

Dritter Präsident: Ich eröffne die Wechselrede und darf dir gleich das Wort erteilen.

Abg. **Gneißl:** Danke, Herr Präsident! Ja, die Pandemie war eine sehr herausfordernde Zeit für unser Pflegepersonal. Da darf ich mal Danke sagen. Allen Pflegekräften, die unermüdlich im Einsatz waren. (Beifall) Natürlich aber auch ein großer Dank an die oberösterreichische Pflegevertretung, die eine großartige Arbeit geleistet hat.

25 Beschwerden gingen im Jahr 2021 ein. Eine überschaubare Zahl, aber jeder einzelne Fall ist ein Fall zu viel. Das Pflegepersonal steht vor großen Herausforderungen. Unser Herr Landesrat Wolfgang Hattmannsdorfer erkennt diese und arbeitet stetig an Verbesserungen, sei es an der konsequenten Umsetzung der Fachkräftestrategie Pflege oder der Entbürokratisierung durch Digitalisierung.

Jeder Fall ist einer zu viel. Wo gearbeitet wird, passieren leider Gottes Fehler. Und da ist es umso wichtiger, diese aufzuzeigen und an diesen zu arbeiten. Da möchte ich jetzt ein Beispiel

herausnehmen, welches auch im Tätigkeitsbericht aufgezeigt wurde. Etwas, was immer wieder vorkommt in unseren Pflegeheimen und Krankenhäusern ist, dass beim Mittagessen, beim Abendessen die Personen ihre Zahnprothese herausnehmen, um sie zu reinigen und dann schlussendlich einfach vergessen, sie wieder in den Mund reinzugeben. Sie werden irgendwo hingelegt, sei es auf das Tablett, wo das Essen ist, sei es im Badezimmer und leider Gottes dort, wo gearbeitet wird, passieren Fehler. In diesem Fall hat leider Gottes eine Pflegekraft diese Zahnprothese mit dem Müll entsorgt. Ein klassischer Versicherungsfall, nur in diesem Fall sagt die Versicherung, es wird nur der Zeitwert ersetzt. Und ich glaube, uns allen ist bewusst, keiner von uns wird eine Zahnprothese finden, eine gebrauchte und vor allem schon gar keine Zahnprothese, die nachher auch noch richtig sitzt.

Daher ein großer Dank an die Pflegevertretung, die diesen Fall geprüft hat und zu dem Beschluss gekommen ist, eine neuwertige Zahnprothese dem Patienten zur Verfügung zu stellen. (Beifall)

Hier steht der Patient im Mittelpunkt, das ist wichtig und richtig. Im Sinne aller Patienten bedanke ich mich bei der Pflegevertretung und wünsche der Pflegevertretung, keinen einzigen Arbeitsschritt im heurigen Jahr vollziehen zu müssen. (Beifall) Wir nehmen den Tätigkeitsbericht zur Kenntnis. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Gabi Knauseder. Bitte.

Abg. Knauseder, MSc: Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Gleich vorweg darf ich mich bei der oberösterreichischen Pflegevertretung ganz herzlich für ihren kommunikativen und konfliktlösenden Einsatz bedanken. Die oberösterreichische Pflegevertretung ist eine wichtige Anlaufstelle für Bewohner/innen von Langzeiteinrichtungen und für deren Angehörige, wenn es Unklarheiten und Beschwerden rund um die Unterbringung gibt.

Als Beispiele werden etwa Pflegemängel, wie Stürze, Wundliegen, unkorrekte Verabreichung von Medikamenten, mangelhafte Betreuung bei Demenz, fehlende Aktivierung, etc. oder Fragen rund um Besuchsrecht, Verpflegung, Kostenthemen und so weiter genannt.

Bei Beschwerden ist die Pflegevertretung in erster Linie bemüht, eine partnerschaftliche Lösung zwischen den einzelnen Konfliktparteien herbeizuführen. Im Jahr 2020 wurde von rund 32 Fällen berichtet. Mit 25 Beschwerdefällen ist die Zahl 2021 wieder etwas rückläufig. Der Großteil dieser Beschwerden ist inzwischen erledigt, die hohe Anzahl der letzten beiden Jahre, im Gegensatz zu den Vorjahren, 2019 waren es elf Beschwerden, 2018 lediglich sechs Fälle, ist wohl den Umständen in Zusammenhang mit der Corona-Pandemie geschuldet.

Vergessen wir aber nicht die Situation der Pflege, die nach wie vor sehr angespannt ist. Auch ich bedanke mich für die wertvolle Arbeit aller Pflegekräfte. Das Personal arbeitet bis zur maximalen Belastungsgrenze, die wenigen KollegInnen, ständige Einspringdienste, stressige Arbeitsabläufe, zu wenig Zeit für Bewohner/innen führen leicht einmal dazu, dass es zu Spannungen zwischen Personal, Bewohnern und oder Angehörigen kommt. Es menschtelt halt, wo wir aufeinandertreffen.

Der Bericht zeigt sehr deutlich, wie wichtig die Arbeit der Oberösterreichischen Pflegevertretung ist, und daher möchte ich mich noch einmal sehr herzlich für diesen Einsatz bedanken. Und wir nehmen diesen Bericht sehr gerne zur Kenntnis. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete, als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Präsidentin Binder bitte.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Frau Landeshauptmann-Stellvertreterin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dieser vorliegende Bericht gibt uns einen guten Überblick über die Organisation der Pflegevertretung und die zugrunde liegenden rechtlichen Rahmenbedingungen.

Herr Mag. Wall thematisiert in seinem Vorwort auch die Schwierigkeiten, die Pflegebedürftige und ihre Angehörigen mit den Einschränkungen im Zuge der Corona-Pandemie hatten. Die Pflegeversorgung war oftmals mühsam zu organisieren, beispielsweise weil die 24-Stunden-Betreuung ausfiel. Auch die Reduktion von sozialen Kontakten oder geringer werdende Personalressourcen und damit ein eingeschränktes Angebot für Heimbewohnerinnen und -bewohner wurde aufgezeigt.

25 Beschwerdefälle gab es im Jahr 2021. Das sind zwar sieben weniger als im Jahr davor, aber trotzdem doppelt so viele wie die letzten zehn Jahre durchschnittlich. Allerdings sind die 25 Beschwerdefälle bei 15.000 Heimplätzen durchaus immer noch ein geringer Wert. Ein durchaus gutes Zeugnis für die Qualität der Heime.

An dieser Stelle ein ganz, ganz großes Dankeschön auch von unserer Seite an alle Pflegekräfte. Man kann es nicht oft genug erwähnen, denn sie alle leisten großartige Arbeit und auch unter schwierigsten Bedingungen, wie wir es während der Pandemie gesehen haben und auch jetzt durch den Fachkräftemangel.

Eine Anmerkung wäre nach wie vor, dass der Zugang zur rechtlichen Vertretung erleichtert werden sollte, damit berechtigte Beschwerden einfacher vorgebracht werden können. Ich erinnere dabei an die jahrelange Forderung meiner Vorgängerin, die Sozialsprecherin unserer Fraktion, Ulli Wall, die stets für einen Heimombudsmann plädierte, der vor Ort in den Heimen zur Verfügung steht.

Ja, die Beschwerden selbst sind breit gefächert, fast jede fünfte Beschwerde ist den Corona-Besuchsrechten zuzuordnen, zehn Beschwerden gab es wegen Pflegemängel, bei den offenkundigen Fällen war ein stetes Bemühen der Pflegevertretung erkennbar, um die Vorfälle so gut wie möglich zu lösen.

Abschließend bedanke ich mich bei Herrn Mag. Wall und seinem Team für ihre Tätigkeit. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Vielen Dank. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Präsidentin. Als Nächste zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Ulrike Schwarz, und wir kommen anschließend zur Abstimmung.

Abg. **Schwarz:** Lieber Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Alle haben mit einem Danke angefangen. Auch ich möchte dieses Danke an die Pflege- und Betreuungskräfte, vor allem auch das Danke an alle pflegenden Angehörigen, richten, die ihre Eltern, Großeltern, Verwandten pflegen. Aber auch diejenigen pflegenden Angehörigen, die ihre behinderten Kinder tagein, tagaus begleiten und betreuen, sodass ein Leben in Würde oder ein Altern in Würde möglich ist.

Danke natürlich auch an die Pflegevertretung, an das multidisziplinäre Team unter der Leitung von Mag. Wall, der eben sehr bedacht die Fälle versucht auch zu klären und eine Lösung herbeizuführen.

Es ist noch etwas dazugekommen. Im letzten Jahr 2021 hat sich die Zuständigkeit der Pflegevertretung auf Pflegeformen mit mindestens 3 zu betreuende Erwachsene ausgeweitet, auch wenn sie nur kurz dort sind. Das hat sich ja oft ergeben, aus dem, dass man so neue Formen gefunden hat, wo man dann drauf gekommen ist auch bei einer Kontrolle, das wird ja immer wieder auch kontrolliert von der PVA, wo man Pflegegeld bezieht, ob die auch wirklich gut betreut sind, und da war natürlich die Pflegevertretung, dass die da zuständig ist, ist, glaube ich, ein ganz wichtiger Bereich, und danke an das Team, dass die das so neu übernommen haben und hier wesentliche Schritte setzen.

Wenn man sich den Vorspann ein bisschen weiter durchliest, da ist es mir wieder einmal so richtig bewusst worden, obwohl ich schon lange in diesem System verhaftet bin, es gibt sechs Landes- und Bundesverordnungen, die mit von diesem Thema betroffen sind, ohne OPCAT. Man kann sich telefonisch beschweren, man kann eine Beschwerde digital einreichen, und zwei Mal im Jahr kommt jemand zu den Bezirkshauptmannschaften.

Es ist schon angesprochen worden, und danke dass du die Kollegin Ulli Wall da hervorstreichst, weil mit der habe ich wirklich einiges in der Region erarbeitet, erkämpft, erwirkt, weil es einfach immer ein gutes Miteinander war.

Ob der Ombudsmann die richtige Institution ist, kann man immer diskutieren. Es gibt nämlich schon eine Vielzahl an Anlaufstellen und oft ist es ganz schwierig zu erfahren, wo man denn hingehen soll. Es gibt sechs Anlaufstellen, wo ich mich mit Beschwerden hinwenden kann, da rede ich noch gar nicht davon, dass es in den SHVs überall sehr wichtige Ansprechpersonen gibt, die einfach auch da unterstützend tätig sind.

Es ist schon angesprochen worden, die Beschwerdefälle sind zwar gegenüber dem letzten Jahr von 32 auf 25 reduziert worden, aber natürlich um einiges mehr als die letzten Jahre davor. Wenn man sich anschaut, wer sind die häufigsten Personen, die ein Problem oder eine vermeintliche Ungerechtigkeit anzeigen? Das sind die Angehörigen. Fast 50 der Fälle sind von Angehörigen eingebracht worden. Das erlebe ich selber auch oft, weil man natürlich das Gefühl hat als Angehöriger, dass etwas nicht passt. Meistens klärte es sich gut auf, bei den Fällen, wo es mehr braucht, gibt es das multiprofessionelle Team, die das genau klären.

Da ist mir auch ganz wichtig, dass man hinschaut, was hat den das für Konsequenzen, können wir im System etwas verbessern? Können wir die Pflegekräfte noch besser unterstützen, damit das auch für die Angehörigen sichtbar wird, dass keine Pflegefehler passieren, sondern dass es oft nur im Zusammenhang mit anderen Erkrankungen und dieses Wundliegen oder sonst etwas ist, aber dass das kein Versäumnis der Pflegekräfte ist.

Das Zweite, das auch das große Thema war mit gleich vielen Nennungen, das waren die Besucherrechte, die eingeschränkt waren. Da ist ein Beispiel erwähnt mit Besuch von Kindern im Altenheim. Da gibt es Verordnungen, das war natürlich auch in der Coronazeit, wo das sehr eingeschränkt war, wo man wirklich nur eine Person gehabt hat, da haben sowohl die alten Personen als auch die Familien sehr darunter gelitten.

Da hat es auch Beschwerden gegeben, und auch das ist sehr fachlich und sachlich gelöst worden, und das kann man nachlesen, was da für Gesetze und Verordnungen dahinter sind.

Das dritte ist die Kommunikation, das wissen wir auch alle. Das Thema ist natürlich auch, dass die betroffenen Personen sehr oft dement sind, und dann kommen dann Sachen, was die Angehörigen erzählen, wo die ganz geschreckt sind und was ist da gewesen? Wenn man dem nachher nachgeht und mit den betroffenen Pflegekräften oder der Leitung spricht, schaut es eh schon ganz anders aus.

Also auch hier braucht es einfach noch mehr Ressourcen. Ich glaube, dass ist oft wirklich eine Ressourcenfrage, ich glaube, mir wird die Gerti Scheiblberger Recht geben, Kommunikation auch mit Angehörigen ist nicht immer einfach, und da braucht es einfach Zeit und Zeit miteinander. Die Sicherheit zu haben, dass meine Mutter, mein Vater gut betreut sind und die Pflegekräfte bemüht sind.

Ich will sie aber nicht überfordern. Man will ja die Pflegekräfte nicht überfordern. Und wir haben schon öfter anstrengende ältere Herrschaften. Das kenne ich aus der Familie, die dann anrufen und sagen: Du hast gesagt, du kommst heute. Da sage ich nein, ich komme nicht. Und dann diskutiert man, ob man kommt oder nicht. Und ich sage nein, es geht nicht, ich bin im Landtag. Aber vielleicht sieht sie es dann im Fernsehen, dass ich wirklich da war. Da kann ich dann bestätigen, dass ich sie nicht angelogen habe.

Man sieht, dass ist oft eine riesengroße Herausforderung, wie geht die Kommunikation mit den Angehörigen? In diesem Sinne denke ich mir, muss man sehr genau draufschauen, wie wir aus den Berichten, aus den Erfahrungen lernen können, wie wir das System weiter verbessern können, und was mir vor allem auch wichtig ist, und auch dem zuständigen Landesrat und uns allen ein Anliegen, das zu vereinfachen.

Nicht nur die Beschwerdeführenden, sondern auch die gesetzlichen Grundlagen. Wer wo was alles bedenken muss und wo es überall ein Problem geben kann. Ich glaube, da müssen wir uns ein bisschen zusammenfassen, dass das, was wirklich notwendig ist, auch passiert, von der Dokumentation angefangen bis über die Betreuung. Das wäre mir ein ganz wichtiges Anliegen. In diesem Sinne Danke an die Pflegevertretung und vor allem Danke an viele Pflege- und Betreuungspersonen und an ihre Angehörigen für ihre Arbeit. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des hohen Hauses, die dem Antrag zur Beilage 441/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 442/2023, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Bericht über die Förderungen der Projekte "Errichtung, Zu- und Umbau von Alten- und Pflegeheimen in Oberösterreich" aus Mitteln der Sozialhilfe des Landes Oberösterreich. Ich bitte die Abgeordnete Zehetmair zu berichten.

Abg. **Mag. Zehetmair:** Beilage 442/2023, Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Soziales betreffend den Bericht über die Förderungen der Projekte "Errichtung, Zu- und Umbau von Alten- und Pflegeheimen in Oberösterreich" aus Mitteln der Sozialhilfe des Landes Oberösterreich. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 442/2023.)

Der Ausschuss für Gesundheit und Soziales beantragt, der Oö. Landtag möge den Bericht über die Förderungen aus Sozialhilfemitteln des Landes Oberösterreich zur Errichtung bzw. dem Zu- und Umbau von Alten- und Pflegeheimen in Oberösterreich zur Kenntnis nehmen.

Dritter Präsident: Danke ich eröffne die Wechselrede und darf dir Frau Abgeordnete Zehetmair gleich das Wort erteilen.

Abg. Mag. Zehetmair: Vielen herzlichen Dank Herr Präsident, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Natürlich kommt das Sozialressort hier sehr gerne der Empfehlung des Landesrechnungshofs nach, worin eben immer Auskunft gegeben wird über die noch offenen Förderprojekte und welche offenen Förderbeträge es noch gibt.

Das ist ein sehr offener und transparenter Bericht, der uns hier vorliegt, und wir haben es heute Vormittag schon ein paar Mal gehört, das Thema Care-Arbeit. Ich möchte in diesem Zusammenhang eine Zahl nennen, rund 80 Prozent der zu pflegenden Menschen werden zuhause betreut und die pflegenden Angehörigen, da sind zwei Drittel schon über 60 Jahre alt.

Jetzt wissen wir, dass wir in Oberösterreich eine sehr bunte Sozillandkarte haben und vor einem demografischen Wandel stehen. Die Zahl der erwerbstätigen Menschen geht zurück, und zugleich steigt die Zahl der Menschen mit Pflege- und Betreuungsbedarf. Derzeit sind das 75.000 Menschen in Oberösterreich, 2040 werden es 107.000 Menschen sein.

Wir begegnen diesen Herausforderungen und diesem Wandel mit einem klaren Plan und einer strukturierten Vorgehensweise. Es ist dies die oberösterreichische Fachkräftestrategie Pflege. Ich habe sie mitgenommen, ich hoffe alle haben sie schon gelesen.

Die Fachkräftestrategie Pflege ist nur ein Beispiel dafür, wie in Oberösterreich Zusammenarbeit funktioniert. Auch darüber haben wir heute schon bereits mehrfach gesprochen, wie Zusammenarbeit funktioniert, nämlich gerade, wenn es um die Fachkräftestrategie Pflege geht, mit der Einbindung aller Fraktionen, aller Stakeholder, aller Partner im Bereich der Pflege. Es ist sozusagen ein Musterbeispiel dafür.

Und in dieser Fachkräftestrategie gibt es 50 konkrete Maßnahmen, 50 konkrete Maßnahmen, konkrete Ansatzpunkte allein im Kompetenzbereich des Landes und der Gemeinden. Was steht da drinnen? Es geht vor allem ganz besonders um die Entlastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wie kann das funktionieren? Wir haben bereits zu Jahresbeginn ein wichtiges Projekt auf den Weg gebracht, nämlich die Änderung der Alten- und Pflegeheimverordnung, unter anderem die Erhöhung des Mindestpflegepersonalschlüssels durch erstens einer stärkeren Berücksichtigung von Demenz bei der Pflegegeldeinstufung, durch einen flexibleren Personaleinsatz und vor allem durch die Öffnung für andere Berufsgruppen in den Heimen.

Weiters geht es um Digitalisierung und Deregulierung. Ich habe erst vor ein paar Wochen bei einer Schlusspräsentation des sehr erfolgreichen Projekts Pflegedokumentation neu denken teilnehmen dürfen. Da ist 2016 wirklich ein großes, ein großartiges Projekt gelungen. Auch hier wurde ein Pilotprojekt gestartet, wo es um die Frage geht, welche Tätigkeiten müssen denn in einem Pflegeheim auch dokumentiert werden? Und ich bin sehr froh und dankbar, dass dieses Projekt nun auch ausgerollt ist und ein Instrument nun auch flächendeckend in Oberösterreich besteht.

Es geht natürlich auch um die Ausbildungsoffensive für die Pflege- und Betreuungskräfte. Wir haben ganz vorne das oberösterreichische Pflegestipendium, ein wichtiger Ansatzpunkt, da geht es um eine Unterstützung. Eine monatliche Unterstützung von 600 Euro, damit man sich den Lebensunterhalt während der Ausbildung auch leisten kann.

Es geht auch um die Ausbildungs koordinierung, um die Steuerung, daher ist es auch wichtig, dass die SoNe, die Sozialnetzwerke GmbH nun auch beauftragt wird mit der Kreierung einer Dachmarke, damit alles, was derzeit besteht, alle einzelnen Parts zusammengeführt werden und das in eine Fachkräftemarketingstrategie zusammengeführt wird.

Diese Woche hat gerade am Dienstag die CONNECT stattgefunden, die Karrieremesse in der Sozialwirtschaft. Dort haben sich 41 Arbeitgeber und sieben Bildungseinrichtungen präsentiert. Auch das ist ein Angebot, das klarmacht, dass ein Beruf im Sozialbereich sicherlich kein null-acht-fünfzehn-Job ist.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich ersuche sie um die Zustimmung zu diesem Bericht und dass wir auch weiterhin gemeinsam an dieser Herausforderung arbeiten. Vielen Dank. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Als Nächster darf ich Frau Präsidentin Sabine Binder das Wort erteilen.

Abg. Präsidentin Sabine **Binder:** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Gemäß einer Empfehlung des Landesrechnungshofes aus dem Jahr 2016 wird nun dem Landtag jährlich über den aktuellen Stand der offenen Förderungen berichtet.

Damals wurde der Landtag erstmals über 84 Millionen Euro offener Investitionsfördermittel für bereits errichtete Altenpflegeheime informiert. Ende 2022 stehen diese Verbindlichkeiten bei rund 76 Millionen Euro. 46 Projekte mit mehr als 4.000 Wohnplätzen sind von diesen verbindlichen Investitionen noch umfasst.

Der Rückgang der offenen Förderbeträge von zwei Millionen Euro von 2021 auf 2022 ist eher gering. Es werden ja derzeit vorrangig notwendige Ersatzbauten und Renovierungen gefördert. Es wird immer wieder notwendig sein, weiterhin mit Nachdruck auf mehr Personal im Pflegebereich hinzuarbeiten, damit Investitionsprojekte auch effizient genutzt werden können.

Darum sind wir froh, dass sich mit der Fachkräftestrategie Pflege und mit der Einführung der Pflegelehre nun einiges in die richtige Richtung bewegt. Wir nehmen den Bericht zur Kenntnis. Vielen Dank. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Präsidentin. Als Nächster darf ich der Abgeordneten Gabi Knauseder das Wort erteilen.

Abg. **Knauseder, MSc:** Danke Herr Präsident. Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir begrüßen die Förderung durch das Land Oberösterreich und natürlich auch die Fortführung der Offenlegung der Mittel aus dem Sozialressort für Alten- und Pflegeheime.

Pflege allgemein und Langzeitpflege im Besonderen wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten eine der wichtigsten gesellschaftspolitischen Herausforderungen für uns alle sein. Und ich werde nicht müde, das immer wieder zu betonen.

Die Führung von Pflegeheimen ist größtenteils Aufgabe der Gemeinden und SHVs nach Vorgabe von Bund und Land. Der wachsende demografiebedingte Finanzierungsbedarf wird nur zum Teil durch öffentliche Mittel abgedeckt, und das wird für viele Gemeinden ein immer größeres Problem.

Es geht jetzt um die nachhaltige langfristige gesicherte Finanzierung der Pflege und um eine Gesamtstrategie für alle Angebote im Gesundheits- und Pflegebereich, damit wirklich jeder Oberösterreicher und jede Oberösterreicherin die Pflege und Betreuung bekommt, die er oder sie braucht und auch genau dann, wenn das nötig ist. Den vorliegenden Bericht nehmen wir gerne zur Kenntnis. (Beifall)

Dritter Präsident: Als Nächster zu Wort gemeldet ist die Abgeordnete Ulrike Schwarz, und wir kommen anschließend zur Abstimmung.

Abg. **Schwarz:** Ja, nochmals auf ein letztes, der Ausbau und die ausstehenden Fördermittel für die Alten- und Pflegeheime in Oberösterreich und alle, die im SHV oder auf der Gemeinde ein Altenheim haben, wissen, dass diese ausstehenden Fördermittel das sind, was uns auch in den Bilanzen aufschlägt.

Es hat uns in den Gemeinden, in den SHVs nicht unbedingt recht gutgetan, dass diese Förderzusage immer mehr gestreckt worden ist. Das heißt, wir müssen immer länger warten, bis dass man die zugesagten Fördermittel bekommt, und das ist halt oft auch nicht ganz einfach mit der ganzen (Dritter Präsident: „Bitte, das Gemurmel im Saal wieder ein bisschen reduzieren!“) Finanzgebarung im SHV oder in den Gemeinden hier, fällt uns oft ein bisschen schwer.

Das Andere, was man auch bei den Bauten und ich möchte es einmal nicht von der Pflege, also von den Personen, Pflegekräften aufdröseln dieses Thema, sondern auch von den Gebäuden.

Schauen wir uns unsere Alten- und Pflegeheime an. Wir haben tolle, oft neue, moderne und trotzdem passen sie oft nicht mehr für den Bedarf. Bei uns in Rohrbach haben wir kein so ein altes Alten- und Pflegeheim. Wir haben keinen Platz für Kinderbetreuung, aber ein Altenheim zu führen mit Pflegekräften, die keine Kinderbetreuung unterbringen, ist auch im Bezirk, ich weiß nicht, wo ihr daheim seid, ist auch ein Faktor, dass man eben da wirklich auch genug Pflegekräfte kriegt.

Wir haben immer weniger oder oft keinen Platz, dass wir eine Tagesstruktur anbieten für Leute, die noch nicht stationär sind, aber beim Tag eine Betreuung und Unterstützung brauchen. Es kommt ja auch insgesamt für die gute Versorgung aller den alten Personen zugute, aber auch den betreuenden Angehörigen.

Wenn wir heute Vormittag geredet haben, wir brauchen mehr Frauen, mehr Männer in der Vollzeit, dann heißt das auch, ich brauche eine gute Struktur, damit diese betreuenden Angehörigen auch am Tag versorgt sind, damit ich eben mehr Stunden arbeiten gehen kann, was ich ja vielleicht gerne machen würde.

Also, so muss man sich das immer anschauen, passen diese Konzepte noch und passen die Konzepte auch noch für Betreuungsqualität? Sind die Hausgemeinschaftsmodelle, wie wir sie zum Beispiel im Bezirk Urfahr-Umgebung, auch im Bezirk Perg haben, das Hausgemeinschaftsmodell der Diakonie, wo natürlich auch die Planung ganz anders sein muss, nämlich gerade auch im Sinne von: „wie muss ich denn planen für Demenzkranke alte Personen“. Passt das noch, wenn da die eine Zeile, aufgereichte Zimmer, eins nach dem anderen sind? Kein Bereich, wo sie sich treffen können, wo sie dann halt in Runde gehen und nicht irgendwie bei der nächsten Tür rauskommen, also, auch das gilt es zu hinterfragen, und das möchte ich einfach bei diesem Antrag auch in den Landtag werfen, diese Gedanken, wie planen wir neue, wie renovieren wir bestehende Alten- und Pflegeheime, damit sie den

Bedürfnissen der zu Betreuenden, aber natürlich auch der Pflegekräfte zugute kommen, weil ein gutes Umfeld macht die alten Personen zufriedener, erleichtert auch die Pflege und Betreuung für die Personen, und ich glaube, dass muss unser Ziel sein. Daher ja, wir werden dem zustimmen, auch mit dem Hinweis, wir hätten das Geld ein wenig früher im SHV und in den Gemeinden, da täten wir uns alle leichter. Danke. (Beifall)

Dritter Präsident: Danke Frau Abgeordnete. Ich schließe nun die Wechselrede, und wir kommen, wie angekündigt, zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 442/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 445/2023. Das ist der Initiativantrag betreffend Änderung des Klimabonusgesetzes. Ich bitte Abgeordneten Klinger um Berichterstattung.

Abg. Bgm. KommR **Ing. Klinger:** Beilage 445/2023, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Änderung des Klimabonusgesetzes. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 445/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass das Klimabonusgesetz soweit abgeändert wird, dass Personen, die keine Energiekosten tragen, wie Asylwerber, Asylberechtigte, Vertriebene und Inhaftierte, nicht mehr von weiteren Auszahlungen profitieren.

Dritter Präsident: Danke. Ich eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist, ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 445/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 446/2023, dass ist der Initiativantrag betreffend freien Seezugang in Schörfling ermöglichen und ich bitte den Abgeordneten Christian Mader zu berichten.

Abg. Bgm. **Mader:** Beilage 446/2023, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend freien Seezugang in Schörfling ermöglichen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 446/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die Verhandlungen zwischen den ÖBB und der Marktgemeinde Schörfling so rasch und effizient wie möglich geführt werden und auf ein Ergebnis im Sinne des freien Seezugangs für alle Bürgerinnen und Bürger hingewirkt wird.

Dritter Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 446/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 447/2023, das ist der Initiativantrag betreffend die Verbesserung der Methoden zur Altersfeststellung von Asylwerbern, und ich ersuche den Abgeordneten Handlos um Berichterstattung.

Abg. **Handlos**: Beilage 447/2023, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend die Verbesserung der Methoden zur Altersfeststellung von Asylwerbern. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 447/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass eine Evaluierung der Altersfeststellung bei Asylwerbern umgesetzt wird.

Dritter Präsident: Ich danke für den Bericht und eröffne die Wechselrede, zu der niemand sich zu Wort gemeldet hat. Ich schließe die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 447/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 448/2023, das ist der Initiativantrag betreffend Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen, und ich ersuche Frau Abgeordnete Renate Heitz über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Heitz**: Beilage 448/2023, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend Gendermedizin in Oberösterreich zur Norm machen. (Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 448/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, dem Oö. Landtag ein Maßnahmenpaket zur Förderung der gesundheitlichen Chancengerechtigkeit für Frauen vorzulegen, das insbesondere folgende Punkte beinhaltet:

1. Stärkere Verankerung von Gendermedizin in der Gesundheits- und Pflegeausbildung
2. Förderung von Fort- und Weiterbildungen im Bereich der Gendermedizin
3. Maßnahmen zur Sensibilisierung und Aufklärung der Öffentlichkeit
4. Sicherstellung eines flächendeckenden Zugangs zu frauenspezifischen Gesundheitsangeboten und -informationen in Oberösterreich

Dritter Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 448/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Alle Abgeordneten heben die Hand.) Ich stelle fest, dass dieser Antrag einstimmig angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 449/2023, das ist der Initiativantrag betreffend notwendige Reparaturen für die gerechte Wertsicherung der Pensionen, und ich bitte Klubobfrau Sabine Engleitner-Neu über diese Beilage zu berichten.

Abg. **Engleitner-Neu, M.A., M.A.**: Beilage 449/2023, Initiativantrag der sozialdemokratischen Abgeordneten betreffend notwendige Reparaturen für die gerechte Wertsicherung der Pensionen.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 449/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird aufgefordert, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen
- die Aliquotierung der 1. Pensionsanpassung rückwirkend ab 1.1.2022 abzuschaffen
- und die Pensionskontogutschriften jeweils entsprechend einer Schutzklausel jedenfalls gemäß der Jahresinflation der beiden dem Pensionsantritt vorangehenden Jahre aufzuwerten, um langfristige und schwerwiegende finanzielle Nachteile in der Pension für zehntausende Oberösterreicher:innen zu verhindern.

Dritter Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 449/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen und die Abgeordneten der Fraktion der MFG heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Wir kommen nun zur Beilage 452/2023, das ist der Initiativantrag betreffend Maßnahmenpaket gegen den Fachkräftemangel in der Energiebranche, und ich ersuche die Abgeordnete Angerlehner um Berichterstattung.

Abg. Bgm. **Angerlehner:** Beilage 452/2023, Initiativantrag der unterzeichneten Abgeordneten des Oö. Landtags betreffend Maßnahmenpaket gegen den Fachkräftemangel in der Energiebranche.

(Liest auszugsweise Motivenbericht der Beilage 452/2023.)

Die Oö. Landesregierung wird ersucht,

1. die bestehenden Programme und Initiativen im Rahmen des erfolgreichen Paktes für Arbeit und Qualifizierung zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Oberösterreich fortzuführen und weiterzuentwickeln sowie
2. sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, ein ambitioniertes und effektives Maßnahmenpaket gegen den herrschenden Fachkräftemangel in der Energiebranche zu erarbeiten und umzusetzen und die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine zielgerichtete Arbeitsmarktpolitik weiter auszubauen.

Dritter Präsident: Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Wechselrede, zu der niemand zu Wort gemeldet ist. Ich schließe daher die Wechselrede, und wir kommen zur Abstimmung. Ich bitte jene Mitglieder des Oberösterreichischen Landtags, die dem Antrag zur Beilage 452/2023 zustimmen, ein deutliches Zeichen mit der Hand zu geben. (Die Abgeordneten der Fraktion der Österreichischen Volkspartei, die Abgeordneten der freiheitlichen Fraktion, die Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, die Abgeordneten der Fraktion der Grünen, die Abgeordneten der NEOS und die Abgeordneten der Fraktion der MFG, ausgenommen Herr Abgeordneter Aigner, heben die Hand.) Ich stelle fest, dass der Antrag mit Stimmenmehrheit angenommen worden ist.

Es folgt nun die Zuweisung der Beilagen, die im Verlauf der Landtagssitzung eingelangt sind. Beilage 457/2023, Initiativantrag betreffend zeitgemäßes Kinder- und Jugendgesundheitswesen sowie Beilage 459/2023, Initiativantrag betreffend Insekten in Lebensmitteln, diese Beilagen werden dem Ausschuss für Gesundheit und Soziales zur Vorberatung zugewiesen.

Beilage 448/2023, Initiativantrag betreffend die Finanzierung des Schwimmunterrichts an Pflichtschulen, Beilage 464/2023, Initiativantrag betreffend kostenlosen Schwimmunterricht für alle Kinder in Oberösterreich, diese Beilagen werden dem Ausschuss für Gesellschaft zur Vorberaterung zugewiesen.

Beilage 460/2023, Initiativantrag betreffend rechtmäßige Energie- und Klimapolitik, Beilage 461/2023, Initiativantrag betreffend die kosteneffiziente Stärkung der Netz-Infrastruktur in Oberösterreich, Beilage 462/2023, Initiativantrag betreffend 2tes Leben für E-Auto-Batterien und Beilage 463/2023, Initiativantrag betreffend Fisch-Fangmethode „catch and release“, diese Beilagen werden dem Ausschuss für Standortentwicklung zur Vorberaterung zugewiesen.

Die Beilage 465/2023, ist ein Initiativantrag betreffend Erhöhung der Anzahl von dringlichen Klubanträgen, diese Beilage wird dem Verfassungsausschuss zur Vorberaterung zugewiesen, und die Beilage 466/2023, ist ein Initiativantrag betreffend gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Mit Lohntransparenz den Gender-Pay-Gap in Oberösterreich schließen, diese Beilage wird dem Ausschuss für Finanzen und Kommunales zur Vorberaterung zugewiesen.

Somit haben wir die Tagesordnung der heutigen Sitzung erfolgreich abgearbeitet. Ich bedanke mich für die lebendige und konstruktive Diskussion und schließe die Sitzung.

(Ende der Sitzung: 18.56 Uhr)